FRIEDRICH ADLER
VOR DEM AUSNAHMEGERICHT

DB
90
A34A3

FRIEDRICH ADLER
VOR DEM AUSNAHMEGERICHT

DIE VERHANDLUNGEN
VOR DEM §-14-GERICHT
AM 18. UND 19. MAI 1917
NACH DEM STENOGRAPHISCHEN
PROTOKOLL

VERLEGT BEI PAUL CASSIRER / BERLIN
1919

DB
90
A34A3

LIBRARY
AUG 27 1963
UNIVERSITY OF TORONTO

856837

Inhaltsverzeichnis.

Erster Verhandlungstag 7
§=14=Gericht oder Schwurgericht ‹der Antrag der Verteidigung› 7
Die Anklageschrift 11
Die zusammenhängende Darstellung Friedrich Adlers 17
Die Befragung Friedrich Adlers 98
Die Zeugen 122
Eine Zuschrift der Physikalischen Gesellschaft in Zürich 136
Zweiter Verhandlungstag. Verlesung von Zeugenaussagen .. 145
Irrtümer in den Polizeiakten 151
Befunde und Gutachten 153
Briefe Friedrich Adlers 154
Die Vertrauensmänner=Versammlung am 20. 10. 1916 158
Gewalt und Demokratie 168
Das Gutachten der medizinischen Fakultät 169
Vorstrafen Adlers 172
Die Anklagerede des Staatsanwaltes 173
Die Rede des Verteidigers Dr. Harpner 179
Die Schlußrede Friedrich Adlers 192
Das Urteil 198

Bei den Verhandlungen am 18. und 19. Mai im Wiener großen Schwurgerichtssaal treten als Richter auf:

Vizepräsident des Landesgerichtes Hofrat Dr. von Heidt
als Vorsitzender

Oberlandesgerichtsrat Dr. Reim
Landesgerichtsrat Dr. Ehrenreich
Landesgerichtsrat Dr. Fröhlich
Landesgerichtsrat Dr. Loos
Richter Dr. Hardegen.

Die Anklage vertritt:
Erster Staatsanwalt Hofrat Dr. von Höpler.

Die Verteidigung führen
Dr. Gustav Harpner
Dr. Sigmund Popper.

Saal und Galerie sind schon zu Beginn der Verhandlung dicht gefüllt und bleiben es während des ganzen Verlaufs der Verhandlungen.

Erster Verhandlungstag.

(Beginn der Verhandlung 9 Uhr vormittags.)

Schriftführer Scheibert (ruft auf): Gegenstand der Verhandlung ist die Anklage, welche gegen Dr. Friedrich Adler wegen Verbrechen des Mordes erhoben wird.

Präs. Hofrat Dr. Heidt:

Herr Dr. Adler! Ich bitte vorzutreten.

Dr. Friedrich Adler gibt seine Generalien an wie folgt: Geboren am 9. Juli 1879 in Wien, zuständig nach Wien, konfessionslos, verheiratet, Sekretär der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich und Redakteur der sozialdemokratischen Monatsschrift „Der Kampf", Eltern: Viktor und Emma Adler.

Präsident:

Ich ermahne Sie zur Aufmerksamkeit auf die vorzutragende Anklage und auf den Gang der Verhandlung.

---

§=14=Gericht oder Schwurgericht.

Verteidiger Dr. Harpner:

Ich beantrage, daß sich dieses Gericht für unzuständig erkläre und die Strafsache an das Schwurgericht abtrete.

Die Anklage stützt sich auf die kaiserliche Verordnung vom 2. Jänner 1916, was von mir als Schreibfehler angesehen wird, es soll offenbar richtig heißen vom 11. Dezember 1916. Die Verteidigung behauptet, daß diese kaiserliche Verordnung rechtsungültig ist. Es wurden bekanntlich bald nach dem Ausbruch des Krieges durch Verordnung des Gesamtministeriums vom 29. 8. 1914 die Geschworenengerichte für die Dauer eines

Jahres eingestellt. Nach Beendigung dieser Frist von einem Jahre lebte von selbst die Wirksamkeit der Geschworenengerichte wieder auf, da nach § 1 des Gesetzes vom 23. Mai 1873 über die zeitweilige Einstellung der Geschworenengerichte eine solche Einstellung nur längstens auf die Dauer eines Jahres erfolgen kann und da nach eben dieser Gesetzesstelle eine Verlängerung oder Erneuerung der Einstellung der Geschworenengerichte im Wege einer Verordnung des Gesamtministeriums nicht erfolgen darf. Tatsächlich ist nun folgendes geschehen: Das Gesamtministerium konnte nach der zitierten Gesetzesstelle eine neuerliche Einstellung der Geschworenengerichte nicht mehr verfügen und so geschah denn — zum erstenmal mit einer kaiserlichen Verordnung vom 7. Juli 1915, später vom 2. Jänner 1916 und zum Schluß vom 11. Dezember 1916 — durch kaiserliche Verordnung die Einstellung der Schwurgerichte, derzeit auf Grund der letztbezogenen Verordnung bis Ende Dezember 1917.

Diese kaiserliche Verordnung ist rechtsungültig und zwar aus folgenden Gründen: Nach § 14 des Staatsgrundgesetzes hat die kaiserliche Verordnung provisorische Gesetzeskraft nur dann, insoferne sie keine Abänderung des Staatsgrundgesetzes betrifft. Artikel XI des St. G. G. über die richterliche Gewalt schreibt nun vor, daß eine gewisse Anzahl von strafbaren Handlungen, darunter auch die, wegen der sich der Angeklagte heute zu verantworten hat, nur vor Geschworenen verhandelt werden darf. Die kaiserliche Verordnung hat, was sie nicht tun durfte, getan, den Artikel 11 des Staatsgrundgesetzes über die richterliche Gewalt außer Kraft gesetzt und die kaiserliche Verordnung, welche eigentlich lautet: „Die Wirksamkeit der Schwurgerichte wird bis Ende Dezember 1917 eingestellt" könnte eigentlich lauten: „Der Artikel 11 des Staatsgrundgesetzes über die richterliche Gewalt wird bis Ende Dezember 1917 aufgehoben", was der kaiserlichen Verordnung nach dem § 14 nicht gestattet ist.

Ich glaube, hoher Gerichtshof, daß das so evident richtig ist, daß sich dem gar kein Gericht entziehen könnte. Und es hat auch bisher ein Gericht darüber niemals entschieden, weil die Gerichte auf dem Standpunkt stehen, sie hätten kein Prüfungsrecht in Ansehung der kais. Verordnungen. Ich gestatte mir nun, darauf hinzuweisen, daß diese Anschauung nicht haltbar ist, daß die Gerichte dieses Prüfungsrecht vielmehr besitzen,

daß sie, die den Eid auf die Verfassung geleistet haben, dieses Recht auch ausüben sollen. (Folgt ein eingehender Beweis, daß dem Gerichte das Prüfungsrecht der § 14 Verordnung zusteht und daß dieselbe nach den Motiven der Gesetzgeber unzulässig ist.) Wir haben ja bekanntlich, abgesehen von der uns hier beschäftigenden Gesetzesstelle, Bestimmungen, wonach im Falle eines Krieges, sowie wenn der Ausbruch kriegerischer Unternehmungen unmittelbar bevorsteht, die zeitliche und örtliche Sistierung staatsgrundgesetzlich gewährter Gesetze gestattet ist. Aber diese Fälle werden im Gesetz ausdrücklich genannt, es dürfen die staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Rechte der persönlichen Freiheit, des Hausrechtes, des Briefgeheimnisses, des Vereinsrechtes und der Preßfreiheit sistiert werden, aber alle diese Gesetze haben es vermieden, in dem Ausbruch eines Krieges die Notwendigkeit zu erblicken, die Wirksamkeit der Schwurgerichte einzustellen.

Man stelle sich nur vor, wohin das führt. Das ist ja die ganz einfache Aufhebung der Verfassung, um welche sehr schwer gekämpft worden ist und für welche bekanntlich viele Menschen ihr Blut hingegeben haben! Was haben wir von einer Verfassung, wenn der § 14 das Staatsgrundgesetz verletzt und alles an Freiheiten abschafft, was wir haben. Es scheint der Verteidigung die höchste Aufgabe des Gerichtes zu sein, das den Eid auf die Verfassung geleistet hat, über diese Verfassung zu wachen und ich bin überzeugt, es würde damit nicht nur dem Wortlaut und Geist des Gesetzes in höchster Weise Genüge getan werden, es wäre ein Aufschrei der Befreiung in der Bevölkerung, wenn man sieht, daß es noch Hüter der Verfassung gibt, wenigstens bei jenen, die darüber zu wachen haben, daß Gesetz und Recht in diesem Staate von allen, vom obersten bis zum untersten, beobachtet werden.

Aus diesen gesetzlichen Gründen, die sich gleichzeitig berufen auf den damaligen Geist der Zeit und die Motive des Gesetzgebers, beantragt die Verteidigung: Das Gericht wolle sich für unzuständig erklären und die Strafsache an das kompetente Schwurgericht abtreten.

Staatsanwalt Hofrat von Höpler:

Meine Herren! Ich werde den Ausführungen des sehr geehrten Herrn Verteidigers nicht nach jeder Richtung hin folgen, insbesondere nicht in jenes Gebiet, welches er zum Schluß betreten hat, wo er den Werdegang und den Gedankengang der

Gesetzgeber dargelegt hat. Ich tue das nicht, weil es meines Erachtens nicht zur Sache gehört. Was hätten die Verfasser des Gesetzes damals getan, wenn sie geahnt hätten, welche Kriegsgreuel einmal ihren Enkeln bevorstehen? Es ist meines Erachtens bezeichnend, daß der sehr geehrte Herr Verteidiger Ihnen nicht eine einzige Stelle der Strafprozeßordnung mitteilen konnte, auf Grund deren er Ihre Entscheidung anruft. Und selbstverständlich ist es ja, daß, wenn man ein Recht hat, das Gesetz einem auch die Möglichkeit geben muß, dieses Recht durchzuführen. Der Richter ist Hüter der Verfassung, soweit seine Kompetenz es zuläßt, und diese fehlt gegenwärtig. Welche Faktoren das zu prüfen haben, hat der Herr Verteidiger ausgeführt. Wir können das hier im Schwurgerichtssaal nicht. Ganz mit Recht hat der Herr Verteidiger auch darauf hingewiesen, daß der Richter zu prüfen hat; er hat aber nicht dann zu prüfen, wenn es sich um ein gehörig kundgemachtes Gesetz handelt, d. h. um ein Gesetz, das die Unterschriften des Gesamtministeriums und die Unterschrift Seiner Majestät trägt. Mehr hat das Gericht nicht zu prüfen. Wohin kämen wir auch, meine Herren, wenn es jedem Kreisgericht freistünde zu sagen: Ich bin der Ansicht, daß diese Verordnung nicht verfassungsmäßig ist. Soll die Regierung abschätzen, auf welcher Seite die Mehrheit ist und sagen: Ich führe die Geschworenengerichte ein oder ich führe sie nicht ein. Das würde zu den furchtbarsten Konsequenzen führen.

Hoher Gerichtshof! Es gehört also, wie gesagt, diese Frage nicht vor dieses Forum und ich beantrage daher die Ablehnung dieses Antrages.

Dr. Harpner:

Ich habe mir gestattet, meinen Antrag einzubringen, weil ich geglaubt habe, ein wichtiges staatsrechtliches Moment zu betonen. Dem setzt der verehrte Herr Hofrat etwa folgendes entgegen: Wohin kämen wir da, wenn ein jedes Kreisgericht prüfen könnte? Ich erwidere ihm darauf, erstens, daß ein Kreisgericht dieses Prüfungsrecht eben hat, aber insbesondere erwidere ich ihm etwas sehr Schlagendes. Ich wollte, jedes Kreisgericht und ich wollte, dieses Gericht würde meinem Antrage stattgeben; dann kämen wir zur Verfassung zurück und das wäre ein starker Erfolg. Wir kämen dorthin, wo wir zu stehen haben. Es würden sofort die Schwurgerichte eingeführt werden, dafür garantiere ich, wenn die Gerichte endlich die Zumutung von

sich abweisen. Stellvertreter der Schwurgerichte während des Krieges zu sein. Der Herr Staatsanwalt sagt: wohin kämen wir? Ja, mein Gott, das steht nicht zur Frage. Das sieht dem bekannten Worte ähnlich: Die Moral steht nicht auf der Tagesordnung. Die Frage, ob etwas verfassungsmäßig zulässig ist, steht immer auf der Tagesordnung bei einem Gerichte, welches das Prüfungsrecht hat. Ich kann nur wiederholen: einer Widerlegung, die nichts anderes ist als eine Entschuldigung jener, die glauben, im Kriege könne man kein Schwurgericht haben, einer so allgemeinen Erwägung setze ich das Gesetz entgegen. Ich wollte nur wünschen, daß jedes Kreisgericht und insbesondere dieses Gericht in Mitte des Staates die innere Kraft findet, sich freizumachen von Erwägungen der Opportunität und zurückzukehren auf den Boden des klaren Gesetzes, dessen Wortlaut, Geist und Entstehung für den Antrag der Verteidigung spricht.

(Der Gerichtshof zieht sich zur Beratung zurück.) — Nach Wiederaufnahme der Sitzung verkündet der

Präsident:

Der Gerichtshof hat beschlossen, seine Zuständigkeit als Ausnahmegericht auszusprechen.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer, die Anklageschrift zu verlesen.

Schriftführer (liest):

Anklageschrift.

Die k. k. Staatsanwaltschaft Wien erhebt gegen:

Dr. Friedrich Adler die Anklage:

Dr. Friedrich Adler habe am 21. Oktober 1916 in Wien gegen Dr. Karl Grafen Stürghk in der Absicht, ihn zu töten, durch Abgabe von 4 Revolverschüssen tückischer Weise auf eine solche Art gehandelt, daß daraus dessen Tod erfolgte.

Hierdurch habe Dr. Friedrich Adler das Verbrechen des Meuchelmordes nach §§ 134, 135 Z. 1 St. G. begangen und sei nach § 136 St. G. zu bestrafen.

Gründe:

Der Ministerpräsident Dr. Karl Graf Stürghk fiel am 21. Oktober d. J. einem mörderischen Anschlage zum Opfer.

Nach dem Ergebnis der Voruntersuchung und dem rückhaltlosen Geständnisse des Beschuldigten spielten sich die Vorgänge der Tat folgendermaßen ab:

Dem Dr. Friedrich Adler war bekannt, daß der Ministerpräsident mittags regelmäßig im Hotel Meißl & Schadn speiste. Freitag, den 20. Oktober, entschloß sich Adler, den vorher bedachten Plan, den Grafen Stürgkh zu töten, zur Ausführung zu bringen. Er zog Samstag morgens einen Anzug an, der ihn im Hotel nicht auffällig machen konnte und steckte, bevor er die Wohnung, V. Sonnenhofgasse Nr. 6, verließ, den mit 6 Patronen geladenen Browningrevolver zu sich. Im Laufe des Vormittags erledigte er seine Geschäfte im Sekretariat der sozialdemokratischen Partei wie sonst und teilte telephonisch seiner Mutter mit, daß er heute mittags nicht zum Speisen kommen werde. Dann begab er sich in seine Wohnung zurück, um der Hausbesorgerin, die das Aufräumen besorgte, die Schlüssel abzunehmen. Er wollte vermeiden, daß sie nach seiner Verhaftung im Besitze der Frau seien. Um etwa 1 Uhr fuhr Adler mit der Straßenbahn zum Neuen Markt. Nach seinem Eintritt in das Hotel ging er durch den ebenerdig gelegenen Speisesaal, ohne den Grafen zu finden. Darauf stieg Adler zum 1. Stockwerk empor, legte dort in der Vorhalle Hut und Mantel ab und betrat den Speisesaal. Der Erste, den er sah, war Graf Stürgkh.

Adler setzte sich an den Tisch, der dem Ministerpräsidenten zunächst frei war. Er nahm ein aus drei Gängen bestehendes Mittagessen ein und trank Mineralwasser dazu. Zwei Tische trennten ihn vom Grafen Stürgkh. Um ganz sicher zu sein, ließ er sich von einem Kellnerlehrling bestätigen, daß der, den er für den Grafen Stürgkh hielt, der Ministerpräsident sei. Nun vergingen bis zur Ausführung der Tat fünfviertel Stunden. An dem im Rücken des Grafen stehenden Tisch saß eine Dame, und Adler hatte die Besorgnis, sie zu gefährden. Er entschloß sich daher zu warten, bis der Ministerpräsident den Saal verlassen werde, wobei er am Tische Adlers vorbei mußte. Es gesellten sich jedoch zuerst der Statthalter in Tirol, Friedrich Graf Toggenburg, dann der Rittmeister Franz Freiherr v. Aehrenthal, beide dem Beschuldigten unbekannt, zum Ministerpräsidenten, der länger sitzen blieb, als Adler angenommen hatte. Um ½3 Uhr wurde der Tisch hinter dem Grafen Stürgkh frei und nun paßte der Beschuldigte auf den günstigen Augenblick zur Ausführung des Attentates. Die Saaluhr zeigte ½3, der Weg zum Tische des Opfers war frei, kein Kellner in dessen Nähe. Adler hatte den Revolver in der rechten Rocktasche, aus wel-

cher er alles andere vorher entfernt hatte, um die Waffe rasch ergreifen zu können. Schon während des Essens hatte er sie entsichert. Nun erhob sich Dr. Adler, begab sich in etwas beschleunigtem Gange zum Tische des Ministerpräsidenten, nach einem letzten raschen Schritte streckte er unmittelbar vor dem ahnungslos Sitzenden den rechten Arm vor, so daß seine die Waffe tragende Hand etwa 30 cm vom Haupte des Opfers entfernt war und schoß in blitzschneller Aufeinanderfolge viermal auf den Kopf des Grafen Stürgkh. Der mit vorbedachter Tücke ausgeführte Überfall des Wehrlosen hatte den gewollten Erfolg. Ein Schuß streifte die Schulter, drei trafen ihr Ziel und töteten den Ministerpräsidenten auf der Stelle. Um sich der erwarteten Lynchjustiz zu entziehen, suchte Adler den Ausgang zu gewinnen, wurde verfolgt und in der Vorhalle angehalten. Während ihm der Revolver entwunden wurde, entlud sich dieser und verwundete einen der Verfolger, den Rittmeister Baron Aehrenthal. Friedrich Adler wurde verhaftet.

Der Beschuldigte hat für seine Darlegung vor dem Untersuchungsrichter die Bezeichnung „Verteidigung" ausdrücklich abgelehnt, hat er ja „niemals im Strafgerichte eine Rechtsinstitution gesehen, sondern nur ein Gewaltmittel der Herrschenden, das sie zur Unterdrückung des Volkes verwenden." Aus seinen sehr ausführlichen „Erklärungen", als solche will er seine Verantwortung angesehen wissen, geht hervor, daß Friedrich Adler schon seit Beginn des Jahres 1915 mit dem Gedanken an ein Mordattentat umging. Die Personen, gegen welche es gerichtet werden sollte, wechselten im Verlaufe der Zeit, auch trat der Plan zeitweise in den Hintergrund seiner Erwägungen, wenn die politischen Verhältnisse einen ihm genehmeren Fortgang zu nehmen schienen, zumal aber in jenen Zeitabschnitten, in denen seine Absicht, Österreich zu verlassen und sein Tätigkeitsfeld nach der Schweiz oder nach dem Deutschen Reiche zu verlegen, greifbare Formen annahm.

Erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1916 will Dr. Adler zur Entscheidung gekommen sein, daß der österreichische Ministerpräsident den geeignetsten Gegenstand seines verbrecherischen Planes darstelle. Freitag, den 20. Oktober, hat er endlich den nicht mehr abgeänderten Beschluß zur Tötung des Grafen Stürgkh gefaßt. An diesem Tage erhielt Adler Mitteilung, es sei die Abhaltung einer für den 23. Oktober anberaumten Versammlung, deren Einberufer bürgerlichen Par-

teien angehörten, untersagt worden. Als den Urheber dieses Verbotes sah Adler den Ministerpräsidenten an, und nun hielt er den „psychologischen Moment" für seine Tat gekommen. Er vermeinte, dieser Zeitpunkt werde weiten Kreisen das Verständnis für seine Tat vermitteln.

Die Ermordung des Ministerpräsidenten bezeichnet Dr. Adler als „Demonstration". Diese Kundgebung sollte einmal der Welt die österreichischen Zustände aufzeigen; damit meint er jene Beschränkungen und Zwangsmaßregeln, die infolge des Kriegszustandes getroffen worden waren. Zum anderen sollte mit dem Morde der sozialdemokratischen Partei ihre feige Haltung vor Augen geführt werden, da sie jede Bekämpfung dieser Ausnahmeverfügungen unterlassen hatte. Endlich sollte die Tat als Warnung an „die Herrschenden" in Österreich, aber auch in allen anderen Staaten davor gelten, mit weiteren derartigen Maßnahmen, angeblichen „Übergriffen", fortzufahren.

Friedrich Adler bestreitet, Anarchist „im alten Sinne" zu sein. Mögen seine Anschauungen über die Ziele von denen der Anarchie verschieden sein, über die erlaubten Mittel zur Durchsetzung ist er mit den Anarchisten auch der ältesten Schule eines Sinnes. Ob für den Beschuldigten Anarchist, Anarchsozialist oder Sozialrevolutionär die zutreffende Bezeichnung ist, fällt übrigens aus dem Rahmen des gegen ihn abzuführenden Strafprozesses. Die Verwerflichkeit des Mordes als politisches Kampfmittel kann bei Gesitteten, kann in einem geordneten Staatswesen nicht Gegenstand der Erörterung sein.

Allein die Frage nach dem Entstehen des Mordplanes und seinem Werdegang bis zur Vollendung der Tat wäre nicht gelöst, wären die persönlichen Erlebnisse des Täters ununtersucht geblieben.

Friedrich Adler hat nach Beendigung des Mittelschulunterrichts ständig im Auslande, hauptsächlich in der Schweiz gelebt, wo er auch seinen akademischen Grad erreichte. Dort stand er vom Anbeginn in steter und innigster Berührung mit Umstürzlern aller Parteischattierungen aus allen europäischen Staaten. Den russischen Sozialistenkreisen entstammt seine Lebensgefährtin.

Ob er seine Absicht, eine Professur am Polytechnikum in Zürich zu erlangen, freiwillig oder gezwungen fallen ließ, ob Streitigkeiten, in die er als Schriftleiter eines Züricher Blattes verwickelt wurde, für seine Rückkehr nach Österreich bestim-

mend wirkten, mag unerörtert bleiben. Sicherlich hat Adler, als er nach zwölfjähriger Abwesenheit im Jahre 1911 wieder nach Österreich kam, seine wissenschaftlichen Pläne aufgegeben. Damals, 32 Jahre alt, hatte er die Entscheidung getroffen, hier festen Fuß zu fassen. Er erblickte seine Lebensaufgabe fortan darin, seine ganze Kraft in den Dienst der Arbeiterbewegung in Österreich zu stellen und wurde Sekretär der deutschen sozialdemokratischen Partei in Österreich.

So lange der Frieden währte, schien Dr. Adler immerhin auf dem Boden der Grundsätze seiner österreichischen Parteigenossen zu stehen, wenn es auch damals schon an Reibereien nicht fehlte. Zu Kriegsbeginn trat jedoch mit einem Schlage die grundlegende Verschiedenheit der Anschauungen zutage. Schon am 5. August 1914, nach dem Bekanntwerden der Haltung der deutschen sozialdemokratischen Partei in der denkwürdigen Sitzung des Reichstages vom 4. August hatte Friedrich Adler „das Gefühl des Scheiterns seiner ganzen Lebenspläne und Lebensaufgaben". Zu seiner schmerzlichsten Enttäuschung empfand er, daß ebenso wie im Deutschen Reiche auch in Österreich das natürliche mit dem Menschen geborene Zugehörigkeitsgefühl zur Heimat jenen Internationalismus, an dem er mit allen Fasern hängt, im ersten Ansturm hinweggefegt hatte. Wie der allen gemeinsame Wille zum Schutze des Vaterlandes alle Kräfte des Reiches geeinigt, die politischen Gegensätze geglättet hat, ist ihm, dem in jahrelanger Abwesenheit jegliches Vaterlandsgefühl verloren gegangen ist, unfaßbar und erbitterte ihn tief. Das ist nicht weiter verwunderlich, hat er ja alle Schlagworte der feindlichen Presse über die österreichischen Zustände aufgenommen, alle von Feindesseite stammenden Entstellungen und Lügen wahl- und kritiklos sich zu eigen gemacht. Im Verhöre entwirft er ein über alle Maßen gehässiges Zerrbild, das die Gelassenheit des wissenschaftlichen Arbeiters, der sich geraume Zeit mit exakter Forschung befaßt hatte, völlig vermissen läßt.

Allein kaum weniger heftig sind seine leidenschaftlichen Angriffe gegen die sozialdemokratische Partei in Österreich. „Während ich bis jetzt" — sagt er im Verhör vom 27. Oktober — „zu sprechen hatte von der Schande der Herrschenden in Österreich, bin ich jetzt genötigt, zu sprechen von jenem Teile der Schande, der die Sozialdemokratie in Österreich trifft." Er versteigt sich zu der Behauptung, die Partei habe im Sinne der

Aufstachlung der Kriegsleidenschaft gewirkt. Veröffentlichungen der Parteipresse werden von ihm mit dem Worte „patriotische Exzesse" gebrandmarkt. Einen der bedeutendsten Führer der Partei, dem er sich politisch noch am nächsten glaubte, läßt er fallen und bekämpft ihn auf das Erbittertste, weil sich dessen „Internationalismus" als „Allösterreichertum" entpuppt hat.

Seit Kriegsbeginn ist die Tätigkeit Friedrich Adlers ein ununterbrochener, leidenschaftlich geführter Kampf in Wort und Schrift gegen die österreichische sozialdemokratische Partei, ihre Führer und ihre Presse. Und wenngleich er seine Geschäfte im Parteisekretariat bis zum Schlusse fortführte, sah er sich seit dem Sommer laufenden Jahres nicht mehr als der Partei zugehörig an.

Die Anwürfe Adlers blieben begreiflicherweise nicht unbeantwortet, er mußte sich heftige und entschiedene Zurückweisungen gefallen lassen. Die gegenseitigen Angriffe in der Presse haben in der letzten Zeit einen Höhepunkt erreicht.

So kam es ganz eigentlich von selbst, daß alle Parteifreunde allmählich von Adler abrückten und er auch die letzten persönlichen Anhänger verlor. Einen Teil seines Verhöres vom 23. Oktober schließt er mit den Worten: „Keiner war da, mit dem ich meine Auffassung in allen ihren Konsequenzen auch nur besprechen hätte können . . . Ich stand also tatsächlich ganz allein". Wie völlig vereinsamt aber Friedrich Adler mit seinen terroristischen Grundsätzen blieb, spricht er am 28. Oktober aus: „Ich habe den Gedanken einer Gewaltanwendung weder damals (als zuerst der Gedanke an eine Gewalttat auftauchte), noch jemals später geäußert, da ich mir sofort bewußt war, daß ich damit bei meinen Parteigenossen auf kein Verständnis stoßen würde, ich sogar der Gefahr der Verhöhnung oder Verspottung ausgesetzt wäre".

Noch am Abend vor der Tat fliegt ihm in einer Parteiversammlung der beschimpfende Zuruf „Schädling der Partei!" zu, der ihn wohl wie ein Peitschenhieb getroffen haben muß.

So mußte sich in dem Beschuldigten die zwingende und unerbittliche Erkenntnis aufdrängen, daß seine politische Laufbahn zu Ende war, daß er, dem Gönnertum das Verächtlichste sein sollte, lediglich um seiner persönlichen Beziehungen willen, noch in der Organisation geduldet wurde, daß man aufgehört hatte, den von allen Verlassenen zu beachten, ja ihn ernst zu

nehmen. Das, was ihm trügerisch als Lebensaufgabe erschienen war, hatte völlig und unrettbar Schiffbruch gelitten; sogar vom Gespenst der Lächerlichkeit, des Vorwurfes eines Katheder-Umstürzlers sah er sich unmittelbar bedroht, dessen auf gewaltsame Erhebung zielende Worte eben Worte blieben, denen die ausführende Tat niemals folgen würde. Wenn Friedrich Adler mit der Geste politischer Überlegenheit seine Tat als die eines Verfechters der Freiheit hinstellen will, der kühl erwägend die letzten Schlüsse aus seiner Überzeugung gezogen hat, so gibt er sich arger Selbsttäuschung hin.

Zwei Kräfte haben in gleicher Stärke zum verbrecherischen Entschluß zusammengewirkt. Nicht seine politische Verblendung allein, sondern mit ebensolcher Macht das Bewußtsein des persönlichen Zusammenbruches haben seine Gedanken an eine Gewalttat zur Ausführung eines Mordes verdichtet. Der Mann, der das Ziel verloren sah, verlangte nach einem guten Abgang. Allein, was ihm als politisches Heldentum erschien, war im letzten Grunde nur der verzweifelte Abschluß eines als nutzlos erkannten und daher wertlos gewordenen Lebens.

Das über den Geisteszustand Adlers eingeholte Fakultätsgutachten hat seine Verantwortlichkeit vor dem Gesetze außer Zweifel gestellt.

k. k. Staatsanwaltschaft Wien am 4. April 1917
Der k. k. Hofrat und Erste Staatsanwalt:
Höpler.

Die zusammenhängende Darlegung Friedrich Adlers.

Präsident:

Herr Dr. Friedrich Adler, ich bitte vorzutreten. Bekennen Sie sich schuldig?

Dr. Adler:

Ich bin schuldig in demselben Maße wie jeder Offizier, der im Kriege getötet oder Auftrag zum Töten gegeben hat, um nichts weniger, aber auch um nichts mehr.

Präsident:

Sie sind berechtigt, der Anklage eine zusammenhängende Darstellung des Sachverhalts entgegenzusetzen.

Dr. Adler:

Ich bin in erster Linie gezwungen, der Legende, die sich seit meiner Verhaftung um meine Person gebildet haben, ent-

gegenzutreten. Ich war mir ja vor dem Attentat vollständig klar darüber, daß man zuerst sagen wird — vor allem in den Zeitungen sagen wird, — daß ich diese Tat als Unzurechnungsfähiger begangen habe. Ich war darauf gefaßt, mußte nach der ganzen Sachlage darauf gefaßt sein, daß vor allem der Presse, die unter dem Einfluß der Regierung steht, es als das Selbstverständliche, weil Bequemste erscheinen wird, zu erklären, daß nur ein Irrsinniger es sein könne, der so etwas tut, da ja die ganze übrige Bevölkerung Österreichs mit dem Regime des Grafen Stürgkh und den übrigen Zuständen vollständig zufrieden ist. Ich war also auf diese erste Beurteilung meiner Tat vollständig gefaßt und war auch darauf gefaßt, daß die Regierungssozialisten in Österreich und in Deutschland mich zuerst abzutun suchen werden als einen, der den Verstand verloren hat und ich habe ja jetzt, nachdem ich Gelegenheit gehabt habe, die Sache in den Zeitungen zu übersehen, gefunden, daß der Berliner „Vorwärts" in fetter Überschrift der Welt von der Tat als der „Tat eines Irrsinnigen" Kunde gegeben hat. Es war damals der Berliner „Vorwärts" schon mit jener Redaktion bedacht, die nicht den Berliner Arbeitern, sondern der Berliner Regierung genehm ist. Ich war auch gefaßt, daß die „Arbeiterzeitung" in Wien alle möglichen psychopathischen Momente herbeischaffen und versuchen wird, die Sache so darzustellen, als ob ich nicht bei vollem Verstande gewesen wäre.

Die Situation hat sich dann nach etwa acht Tagen, als die Regierung Körber kam, sehr gewendet, und wenn man heute die Zeitungen jener Zeit ansieht, so ist der Umschlag zwischen dem, was man unmittelbar nach dem Attentat über die Regierung Stürgkh geschrieben hat und was acht Tage später zu lesen war, — daß es ein nicht auszuhaltendes Regime gewesen ist, das nie wiederkehren darf — ein ganz frappanter. Es ist schon ein gewisses Verständnis in der Bevölkerung und in der Presse zum Ausdruck gekommen, daß es nicht nur ein Irrsinniger sein muß, der sich mit den österreichischen Verhältnissen nicht einverstanden erklären kann.

Ich habe aber im Verlaufe der Untersuchungshaft einen schweren Kampf dafür zu führen gehabt, um diese meine Zurechnungsfähigkeit auch zu beweisen. Es hat der Herr Untersuchungsrichter sofort im ersten Stadium der Untersuchung die medizinischen Sachverständigen zu mir gebracht, und ich war

Gegenstand einer längeren Beobachtung. Diese Herren Gerichtssachverständigen sind damals, wie die erste Anklageschrift sagt, zu folgendem Ergebnis gekommen: „In der Haft stand Adler in Beobachtung der Nervenärzte. Ihre Untersuchung hat seine Zurechnungsfähigkeit außer Zweifel gesetzt". Ich konnte aber, nachdem die Anklage gegen mich am 24. November erhoben worden war und ich dadurch Gelegenheit bekam, mit meinem Herrn Verteidiger zu sprechen, diesen nicht daran hindern, dieses Moment, das er als Amtspflicht betrachtet hat, geltend zu machen, neuerlich vorzubringen. Er hat gegen diese erste Anklageschrift Einspruch erhoben und hat verlangt, daß ein Fakultätsgutachten über meinen Geisteszustand eingeholt werde. Ich habe dem zugestimmt, weil ich wußte, daß ich über diese Frage nicht hinwegkommen kann und weil es mir lieber ist, heute hier schon vor Ihnen zu stehen mit dem fertigen Fakultätsgutachten, das meine „Verantwortlichkeit vor dem Gesetz, — wie die zweite Anklageschrift sagt, — außer Zweifel setzt", als meinem Verteidiger hier Gelegenheit zu geben, hier heute noch ein Fakultätsgutachten zu verlangen.

Ich bin also nicht nur ausgerüstet mit dem Gutachten der Gerichtspsychiater, sondern ich bin auch ausgerüstet mit einem Fakultätsgutachten, aus dem hervorgeht, daß meine Zurechnungsfähigkeit außer Zweifel steht. Ich bin mir aber vollständig klar darüber, daß auch heute der Kampf, den ich in der Untersuchungshaft gegen meinen Verteidiger bezüglich der Zurechnungsfähigkeit zu führen hatte, noch nicht erledigt ist und daß er auch heute versuchen wird, diese Argumente vorzubringen. Ich möchte daher von vornherein erklären, daß ich keinerlei Verantwortung für das übernehme, was der Herr Verteidiger hier sagt, und daß ich entschlossen bin, ihm entgegenzutreten, wenn er versuchen sollte, diese Argumente in einer mir nicht entsprechenden Weise vorzubringen.

Der Herr Verteidiger hat von seiner Amtspflicht ausgehend selbstverständlich die Pflicht, für die Erhaltung meines Leibes zu sorgen. Ich habe hier die Pflicht, für meine Überzeugungen einzutreten, die mir eine viel wesentlichere Sache sind als die, ob während dieses Krieges in Österreich ein Mensch mehr aufgehängt wird oder nicht. Es handelt sich für mich um eine viel ernstere und tiefere Sache als um die, mit der sich der Herr Verteidiger hier beschäftigen wird. Ich möchte also von vornherein sagen: Ich

habe diese Tat nicht in Geistesverwirrung vollbracht. Ich habe diese Tat mit Überlegung vollbracht. Ich habe sie durch eineinhalb Jahre nach allen möglichen Richtungen auf ihre Konsequenzen hin bedacht. Es ist also nicht eine Tat, die aus dem Augenblick hervorgegangen ist, sondern es ist eine ganz klar überlegte Tat. Ich habe diese Tat vollbracht in dem vollkommen klaren Bewußtsein, daß damit mein Leben abgeschlossen ist. Wie ich dieses Haus hier im Oktober des vorigen Jahres betreten habe, war ich überzeugt, daß ich es nicht lebend verlassen werde, und ich war überzeugt, daß es, mindestens nach der damaligen politischen Situation, nur ein Ende geben, daß der Gerichtshof, vor dem ich gestellt werde, kein anderes Urteil fällen kann, als meine Verurteilung zum Tode durch den Strang. Ich bin auch heute noch überzeugt, daß dieser Gerichtshof kein anderes Urteil fällen kann. Und soviel Sie auch von mir zu hören haben werden, so bitte ich, überzeugt zu sein, daß ich kein Wort sagen will, um Sie von dem einzigen Urteil abzubringen, das Sie als Ausnahmegericht fällen können. Ich bin überzeugt, daß, wenn jene Bänke in diesem Saale besetzt wären, in dem nur mehr der Name*) an die Rechtsinstitution erinnert, die hier tagen sollte, daß dann für mich eine Möglichkeit wäre, vielleicht mit einem anderen Urteil wegzukommen. Ich überschätze keineswegs die Institution der Geschworenengerichte, aber ich halte es doch für möglich, daß das natürliche Rechtsbewußtsein des Volkes, von Leuten, die nur nach ihrem Gewissen zu urteilen haben hier zum Ausdrucke kommen könnte, während Sie zu dem Zwecke eingesetzt sind, damit nicht nach dem Gewissen lebendiger Menschen, sondern nach dem kalten Buchstaben des Gesetzes geurteilt werde. Ich gebe mich also darüber keiner Täuschung hin und es fällt mir in keiner Weise ein, irgendwie versuchen zu wollen, dieses Urteil zu erschüttern; im Gegenteil, ich werde, wie ich schon gesagt habe, alles tun, um klarzumachen, daß es für Sie kein anderes Urteil geben könne.

Ich möchte nun, meine Herren, auf jene Stilübung der Staatsanwaltschaft eingehen, die man uns als Anklageschrift vorgelesen hat. Als man mir sie zum erstenmale im November vorlas, mußte ich direkt herauslachen bei der Stelle, wo es heißt: „Die Verwerflichkeit des Mordes als politisches Kampfmittel kann bei Gesitteten, kann in einem geordneten Staatswesen

*) Der Prozeß fand im Schwurgerichtssaal statt.

nicht Gegenstand der Erörterung sein." Der Herr Staatsanwalt hat es sich wirklich außerordentlich leicht gemacht. Er geht über das wirkliche Problem einfach hinweg, indem er die Voraussetzung einschiebt: in einem geordneten Staatswesen. Ich bin mit dem Herrn Staatsanwalt ganz einverstanden, daß in einem geordneten Staatswesen wirklich der Mord kein politisches Kampfmittel sein kann. Ich bin vollständig derselben Meinung. Die Voraussetzung aber, die hier zu prüfen ist, ist die Frage, ob wir in einem geordneten Staatswesen leben. Und dann bekommt die ganze Frage einen anderen Charakter. Ich will nicht auf den allgemeinen Begriff „Gesittete" eingehen. Ob unsere Herrschenden „Gesittete" sind, ist ein moralisches Urteil. Sondern ich will die ganz konkrete Frage erörtern, ob wir uns „in einem geordneten Staatswesen" befinden. Und aus dieser Frage resultiert für mich die moralische Rechtfertigung, den Mord als politisches Kampfmittel zu verwenden.

Ich kann das ganze Problem der Ungeordnetheit, der wahren Anarchie Österreichs hier nicht aufrollen, ich werde später auf einen der Hauptpunkte noch zurückzukommen haben, auf die Frage der Verfassungsmäßigkeit, soweit sie das Parlament betrifft. Ich möchte vielmehr hier gleich an jenen Antrag, den der Herr Verteidiger zu Anfang der Verhandlung gestellt hat, anknüpfen und einen Punkt hervorheben, — ganz ruhig, sachlich hervorheben — in dem für mich selber begründet ist die Rechtfertigung für meine Tat. Ich möchte sagen, daß allein das Stattfinden derartiger Prozesse, wie es der heutige ist, jede Gewalttat gegen die Herrschenden in Österreich rechtfertigt. Allein dieser Prozeß — wie derartige Prozesse überhaupt —, ist für mich die moralische Rechtfertigung. Und ich möchte darauf aufmerksam machen — ich kann ja auf alle Details nicht eingehen — daß es gerade der Zustand der Justiz in Österreich gewesen ist, der vom Kriegsbeginn an auf mich auf das empfindlichste gedrückt hat, in mir immer wieder das Gefühl der verletzten Ehre hervorgerufen hat, das Gefühl der Schande, ein Österreicher zu sein. Und zwar will ich das, was ich als Mangel der Verfassungsmäßigkeit empfinde, Ihnen gerade an diesem einen Beispiele klarlegen. Sie werden sehen, daß es weiter zurückgeht, als mein Herr Verteidiger es hier klargelegt hat, und auch weiter zurückgeht, als man es nach den Ausführungen des Herrn Staatsanwalts in seiner Re-

plik annehmen mußte, der ja sagte: wer hat denn damals, als die Gesetze über die Schwurgerichte gemacht worden sind, gewußt, welche große Prüfung uns da bevorstehen wird und daß diese Nötigung kommen werde?

Ich werde Ihnen zeigen, daß das Ministerium Stürgkh-Hochenburger es bereits am 25. Juli 1914 „wußte" und an diesem Tage eine kaiserl. Verordnung betreffend die Schwurgerichte erlassen hat, die die Verfassung brach, die einen Staatsstreich darstellt und daß man damals — die Kriegserklärung war noch nicht da, es war vielmehr an demselben Tag, wo die diplomatischen Beziehungen mit Serbien abgebrochen worden sind —, daß man an jenem Tage bereits einen wirklichen Staatsstreich gegen die Institution der Schwurgerichte vorgenommen hat.

Meine Herren! Bezüglich des Kampfes zwischen der Demokratie und dem Absolutismus, den ich keineswegs in allen Phasen hier zur Darstellung bringen will — ich habe so viel zu sagen, daß ich nicht die physische Möglichkeit habe, alles vorzubringen — möchte ich nur andeuten, daß das Institut der Schwurgerichte in Österreich hervorgegangen ist aus der Revolution des Jahres 1848, daß es eine Errungenschaft gegen den Absolutismus gewesen ist und daß, als die Verfassung im Jahre 1851 in Österreich sistiert wurde, der Absolutismus auch wiederum sich dadurch offen deklariert hat, — nicht versteckt hinter einem § 14, — sondern offen und ehrlich in dem Silvester-Patent erklärt hat: Die Institution der Schwurgerichte ist aufzuheben. Die Schwurgerichte waren in Österreich seit dem Jahre 1848 immer ein Objekt des Kampfes zwischen der Demokratie und dem Absolutismus. Ob Schwurgerichte sind oder nicht, ist eines der wesentlichsten Merkmale der Verfassungsmäßigkeit in Österreich. Während man aber im Jahre 1851 nach dem Siege der Konter-Revolution den nackten krassen Absolutismus mit vollem Bewußtsein und voller Offenheit wieder einführte, also den Mut hatte, zu sagen: Wir beseitigen die Verfassung und auch offen zu sagen: Die Institution der Schwurgerichte wird abgeschafft, versteckt man sich heute hinter Verordnungen, von denen man behauptet, sie hätten „provisorische Gesetzeskraft". Ich will auf die Frage gar nicht eingehen, mein Herr Verteidiger hat ja sehr klar und deutlich gezeigt, daß durch diese §-14-Verordnungen der Artikel XI des Staatsgrundgesetzes über die richterliche Gewalt tatsächlich

beseitigt wird. Ich möchte vielmehr die Lage, in der wir in Österreich sind und in die wir durch die Regierung Stürgkh-Hochenburger gekommen sind, klarmachen an folgendem Beispiel. Zwei Verordnungen, die am 25. Juli 1914 erlassen worden sind, unterstellen Zivilpersonen, die sich strafbarer Handlungen schuldig machen, der Militärgerichtsbarkeit. Die eine dieser Verordnungen ist im RGBl. Nr. 156, die andere im RGBl. Nr. 164 enthalten. Wenn Sie diese beiden Verordnungen sich ansehen, so ist darin bereits begründet, was man in Österreich seit dem Beginn des Krieges getan hat. Meine Herren, es kann sehr strittig sein, und man hat allerlei Ausreden darüber gehabt, daß man sagen kann: In Österreich sind solche Schwierigkeiten durch die Nationalitätenfrage; was soll denn eine Regierung im Parlamente tun, wenn es mit dem Parlament eben nicht geht? Es bleibt eben nichts anderes übrig, als das Parlament heimzuschicken und mit dem § 14 zu regieren. Ich werde im späteren Verlaufe meiner Ausführungen zeigen, daß das in diesem Falle eine faule Ausrede ist und es niemanden gegeben hat, der das Parlament so absichtlich zugrunde gerichtet hat, als gerade den Grafen Stürgkh, der mit Wonne gesehen hat, daß dieser Zustand kommt und sich keine Mühe gegeben hat, ihm auszuweichen. Aber das kann ein Gegenstand der Diskussion sein, es kann möglich sein, sich darüber Zweifeln hinzugeben und zu sagen: Was will die Regierung in diesem Nationalitätenwahnsinn machen? Es ist nicht gerade eine sehr starke Bekräftigung der Möglichkeiten dieses Staates, wie ich auch später noch ausführen werde, es ist kein gutes Zeugnis für den Staat, daß man sagt: Er ist nur absolutistisch möglich und nicht anders, aber das kann ein Gegenstand der Erörterung sein. Das aber, was am 25. Juli 1914 geschehen ist, ist etwas ganz anderes. Das hängt nicht zusammen mit dem Parlament, das hängt nicht zusammen mit diesen ganzen schwierigen politischen Fragen, sondern das hängt damit zusammen, daß man sich bereits vor der Kriegserklärung an Serbien entschlossen hat, die Kriegserklärung gegen die Völker in Österreich zu erlassen, daß man sich entschlossen hat, die Verfassung einfach als einen Fetzen Papier zu betrachten, daß man sich damals bereits entschlossen hat, mit aller Wucht und ohne jede Scham hinwegzuschreiten über alles, was Gesetz und Recht ist in Österreich. Und das möchte ich Ihnen an diesem einen Beispiel zeigen.

Meine Herren! Ich gehöre mit meinem Delikt selbstverständlich in diesen Saal. Aber es sind außerdem eine Menge von Delikten, die nach dem Gesetz auch zugewiesen sind den Geschworenengerichten, die aber eigentlich auch vor Ihr Forum gehören würden — wenn man es einen Moment lang als ein zulässiges Forum betrachten würde — und alle diese Delikte, alle politischen Delikte: Hochverrat, Majestätsbeleidigungen, Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung, kurz alles, was politisch ist und wofür die Schwurgerichte in erster Linie eingesetzt wurden, sind mit einer kaiserlichen Verordnung vom 25. Juli 1914 der k. k. Landwehrgerichtsbarkeit überwiesen worden. Und das ist nun eines der merkwürdigsten Dinge, die geschehen sind, weil es nicht mehr das ist, was wir durch über eineinhalb Jahrzehnte in Österreich erlebt haben: der versteckte Staatsstreich, sondern es wurde das erste Mal ein offener Staatsstreich in Österreich gemacht. Man hat sich dazu bekannt, daß die Kautelen des § 14 gar nichts mehr bedeuten, daß man einfach über sie hinwegschreitet. Das will ich Ihnen beweisen. Das Gesetz läßt es nämlich zu, daß „während einer Mobilisierung, eines Krieges oder bei unmittelbarer Gefahr des Ausbruches eines Krieges" das Gesamtministerium durch Verordnung die der Zivilstrafgerichtsbarkeit unterstehenden Personen wegen der Verbrechen der unbefugten Werbung, der Ausspähung usw. der Landwehrgerichtsbarkeit zuweisen kann. Nach diesen Normen der neuen Militärstrafprozeßordnung, die im Jahre 1912 beschlossen worden ist, ist dadurch tatsächlich eine vollständig gesetzmäßige Verordnung erschienen. Alle diese Delikte sind bei der Mobilisierung ordnungsgemäß durch Verordnung des Gesamtministeriums vom 25. Juli 1914 RGBl. Nr. 164 dem Landwehrgericht überwiesen worden. Dagegen ist gar nichts einzuwenden, das entspricht der gesetzlichen Grundlage.

Was hat man aber außerdem getan? Man hat außerdem die gesamten p o l i t i s c h e n Delikte, was im Gesetze nicht vorgesehen ist, auch der Landwehrgerichtsbarkeit zugewiesen. Und da können Sie nun den Unterschied zwischen Gesetz und absolutistischer Willkür sehen. Die Verordnungen des Gesamtministeriums waren gesetzlich. Sowohl die erste Verordnung über die Einstellung der Schwurgerichte auf ein Jahr wie auch die Verordnung, die die Delikte der Ausspähung usw. dem Landwehrgericht überliefert hat. Das waren gesetzliche Verordnun-

gen. Als man aber den Staatsstreich machen wollte, wie man ihn auch gemacht hat in der kaiserlichen Verordnung, nach der ich heute vor Ihnen stehe, da brauchte man eine kaiserliche Verordnung, die auch vom ganzen Ministerium unterschrieben ist, die aber zwei Unterschiede hat, daß sie erstens auch die Unterschrift des Kaisers trägt und zweitens im Eingang die Formulierung hat „auf Grund des § 14", wenn sie natürlich auch vollständig dem § 14 widerspricht, weil sie das Staatsgrundgesetz abändert. Einen solchen nackten, offenen Verfassungsbruch hat man bereits beim Ausbruch des Krieges verübt und dadurch die Zivilbevölkerung bezüglich aller politischen Delikte hinübergebracht vor das k. k. Landwehrgericht. Ich möchte sagen, meine Herren, daß das eigentlich eine Ehrenbezeugung des Absolutismus für Sie ist, daß man offenbar der Ziviljustiz heute nicht mehr jenen Geist des Holzinger zutraut, der für jedes Kommando verläßlich ist und daß man — was das Erbitternde war — alle politischen Delikte vor Senate von Herren bringen wollte, deren Verläßlichkeit für jeden Befehl dadurch verbürgt ist, daß sie unter Aufopferung ihrer moralischen Persönlichkeit die Front gegen den inneren Feind verteidigen, in dem Bewußtsein, daß sie dadurch ihre körperliche Existenz schützen vor dem Zusammentreffen mit dem äußeren Feind. Diese Tatsache, daß alle politischen Delikte den Militärgerichten überwiesen worden sind, ist eine Tatsache, die für einen Menschen, der sein ganzes Leben in der Politik verbracht hat, ja nicht so gleichgültig ist. Sie dürfen nicht glauben, daß das etwas ist, was mir nachträglich als Rechtfertigung eingefallen ist, sondern ich kann Ihnen sagen, daß es von Anfang an gerade diese Verordnung war, auf die ich bei allen Gelegenheiten hinwies, in den verschiedensten Publikationen — die natürlich in Österreich ausgeschlossen waren —, in denen ich versucht habe, die Schande Österreichs vor der ganzen Welt zu denunzieren und klar zu machen, daß wir ein Staat sind, der nicht seinesgleichen hat. Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, daß in Österreich die Justiz herabgewürdigt worden ist zu einer Kriegsmaschine im Hinterland.

Meine Herren! Sie werden nun sagen und haben es heute wieder erklärt: Das ist eine kaiserliche Verordnung und wir, der Gerichtshof, haben keine Möglichkeit der Prüfung, weil ja den kaiserlichen Verordnungen „provisorische Gesetzeskraft" zukommt. Ich habe in dieser Frage einen noch weitergehenden

Standpunkt als mein Herr Verteidiger. Ich glaube, daß jeder der Herren selbst als Staatsbürger sich fragen müßte, ob er sich überhaupt beteiligen kann an einer solchen Unternehmung, von der er bei der von ihm als Staatsbürger verlangten Kenntnis der Gesetze — weiß, daß sie gegen die Verfassung ist, daß sie das Gesetz bricht. Sie wissen alle als Einzelpersonen vollständig klar, daß diese Verordnung ungesetzlich ist. Sie werden Sie in Ihrem Beratungszimmer nicht prüfen. Aber als Einzelperson weiß jeder der Herren, daß ein Senat von sechs Richtern in Österreich derzeit überhaupt keine Rechtsgrundlage hat. Und doch entschließen sich die Herren, hier zusammenzukommen und einen Senat zu bilden! Ich möchte daher nun gleich erklären, daß ich selbstverständlich in diesem Senat, der sich Gerichtshof nennt, keinen Gerichtshof erblicke, sondern daß Sie für mich sechs Herren sind, die sich entschlossen haben, sich die Autorität anzumaßen, ein Verfahren gegen mich durchzuführen, das mit meinem Tode enden wird; daß Sie, meine Herren, entschlossen sind, obwohl Sie jeder persönlich wissen, daß es gegen das Gesetz ist, sich an diesem Verfahren zu beteiligen. Wenn ich also hier vor Ihnen spreche, ist das keineswegs in irgendeiner Weise so zu deuten, daß ich diese sechs Herren als Gerichtshof anerkenne, daß ich Ihnen irgendein wie immer geartetes Recht zuerkennen würde, sondern daß, wenn ich hier spreche, ich mich der Gewalt füge, daß der Soldat, der mich da hereingebracht hat, bewaffnet ist und ich weiß, daß die sechs Herren, wenn sie wollen, mehr Bewaffnete schicken können, um mich hierher zu bringen, daß ich mich fühle als reines Opfer der Gewalt und nur Ihrem Gewaltwillen entsprechend hierher komme. Ich will aber von vornherein erklären, daß ich in diesem Gerichtshof keine Rechtsinstitution sehe, daß ich in Ihnen nicht sehe ein Organ des Gesetzes, sondern nur das Organ einer verbrecherischen Regierung.

Präsident:

Von jetzt an muß ich Sie aber doch bitten, sich zu mäßigen. Ich habe Ihnen einen weiten Spielraum zugemessen, Sie müssen sich aber eines vor Augen halten: Es ist undenkbar, daß Sie in diesem Prozeß weiter ausgreifen können, als was in einer gewissen nicht engen Auslegung mit Ihrer Tat zusammenhängt. Nachdem Sie so die Grundlage Ihrer Auseinandersetzung angefangen haben, habe ich keine Ursache gehabt, Sie irgendwie

einzuschränken. Sie werden in dieser Richtung auch nicht eingeschränkt werden, nur muß ich Sie bitten — ich halte es Ihnen jetzt gleich vor, — sich jene Mäßigung aufzuerlegen, die unter allen Umständen eingehalten werden muß. In der Sache werde ich Sie sprechen lassen. Die persönlichen Anwürfe, die Sie jetzt gegen Gerichte vorgebracht haben, rüge ich jetzt nicht einmal. Vorläufig ermahne ich Sie, diesem meinem Ersuchen Folge zu geben. Ich bitte, sprechen Sie ruhig in der Richtung, was mit Ihrer Tat zusammenhängt, was Sie als Erklärungsgründe Ihrer Tat vorbringen wollen. Aber vielleicht noch eins, — ich will mich ganz deutlich ausdrücken: Hier zum Gerichtshof, nicht zum Fenster hinaus. Das wolle Ihre Richtschnur sein.

Dr. Adler:

Herr Hofrat, ich habe meine Rede daraufhin angelegt, daß ich nicht unterbrochen werden muß und ich möchte darauf verweisen, daß später ein Polizeibericht vorgelesen werden wird, daß ich im Laufe des Krieges einige Dutzend Reden gehalten habe, und dabei niemals von einem Polizei-Kommissär unterbrochen wurde. Es hat dies auch die Psychiater interessiert, daß ich mich so in der Gewalt habe, daß ich nicht unterbrochen werden muß, und ich hoffe, daß ich diesem Ihrem Wunsch nachkommen kann.

Meine Herren! Ich habe dieses Beispiel der Rechtsunsicherheit hier erwähnt und die Kompetenzfrage dieses Gerichtes in Erörterung gezogen, nicht um die Herren persönlich zu verletzen, selbstverständlich nicht, das liegt mir vollkommen ferne, ich kenne die Herren ja gar nicht; sondern weil es sehr wesentlich, ja von außerordentlichem Belange für meine Verantwortung ist, daß Sie sich als nicht kompetent erklären. Denn das ist das Entscheidende in Österreich und das erklärt meine Tat, daß es keine Instanz gibt, die „kompetent ist" bezüglich der Verfassungsmäßigkeit Österreichs, bezüglich der Einhaltung der Staatsgrundgesetze. Das ist der entscheidenste Punkt, meine Herren.

Der Staatsbürger sagt in österreichischer Gemütlichkeit: Was geht es mich an, ob Demokratie oder Absolutismus ist, die Regierung soll sich das überlegen. Wir sind eben noch keine Staatsbürger in Österreich, wir sind noch Untertanen, und die einzelnen Behörden sagen, wir sind nicht kompetent, zu prüfen, was die obersten Instanzen machen. Sie sehen: jeder Mensch in Österreich sagt: ja, das geht mich nichts an. Ich bin nicht kompetent, es ist nicht mein Amt. Verantwortlich

ist eben derjenige, der diese kaiserl. Verordnungen erlassen hat. Und wenn wir uns ganz klar sein wollen, so ist selbstverständlich der Kaiser nicht verantwortlich, weil er nach dem Staatsgrundgesetz über die Regierungs- und Vollzugsgewalt eben „unverantwortlich" ist, sondern die Minister sind in Österreich verantwortlich. Es reduziert sich also die ganze Verantwortlichkeit für alles, was in Österreich geschieht, auf die Personen, welche das Ministerium bilden. Über die Ministerverantwortlichkeit haben wir nun wieder ein Staatsgrundgesetz, welches sagt, daß die Minister in Österreich verantwortlich sind. Dieses Staatsgrundgesetz wird in einem eigenen Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit ausgeführt, in dem ausführlich dargelegt wird, daß sich die Minister vor dem Staatsgerichtshof zu verantworten haben.

Damit komme ich nun zum zweiten wesentlichen Punkte. Denn der Graf Stürgkh hat nicht nur gleich zu Kriegsbeginn den Volksgerichtshof, das Schwurgericht, sistiert, sondern er hat auch durch mehr als drei Jahre nun den Staatsgerichtshof ausgeschaltet, also auch den Gerichtshof, vor den er gestellt hätte werden können. Die Methoden dieser Sistierungen waren verschieden. Den Volksgerichtshof hat er sistiert, indem er die Volksrichter beseitigte, aber die Anklagebehörde, die Staatsanwaltschaft bestehen ließ. Den Staatsgerichtshof hat er sistiert, indem er zwar die Mitglieder des Staatsgerichtshofes in ihrem Ehrenamte selbstverständlich in Ruhe beließ, aber die Anklagebehörde des Staatsgerichtshofes beseitigte, die Volksanwaltschaft, das Parlament. Er hat jene Behörde, welche die Anklage gegen ihn erheben könnte, außer Kraft gesetzt, er hat sie gegen das Staatsgrundgesetz, das verlangt, daß das Parlament jedes Jahr, mindestens in den Wintermonaten, einberufen wird, durch drei Jahre überhaupt nicht einberufen, was noch gar nie dagewesen ist, ja, er hat nicht einmal den Versuch gemacht, es einzuberufen. Er hat sich also seinem Gerichtshofe entzogen. Er hat jenen Gerichtshof, vor den er von rechtswegen gehört hätte, den Staatsgerichtshof, unmöglich gemacht, indem er dessen Anklagebehörde beseitigt hat. Ja, er hat sich noch am letzten Tage, bevor er gefallen ist, in der gröblichsten Weise geweigert, sich mit dieser Anklagebehörde überhaupt in eine Diskussion einzulassen. Ich will Sie nur vorläufig daran erinnern, daß Präsident Sylvester für den 23. Oktober eine Konferenz der Obmänner aller Parteien

einberufen hat, um über die Wiederaufnahme der Parlamentsverhandlungen zu verhandeln. Da ließ Graf Stürgkh durch irgendeine offiziöse Korrespondenz der Welt mitteilen, daß es für ihn keine Obmännerkonferenz gebe, daß überhaupt keine Instanz da sei, mit der er zu verhandeln habe, daß er zu dieser Konferenz nicht hingehen werde. Es ist ihm gar nicht eingefallen, auch nur die Voraussetzungen schaffen zu wollen für jene Möglichkeit, daß das Ministerverantwortlichkeitsgesetz in Funktion trete. So hatten wir nun den Zustand in Österreich, daß die gesamten Staatsbürger sagen: uns geht es nichts an und daß die gesamten Beamten und der gesamte Richterstand es sagt — kurz, daß es alle sagen: ja, wir sind nicht kompetent. Und die Einzigen, die verantwortlich sind, können auf verfassungsmäßige Weise nicht zur Verantwortung gezogen werden, weil die Anklagebehörde fehlt, weil das Parlament nicht da ist. Und so sind Leute da, die in dem Ministerium sitzen, die schalten und walten, wie sie wollen, die alle Gesetze brechen und die Verfassung in Fetzen reißen. Und es gibt keine verantwortliche Instanz. Die elf Herren sind unerreichbar. Ja, da frage ich Sie: welcher Weg bleibt dann noch übrig, wenn es keine Institution gibt, vor der ich diese elf Leute zur Verantwortung ziehen kann? Welcher Weg bleibt da übrig als der der Gewalt. Ich frage Sie, meine Herren, und sage Ihnen das in aller Ruhe: Welche andere Möglichkeit ist da, wenn ein Ministerium sich auf den Boden der Gewalt stellt, als dieses Ministerium auf jenem Boden zur Rechenschaft zu ziehen, auf den es sich selbst gestellt hat? Ist das nicht derselbe Notstand, wie man uns so oft gesagt hat, daß es der Krieg ist, der wirklich die Möglichkeit beseitigt, daß die Völker sich auf Grund des Rechtes miteinander ausgleichen, sondern indem sie auf die Gewalt gestellt sind. Ist in einem Staate — von dem der Staatsanwalt sagt, daß er ein „geordnetes" Staatswesen ist — dann nicht der Fall gegeben, daß in diesem „geordneten" Staatswesen eben gar nichts mehr anderes übrig bleibt als die Gewalt? Meine Herren, ich will Ihnen hier keine Vorlesung halten über das Recht der Revolution. Es liegt mir vollständig ferne, meine Anschauungen da geltend machen zu wollen. Und ich will mich auch nicht darauf stützen, was die sozialdemokratische Partei, auf deren Boden ich immer gestanden bin und auch heute noch stehe, darüber meint. Die sozialdemokratische Partei verwirft nicht die Gewalt und hat sie nie verworfen, son-

dern die sozialdemokratische Partei hat in ihrem Programm zu Neujahr 1889 erklärt und an diesem Programm bis heute festgehalten, daß sie sich zur Verwirklichung ihrer Ziele „aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel" bedienen werde.

Sie hat den legalen Weg keineswegs als den einzig möglichen angesehen, sondern sie hat gesagt: „alle zweckdienlichen, dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel". Dieser Standpunkt entspricht meiner privaten Meinung als Sozialdemokrat, aber ich kann keineswegs verlangen, daß gerade Sie, Herr Hofrat, dieser Meinung nun zustimmen sollen. Sondern das, worauf ich mich berufe und worauf die moralische Berechtigung meines Handelns gestützt ist — nicht a posteriori, wie ich Ihnen beweisen werde, sondern a priori gestützt ist —, ist eine Autorität ganz anderer Art, als ich sie bin, als es die sozialdemokratische Partei etwa ist. Jene moralische Berechtigung meiner Handlung ist gestützt auf die Auffassung und zwar die deklarierte Auffassung jenes Mannes, der am 21. Oktober 1916 an der Spitze der Justizverwaltung in Österreich gestanden ist, ist gestützt auf das ausdrückliche Gutachten des Herrn von Hochenburger bezüglich derartiger Fälle. Ich stütze mich nicht auf irgendwelche philosophische Theorien, sondern ich stütze mich auf das, was unser damaliger Herr Justizminister über diese Angelegenheit erklärt hat.

Ich will nicht behaupten, daß er es im Oktober 1916 erklärt hätte, sondern daß er es damals erklärt hat, als er — ich will nicht soweit gehen und sagen — als er noch Charakter hatte, aber als er noch Charakter posierte. (Der Präsident steht auf.) Das, glaube ich, darf ich ja sagen, er ist ja nicht mehr im Amte.

Präsident:

Aber ich bitte schön, Sie wissen ja recht gut, was Sie damit meinen. Das ist unmöglich, das ist eine persönliche Beleidigung, die nicht am Platze ist, deren Sie auch nicht bedürfen zu Ihrer Verteidigung. Sie kennen genau die Grenzen, Sie wissen auch genau den Moment, wo Sie sie bewußt überschreiten. Dem muß ich entgegentreten, das kann nicht hingehen.

Dr. Adler:

Ich möchte also beweisen und zwar aus dem amtlichen stenographischen Protokoll des Hauses der Abgeordneten vom 5. November 1898, was unser Justizminister über derartige § 14-Verordnungen gedacht hat und inwieweit er das gewalt-

same Vorgehen gegen ein Ministerium, das solche Verordnungen erläßt, gerechtfertigt hat. Ich muß, um klar zu machen, um was es sich handelt, die historische Situation in ein paar Worten kennzeichnen. Sie wissen, daß damals der § 14 zum Zwecke des Verfassungsbruches entdeckt worden ist und daß damals jene Herren, die heute die Paladine des Absolutismus in Österreich sind, jene deutschradikalen Herren um den Herrn Wolf herum, es gewesen sind, die mit allem Pathos sittlicher Entrüstung gegen den Mißbrauch des § 14 protestiert und am 29. September 1898 einen Dringlichkeitsantrag gestellt haben, welcher lautet:

„In der Erlassung der kaiserlichen Verordnungen liegt eine offenbare und bewußte Verletzung des Staatsgrundgesetzes. In rechtswidriger Weise sind Anordnungen als Gesetze erlassen worden, deren mangels der gesetzlichen Voraussetzungen keine Gesetzeskraft zukommen kann. Diese Anordnungen stellen sich demnach lediglich als Willkür-Akte dar, die unter dem Scheine der Verfassungsmäßigkeit Gesetz werden. Wenn einmal die Februar-Verfassung in offener Weise sistiert worden ist, so liegt in der Anwendung des § 14 eine versteckte Verfassungssistierung, und wir haben es somit mit einer absoluten, jeder Verantwortlichkeit entbehrenden und die Verfassung verleugnenden Regierungsform zu tun, die mit dem Wesen eines konstitutionellen Staates unvereinbar ist."

Dieser Dringlichkeitsantrag trägt die Unterschrift des Herrn Hochenburger. Das genügte aber nicht. Die Dringlichkeit bedarf der Zweidrittel-Majorität, sie wurde abgelehnt und die Herren, die gegenwärtig den deutschen Nationalverband bilden, hielten es damals für nötig, die Ministeranklage wegen der §-14-Verordnungen zu erheben, eine Ministeranklage, die auch die Unterschrift des Herrn von Hochenburger trägt und die von einem der Antragsteller, dem Herrn Hofmann von Wellenhof, zuerst begründet wurde, der in dieser Begründung dann folgendes sagte:

„Nun, meine Herren, die Regierung möge nur in diesem Sinne weiter fortwirtschaften, der Mißbrauch der Macht, wie er heute mit der Anwendung des § 14 für Budgetprovisorien, Rekrutenkontingent usw. getrieben wird" — (das waren gewiß noch alles ganz harmlose Sachen gegenüber jenen §-14-Verordnungen, die der Herr Hochenburger später gezeichnet hat) — „wird sich blutig rächen, und ungestraft wird auch

in Österreich Recht und Gesetz und beschworene Verfassung nicht mit Füßen getreten und ein so frevles Spiel damit getrieben werden."

Und ebenso hat der Herr Dr. Sylvester, der jetzige Präsident des Abgeordnetenhauses, in seiner Rede zur Begründung der Ministeranklage gesagt:

„Ebenso wenig wie das Recht werden kann, ebenso wenig wie auf Grund eines Verbrechens das Eigentum anerkannt werden kann, ebenso wenig kann gefolgert werden, daß auf Grund eines solchen verbrecherischen Vorganges verlangt werden kann, daß die Bevölkerung solche kaiserliche Verordnungen hält."

Aber diese Herren Hofmann von Wellenhof und Dr. Sylvester waren sehr maßvolle Herren. Der Herr von Hochenburger hat sich viel deutlicher über das ausgedrückt, was zu dieser Sache zu sagen ist. Er hat in seiner Rede — sie ist im stenographischen Protokoll auf Seite 1001 bis 1005 — unter anderem gesagt - ich kann die Rede selbstverständlich nicht im vollen Wortlaut bringen, sie war sehr ausführlich, sehr poetisch, sehr schön — der Herr von Hochenburger hat damals unter anderem gesagt (liest):

„Dem Herrn Ministerpräsidenten folgt der Fluch von Millionen Deutschen, ein Fluch, der sich an seine Fersen heften soll wie das böse Gewissen an die Fersen des landflüchtig gewordenen Verbrechers. Und ist der Herr Ministerpräsident nicht ein Verbrecher? Wenngleich kein landflüchtiger, so doch ein Verbrecher zum mindesten, meine Herren, vor dem Richterstuhle der Weltgeschichte, die nicht bloß über Taten, sondern auch über den Willen zu urteilen und zu entscheiden hat. Der Herr Ministerpräsident hat ja doch gezeigt, daß er zwar imstande wäre, den Bürgerkrieg zu entfesseln, aber nicht imstande ist, das Staatsruder zu führen, daß er zwar das Recht beugen, nicht aber nach Recht und Gesetz handeln kann.

„So, meine Herren, handeln Mörder, die, nachdem sie ihr Opfer hingeschlachtet und alles geraubt, dessen sie habhaft werden konnten, Brand stiften, um glauben zu machen, daß die ausgebrochene Feuersbrunst das Vernichtungswerk getan oder Bankverbrecher, die schlecht gewirtschaftet und falsch gebucht, schließlich den brennenden Schwefelfaden an die ihnen verbliebene karge, aber hochversicherte Habe legen,

um dieselbe der Vernichtung preiszugeben, die Spuren der eigenen Untat zu verwischen und später in Ruhe und Muße die behobene Versicherungssumme zu genießen.

„Weil also die Regierung Gesetzwidrigkeiten und Torheiten begangen hat, so sollen nicht etwa sie, sondern soll die Verfassung beseitigt werden, als ob, meine Herren, die Volksrechte im Werte tiefer ständen als das Leben eines zusammengewürfelten Ministeriums. Weil nun, meine Herren, der § 14 dazu mißbraucht werden soll, die Handhabe zu diesen ungeheuerlichen, allen Gesetzen der Vernunft und des Anstandes hohnsprechenden Vorgängen zu bilden, so ist ein Doppeltes notwendig. Es ist notwendig, daß dieser Paragraph, wenn schon nicht beseitigt, so doch dergestalt abgeändert bezw. ergänzt wird, daß derselbe auch für ein Ministerium der Frivolität keine Handhabe mehr zu Staatsstreichen bieten kann, außer auf die Gefahr hin, an dem nächsten Laternenpfahl aufgeknüpft zu werden. Es ist aber auch notwendig, das gegenwärtige Ministerium wegen der bereits begangenen Mißbräuche mit dem § 14 in den Anklagezustand zu versetzen, deshalb notwendig, weil jedes Unrecht Genugtuung heischt, aber auch deshalb notwendig, weil es gilt, schweren Mißbräuchen vorzubeugen. Darum, Herr Ministerpräsident, hüten Sie sich und treiben Sie die Dinge nicht auf die Spitze, denn Sie könnten sonst leicht die Wahrnehmung und Erfahrung machen, daß ein gereiztes Volk sich sein Recht auch durch Selbsthilfe verschaffen kann, daß es auch heute noch ein Notrecht von Völkern gibt und daß heutzutage möglicherweise wohl Staaten, aber nicht Völker zugrunde gerichtet werden können."

So sprach der Herr von Hochenburger, und ich habe in vielen Artikeln vor dem Kriege immer wieder gesagt: Das, was Hochenburger damals im Jahre 1898 gesagt hat, sind wahrhaft goldene Worte, die sich jeder Staatsbürger einprägen muß. Es ist nicht a posteriori, daß ich das sage, sondern es liegt auch beim Akt eine Nummer des „Volk", einer populären Zeitung, in der ein Anschauungsunterricht nötig war, wo abgebildet ist, wie das ganze Ministerium Stürgkh inklusive Hochenburger an Laternenpfählen vor dem Parlament aufgehängt ist. Das hat der Staatsanwaltschaft nicht gefallen, und ich mußte in der zweiten Auflage leere Säcke an den Laternenpfählen aufhängen, aber aus dem begleitenden Text war klar, was gemeint ist. Das

ist nicht in der schlimmen Zeit des Krieges entstanden, sondern in dem halben Jahr Absolutismus, das ihm voranging.

Auch der ganze Wahlkampf gegen Bienert im Jahre 1911 wurde geführt als Kampf gegen den Verfassungsbruch. Ich verweise hier auf eine kleine Schrift unserer Partei, in der schon im Titel der Ausspruch Hochenburgers steht. Es ist also keineswegs so, daß das jetzt von mir konstruiert wird, sondern es war auch vor dem Kriege schon meine volle Überzeugung, daß es für Österreich eine Schande ist, unter diesem System zu leben, und ich verweise auf die letzte Nummer meiner Zeitung „Das Volk", die zeigt, wie ernst es mir schon vor dem Krieg mit diesen Fragen war. Die Nummer vom 23. Juli 1914 trägt einen Trauerrand um alle kaiserlichen Verordnungen, die im letzten Jahre erlassen worden waren und war vollständig gewidmet dem Protest gegen das herrschende §-14-System. Zum Schlusse trägt die Nummer ein Bild des Stürgkh, der das „Kartenhaus des Absolutismus" baut, das einmal zusammenbrechen wird, und sie zitiert, wie die Verfassung gesichert ist durch das Gelöbnis des Kaisers, des Ministeriums und aller Beamten und daß von dieser gelobten und beschworenen Verfassung in Österreich nichts besteht.

Aber das waren noch kleine Dinge gegenüber dem, was am 25. Juli 1914 begonnen hat. Herr von Hochenburger erließ eine kaiserliche Verordnung, obwohl er zwei Jahre früher, im Jahre 1912, als die neue Militärstrafprozeßordnung beschlossen wurde, Gelegenheit gehabt hatte, diesen Ausnahmeverfügungen für den Fall eines Krieges eine gesetzliche Basis zu geben. Er hat in die Militärstrafprozeßordnung die Möglichkeit von Ausnahmeverfügungen bezüglich Ausspähung usw. vorgesehen, aber im Jahre 1912 hat er es nicht gewagt, im Parlament auch nur davon zu reden, daß man politische Delikte der Militärjustiz überantworten soll. Er beging eine Treulosigkeit ohnegleichen, indem er das Parlament irregeführt hat im Jahre 1912, von dem nicht sprach, was er dann am 25. Juli 1914 skrupellos tat. Sie müssen sich nur die „Wiener Zeitung" von jenem 25. Juli 1914 wieder ins Gedächtnis rufen, wie dick die gewesen ist mit allen ihren Ausnahmeverfügungen und daß das alles genau vorbereitet gewesen ist. Man hat nicht erst im Moment des Krieges die Ausnahmeverfügungen verfaßt, sondern Herr von Hochenburger hat diesen Staatsstreich mit klarem Bewußtsein vorbedacht.

Deshalb ist die moralische Rechtfertigung für meine Tat in meinen Augen als Staatsbürger eine vollkommene. Das Ministerium hat die Verfassung zerrissen, das Ministerium hat es aufgegeben, sich um die Gesetze in Österreich zu kümmern, und es blieb kein anderer Weg als der Weg der Gewalt.

Es ist aber gar nicht die Frage zu stellen, meine Herren, ob die Gewalt gerechtfertigt ist in dem „geordneten Staatswesen" des Herrn Staatsanwalts, sondern die Frage, das Problem, um das es sich hier handelt, ist ein ganz anderes: Wie kommt man dazu, diese Gewalt zu üben, wie komme ich als Einzelner dazu?

Berechtigt zur Gewalt ist nach meiner Meinung, wenn das Gesetz zertreten ist, ein jeder Staatsbürger, jeder ist berechtigt, sich sein Recht selbst zu verschaffen auf Grund des Notstandes, den die Regierung verschuldet hat. Ja, jeder Staatsbürger hat nicht nur das Recht zur Gewalt, sondern meiner Überzeugung nach auch die Pflicht, sich einzusetzen in dem Moment, wo alle verfassungsmäßigen Instanzen fehlen, wo es kein Parlament gibt, wo alle Rechtsgarantien, die wir sonst haben, beseitigt sind. Nur eine so verlotterte Bevölkerung, der jedes staatsbürgerliche Bewußtsein abhanden gekommen ist, läßt sich das gefallen. Es kann also keine Frage des Rechts sein, es ist eine Pflicht! Es kann nur fraglich sein — und das ist das Wesentliche, was ich hier zu erörtern habe — ob es zweckdienlich ist, nach der Methode vorzugehen, nach der ich vorgegangen bin. Das sozialdemokratische Programm sagt „mit allen zweckdienlichen, dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mitteln".

Was „das natürliche Rechtsbewußtsein" betrifft, so ist ganz sicher, daß es heute wohl wenig Leute geben dürfte, denen es nach ihrem „natürlichen Rechtsbewußtsein" nicht klar wäre, daß ich so handeln durfte. Die eigentliche Frage und die schwerer zu erklärende ist, ob es zweckdienlich war, so zu handeln.

Darauf muß ich nun eingehen und diese Frage erörtern und zwar vor allem auch gegen meinen Herrn Verteidiger, der ja wohl versuchen wird zu sagen, das war ja gar nicht zweckdienlich. Die Arbeiter-Zeitung hat auch sofort nach der Tat geschrieben: Das ist Geistesverwirrung, das entspricht nicht seinen ursprünglichen Ideen von der Taktik der Sozialdemokratie, das ist ein Abirren von den Prinzipien, die er vertreten hat. Ich bin also in der schwierigen Lage, feststellen zu müssen, warum

diese Tat, die meinem natürlichen Rechtsbewußtsein entspricht, auch unter den ganz besonderen Ausnahmebedingungen eine zweckentsprechende Tat gewesen ist.

Bevor ich aber diese Begründung aufbaue, möchte ich ein paar Worte über jene Begründung verlieren, die der Herr Staatsanwalt glaubte, vorbringen zu müssen. Ich werde natürlich den umgekehrten Weg gehen wie der Herr Staatsanwalt. Nicht von der Tat zu den Motiven, sondern — ich bin nun einmal schon ein logisch so verrannter Mensch — von den Motiven zur Tat.

Der Herr Staatsanwalt sagt, die ganze Tat ist dadurch erklärlich, daß ich so viele Jahre im Auslande war. Das ist für ihn der eigentliche Kernpunkt der Sache. Er sagt: Das ist „nicht weiter verwunderlich, daß ihm, der so viele Jahre im Auslande gewesen ist, das natürliche, mit dem Menschen geborene Zugehörigkeitsgefühl zur Heimat verloren gegangen" ist. Das ist nach der Anklageschrift das Entscheidende. Vor allem muß ich feststellen, daß mein politischer Standpunkt durch meinen Aufenthalt im Auslande in keiner Weise geändert worden ist. Ich habe denselben Standpunkt vertreten die ganze Zeit über, in Österreich, bevor ich ins Ausland ging, im Auslande und nun wieder durch sechs Jahre in Österreich. Ich habe immer denselben Standpunkt festgehalten. Ich möchte dem Herrn Staatsanwalt bezüglich seiner merkwürdigen Begründung nur ganz kurz erwidern. Er spricht von dem „natürlichen, mit dem Menschen geborenen Zugehörigkeitsgefühl zur Heimat" und will offenbar sagen, wir werden es noch genauer sehen, er ist ein Antipatriot geworden, er ist ein Feind Österreichs. Darauf kommt ja die ganze Sache hinaus. Und die „Begründung" findet nun der Herr Staatsanwalt darin, daß ich dieses Vaterlandsgefühl, das nach seiner Meinung ein „natürliches", ja sogar „mit dem Menschen geborenes" ist, auf einer Reise vergessen habe wie einen Regenschirm. Es ist zwar mit mir „geboren", aber dem Herrn Staatsanwalt ist es „gar nicht verwunderlich", daß es plötzlich abhanden kommt. Er empfindet es sehr angenehm, daß ich in dem Verhör der Voruntersuchung von der Arbeiter-Zeitung gesagt habe, sie habe sich „patriotische Exzesse" zuschulden kommen lassen. Der Staatsanwalt erkennt gleich: da sieht man, er spricht von „patriotischen Exzessen", also ein Antipatriot. Und er verweist speziell noch darauf, daß ich dem Abgeordneten Dr. Renner

sein „Allösterreichertum" vorgeworfen habe. Ich werde darauf noch zu sprechen kommen, jetzt will ich nur auf die Begründung, auf die der Herr Staatsanwalt seine ganze Anklage aufbauen will, hinweisen. Also: ein Staatsfeind, ein Antipatriot.

Ich bin daher gezwungen, vor allem ein paar Worte darüber zu verlieren, wie ich zu Österreich als Staat stehe. Ich muß das auseinandersetzen, obwohl ich nicht glaube, daß diese Motivierung irgendeine Rolle bei der Klarlegung des Falles spielen kann. Meine Herren! Ich werde nicht sagen, daß ich ein Patriot bin. Ich habe das in meinem Leben nie gesagt. Ich habe nie daran gedacht, weder vor dem Kriege noch im Kriege, zu behaupten, daß ich ein Patriot bin. Und Sie können von mir auch nicht erwarten, daß ich etwa als captatio benevolentiae nun meine ganze Überzeugung wegwerfen und plötzlich sagen würde: Ich bin ja ein Patriot. Davon kann gar keine Rede sein. Sie werden ja später sehen, daß ganz andere Gedankengänge bei mir eine Rolle spielen. Ich erkläre ganz ruhig und offen, daß ich das Wort „Patriot" in Österreich sehr oft als Schimpfwort gehört habe und es auch nie anders aufzufassen Gelegenheit hatte. Denn mit dem „Patriotismus" in Österreich hat es eine ganz eigenartige Bewandtnis, die aus der Struktur dieses Staates hervorgeht. Wir müssen uns zu dem Zwecke den österreichischen Patriotismus etwas klar machen, meine Herren. Ich will vom Kriege gar nicht reden, sondern von der Zeit vor dem Kriege, wo der österreichische Patriotismus — nicht von den Sozialdemokraten, sondern von den Bürgerlichen aller Nationen — denunziert worden ist als eine Minderwertigkeit intellektueller Natur oder eine Minderwertigkeit des Charakters. Das intellektuell hochstehende Bürgertum ist vor dem Kriege nicht patriotisch sondern national gewesen. Es war deutschnational, italienisch-national, polnisch-national; es war alles, nur nicht patriotisch. Ich kann darauf verweisen, daß jene Herren vom Deutschen Nationalverband, der sich jetzt so entrüstet über das „unpatriotische Vorgehen" von Tschechen usw., daß jene Herren uns als ärgste Beschimpfung das Schimpfwort zugerufen haben „ k. k. Sozialdemokraten". Das ist, meine Herren, nicht etwas, was einmal gelegentlich geschehen ist. Sie, die Sie die politischen Verhältnisse mitverfolgt haben, wissen ja ganz genau, wie es in Österreich gewesen ist. Nur ein Beispiel. Mir ist beim Blättern in jenem Protokoll, aus dem ich Ihnen die Rede des Herrn Hochenburger vorgelesen habe,

gleich wieder — weil jedes Protokoll, wo eine Rede des Herrn Wolf oder eines der anderen Herren steht, solche Dinge enthält — eine Stelle aufgefallen, wo damals jener Verband, dem Herr Wolf angehörte, feierlich verkündet hat, wie er damals den Patriotismus aufgefaßt hat. Es wurde damals erklärt: (liest)

„Wenn man oft nach Ansprachen von mir und von meinen engeren Kampfgenossen und Freunden der Sache, die ich mit ihnen vertrete, die Frage stellte: Was ist denn eigentlich euer, der Deutschen in Österreich, Vaterland? Verehrte Herren, ehrlich, treu und wahr sagen wir es immer und sagen wir es auch heute: Vaterland in unserem Sinne, kein Staatengebilde, kein österreichischer Staat, sondern die deutsche Stammeserde ist es, unser heiliges Vaterland, das werden wir vertreten und schützen bei jeder Gelegenheit, wenn es sein muß mit Blut und Eisen."

Das war die Vaterlandsidee der Deutschen vor dem Kriege, sie haben sich offen gegen Österreich ausgesprochen, und ich könnte es Ihnen hundertfältig aus den stenographischen Protokollen belegen. Ich brauche ja hier keinen Beweis zu führen, die Herren wissen ja dies alles zur Genüge, Sie wissen, wie oft Herr Wolf „Heil Hohenzollern!" im Parlament gerufen hat und daß das Ideal des deutschen Bürgertums damals nicht Österreich gewesen ist, sondern daß das deutsche Bürgertum damals das Ideal eines deutschen Nationalstaates gehabt hat, daß das deutsche Bürgertum auf dem gleichen Standpunkt gestanden ist, auf dem heute die Polen, Italiener usw. stehen, daß sie zu dem Staate ihrer Nation gehören wollen.

Nun hat sich in diesem Kriege — Sie werden mir gestatten, daß ich ein paar historische Bemerkungen einflechte, weil es zum Verständnis der Frage wesentlich ist — ein Funktionswandel des Vaterlandes offenbart. In früheren Jahrhunderten hat es ja kein „Vaterland" gegeben, sondern nur Reiche, in die die Regierungen die Völker zusammengefaßt haben, ohne nach deren Gefühlen zu fragen. Seit dem Jahre 1870, seit in Deutschland das Ideal eines Nationalstaates verwirklicht ist, hat das Bürgertum Europas Österreich aufgefaßt als einen Rückstand alter Zeiten, der liquidiert werden müsse. Es hat Österreich nicht anerkannt, sondern erklärt, daß eben die Zeit kommen werde, wo auch dieser Staat in nationale Staaten zerfallen, resp. verschiedenen nationalen Staaten an-

gegliedert werden müsse. Das deutsche Bürgertum hat offen und klar diese historische Perspektive ausgesprochen.

Dieser Vaterlandsidee des Nationalstaates hat sich nun entgegengestellt eine neue Vaterlandsidee, die am Beginn dieses Krieges offenbar geworden ist, und damit eine vollkommen neue Begründung der ganzen Politik. Es kommt nicht mehr bloß auf die Nation an, sondern als ein ebenso starkes Argument wird das Wirtschaftsgebiet betrachtet. Während bis zum Kriege in der öffentlichen Diskussion als Interessenten Österreichs nicht die Nationen, nicht die Bürger dieses Staates betrachtet worden sind, sondern nur die Dynastie und die Bürokratie als die eigentlichen Klammern des Staates galten, als die einzigen, die ein Interesse an diesem Staate haben, ist nun plötzlich ein Umschwung eingetreten. Das Bürgertum, Herr Wolf und alle, die früher von der Angliederung Deutsch-Österreichs an Deutschland sprachen, haben nun andere Ideale, wollen das Wirtschaftsgebiet Österreich erhalten. Sie erklären plötzlich, daß das Bürgertum ein Interesse an Österreich habe, und nicht nur an dem Wirtschaftsgebiet Österreich als solchem, sondern sie wünschen ein großes mitteleuropäisches Reich zu schaffen — selbstverständlich mit dem König von Preußen an der Spitze — dem Österreich untergeordnet werden soll. Ihr Ideal ist nicht mehr die nationale Unabhängigkeit, sondern ihr Ideal ist die nationale Herrschaft. Ihnen genügt nicht die Klassenherrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat im Staate, sondern sie wollen auch die Herrschaft ihres Volkes über andere Völker, sie wollen ein Reich von Berlin bis Bagdad schaffen, in dem das deutsche Volk — und das heißt für sie, die deutsche Bourgeoisie, nicht jene gleichgültigen Arbeiter — die Herrschaft ausüben. Und das ist die Absicht dieses Krieges.

Wenn Herr Wolf heute noch „Heil Hohenzollern" rufen sollte — ich weiß nicht, ob er es noch täte, er hat ja auch keine Möglichkeit, darüber etwas zu sagen, er ist ja noch nicht immun, ich glaube auch nicht, daß er es für zweckmäßig halten würde — so hat es jedenfalls einen ganz andern Sinn, dann meint er Mitteleuropa und nicht mehr den deutschen Nationalstaat. Wir haben sogar wahrnehmen können, daß zu Anfang des Krieges das wirtschaftliche Moment sich auch bei der Bourgeoisie anderer Nationen geltend gemacht hat. Insbesondere bei der tschechischen Bourgeoisie hat die wirtschaftliche Seele

sehr gerungen mit der nationalen Seele. Wir konnten sehen, daß vor allem das tschechische Großkapital, das in Galizien interessiert war, sehr in Konflikt geraten ist mit den nationalen Gefühlen des tschechischen Volkes. Näher kann ich darauf hier nicht eingehen, ich wollte das nur andeuten, daß sich ein Funktionswandel des Vaterlandes vollzogen hat. Die deutsche Bourgeoisie wünscht heute einen anderen Staat als vor dem Kriege.

Dieser Funktionswandel hat sich nun auch innerhalb der Sozialdemokratie vollzogen. Die deutsche Sozialdemokratie stand im Jahre 1871 beim Friedensschluß nach dem Deutsch-französischen Kriege auf dem Boden des Nationalstaates. Und wenn Bebel Bismarck damals auf das Heftigste angriff, so war es nicht nur deshalb, weil er das deutsche Kaisertum errichtet hatte an Stelle der deutschen Republik, die die Sozialdemokraten wollten, sondern auch deshalb und mit der gleichen Wucht, weil er das kleine Preußen-Deutschland errichtete an Stelle des Groß-Deutschland, für das damals die deutsche Demokratie und mit ihr die Sozialdemokratie gekämpft hat. Und nun sehen wir in diesem Kriege, daß auch für große Teile der Arbeiterklasse jener Gesichtspunkt verloren gegangen ist. Wir sehen, daß auch Sozialdemokraten — ich nenne sie so, weil sie Ihnen unter diesem Namen bekannt sind, während sich der terminus technicus herausgebildet hat, sie als Sozialpatrioten zu beschimpfen — nicht mehr das Nationalitätenprinzip aufrecht erhalten, sondern sich zum imperialistischen Gedankengang bekehrt haben und ein Programm verfechten, in dem sie nicht den deutschen Nationalstaat verteidigen, was vollständig der Verteidigung der Nation entsprechen würde, wie es etwa die Franzosen tun, sondern die auch von vornherein die sogenannte „Integrität des Deutschen Reiches" verteidigen, und zwar, wie uns jetzt gesagt wird, inklusive der Kolonien, also inklusive jener Teile der Erde, wo es ja auch vielleicht einmal mit der Zeit Leute geben wird, die ihren eigenen Nationalstaat werden haben wollen. Es wird von deutschen Arbeitern heute verkündet, daß auch die Kolonien einen integrierenden Bestandteil des zu verteidigenden „Vaterlandes" darstellen. Und nicht nur das. Es hat Perioden in diesem Kriege gegeben, wo man den ganzen alten Gedanken der Nation, die das Recht der Selbstbestimmung habe, von seiten der Sozialdemokraten preisgegeben und sich rein auf den Standpunkt der Macht gestellt hat. Man hat

alle Prinzipien der Demokratie verraten und gesagt: Wir müssen uns auch strategisch sichern und alle möglichen Dinge erobern; „Sozialdemokraten" wollten fremde Völker unter die Herrschaft des deutschen Volkes bringen. Und es hat „Sozialdemokraten" gegeben, die so weit gegangen sind, jenen Einbruch in Belgien zu rechtfertigen, das Attentat gegen die Neutralität jenes Staates, „Sozialdemokraten", die sich vollständig auslieferten dem Bann der imperialistischen Bourgeoisie, die nackte Eroberungsinteressen verteidigten.

Ich muß das hier kurz einschalten, um Ihnen zu sagen, daß mit jener Begründung, die der Herr Staatsanwalt in der Anklageschrift vorgebracht hat und die er in seinem Plaidoyer sicher noch unterstreichen wird, — daß ich ein „Antipatriot" bin und deshalb die Tat begangen habe — hier nichts anzufangen ist. Ich will Ihnen von vornherein offen und klar sagen, welchen Standpunkt ich vom ersten Tage dieses Krieges an Österreich gegenüber eingenommen habe. Ich sage nicht, daß es begeisternd ist, Österreicher zu sein, sondern ich halte es für ein Schicksal, das man ertragen muß. Ich halte es für ein Schicksal um so mehr, wenn man einen Grafen Stürgkh und eine Menge Beamte in Österreich hat, die erklären: Es geht gar nicht anders, dadurch daß Österreich ein Nationalitätenstaat ist, seid ihr dazu verdammt, unter dem Absolutismus zu leben. Ich gestehe Ihnen ganz offen: Ewig in einem absolutistischen Staat sein zu müssen, ist kein verlockender Gedanke für einen zivilisierten Menschen. Es muß in der Tat erst die Existenzmöglichkeit dieses Staates als eines zivilisierten Staates dargetan werden, als eines wirklich „geordneten Gemeinwesens", welchen Ehrentitel der Herr Staatsanwalt die Güte hatte, Österreich taxfrei zu verleihen, um Begeisterung für diesen Staat zu erregen.

Meine Herren! Wir Sozialdemokraten — und nicht nur ich, der viel schlimmer ist, als die anderen Sozialdemokraten — sondern die ganze Partei hat sich immer zu dem Grundsatz bekannt: Österreich wird ein demokratischer Nationalitäten-Bundesstaat sein oder es wird nicht sein. Entweder kann sich Österreich zu jenen Formen der Demokratie entwickeln, die in der kapitalistischen Epoche nötig sind, wo die Bürger nicht mehr als Untertanen behandelt und nicht mehr regiert werden können von einer Obrigkeit oder wenn das nicht möglich sein sollte, dann wird und muß es schließlich eben doch zugrunde gehen. Wir Sozialdemokraten sind der Meinung gewesen, es ist

möglich, daß sich Österreich zur Demokratie entwickle und gerade die Sozialdemokraten haben sich die größte Mühe gegeben, immer wieder zu beweisen, wie man sich auf dem Boden der Demokratie in diesem Staate einrichten könnte, wie die Völker miteinander auskommen könnten.

Aber, meine Herren, das waren unsere Wünsche. Heute wissen wir nicht, was aus diesem Staate im Kriege noch werden wird, wissen wir nicht, wie der Krieg endet. Vor allem wußte ich am Anfang des Krieges nicht, ob Österreich liquidiert werden oder ob es weiter bestehen wird. Ich stand und stehe auf dem Standpunkt, daß wir mit beiden Eventualitäten zu rechnen haben. Ich habe keine dieser Eventualitäten gefördert, sondern ich habe mich auf den Standpunkt der striktesten Neutralität gegenüber Österreich gestellt. Ich habe gesagt, unsere Sache, die Sache des Sozialismus, ist eine so große Sache, eine so viel größere als die irgendeines temporären Staatsgebildes, daß wir ihr Schicksal nicht verknüpfen oder es gar kompromittieren dürfen durch die zu enge Verflechtung mit dem Schicksal eines Staates. Ich habe mich auf den Standpunkt der Neutralität gestellt. Ich habe gesagt, wir haben in diesem Kriege die Pflicht, als Sozialdemokraten zu handeln, unsere sozialdemokratische Überzeugung durchzuhalten. Das ist die einzige Politik, die wir zu führen haben, und es ist nicht möglich, daß wir uns in einem Maße für einen Staat engagieren, wie dies leider von Seite gewisser meiner früheren Freunde tatsächlich geschehen ist. Ich bin also nicht, meine Herren, wie der Herr Staatsanwalt behauptet hat und behaupten wird, ein „Staatsfeind", ein „Antipatriot", sondern ich stehe auf sozialdemokratischem Boden und habe jene Nüchternheit der Erwägung, die gegenüber der Kompliziertheit der Situation dieses Staates nur allzusehr am Platze ist.

Wenn ich die Anklageschrift ansah, habe ich immer das Gefühl gehabt, daß der Herr Staatsanwalt sich nicht die Mühe gegeben hat, den Fall zu begreifen, ja daß er ihn gar nicht begreifen wollte, daß es für ihn viel bequemer war, einfach zu sagen „Antipatriot!" und damit die Sache zu erledigen. So oft ich aber betonte, daß es sich bei der Begründung dieser Anklage irgendwie um die Frage der staatlichen Existenz Österreichs handeln kann und so wenig ich andererseits den Anspruch erhebe, „Patriot" genannt zu werden und in keiner Weise darauf reflektiere, so sehr spielt Österreich in meinen

Motiven eine Rolle. Allerdings nicht Österreichs staatliche Existenz sondern seine moralische Existenz! Der österreichische Geist, der spielt, wie Sie sehen werden, in meinen Motiven eine wirklich große und erhebliche Rolle! Schon im Gymnasium war mir klar und tief und innerlich ergreifend das wahrhaft heilige Wort der Schrift, daß die größte Sünde, jene Sünde, die nicht vergeben werden kann, die Sünde gegen den Geist ist. Diese größte Sünde, das ist die in Österreich landesübliche Sünde. Und wenn Sie den Prozeß und meine ganze Lage und alles, was dazu geführt hat, verstehen wollen, dann wird sich wie ein roter Faden durch Ihre ganzen Erwägungen ziehen müssen, daß alles, was ich tat, die Empörung und der Widerstand gegen diese Sünde gegen den Geist gewesen ist, gegen diese Sünde, die ganz Österreich durchdringt, die die Völker Österreichs niederdrückt, die jedes mannhafte Auftreten in Österreich verkümmern läßt. Die Sünde geht weit zurück. Ihr Überwuchern in Österreich ist kein Zufall. Wir sind in einem Staate, den man einmal, in der Zeit der Gegenreformation mit Feuer und Schwert wieder „katholisch gemacht" hat. Es ist ein Staat, in dem man stets Verachtung für die Überzeugung des Menschen hatte, es ist ein Staat, wo man niemals anerkannte, daß das einzelne Individuum nach seiner Überzeugung handeln soll. Es ist jener Staat des Metternich'schen Geistes, der Österreich von der 48er Revolution neben Rußland herabgedrückt hat zum unzivilisiertesten Staate in Europa, der das freie Wort geknechtet und eine Sklaven- und Bedientengesinnung in der Bevölkerung geweckt hat. Es ist ein Staat, der in der Politik Erscheinungen erzeugt hat, die von mir stets als brennende Schande empfunden worden sind. Ich habe Ihnen hier ein Beispiel vorgeführt, was dieser Herr von Hochenburger im Jahre 1898 gesagt und was er dann, als er Minister geworden ist, getan hat. Meine Herren, dieses Abgleiten von jeder Überzeugungstreue, diese Prinzipienlosigkeit ist es, die mir immer den tiefsten Haß, nicht gegen Österreich als Staatsgebilde, sondern gegen Österreich als unmoralisches Gebilde eingeflößt hat. Und diesen österreichischen Geist der Verlogenheit, den nehmen wir wahr in allen Teilen und bei allen Nationen. Sie sind alle gestraft und herabgewürdigt durch die Fuchtel des Absolutismus. Wir nehmen diesen Geist der Verlogenheit wahr bei den Nationen, die man nicht durch die Wahrheit der Demokratie zum Selbst-

bestimmungsrecht fortschreiten läßt, sondern die man züchtigt mit Gesetzesverletzungen, die man gewöhnen muß an derartige §=14=Verordnungen, von denen wir heute hier gehört haben und von denen jede eine innere Verlogenheit in sich enthält. Es ist der Geist, der die ganze Politik in Österreich beherrscht, jener Luegerische Geist der biederen Verlogenheit, jener christlich=soziale Geist, jener Geist der Kameraderie im politischen Gewerbe. Es ist der Geist jenes Lueger, für den es keinerlei Halt gibt, der sogar einmal mit dem Gedanken kokettiert hat, zur Sozialdemokratie zu kommen, und der gekennzeichnet ist durch seine Frage: Wozu braucht denn der Mensch ein Programm?

Und wenn Sie verstehen wollen, was mich hierher geführt hat, dann ist es die Tatsache, daß dieser Geist der biederen Verlogenheit in meine Partei, in die Sozialdemokratie, Eingang gefunden hat, daß er in ihr repräsentiert ist durch diesen Doktor Karl Renner, der nichts anderes darstellt als einen Lueger in der Sozialdemokratie, der den Geist der Prinzipienlosigkeit, den Geist der Gaukelei in unsere Partei gebracht hat, daß man sich immer schämen muß, das auf sich sitzen zu lassen. In der Kriegszeit war all meine Energie darauf gewendet, den Schmutz abzuschütteln, der von diesen Politikern auf das gebracht worden ist, was mein ganzes Innerstes, was immer mein Leben erfüllt hat. Vieles, was ich getan habe, war der Versuch, immer wieder mich in Gegensatz zu stellen zu jenen, die den G e i s t d e r P a r t e i verraten haben. Das müssen Sie verstehen. Das ist die wirkliche Quelle, der wirkliche Zusammenhang meiner Tat: darauf ist sie zu verstehen: Sie war ein Protest, einer der Proteste — es waren viele, ich werde darauf noch zu sprechen kommen — gegen diesen Geist der österreichischen Verlogenheit, der in die Partei eindrang.

Meine Herren, ich bin nicht etwa so naiv, zu meinen, in der Zeit eines Krieges werde alles mit Wahrheit gemacht. Ich meine nicht, daß man dem Feinde seine Schlachtpläne verraten dürfe und wirklich mit offenen Karten zu spielen habe. Ich bin auch nicht so naiv, zu glauben, daß der politische Kampf so geführt werden kann, daß man immer alles offen sagt. Mir persönlich ist der politische Kampf, der verlogen ist, immer unsympathisch gewesen. Ich habe mich von der Lüge ferngehalten. Ich habe sie nicht gebraucht. Ich war auch der Ansicht, daß sie in letzter Instanz ebenso unzweckmäßig ist wie die

Kriegslüge, es kommt doch schließlich alles heraus. Ich habe diese Methode nicht verwendet, habe aber niemanden aus ihr einen Vorwurf gemacht. Ich mache auch den Kriegführenden keinen Vorwurf daraus. Aber ich bewundere es auch nicht. In der deutschen Geschichte weist man uns auf zwei Markſteine, die angeblich — nicht nach meiner Meinung — als zwei große Fortschritte aufzufassen sind: die eine große Tat ist, daß Hermann im Teutoburger Walde so verlogen und so verſchlagen gewesen ist wie die römischen Diplomaten, daß er sie also endlich überlisten konnte, und die andere, daß unter Bethmann Hollweg sich die deutsche Politik zur Höhe der Heuchelei der englischen Diplomatie aufgeschwungen hat. Das bewundern Leute, ich habe es nicht bewundert. Ich halte die echten Taten des deutschen Geistes für ganz anderer Natur, und sehe sie nicht in dieser Meisterschaft diplomatischer Heuchelei. Aber, meine Herren, ich mache daraus niemandem einen Vorwurf. Ich möchte nicht, daß Sie mich für einen „Wahrheitsfanatiker" ansehen, sondern ich verlange nur, daß man mit sich selbst im reinen sein soll, daß man nicht vor sich selbst verborgene Prinzipien habe, daß man sich selber klar sei, nach welchen Prinzipien man handelt. Es gibt auch berechtigte Kompromisse zwischen den Prinzipien. Man kann nicht alle Prinzipien gleichzeitig durchführen, aber berechtigt sind nur Kompromisse zwischen den eigenen Prinzipien und zwar zwischen den eigenen eingestandenen Prinzipien. Und ebenso wie das einzelne Individuum das Gewissen haben muß, sich zu seinen eigenen Prinzipien zu bekennen, sie aneinander abzuwägen und zu einer Resultante aus diesen seinen Prinzipien zu kommen, so muß auch eine politische Partei den Charakter haben, sich zu ihren Prinzipien zu bekennen und klarzumachen, nach welchen Prinzipien sie zu handeln hat. Eine politische Partei darf nicht aus verborgenen Prinzipien handeln, sondern sie muß aus ihren wirklichen Prinzipien handeln. Eine politische Partei braucht nicht alle Taktik vor dem Gegner klarzulegen, aber sie muß mit sich selbst im klaren sein. Und wir haben so in Österreich erlebt, daß die sozialdemokratische Partei aus anderen Prinzipien gehandelt hat als jenen, die ihrem Programm entsprechen, daß sie gehandelt hat, einerseits aus deutschnationalen Prinzipien, repräsentiert durch die Herren Pernerstorfer, Leuthner, Hartmann und daß sie aus Prinzipien gehandelt hat, denen nicht das Höchste gewesen ist die Sozial-

demokratie, denen nicht das Höchste gewesen ist die Internationale, sondern daß sie gehandelt hat und beeinflußt worden ist von Leuten wie Dr. Renner, deren höchstes Prinzip der österreichische Staat ist. Ich habe gar nichts gegen fremde Prinzipien als solche. Ja, ich habe die größte Achtung vor dem Abgeordneten Pernerstorfer z. B., der ein ehrlicher, offener Deutschnationaler ist. Ich habe nur Verachtung für eine Partei, die sich einen politischen Gegner als Vorsitzenden gefallen läßt. Ich kann auch vollständig verstehen, daß der Herr Abgeordnete Leuthner auf rein deutschnationalem Boden steht. Ich werde ihm deshalb — wenn ich nicht andere Gründe habe — die Achtung nicht versagen. Aber daß eine Partei, in deren Programm es heißt: „Die Sozialdemokratie ist eine internationale Partei" und deren große Massen sich zu diesem internationalen Programm tatsächlich bekennen, daß eine solche Partei es sich gefallen läßt, daß ein Mann, der ein Deutschnationaler ist und der gar nichts anderes sein will als ein Offiziosus des Auswärtigen Amtes in Berlin, tagtäglich ihre auswärtige Politik in der Arbeiterzeitung macht, das, meine Herren, ist etwas ganz anderes. Und die Situation wird komplizierter, wenn ein Dr. Renner nun mit allen möglichen — wie er selbst sie nennt — „halben Argumenten", die gar nichts anderes sind als Argumente der Demagogie, wenn ein Dr. Renner seine wahre innerliche Überzeugung des Österreichertums verkleidet und in die Partei einschmuggelt als internationale Überzeugung. Das ist es, meine Herren, um was es sich handelt, daß die Partei die Ehrlichkeit zu sich selber verloren hatte. Das ist die große Frage, um die es gegangen ist, und die mich hierher geführt hat, das ist der Kernpunkt, von dem ich auszugehen habe.

Das eine Gutachten der Psychiater, das hier nicht verlesen werden wird, sagt: Ich bin „charakteriologisch abnorm", und das Fakultätsgutachten sagt: Ich „weiche im Charakter von der Norm ab." Ich gestehe, daß das relativ richtig ist. Ich weiche im Charakter von der österreichischen Norm ab, ich bin dem Charakter nach kein Österreicher. Ich bin im Charakter viel eher entsprechend der Mehrheit des deutschen Volkes, die über den Landesgrenzen ist und durch den Absolutismus nicht verderbt ist. Ich gebe zu, daß ich „charakteriologisch abnorm" bin, ich weiß nur nicht, für wen das eine Schande ist.

Präsident:

Ich werde jetzt eine Unterbrechung eintreten lassen.

(Nach Wiederaufnahme der Verhandlung.)

Dr. Adler:

Die Anklageschrift sucht mich darzustellen als ein isoliertes Individuum, das vollkommen in Widerspruch geraten ist mit seinen ehemaligen Freunden, es wird gesagt, ich habe „den letzten persönlichen Anhänger verloren", ich sei „ganz allein gestanden". Ich möchte vor allem klarstellen, inwieweit von „Alleinstehen", von „Isolation" überhaupt gesprochen werden kann. Die Anklageschrift tut so — sie ist etwas antiquiert, da sie vor sechs Monaten verfaßt wurde und der Herr Staatsanwalt es nicht für nötig befunden hat, sie beim zweitenmal zu ändern — als ob ich auch isoliert gewesen wäre als Internationaler. Vor sechs Monaten war die Internationale allerdings in jenem Mißkredit, dem der Herr Staatsanwalt damals Ausdruck gegeben hat. Jetzt aber ist eine andere Situation. Ich brauche heute nicht erst zu beweisen, daß ich als Internationaler nicht isoliert war oder gar bin. Der Herr Staatsanwalt tut aber auch noch ein Übriges, indem er andeutet, als ob ich auch in der Stellung zum Unterdrückungssystem in Österreich in der Partei isoliert gewesen wäre. So sehr ich meine Parteigenossen, insbesondere den Parteivorstand, werde angreifen müssen, so werde ich doch klarlegen, daß dies ein ungerechter Vorwurf des Staatsanwalts gegen sie ist, daß vielmehr alle Verachtung für das System in Österreich, die ich habe, von der großen Mehrheit des Parteivorstandes geteilt wird. Es gibt nur wenige Ausnahmen, eigentlich nur einen, der den Absolutismus rechtfertigt, das ist der Dr. Renner, der sich sogar in den letzten Wochen, solange ich in Freiheit war, dazu verstiegen hat, das Sozialistengesetz, das man nach dem 70er Krieg in Deutschland erließ, rechtfertigen zu wollen. Dr. Renner spielt in der Partei eine besondere Rolle. Er fungiert als Präsidialist der jeweiligen Regierung und man kann ihn daher nicht zum Maßstab der Partei nehmen. Ich möchte sagen, daß in bezug auf den Absolutismus der Großteil der Partei meinen Standpunkt teilt. Es bleibt also nur ein dritter Punkt, in dem ich isoliert gewesen sein kann, nämlich bezüglich der Absicht eines Attentates, bezüglich der Taktik, die ich angewendet habe, der Methode des Terrorismus. Die Anklage schließt auf meine Isolation daraus, daß ich mit niemandem darüber gesprochen habe, — was ja seine guten Gründe hatte. Ich habe das in der Voruntersuchung deutlich auseinandergesetzt. Ich

wollte darüber nicht sprechen, weil ich meine Freunde, die es vielleicht verstanden hätten, mit der Verantwortung für das nicht belasten wollte, was ja doch nur ein einzelner zu tun hat, und weil ich, soweit ich kein Verständnis gefunden hätte, mich keinen Gegenmaßregeln aussetzen wollte.

Das Attentat ist vom sozialdemokratischen Standpunkt aus schon zu verstehen, man braucht es keineswegs nur pathologisch zu werten, wie es von der Verteidigung versucht werden wird. Gleich nach dem Attentat — in den ersten Novembertagen — ist unter dem Titel „Was bedeuten die Wiener Schüsse" ein Artikel von Martow in der sozialdemokratischen Zeitschrift „Neues Leben" erschienen, der vollständig mit meinem Gedankengang, wie er in den Verhörsprotokollen der Voruntersuchung von mir dargelegt wurde, übereinstimmt. Der ganze Gedankengang wurde dem Manne selbständig verständlich, weil er einerseits wirklich Sozialdemokrat ist und andererseits lange genug in Österreich vor dem Kriege gelebt hat, um das Elend dieses Staates und der Partei in diesem Lande richtig zu werten. Ich möchte also nicht einmal zugeben, daß die Isolation, die mir der Herr Staatsanwalt in theoretischer Hinsicht bezüglich des Attentates zumutet, richtig ist.

Ich habe nun die wirklichen Motive darzustellen, von denen ich ausgegangen bin oder besser gesagt, die eine Rolle gespielt haben. Diese Aufgabe ist mir einerseits sehr wesentlich erleichtert und andererseits sehr wesentlich erschwert dadurch, daß in den sieben Monaten seit der Tat sich eine Welt von Geschehnissen ereignet hat. Sie ist mir erschwert, weil ich genötigt bin, die psychologische und historische Situation des 21. Oktobers zu rekonstruieren, andererseits aber kann ich mich Ihnen viel leichter verständlich machen, als ich es vor sieben Monaten vermocht hätte. Es hat sich nämlich in diesen sieben Monaten die Welt in den mannigfaltigsten Belangen meinem Standpunkt genähert. Vieles, was als absolute Absurdität aufgefaßt worden wäre, wenn ich es damals vor Ihnen geäußert hätte, ist heute Gemeingut geworden, es steht in jeder Zeitung, jeder hält es für selbstverständlich.

Ich möchte insbesondere vier Punkte hervorheben, die für mich eine große Rolle spielen. Wenn Sie sich die Anklageschrift daraufhin ansehen, wie der Herr Staatsanwalt damals, vor sechs Monaten, von der Internationale gesprochen hat, so werden Sie sehen, mit welcher Verachtung er sie als

alten Plunder hinstellt, der zu nichts gut ist, mit dem sich ein wahrer Patriot nicht beschäftigen kann. Er hat gesagt:

„Zu seiner schmerzlichsten Enttäuschung empfand er, daß ebenso wie im Deutschen Reiche auch in Österreich das natürliche, mit dem Menschen geborene Zugehörigkeitsgefühl zur Heimat jenen Internationalismus, an dem er mit allen Fasern hängt, im ersten Ansturm hinweggefegt hatte."

Jener Internationalismus, der damals „hinweggefegt" wurde und dem der Herr Staatsanwalt den letzten Fußtritt glaubte, geben zu müssen, dieser Internationalismus ist seither sehr stark im Kurse gestiegen, und es sind Hoffnungen der Regierenden in Österreich, die sich an diesen Internationalismus knüpfen.

Wenn der Herr Staatsanwalt mir vorwirft, daß ich im Ausland gelebt und „von Anbeginn in steter und innigster Berührung mit Umstürzlern aller Schattierungen aus allen europäischen Staaten stand", ja, daß sogar meine Frau „den russischen Sozialistenkreisen entstammt", so brauche ich heute nur darauf zu verweisen, daß der Verkehr mit jenen „Umstürzlern", die meine Freunde gewesen sind, heute von niemandem mehr gesucht wird als vom Grafen Czernin, dem Minister des Äußeren. Denn das sind jene Umstürzler, die heute maßgebenden Einfluß in Rußland haben und auf die eine gewisse Friedenshoffnung unserer offiziellen Kreise aufgebaut wird. Das sind die Leute, die man mir in der Anklage vor sechs Monaten zum Vorwurf gemacht hat und über deren Reisen jetzt Telegramme in den Zeitungen publiziert werden, als wären es „allerhöchste Herrschaften". An diesen „Umstürzlern" liegt heute sehr viel und die Regierung hat im „Fremdenblatt", wie Sie wissen, alle Anstrengungen gemacht, um mit diesen Umstürzlern durch die österreichische Sozialdemokratie in Verbindung zu kommen. Ich sage nicht, daß diese Methode mir sympathisch ist. Es hängt das mit dem Geiste zusammen, der heute in der Partei herrscht. Unsere Parteigenossen gehen nach Stockholm, nicht weil sie Internationale im Kriege geblieben sind, nicht weil sie festgehalten hätten an dem Gedanken der Internationale, sondern die offiziellen Vertreter der sozialdemokratischen Parteivorstände, die Regierungssozialisten von Deutschland und Österreich gehen heute nach Stockholm als die commis voyageurs der auswärtigen Ämter. Meine Herren! Die Minorität in Österreich, die sehr bescheiden und klein gewesen ist in diesem Lande, wo man gar nicht reden konnte —

während es in Deutschland eine sehr starke Minorität gegeben hat — diese österreichische Minorität wird in Stockholm nicht vertreten sein, aber daß von der österreichischen Minorität in Stockholm gesprochen werden wird, dafür, meine Herren, wird Ihr Urteil sorgen, und der wahre Gruß aus Österreich an die Stockholmer Konferenz und zugleich die wahre Aufklärung über Österreich wird das Todesurteil sein, das Sie fällen . . .

Präsident:

Nicht zum Fenster hinaussprechen! Das hängt mit der Erklärung Ihrer Tat gar nicht zusammen. Ich habe Sie schon gebeten, sich in diesen selbstverständlichen Grenzen zu bewegen. Sie kommen auch sonst ins Uferlose.

Dr. Adler:

Ich will also auf diesen Punkt nicht weiter eingehen und will, nachdem ich nun von der Internationale gesprochen habe, zeigen, wie sich auch in einem zweiten Punkte gewandelt hat, was vor sieben Monaten gewesen ist. Als das erstemal die Verhandlung in Aussicht war, hatte ich den Plan, darüber sehr umfassend zu reden, während ich es heute nicht mehr nötig habe. Im ersten Verhöre habe ich schon angegeben, daß ich im Hotel Meissl & Schadn ausgerufen habe: „Nieder mit dem Absolutismus! Wir wollen den Frieden." Diesen Ruf hat niemand gehört. Es gibt keinen Zeugen, der ihn bestätigt. Diesen Ruf hat auch sonst in Österreich nie jemand gehört, obwohl ich diesen Ruf vor dem Attentat sehr oft in Wort und Schrift ausgestoßen habe. Höchstens der Herr Staatsanwalt und sein Rotstift hat Kenntnis davon genommen. Den Ruf: „Nieder mit dem Absolutismus, wir wollen den Frieden!" hat man nicht gehört. Die Schüsse aber hat man gehört. Schon auf der ersten Seite des Verhörprotokolls finden Sie, daß ich, als ich gefragt wurde, was ich mit dem Attentat wollte, sagte: Ich wollte demonstrieren für einen Frieden ohne Kriegsentschädigungen und ohne Annexionen. Wenn ich damals vor sieben Monaten hier in diesem Saale das gesagt hätte, hatte man mich als Toren aufgefaßt, während ich heute wieder darüber sehr leicht werde hinweggehen können, weil dieser Frieden ohne Kriegsentschädigungen und ohne Annexionen heute sehr stark den Gegenstand der Beschäftigung aller politischen Kreise bildet.

Und drittens war am 21. Oktober von der Verfassung in Österreich keine Spur zu erblicken, und heute wissen wir, daß

am 30. Mai das Parlament zusammentreten wird, daß es schon einberufen ist, daß also heute diese Notwendigkeit des Parlaments eine viel allgemeiner anerkannte ist, als es damals der Fall war.

Und endlich viertens habe ich für die revolutionäre Taktik demonstriert. Ich bin Zeit meines Lebens ein Revolutionär gewesen und habe immer die Tagespolitik als ein Mittel der Revolution aufgefaßt und niemals die Revolution als eine Phrase der Tagespolitik. Wenn ich Ihnen vor sieben Monaten von der Revolution gesprochen hätte, hätte man in der großen Öffentlichkeit über mich gelacht als einen Menschen, der so töricht ist, während eines Krieges an eine Revolution zu denken. Und das hätte damals stark für den Herrn Verteidiger mit seiner Psychiatrie gesprochen, während ich heute wieder in der angenehmen Lage bin, das leicht klarmachen zu können, weil die russische Revolution nicht nur in der „Arbeiter-Zeitung" gefeiert wird, sondern sich auch bis zum „Fremdenblatt" hinab der größten Sympathie erfreut. Allerdings wie das immer in Österreich gewesen ist, schon lange vor dem Kriege: Man ist begeistert für die Freiheit — im Auslande. Für Demokratie, für Freiheit, für Menschenrechte in Frankreich oder wo immer sonst im Auslande war die „Neue Freie Presse" und jedes liberale Organ stets zu haben. Allerdings haben wir das Unangenehme, daß die „Arbeiter-Zeitung" vorläufig von der Revolution auch nur — im Auslande spricht. Aber der Begriff revolutionärer Taktik ist wieder auf der Tagesordnung, und dies erleichtert mir die Erörterung sehr wesentlich.

Ich komme nun zur Darlegung meines Milieus vor dem Kriege und im Kriege, des Milieus, aus dem ich hervorgegangen bin. Meine Herren, es ist eine sehr schwere Aufgabe, überhaupt einen Begriff zu geben von der ganz andern Welt, in der ich gelebt habe, als der, in der Sie gewohnt sind zu leben. Sie können auch gar keine Kenntnis davon haben, was eigentlich in meinem Innern vorgegangen ist, weil vor allem schon die Zensur dafür gesorgt hat, daß man keine Kenntnis davon erlange. Ich bin ja ein sehr vorsichtiger, nüchterner und kühler Mensch, ich habe mich immer nach der Zensur zu richten gesucht, meine Probleme deshalb in historischem Gewande oder anderer Verkleidung dargestellt, so daß es nur der verstehen konnte, der schon wußte, was ich wollte. Ich kann also nicht voraussetzen, daß Sie meinen politischen Standpunkt über-

haupt kennen. Meine Herren! Es handelt sich wirklich um eine vollkommen andere Welt, von der aus ich spreche. Gestatten Sie mir einen Vergleich, der aus meinem sonstigen Interessengebiet, aus der Physik, stammt, um das mit ein paar Worten klarzumachen. Gegenüber dem ursprünglichen Standpunkt des Ptolemäus, daß die Erde im Mittelpunkt der Welt ruhe und alle Gestirne sich um sie drehen, erklärte Kopernikus, daß die Erde sich bewegte und die Fixsterne ruhen. Diese zwei vollständig verschiedenen Standpunkte, die vollkommen unvereinbar miteinander schienen, wurden mit der ganzen Kraft der Überzeugung vertreten, und es wurde mit allen möglichen Mitteln der Kampf um sie geführt. Am Anfang hat man gesagt: Jemand, der erklärte, daß diese feste Erde sich bewege, sei ein verrückter Mensch. Als aber die Kopernikaner hartnäckig bei ihrer Überzeugung blieben, klagte man sie des Verbrechens der Herabwürdigung aller geheiligten Überlieferungen an — oder wie unser Herr Staatsanwalt sich ausdrückt — der ‚natürlichen, mit dem Menschen geborenen Gefühle" — und stellte Galilei vor das Inquisitionsgericht, das damals die Agenden des Landwehrgerichts besorgte . . .

Präsident (unterbrechend):

Muß denn das sein?

Dr. Adler

(fortfahrend): . . . und machte ihm den Prozeß. Zwei Jahrhunderte nach Kopernikus war man in Gefahr, ins entgegengesetzte Extrem zu verfallen und den andern Standpunkt überhaupt nicht mehr zu verstehen. Heute im Zeitalter der Relativität kann man aber sagen: Im gewissen Sinne haben beide recht. Kopernikus hat uns gezeigt, wie man den Standpunkt des Beobachters wechseln kann. Von der Erde aus gesehen bewegen sich tatsächlich die Sonne und die Fixsterne um uns: gar kein Zweifel, sie bewegen sich, wir sehen, daß sie sich bewegen. Wenn wir uns aber auf die Sonne versetzt denken, uns also auf einen anderen Standpunkt stellen, dann würden wir sehen, daß sich die Erde bewegt. Es sind also zwei Standpunkte, die zunächst unvereinbar miteinander erscheinen, logisch beide möglich. Man kann auf der Erde stehen und man kann auf der Sonne stehen. Aber man kann immer nur auf einem Standpunkt stehen und derjenige, der von dem einen

Standpunkt aus argumentiert, wird niemals gegen jemanden, der auf dem andern steht, einen Beweis führen können.

Ebenso gibt es in der Frage, um die es sich hier handelt, auch zwei verschiedene Standpunkte, und es kommt alles darauf an, immer klar zu sein, von welchem Standpunkt man die Dinge ansieht. Ich muß Sie daher bitten, sich kurze Zeit auf jenen Standpunkt zu stellen, von dem ich ausgehe. Es ist ein vollständig anderer Standpunkt, und es rückt alles in eine vollständig andere Perspektive. Sie, meine Herren, betrachten heute alles von dem Boden dieser Erde, in die die Schützengräben des Völkerkrieges eingegraben sind. Und sie halten die Fronten des Völkerkampfes mit derselben Tiefe der Überzeugung für die einzige Realität, wie der mittelalterliche Bauer glaubte, auf dem Boden seiner unbeweglichen Erde zu stehen. Und wenn zu Ihnen nun jemand kommt und sagt, es gibt noch ganz andere Fronten in der Welt als die der Entente und der Zentralstaaten, dann werden Sie ihm mit derselben Verachtung wie jener Bauer dem Kopernikus entgegentreten mit den Worten: Du Narr, du Lästerer, und Sie werden sich nicht scheuen, schließlich zu sagen: Du Verräter, du Söldling der Feinde, du Verbrecher! Meine Herren, gerade weil ich weiß, welch starkes unmittelbares Bewußtsein der Gewißheit, im Rechte zu sein, Ihnen Ihr Standpunkt gibt, bin ich gezwungen, Ihnen vor allem deutlich zu machen, daß es einen andern Standpunkt geben kann. Sie sehen seit bald drei Jahren Ihr Geschick abhängig von den Erfolgen an den Fronten dieses Krieges. Ich aber, meine Herren, habe, so lange ich politisch denke, alles betrachtet und alle meine Hoffnungen gesetzt auf die Erfolge an den Fronten des Klassenkampfes. Der Krieg, den die Arbeiterklasse aller Länder gemeinsam gegen den Kapitalismus führt, erschien mir immer als der für den Fortschritt der Menschheit einzig wesentliche, und alles andere war den Erfolgen in diesem Kriege unterzuordnen. Jede Durchbrechung dieser internationalen Front des Proletariats erschien mir immer als das größte Unglück.

Und das ist nun die entscheidende Änderung des Standpunktes, in die ich Sie bitte, so lange Sie sich mit mir beschäftigen, sich hineinzufinden. Daß Sie versuchen, für diese Zeit die Welt nicht wie gewohnt vom Boden des Völkerkampfes zu sehen sondern von meinem Standpunkt, vom Boden des Klassenkampfes. Es erscheint dadurch alles in vollständig anderer Perspektive.

Dieser Wechsel des Standortes in Gedanken ist ein ebenso schwieriger, wie ihn Kopernikus einst verlangte, und die Verwechslung der beiden Standorte bringt noch mehr Verwirrung in die Argumentationen, als bei jenem Problem der Bewegung der Himmelskörper. Denn in dem Fall, der uns hier beschäftigt, gibt es in jeder der beiden Alternativen wieder zwei Standpunkte. Sowohl der Völkerkampf wie der Klassenkampf hat zwei Heerlager, in denen man stehen kann. Und diejenigen, die wie der Herr Staatsanwalt nur den Völkerkrieg sehen, werden nur allzuleicht dazu verführt, jeden, den sie nicht im Heerhaufen der Zentralstaaten wahrnehmen, sofort zuzurechnen den Landesfeinden, dem Heerhaufen der Entente. Aber ich und meine Freunde in Österreich und in Deutschland sind ebensowenig Anhänger oder Werkzeuge der Entente wie unsere Freunde in Frankreich, in Rußland, in Rumänien, in Italien, die den Gedanken der Internationale vertreten, in irgendeiner Weise sich dazu hergeben wollen, Anhänger oder Werkzeuge der Zentralstaaten zu sein. Wir unterliegen alle der gleichen Verleumdung oder wenigstens dem gleichen Mißverständnis. Wir gehören alle weder zu dem einen noch zu dem andern Heerhaufen, sondern wir sind von einer andern Welt. Wir sind nicht orientiert nach der Scheidemauer, die dieser Krieg aufgerichtet hat zwischen den Völkern, die nebeneinander wohnen, sondern wir sind uns immer bewußt, daß die viel entscheidendere Scheidewand durch die ganze menschliche Gesellschaft geht, die in ihr oben und unten trennt, jene Scheidewand, die zwischen Herrschenden und Unterdrückten besteht. Und das ist nun der entscheidende Wechsel der Perspektive: Ob man die Welt ansieht von der Scheidemauer der Völker oder von der Scheidemauer der Klassen.

Und ebenso wie man nicht gleichzeitig stehen kann auf der Erde und auf der Sonne, wie man zwischen diesen beiden Standpunkten *wählen* muß, ebenso kann man nicht gleichzeitig stehen auf dem *Standpunkt der nationalen Einheit verschiedener Klassen* und dem Standpunkt der *internationalen Einheit* einer Klasse, der Arbeiterklasse. Auch da muß man wählen.

Bis zum Kriege — und da besteht gar keine Differenz prinzipieller Natur zwischen mir und meiner Partei — haben wir auch tatsächlich die Welt immer nur betrachtet von der Scheidemauer der Klassen und alles andere untergeordnet jenem höch-

sten Gesichtspunkte, den wir kennen: dem Gesamtinteresse des Proletariates. Wir haben ihm vollständig bewußt alles untergeordnet. Der Gedanke der Internationale war unser höchster Gedanke.

Und nun gab es gewisse Leute, die im Kriege gesagt haben, man müsse den Standpunkt wechseln: Im Frieden auf den Standpunkt des Klassenkampfes, im Kriege auf den Standpunkt des Völkerkampfes und wenn dann wieder Frieden ist, wieder zurück auf den Standpunkt des Klassenkampfes. Das Wechseln des Standpunktes so nach der Konjunktur, das ist ja eine für den österreichischen Charakter sehr verlockende Methode, und ich begreife schon, daß er hier starke Vertretung gefunden hat. Aber, um noch einmal auf jenes Beispiel von Kopernikus zurückzukommen: Obwohl beide Standpunkte gleich „wirklich" sind, obwohl beide Realitäten sind, obwohl beide rein logisch genommen gleich richtig sind, so sind diese beiden Standpunkte keineswegs gleichwertig. Denn vom Standpunkt des Kopernikus, des Künders der Neuzeit in der Wissenschaft, nahm die Dynamik und die ganze moderne Naturwissenschaft überhaupt ihren Ausgangspunkt, von ihm ging die Höherentwicklung der Wissenschaft aus. Und ebenso sind die Standpunkte, um die es sich hier handelt, der Standpunkt des Völkerkampfes und der Standpunkt des Klassenkampfes auch nicht gleichwertig. Der Standpunkt des Völkerkampfes, der Konkurrenzkampf der Imperialismen, der führt die Welt ins Verderben, wie wir es jetzt erleben, er führt sie ins Verderben der Verelendung, der Aushungerung, der Ausmordung; er führt zu keiner Höherentwicklung der Menschheit, weil er nur darauf ausgeht, eine Gruppe zur herrschenden Gruppe in der Welt zu machen. Ob England die Weltherrschaft haben soll oder Deutschland, scheint die Frage zu sein. Aber für sie gibt es keine definitive Lösung. Denn eine solche Weltherrschaft gebiert notwendig neue Kriege, neue „Unabhängigkeitskriege". Dieser Standpunkt bedingt den ewigen Krieg um die Macht zwischen den imperialistischen Bourgeoisien. Der Standpunkt der Internationale aber ist ein höherer Standpunkt als jener, weil an ihn der Gedanke der Zukunft der Menschheit geknüpft ist. Wir haben immer gesagt, daß wir nicht nur die Klasseninteressen der Arbeiter vertreten, in der Art wie bürgerliche Parteien etwa die Interessen des Kleinbürgertums vertreten, sondern daß, indem wir den Klassenkampf des Proletariats führen,

wir für die Sache der Menschheit kämpfen. Denn nach unserer Auffassung ist in der historischen Situation, in der wir uns befinden, der Aufstieg der Menschheit geknüpft an den Aufstieg der sich als Einheit fühlenden, ihrer historischen Mission bewußten Arbeiterklasse.

Ich spreche hier, meine Herren, so ruhig von der Menschheit, obwohl ich weiß, daß man sich Mühe gegeben hat, im Laufe des Krieges die Existenz der Menschheit als bloße Ententelüge darzustellen. Aber wir Sozialdemokraten haben den Gedanken der Menschheit ernst genommen und der letzte internationale Kongreß in Basel im Jahre 1913, der gegen den Krieg protestierte, hat geradezu erklärt: „Das Proletariat ist sich bewußt, in diesem Augenblick der Träger der ganzen Zukunft der Menschheit zu sein." Und dieser Gedanke der Menschheit, der macht den Klassenkampf des Proletariats zu einem höherwertigen als jeden andern Kampf, der in der Welt geführt wird, jener Gedanke gibt ihm die Weihe, die ihn hinausführt über kleine Klassenvorteile. Und dieser Gedanke der Menschheit war es, der verraten worden ist von den Sozialpatrioten aller Länder und zu dem jetzt so schwer zurückzufinden ist. Kurz vor dem 1. Mai, als jener Friede ohne Kriegsentschädigungen und ohne Annexionen vom revolutionären Rußland propagiert wurde, konnte man in der „Arbeiterzeitung" die Wiederaufnahme des Gedankens der Menschheit finden. Was mich aber unterscheidet von anderen Sozialdemokraten, ist, daß ich jene Auffassung, welche die „Arbeiterzeitung" vor dem Kriege propagiert hat und seit 3 Wochen wieder propagiert, daß ich diese Auffassung auch in der Zwischenzeit propagiert habe, daß ich an ihr auch in der schweren Zeit festgehalten habe.

Wenn Sie meine Lage verstehen wollen, müssen Sie sich klar machen, in welchem Gegensatz ich politisch während dieser ganzen Kriegszeit gestanden bin und was mich bedrängt hat. Ich stand in einem fortgesetzten aufreibenden Kampf gegen meine Parteigenossen, die ich zurückbringen wollte zur Moral der Internationale. Diese Moral der Internationale werden Sie vielleicht sehr naiv finden, insbesondere in der Zeit des Krieges, wo immer von Macht geredet wird. Marx hat sie in der Inauguraladresse der Internationale im Jahre 1864 in folgender Forderung ausgesprochen: „Die einfachen Gesetze der Sittlichkeit und Gerechtigkeit, die die Beziehungen zwischen

Privatleuten regieren sollen, müssen auch Geltung erhalten als die obersten Gesetze im Verkehr zwischen den „Völkern". Das war — sicherlich äußerst naiv — die Stellung der Internationale zur auswärtigen Politik: Man wollte die wirkliche Moral des Privatlebens ausdehnen auf den Verkehr zwischen den Völkern. Und diese Moral, meine Herren, ist auch die Moral der Demokratie, die zum erstenmal in der großen Revolution in der Verfassung von 1793 Aufnahme fand, in der es heißt: „Die Freiheit hat ihre sittliche Größe in der Maxime: Tue niemand, was du nicht willst, daß ihr geschieht." Das deutsche Sprichwort: „Was du nicht willst, daß man dir tu, das füg' auch keinem andern zu", das dasselbe sagt, ist sicher naiv, aber das ist die Moral der Demokratie, die jetzt wieder die russische Revolution aufgenommen hat. Diese russische Revolution setzt dem Prinzip des Länderraubes, wie es aus den Jahrhunderten vererbt ist, entgegen das Prinzip der Gleichberechtigung der Völker. Indem sie einen Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigungen fordert, will sie eine Politik einschlagen, in der „die einfachen Gesetze der Sittlichkeit und Gerechtigkeit" eingehalten werden. Wenn Sie meinen Kampf verstehen wollen, meine Herren, müssen Sie beachten, daß es sich immer darum gehandelt hat, meine Parteifreunde zu diesem Programm zurückzubringen. Ich kann von Ihnen nicht verlangen, daß Sie meine Artikel aus der Kriegszeit kennen. Aber das ganze Verständnis dessen, was ich getan habe, kann nur hervorgehen aus der Klarheit darüber, in welchem Gegensatz ich vom ersten Tage des Krieges an zu meinen Parteigenossen in der Frage der Kriegsziele und in der Frage der Internationale gestanden bin.

Damit Sie verstehen, was die Anklageschrift mir da vorwirft, daß ich damals zu Beginn des Krieges „das Gefühl des Scheiterns aller meiner Lebenspläne und Lebensaufgaben" hatte, wenn die Anklageschrift von meiner „schmerzlichsten Enttäuschung" spricht, damit Sie begreifen, was damals in mir vorgegangen ist, welchen vollkommenen Umsturz es für mich bedeutet hat, wie sich die Sozialdemokratie in Österreich verhalten hat, muß ich, da ich natürlich nicht die ganze Geschichte hier erzählen kann, wenigstens den einen Fall anführen, aus dem die Situation deutlich wird. Wir waren im Juli 1914 in den vorbereitenden Arbeiten für den Internationalen Kongreß. Es sollten nach Wien tausend Delegierte aus der ganzen Welt

kommen, um gegen den Krieg und für die Internationale zu demonstrieren. Es war geplant, in der „Arbeiterzeitung" Artikel von Parteigenossen aus verschiedenen Ländern zur Bekräftigung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse zu veröffentlichen. Und nun erschien auf einmal in der „Arbeiterzeitung" vom 5. August 1914 ein Artikel, der die Aufschrift trägt: „Der Tag der deutschen Nation", ein Artikel, der sich vollständig auf den Boden des Krieges und nicht nur das, auf den Boden der nationalen Idee stellt, der — vielleicht gar nicht bewußt — mit dem Internationalismus bricht. Der Artikel beginnt: „Diesen Tag des 4. August" — jener berühmten Reichstagssitzung, wo die Sozialdemokraten für die Kriegskredite gestimmt haben — „werden wir nicht vergessen". Später allerdings wollte der Parteivorstand diesen Tag vergessen machen. Damals sagten die, sie wollen ihn nicht vergessen, später haben sie gesagt: In Österreich hat es keinen 4. August gegeben. Darauf antwortete ich: Ja, einen 4. August hat es in Österreich nicht gegeben, die Regierung Stürgkh hat das Parlament gar nicht um Kriegskredite gefragt, aber es hat in Österreich viel Schlimmeres gegeben, nämlich einen 5. August, der die Politik des 4. August in diesem Kriege inauguriert hat, der uns geschadet hat weit über die Landesgrenzen hinaus, insbesondere in Italien, weil bei den Zensurverhältnissen dieser Artikel nach Italien telegraphiert wurde geradezu als Motivierung des Beschlusses der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in Deutschland.

In diesem Artikel vom 5. August habe ich, wie der Herr Staatsanwalt sagt, den Zusammenbruch meiner Lebensaufgaben gesehen! Ja, meine Herren, ich gestehe es, mein Eindruck war der eines Zusammenbruches, aber ich war, Gott sei Dank, nicht der Einzige, sondern mit mir hat es selbst in jenen Tagen des Rausches viele tausend Sozialdemokraten gegeben, die festgehalten haben an ihrer Überzeugung und an dem, was sie immer als richtig angesehen haben.

Meine Herren, ich kam nun mit meinen Parteigenossen in einen fortwährenden Konflikt in diesen Fragen. Ich habe das im Verhorsprotokoll sehr genau geschildert und will es hier nicht wiederholen. Das läßt sich in der beschränkten Zeit einer einzigen Rede nicht machen. Ich muß mich auf einige prinzipielle Punkte beschranken, um wenigstens die Struktur dessen, was ich zu sagen habe, klarzumachen. Meine Herren! Wenn man

jene Moral der Internationale, von der ich da gesprochen habe, festgehalten hätte, wäre sie heute eine sehr starke Sicherung und Hoffnung für den Frieden, während nun leider berechtigtes Mißtrauen gegen die deutschen Sozialdemokraten in anderen Ländern besteht. Jene Moral wurde vor allem dadurch verletzt, daß man nicht protestierte gegen den Durchmarsch durch Belgien.

Präsident:

Das geht zu weit! Sie verlieren dadurch auch den ganzen Gedankengang. Auf solche Details können Sie sich doch nicht einlassen. Wenn Sie sich auf die Hauptsache beschränken, würden Sie sich dem Gerichtshof viel deutlicher machen. Wenn Sie den Zusammenhang mehr einhalten, so könnten Sie zusammenfassen . . .

Dr. Adler:

Ich habe mich bemüht, mich möglichst zu konzentrieren.

Präsident:

Ich wollte Sie nur aufmerksam machen, daß Sie ins Uferlose kommen, wenn Sie solche doch nur in loserem Zusammenhang stehende Einzelheiten bringen.

Dr. Adler:

Ich nehme das natürlich mit dem nötigen Respekt zur Kenntnis.

Präsident:

Ich spreche auch von dem Zusammenhang. Sie werden viel konzentrieren können, wenn Sie Ihre Darstellung mehr gruppieren.

Dr. Adler:

Ich habe mich sehr bemüht, diese Kompliziertheit . . .

Präsident:

Sie sehen auch, daß Sie Entgegenkommen finden. Aber Sie müssen das auch in einen gewissen Einklang zu bringen suchen mit den Möglichkeiten einer solchen Verhandlung.

Dr. Adler:

Ich bin in einer sehr komplizierten Lage. Man hat sich mit Kramař sechs Monate in der Hauptverhandlung beschäftigt, und ich möchte doch wenigstens so viele Stunden haben, wie er Monate gehabt hat.

Präsident:

Ich bitte, zur Sache zu kommen.

Dr. Adler:

Ich will also von dem belgischen Problem nicht sprechen, um dem Herrn Vorsitzenden Rechnung zu tragen und will nur sagen, um was es sich bei den Sozialdemokraten gehandelt hat, die auf meinem Standpunkt gestanden sind, welche Politik wir gemacht haben. Die Anklageschrift weiß von alledem nichts und kann es deshalb nicht richtig beurteilen. In der Fraktionssitzung, die jener Reichstagssitzung vom 4. August voranging, ist bereits eine Gruppe von 14 Abgeordneten gewesen unter Führung des Vorsitzenden Haase, welche gegen die Politik protestierte, die die Partei damals einschlug und die schon damals von der Regierung verlangen wollte, sie solle erklären, daß sie auch in dem Falle, daß der Krieg günstig ausgehe, keine Eroberung machen werde. Das ist der Kernpunkt der ganzen Frage, um die es sich für mich durch die 3 Jahre gehandelt hat, nämlich um den Verzicht auf die Eroberungspolitik. Und ich bin in lauter Konflikte mit meinen Parteigenossen gekommen, weil ich ihnen immer wieder erklärt habe: es ist nötig, das von der Regierung zu verlangen, auf die Regierung in dieser Beziehung einen Druck auszuüben. Die große Mehrheit der Sozialdemokraten hat den Krieg zunächst im Gedanken mitgemacht. Vor allem keine Niederlage! Diese rein negative Furcht vor der Niederlage kann man auch als internationaler Sozialdemokrat teilen.

Aber sehr bald bekam bei meinen Parteigenossen der Gedanke die positive Formulierung: Die Niederlage, die wir von uns fernhalten wollen, diese Niederlage mit allen ihren Schrecken und Greueln wollen wir den andern Völkern zufügen! Wir wollen nicht nur uns gegen unsere Niederlage schützen, sondern wir wollen den Sieg über die andern erringen! Das, was wir nicht leiden wollen, sollen die andern erleiden! Und hier nun scheiden sich die Wege. Hier kann der wahrhaft Internationale nicht mehr mit. Denn die demokratische Ethik sagt: Alle Völker haben das Recht, sich gegen die Niederlage zu schützen, alle haben das Recht, sich zu verteidigen, denn in dem Momente, in dem aus dem negativen Verteidigungswillen der positive Siegeswille wird, hört die Internationalität, die die Gleichberechtigung der Völker voraussetzt, auf. Denn der Sieg eines Volkes hat zur Voraussetzung die Niederlage eines anderen. Und nun ist bereits in der Arb.-Ztg. vom 5. August — und daher auch die Erregung — schon der Wunsch

nach dem Siege zum Ausdruck gekommen. Gleich im Anfang jenes Artikels hieß es: „Wie immer die eisernen Würfel fallen mögen, und mit der heißesten Inbrunst unseres Herzens hoffen wir, daß sie siegreich fallen werden für die heilige Sache des deutschen Volkes . . .“ Dieses „siegreich“, das dann später immer weiteren Raum einnahm, immer stärker unterstrichen wurde, das war der entscheidende politische Streitpunkt. Wir standen und stehen auf dem Standpunkt: Weder Sieger noch Besiegte. Vom sozialdemokratischen Standpunkte kann man nichts anderes wollen, weil wir aus dem Kriege keinen Nutzen ziehen wollen. Wir stellten uns auf den Standpunkt der „einfachen Gesetze der Sittlichkeit und Gerechtigkeit“. Ich darf Ihnen das vielleicht an einem Beispiele, das ich in dieser Kriegszeit oft gebraucht habe, klarmachen. Ich bin ein einfacher Privatmann, gehe in den Wald und werde von einem Räuber überfallen. Ich habe das Recht, mich gegen diesen Räuber zu verteidigen und werde alle Kräfte anwenden, um seiner Herr zu werden. Und wenn ich seiner Herr geworden bin, wenn ich ihn untergekriegt habe, dann — ? Ja, dann werde ich ihm die Taschen ausrauben? Das ist der Unterschied im Gedankengang der beiden Richtungen in der Welt. Die einen glauben, daß die Moral des einfachen Menschen ist, daß er zum Straßenräuber werden darf, wenn er vom Straßenräuber überfallen wird. Wir aber glauben, daß, wenn uns ein Straßenräuber überfällt und wir seiner Herr werden können, wir uns nicht dazu hergeben wollen, diese Situation auszunützen, um auf das Niveau von Straßenräubern herabzusinken. Das ist in kurzen Worten der Gegensatz und daher stammt nun jene Forderung, die ich wirklich mit Klauen und Zähnen gegen meine Parteigenossen vertreten habe, die Forderung eines Friedens ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigungen. Ich kann diesen ganzen Kampf nicht darstellen, ich will die große Rolle, die er gespielt hat, nur an einem Beispiele zeigen. Bei einer Reichskonferenz der ganzen Partei, also der höchsten Parteiinstanz während des Krieges, im März 1916 habe ich zu einem Antrag des Parteivorstandes folgenden Zusatz vorgeschlagen: „Die Reichskonferenz beauftragt den Parteivorstand, diese Forderungen der Regierung zu übermitteln und von ihr mit dem größten Nachdruck zu begehren, sie soll nach Vereinbarung mit den mit ihr verbündeten Regierungen in einer öffentlichen Kundgebung erklären, die Mittelmächte seien jederzeit bereit, in Friedensver-

handlungen einzutreten unter der einzigen Vorbedingung, daß alle Mächte von vornherein auf Eroberungen fremder Gebiete und auf Kriegsentschädigungen verzichten." Das wird Ihnen heute — deshalb brauche ich so wenig darüber zu reden — als selbstverständlich erscheinen, weil Sie das jetzt jeden Tag in der „Arb.-Ztg." lesen können. Wenn Sie aber meine ganze Situation in diesem Kriege verstehen wollen, müssen Sie wissen, welchen Hohn ich ertragen mußte, wie lächerlich ich gemacht wurde noch vor ¾ Jahren, weil ich die Forderung eines Friedens ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigung gestellt und verlangt habe, man solle von der Regierung Erklärungen fordern; weil ich also dieselben Forderungen gestellt habe, welche die Scheidemann-Fraktion jetzt im Reichstage gestellt hat und die den ganzen Inhalt der Debatte gebildet haben. Lächerlich gemacht wurde ich von denselben Leuten, die die Forderung heute zu der ihren gemacht haben. Ich hatte damals, wie man mir spöttisch sagte, auf dieser Konferenz von 150 Leuten nur 16 an meiner Seite — nur 16, die mit mir den sozialdemokratischen Gedanken durchgehalten haben. Daraus werden Sie begreifen, in welche Lage ich gegenüber dieser Partei gekommen bin. Man hat mir natürlich alles mögliche unterschoben und früher und später meine Gedanken zu entstellen gesucht. So hat man gesagt, ich hätte den naiven Gedanken gehabt, die Internationale hätte den Krieg verhindern sollen. Ich habe nie in meinem Leben daran gedacht, daß die Internationale den Krieg hätte verhindern sollen. Ich habe nie daran geglaubt, daß das möglich gewesen wäre. Es ist eine Entstellung der Tatsachen. Ich war vollständig auf dem Boden der internationalen Kongresse, aber ich bin auf diesem Boden der internationalen Kongresse und des sozialdemokratischen Programms stehen geblieben, während die anderen von ihm abgeschwenkt sind. Die internationalen Kongresse sagten nämlich über unsere Aufgaben im Fall des Ausbruches eines Krieges: „Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für seine rasche Beendigung einzutreten und mit aller Kraft dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen." Das hat man in Stuttgart und Basel gesagt. Man hat nicht gesagt, daß man den Krieg verhindern kann. Es hat Leute gegeben wie die Mehrheit der Franzosen, die gehofft

haben, ihn verhindern zu können und Vorschläge machten: Generalstreik, Insurrektion. Aber die Kongresse haben diese Vorschläge abgelehnt. Ich sage nicht, daß das nach den Lehren dieses Krieges in Zukunft immer ausgeschlossen sein wird, aber ich möchte konstatieren, daß ich beim Ausbruch dieses Krieges nicht daran gedacht habe, noch nach den gefaßten Beschlüssen der Internationale daran denken konnte, daß man den Krieg verhindern könne. Was ich wollte, war nicht den Krieg verhindern, sondern die Internationale erhalten, damit sie im geeigneten Momente ihre Funktion erfüllen könne. Ich sagte mir: Wenn der Krieg durch Waffengewalt entschieden wird, so kann die Sozialdemokratie sich nicht ins Mittel legen; wenn die Kanonen reden, so hilft nicht die Stimme des Papstes und auch unsere Stimme nicht, um sie zu besänftigen. Da haben wir zunächst keine andere Aufgabe, als unser Prinzip festzuhalten. Wenn die Herrschenden im Kriege mit Waffengewalt zum Ende kommen können, so wird dieser das Resultat der faktischen Machtmittel sein. Dagegen können wir nicht aufkommen. Wenn dagegen — wie es tatsächlich immer mehr den Anschein gewinnt, daß es geschieht — dieser Krieg zu keinem militärischen Resultate kommen kann, daß er ein Erschöpfungskrieg wird, dann wird die einige Arbeiterklasse eine Friedensfunktion haben, dann wird es wichtig sein, daß die Internationale existiert, daß das Vertrauen zwischen den Arbeitern aller Länder, daß die internationale Organisation besteht. Dieses Vertrauen und diese Organisation sind zerstört worden dürch die Politik, die meine Parteigenossen gemacht haben, was darzulegen ich heute verzichten kann, weil es jedem klar ist und sehr bald noch viel klarer werden wird, welch großer unermeßlicher Schade nicht nur der Arbeiterklasse, sondern ganz Europa und der ganzen Welt überhaupt zugefügt worden ist, dadurch, daß die Internationale zerstört wurde, daß das gegenseitige Vertrauen fehlt, daß die Vertreter der Arbeiterklasse nun wie die Diplomaten feindlicher Länder, die sich beschossen haben, miteinander reden sollen. Das sind nicht etwa oberflächliche Gedanken oder kindische Phantasien von mir, sondern die ganze Gewalt, die die Tatsache haben könnte, daß die Internationale auf ein Friedensprogramm geeinigt und zu gemeinsamem Handeln entschlossen ist, ist gerade in diesen Tagen so deutlich, daß ich hoffen darf, daß man schon verstehen wird, wofür ich während dieses Krieges gekämpft habe.

Präsident:

Kommen Sie doch etwas näher zu dem, was Sie getan haben

Dr. Adler:

Selbstverständlich. Aber ich wollte das politische Milieu...

Präsident:

Gewiß, aber in eine Verbindung mit der Tat sind Sie eigentlich trotz Ihres zweistündigen Vortrages nicht gekommen.

Dr. Adler:

Ja, ich glaube, ich werde noch einige Zeit in Anspruch nehmen müssen.

Präsident:

Ob Sie das brauchen?

Dr. Adler:

Ich weiß nicht, ob ich da ein Recht habe.

Präsident:

Sie sehen ja, ich suche Sie nur zu einer konziseren Darstellung zu bewegen. Vorläufig bin ich Ihnen noch nicht in die Rede gefallen.

Dr. Adler:

Da ich doch auf dem Standpunkt stehe, daß es sich nicht um die Tat eines Irrsinnigen handelt, sondern die Tat aus politischen Motiven hervorgegangen ist, möchte ich doch ein Bild von dem geben, was mich während dieser Kriegszeit erfüllt hat und in welchen Gegensatz ich zu meiner Partei gekommen bin, denn ich glaube schon, daß die Tat nicht verständlich gemacht werden kann, wenn mein Gegensatz . . .

Präsident:

Damit Sie mich nicht mißverstehen: Ich sage nicht, daß das, was Sie bis jetzt vorgebracht haben, nicht in Zusammenhang mit der Tat steht, sonst hätte ich Sie gar nicht dürfen reden lassen; ich meine nur, daß es in einem zu weit hergeholten Zusammenhang steht.

Dr. Adler:

Meine Parteigenossen haben mir immer vorgeworfen, daß ich die Krankheit der Logik habe und daß ich zu mathematisch in meinen Gedanken bin.

Präsident:

Vielleicht ist das eine Erklärung für Ihren etwas zu weitschweifigen Vortrag. Also bitte schön, wollen Sie wieder fortfahren.

Dr. Adler:

Ich will nur noch ein paar Worte anführen, um klar zu machen, um was es sich für mich in dieser Frage gehandelt hat. Ich bin sofort mit dieser Frage zu Ende. Ich habe nur noch wenige Sätze zu sagen, die ich doch noch anführen möchte und die doch auch meine Psychologie und das, was da wesentlich ist, ins rechte Licht stellen werden.

Ich gestehe Ihnen, meine Herren, daß ich am Anfang des Krieges eine ebenso große Angst gehabt habe vor dem Siege wie vor der Niederlage. Das ist für meine Auffassung sehr wesentlich. Ich sagte mir: Wenn es ein sehr kurzer Krieg ist, wenn er sehr rasch zu Ende geht und diese Machthaber, die wir in Österreich haben — und das ist, glaube ich, schon im Zusammenhang mit der Tat — wenn diese Machthaber aus einem kurzen siegreichen Krieg zurückkehren, so wird es überhaupt in Österreich nicht mehr auszuhalten sein. Wenn diese Leute mit dem Triumph, daß diese große Aktion ihnen gelungen ist, und gelungen ist unter dem Absolutismus, wenn sie mit diesem Triumph zurückkehren, wird das ein Elend für Österreich auf Jahrzehnte, eine Verankerung des Absolutismus auf unabsehbare Zeit sein. Ebenso sagte ich mir: Wenn in Deutschland das preußische Junkertum nach kurzem Kriege als Sieger zurückkehrt, so ist dadurch für die Weiterentwicklung der Demokratie in Europa ein entsetzlicher Schaden zu gewärtigen, ein ebenso großer Schaden wie bei einer Niederlage. Ich wußte, daß aus einer Niederlage Revancheideen entstehen könnten und aus ihr der Militarismus neue Kräftigung erfahren, neue Kriegsrüstungen, neue Kriegsgefahren entstehen können. So war mein heißester Wunsch weder Sieg noch Niederlage. Das hieß aber nach der Lage der Dinge ein drittes entsetzliches Übel: eine lange Dauer des Krieges, die ich im Gegensatz zu meinen Parteigenossen von allem Anfang an als große Wahrscheinlichkeit angesehen habe. Ich sagte mir: Dieser lange Krieg bringt entsetzlichen Schaden über uns, er verwüstet alles, aber einen Vorteil hat er, daß er Aufklärung schafft über sich selbst, daß er Antitoxine der Kriegsbegeisterung erzeugt, daß in dem durch den Krieg vergifteten Organismus der Völker die Gegengifte entstehen. Goethe sagt im „Faust“:

Wer im Frieden sich wünschet Krieg zurück,
Der ist geschieden vom Hoffnungsglück.

Nach einem kurzen Kriege wären wir in Europa jahrzehntelang vom Hoffnungsglück geschieden gewesen, hätte jahrzehntelang der chauvinistische Rausch bestanden. Das einzige Gute, was der Krieg gebracht hat, ist, daß er einen wahren Kriegspazifismus erzeugt hat, daß es selten einen geben wird, „der im Frieden sich wünschet Krieg zurück", daß heute die Aufklärung über den Krieg bis in das hinterste Hinterland, sogar bis zu den Herren Funder und Konsorten gedrungen ist, die uns vor dem Krieg und in den ersten Jahren des Krieges diesen als „das Stahlbad der Völker" gepriesen haben. Die Gefahr, daß der Kriegsrausch direkt in den Siegesrausch münde, ist vorbei. Und der Krieg hat diese seine aufklärende Wirkung auch innerhalb der Sozialdemokratie geübt. Derselbe Mann, der am 5. August den Artikel geschrieben hat „Der Tag der deutschen Nation", kennt heute nur das Ziel eines Friedens ohne Kriegsentschädigungen und ohne Annexionen. Die Sozialdemokratie ist auf jenen Standpunkt gekommen, für den ich während des Krieges immer gekämpft habe. Und so hoffe ich denn, daß im Proletariat durch diesen Krieg die Überzeugung wachgerufen werden wird, daß man künftigen Kriegen gegenüber sagen wird: Einmal und niemals wieder! Ich glaube, daß wir andere Methoden gegenüber den Kriegen anwenden werden, als sie den bisherigen entsprochen haben, und daß das Proletariat diese anderen Methoden mit aller Entschlossenheit verwenden wird. Man hat uns oft das Schillerwort gesagt: „Was auch komme, steh zu deinem Volke". Das Proletariat wird mit aller Entschlossenheit auch noch in diesem Kriege verkünden: „Was auch kommen möge, steh zu deiner Klasse!"

Es ist eine große historische Tragödie, die sich abgespielt hat, und nur im Rahmen dieser Tragödie bin ich und, was mich bewegt hat, zu verstehen: Das Proletariat, das in der gegenwärtigen historischen Periode der Träger des Gedankens der Menschheit hätte sein sollen, ist zu einem Mitläufer der Regierungen geworden, zu einem Instrument von Tendenzen, die nicht die seinen sein können. Ich sage nicht, daß das nur Unzulänglichkeit oder Schlechtigkeit einzelner Menschen entsprang — es sind auch Fehler einzelner Menschen im Spiel — aber es ist eine große historische Tragödie, deren Wurzel in der Arbeiterbewegung selbst gelegen ist: der bureaukratische Apparat dieser Arbeiterbewegung hat die Oberhand gewonnen über die Zukunftsinteressen des Proletariats. Die Führer des

Proletariats haben als getreue Beamte gewirkt, sie wollten die Organisation, das Vermögen erhalten, aber sie haben verraten das tiefste Klasseninteresse des Proletariats, die Internationale, sie haben verraten den Gedanken der sozialen Revolution. Sie haben, um es mit einem Wort zu sagen, während dieses Krieges kleine Vorteile für die Arbeiterklasse erlangt — ich bin der letzte, der nicht anerkennt, daß diese Leute wirklich im Schweiße ihres Angesichts gearbeitet haben, um Unbilden von Arbeitern fernzuhalten — aber sie haben das Primat ihrer Existenz verkauft für ein Linsengericht.

Diese Tragödie, von der ich gesprochen habe, ist nicht nur eine österreichische, sondern hat sich in den verschiedenen Ländern abgespielt. Es bleibt nun noch zu sprechen von der Lage, in die ich speziell zur Partei in Österreich gekommen bin, mit der ich auf das innigste seit meiner Kindheit verflochten bin. Meine Herren! Das ist die wirkliche Tragödie, die in den mannigfaltigsten Beziehungen an mir gezehrt hat, und die ich klar machen muß. Ich bin gezwungen, meine Partei auf das schärfste zu kritisieren und es wird sicher gesagt werden: Ja, was will denn dieser Mensch — der muß doch nicht beisammen sein! — In einem Lande, wo es Christlichsoziale und einen Nationalverband von diesen Qualitäten gibt, ist ihm auch die Sozialdemokratie nicht recht; gar nichts ist ihm recht. Also haben doch die Leute recht, die sagen: Er ist ein Querulant! Meine Herren! Ich könnte ausführlich beweisen, daß ich es nie am Kampfe gegen die bürgerlichen Parteien habe fehlen lassen und es ist mir klar, daß es politisch nichts Niedrigeres gibt, als eine bürgerliche Partei in Österreich. Aber ich bin mir auch klar darüber geworden — und das war eine schwere Erschütterung für mich — daß die Sozialdemokratrie in Österreich nur der Einäugige ist, der als König erscheint unter den intellektuell und moralisch Blinden. Die Sozialdemokratie in Österreich, die mir als das Höchste galt, hat sich mir in diesen Kriegsjahren nach und nach in ihren starken Mängeln enthüllt. Mein Maßstab für die Sozialdemokratie ist nicht die Verkommenheit bürgerlicher Parteien in Österreich, sondern die Geschichte der Arbeiterbewegung selbst. Und vom Standpunkt dieser ihrer eigenen glorreichen Geschichte, ist die Sozialdemokratie in den meisten Ländern, aber besonders in Österreich, heute bei weitem nicht das, was sie sein sollte.

Sie können mich nur verstehen, wenn Sie wissen, daß ich im Parteivorstand mit Leuten sitzen und täglich arbeiten mußte, die persönlich meine Freunde waren und zum großen Teil noch heute sind und die ich fortwährend auf das erbittertste bekämpfen mußte. Ich habe eine sehr ausführliche Darstellung davon im Verhörsprotokoll der Voruntersuchung gegeben. Ich kann diese Darstellung nicht wiederholen. Es ist mir physisch unmöglich, alles auszuführen. Ich kann nur sagen, daß die Partei die Laster ihrer Gegner zum Teil angenommen hat; sie ist verchristlichsozialt, sie ist nationalisiert, sie ist verkleinbürgerlicht. Der Parteivorstand ist immer mehr zu einer kontrerevolutionären Instanz geworden. Da glaube ich mich dem zu nähern, worum es sich nach der Meinung des Herrn Hofrats handelt, warum ich als Individuum zur Gewalttat kommen mußte. Ich habe schon gesagt, daß die Partei ursprünglich eine revolutionäre Partei gewesen ist. Es sind Tausende und Tausende von Versammlungsreden in Österreich mit den Worten geschlossen worden: Es lebe die internationale revolutionäre Sozialdemokratie! Das war das Übliche! Ich bin nun in diesen Kriegsjahren zur Überzeugung gekommen, daß eine Revolution in Österreich immer nur gegen den Parteivorstand stattfinden wird, daß der Parteivorstand ein Hemmungsorgan revolutionärer Bewegungen ist. Ich habe mir sehr viel Gedanken darüber gemacht. Sie werden die komplizierte Situation, in der ich gewesen bin, verstehen können. Ich arbeitete für diesen Parteivorstand als Sekretär, ich war bei allen seinen Sitzungen dabei, habe aber immer das Bewußtsein gehabt: Wenn es einmal ernst wird, bin ich auf einem Posten, wo ich in den größten Gewissenskonflikt zwischen meinen Amtspflichten als Sekretär der Partei und meiner Erkenntnis der politischen Notwendigkeiten kommen muß.

Auch in dieser Richtung handelt es sich nicht nur um einen Mangel der Personen, obwohl ich zur Erkenntnis gekommen bin, daß eine Gesundung der Bewegung nur möglich ist mit einem vollständig anderen Parteivorstand, der aus vollständig anderen Bedingungen entstammt, daß die Leute, die den jetzigen Parteivorstand bilden, niemals die Aufgaben der Sozialdemokratie wirklich werden erfüllen können. Man hat den Standpunkt gehabt — und der wurde insbesondere von Seitz vertreten — den Standpunkt der Verantwortung. Man müsse Gewalttaten entgegenwirken, weil ja der Parteivorstand die „Ver-

antwortung" hätte für vergossenes Blut. Aber das Nichts-tun gegen den Krieg ist auch eine Verantwortung für vergossenes Blut. Und wirklich für viel mehr vergossenes Blut. In diesem Falle trägt man die Verantwortung allerdings ohne Bedenken. Wir gehen zugrunde im Kriege, aber der Parteivorstand glaubt die Verantwortung abwälzen zu können, indem er sagt, er habe den Krieg nicht begonnen, schuld sind die Regierungen der verschiedenen Länder. Aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß man auch dafür eine Verantwortung hat, wogegen man sich nicht mit allen Mitteln gewehrt hat und daß man diese Verantwortung um so mehr trägt, wenn man die Politik an der Seite der Regierung gemacht hat. Wer bereit war, die Verantwortung für das Durchhalten des Blutvergießens zu tragen, darf sich nicht mit Phrasen der „Verantwortung" entziehen, wenn es um die Ziele der Arbeiterklasse geht. Aber das Geheimnis des inneren Widerspruches, der im Parteivorstand in Erscheinung tritt, ist, daß die sozialdemokratische Partei in der langen Friedensperiode von 45 Jahren zwar Organisatoren, Diplomaten, Schriftsteller, Abgeordnete, Lehrer hat, kurz eine ganze Zivilverwaltung, aber daß sie keine Offiziere besitzt, daß niemand in der obersten Parteiinstanz sich je Gedanken darüber gemacht hat: wie ist unter gewissen Umständen mit Gewalt vorzugehen, wenn es nicht anders geht, sondern daß immer nur der Gedanke eine Rolle gespielt hat: Wie kann man Unruhen verhindern? Das ist der Unterschied zur russischen Sozialdemokratie, die immer daran gedacht hat: Wie können wir zur Gewalt kommen; wie können wir die politische Macht erobern? Bei uns ist geradezu das Gegenteil der Fall gewesen. Man hat sich nie darum gekümmert und — das ist das Entscheidende für mich — man ist im Kriege sogar dazu übergegangen, den Gedanken der Gewalt vor den Arbeitern zu kompromittieren, ja ihn zu verhöhnen. Dr. Renner, der sicher jetzt für die russische Revolution sentimentale Töne finden dürfte, war es, der noch im Juli 1916 einen Artikel schrieb, der zu einem Konflikt mit mir führte, wo er die Revolution als „Putsch und Radau" zu diskreditieren versuchte. Er nannte sie „eine kindsköpfige Illusion". Die Revolution sei „eine Welle falschen Blutes". Er verhöhnt „die Illusion, die die Frucht von Wahnvorstellungen ist, die die Lektüre der französischen Revolution in den Köpfen hervorruft". Die letztere sei „für die Arbeiter auch nicht ein Gleichnis". Er verhöhnte

„die russischen Sektierergemeinden", die „auf jeden nächsten Morgen das Erlösungswunder ansetzen". Das war die Tonart, die in der Partei eingerissen ist, das war die Tonart, in der man über die Revolution redete, und sicher mit Geschicklichkeit redete. Dr. Renner ist ein Demagog, aber natürlich ein großer Demagog, ein sehr begabter Demagog, der das, was er will, in eine sehr geschickte Form zu bringen versteht. Er hat gesagt: Die soziale Revolution, die die Arbeiterklasse zu machen hat, ist Aufgabe der Organisation; die Gesellschaft muß organisiert werden. Es gibt ja eine ganze Theorie darüber, daß der Krieg die deutsche Revolution ist. Von Plenge, Renner, Lensch wird immer behauptet, der Krieg habe „das Organisationswunder" vollbracht, ja wir seien eigentlich schon im sozialen Staat. Womit ich allerdings niemand für den Sozialismus gewinnen würde, wenn ich behaupten wollte, der jetzige Zustand sei der Sozialismus. Aber abgesehen davon: Es wurde der Versuch der Verdrehung gemacht, indem nur davon gesprochen wurde, daß der Sozialismus ein großes Werk der Organisation ist, das geleistet werden muß, was ich selbstverständlich auch zugebe, und nicht davon gesprochen wurde, daß es sich vor allem um den Kampf um die Macht handelt, daß es sich fragt, welche Klasse die herrschende ist, die diktieren wird. Daß Graf Stürgkh das „Organisationswunder" des Sozialismus durchführen wird, hat wohl niemand geglaubt. Nur Dr. Renner hat geglaubt — er hat ganze Bücher zu diesem Zwecke geschrieben — er werde diesen Absolutismus zu einem durch Dr. Karl Renner aufgeklärten Absolutismus machen, der „Österreichs Erneuerung" durchführen werde. Er hat auf die „Realität" des § 14 gebaut. Der Gegensatz zwischen Dr. Renner und mir, die die Endpole innerhalb der Partei gebildet haben, war, daß er zu verschleiern versucht hat, daß es sich in Österreich und Rußland noch gar nicht um die soziale Revolution in erster Linie handelt, sondern daß in Österreich und in Rußland die bürgerliche Revolution noch nicht zum Siege gelangt ist, die Abrechnung mit dem Absolutismus, die Verwirklichung der Demokratie noch aussteht. Das wollte Dr. Renner verschleiern und es ist seinem großen Geschick gelungen, Verwirrung zu stiften. Er hat versucht, die Arbeiter abzudrängen von dem Gedanken der Revolution, von dem Gedanken von 1789 und 1848, er hat gesagt, das ist alles nicht mehr aktuell — was wir allerdings als sehr aktuell inzwischen in Rußland er-

lebt haben. Ich dagegen war mir immer bewußt: Gegenüber dem Absolutismus ist zunächst noch nicht die Herstellung des Sozialismus nötig, sondern es ist die alte bürgerliche Revolution, deren Aufgaben für Österreich zu erfüllen, bisher versäumt wurde, durchzuführen. Es ist noch die Revolution gegenüber dem Absolutismus zu machen. Und das ist nun der Gegensatz, durch den ich zu einer Individualaktion kommen mußte, weil die Partei, respektive um es genau zu sagen, die Führer der Partei, der Parteivorstand, die Abgeordneten in ihrer großen Mehrheit — es gibt auch einige andere darunter — auf dem Gedanken des Entgegenkommens gegenüber dem herrschenden System stehen und von dem revolutionären Programm, das die Arbeiter tatsächlich erfüllt, abgerückt sind. Das, was ich vor allem den Arbeitern klar machen wollte, war: Nur g e g e n den Parteivorstand, nur über den Parteivorstand hinweg, wird es jemals in Österreich zu einer wirklich revolutionären Umgestaltung kommen, nur über den Parteivorstand hinweg ist es möglich, zu Gewaltmitteln, wie sie das Gewaltregime der Regierung bedingt, zu schreiten.

Ich habe es natürlich erwartet und habe es auch wie ich jetzt gesehen habe, in meinem ersten Verhöre gleich gesagt: Es wird irgendein Dr. Renner sofort beweisen, die Individualaktion widerspricht den sozialdemokratischen Prinzipien, sie ist in Gegensatz zu all dem, was er früher bezüglich der Massenaktion gesagt hat, das ist anarchistisch und er kann nur in Geistesverwirrung gehandelt haben.

Ich habe natürlich nicht die kindische Vorstellung gehabt, daß ich durch meine Tat etwa den Absolutismus in Österreich beseitige oder den Frieden in die Welt bringe. Das ist mir nicht im geringsten eingefallen. Ich bin kein Anarchist geworden. Der Anarchismus glaubt, daß die individuelle Aktion eine solche Rolle in der Welt spielen kann. Ich habe das nie geglaubt und glaube es heute nicht, sondern ich stehe auf dem Standpunkt des Massenkampfes, der „mit allen zweckdienlichen Mitteln" zu führen ist. In den normalen Zeiten des Friedens mit parlamentarischen Mitteln zu führen ist, wenn es ein Parlament gibt, wenn es aber keines gibt, wenn der Absolutismus alles vernichtet hat, dann eben auch zu führen ist mit Gewalt und zwar als Kampf um die Verfassung von der Masse zu führen ist. Ich stehe heute noch auf dem Standpunkt, daß dieser M a s s e n k a m p f der e n t s c h e i d e n d e ist und ent-

scheidend sein muß, und daß meine Tat eine ganz bescheidene Individualaktion gewesen ist, nicht, um den Massenkampf zu ersetzen — das ist mir nicht eingefallen — auch nicht, um den Massenkampf auszulösen, wie gewisse meiner Freunde geglaubt haben, die mich zu erklären versuchten, indem sie annahmen, ich habe offenbar den irren Gedanken gehabt, wenn ich unvermittelt eines Tages gegen den Stürgkh losgehe, werde plötzlich das Volk aufstehen und die Revolution machen. Ich habe natürlich nicht einen Moment daran gedacht, eine Massenaktion in diesem Moment auszulösen, sondern das, was ich wollte, war, die psychologische Voraussetzung künftiger Massenaktionen in Österreich zu schaffen, die Disposition zu ihnen wieder herzustellen. Ich wollte nicht durch meine Tat Revolution machen, davon war gar keine Rede, sondern ich wollte die Möglichkeit einer Revolution erzielen, die Voraussetzungen schaffen, daß auch diese Leute doch einmal Stellung nehmen müssen zu diesem Gedanken.

Die Anklageschrift spricht von Worten über die Gewalt, die ich angeblich gebraucht habe. Sie sagt: „Sogar vom Gespenst der Lächerlichkeit des Vorwurfes eines Kathederumstürzlers sah er sich unmittelbar bedroht, dessen auf gewaltsame Erhebung hinzielende Worte eben Worte blieben." Ich möchte den Herrn Staatsanwalt bitten, mir zu beweisen, wo ich im Laufe dieses Krieges jemals ein Wort von einer gewaltsamen Erhebung gesprochen habe. Ich habe es nicht getan. Es ist nicht wahr, daß ich derartige Worte gebraucht habe. Und das erklärt gerade meine Tat. Denn ich war mir bewußt, daß in dem Milieu, in dem ich verdammt war, zu leben, in dem Milieu dieses Parteivorstandes und dieser Partei derartige Worte nicht gesprochen werden dürfen, weil der Sinn dafür verloren gegangen ist, sondern daß ein Bekenntnis zur Gewalt, wie ich es für nötig gehalten habe, in diesem Österreich nur durch die Tat zu leisten ist. Ich konnte nicht darauf ausgehen, Worte zu machen. Die Leute in ihrem Zynismus hätten mich ausgelacht, gar nichts anderes, und hätten mir sehr verachtliche Motive imputiert und gesagt: Natürlich, ich möchte, daß die anderen ihr Blut vergießen. Gerade deshalb war es nötig und ich hielt es für nötig, in diesem Österreich abzulegen ein Bekenntnis zur Gewalt. Das war die Tat. Es war ein Bekenntnis, um die Parteigenossen zu nötigen, Stellung zu nehmen, um ihnen zu sagen: Schaut, diesem Manne ist es ernst

mit dieser Sache, er gibt sein Leben daran, um das auszusprechen vor euch. Ich wollte, daß sie Stellung nehmen müssen, und sie haben Stellung nehmen müssen und sie konnten nicht mehr sagen: Ja, Verantwortung! Wir dürfen nicht riskieren usw., sondern das, was sie antworten konnten und was sie seither nur reden konnten, war: Individualaktion ist Unsinn, ist falsch, kann die Massenaktion nicht ersetzen! Aber es wird sich keiner der Herren, kein Herr Renner und kein Herr Seitz gegenwärtig trauen, in Österreich vor Arbeitern zu sagen: Gewaltsame Aktion ist unmöglich, gewaltsame Aktion darf nicht sein. Das werden sie sich nicht mehr trauen und das war es, was ich erzielen wollte, und das war es, was mir wert war, in dieser Situation mein Leben dafür einzusetzen.

Präsident:

Ich werde eine Unterbrechung bis 4 Uhr eintreten lassen.

(Die Sitzung wird um 3 Uhr nachmittags unterbrochen.)

(Nach Wiederaufnahme der Verhandlung um 4 Uhr 5 Minuten nachmittags:)

Präsident:

Für 5 Uhr nachmittags sind die Zeugen geladen. Bezüglich des Abgeordneten Seitz liegt eine Anzeige vor, daß er verreist sei.

Staatsanwalt:

Ich beantrage die Verlesung dieser Zeugenaussagen auf Seite 252/I.

Präsident:

Diese Verlesung wird später vorgenommen werden. Ich bitte, Herr Angeklagter, wollen Sie vortreten. Sie haben am Ende der vormittägigen Sitzung damit geschlossen, daß Sie das Milieu geschildert haben, dem der Gedanke Ihrer Tat entsprungen sei, und angekündigt, daß Sie in die näheren Motive Ihrer Tat eingehen wollen. Ich bitte, nun das Wort darüber zu ergreifen.

Dr. Adler:

Ich wollte, wie gerade der Herr Hofrat gesagt hat, vormittags ausführen, daß Gewalt möglich ist und daß der Einwand gegen Individualaktionen, der mir gemacht worden ist, nicht stichhaltig ist, daß ich meine Tat als Individualaktion im Rahmen der Massenaktion aufgefaßt habe. Allerdings ist es etwas sonderbar, daß gerade jene Leute mir aus der Individualaktion

einen Vorwurf machen, deren ganze Tätigkeit während des Krieges nur in Individualaktionen bestand, allerdings im Betteln bei Ministern, während sie eine Individualaktion, die gegen die Minister gerichtet ist, verdammen, sie als eine unerlaubte, als Verstoß gegen die Prinzipien abweisen. Die Partei hat in früheren Zeiten, in der Zeit des Ausnahmezustandes, der bei uns in Wien bis zum Jahre 1889 bestand, die Methode der individuellen Bedrohung einzelner Behörden mit sehr großem Erfolg geübt und angewendet. Es wurden von der Partei immer wieder einzelne Organe der Regierung individuell bloßgestellt und bedroht. Die „Gleichheit", die Vorläuferin der „Arbeiter-Zeitung", hatte eine eigene Rubrik zu diesem Zwecke, die hieß: „Wie man uns behandelt"; in dieser Rubrik wurden Erkenntnisse von Bezirkshauptleuten u. a. an den Pranger gestellt, unter Anführung von Namen und unter Verantwortlichmachung nicht des Systems, sondern des Individuums. Also Bedrohungen des Individuums waren da und dies war eine immer gehandhabte Methode der Partei.

Ich will noch hinzufügen, daß ich meine Tat niemals überschätzt habe, weder vorher, noch nachher. Gleich in meinem ersten Verhör bei der Polizei habe ich gesagt: Ich wünsche nicht, daß man meine Tat überschätze, weder in dem Objekt, noch nach dem Erfolg. Ich glaube auch, daß ich sie nicht überschätze. Ich war nie so töricht, mit dieser Tat einen revolutionären Erfolg erzielen zu wollen, sondern ich wollte dem revolutionären Geist in Österreich wieder eine Stätte schaffen. Es war ein Bekenntnis zur Gewalt, wie ich bereits gesagt habe, es war aber auch, um dies noch anders auszudrücken: eine symbolische Handlung, ein Gleichnis. Es sollte der Masse zeigen, was im großen Stile zu machen sei, mit wirklichem Erfolge; es sollte zeigen, daß man sein persönliches Leben für seine Überzeugung einsetzen müsse. Es sollte beweisen, daß man zwar nicht Opfer inszenieren soll, aber daß man volle Opferbereitschaft haben müsse für seine Ziele. Um also ganz klar zu machen, wie ich zu dem Attentat stehe und dem entgegenzutreten, was von seiten meiner Parteigenossen eingewendet und sicherlich auch von seiten meines Verteidigers zum Ausdruck kommen wird, als hätte ich gegen die Grundsätze der Sozialdemokratie das Attentat begangen, muß ich sagen, daß auch das nicht stimmt. Die Internationale, deren Glied die sozialdemokratische Partei in

Österreich ist, hat auch Parteien umschlossen, die vor dem Kriege, also so lange die Internationale überhaupt noch bestanden hat, die Individualaktion in ihrem Programm gehabt haben. Es waren dies die Sozialrevolutionäre in Rußland, die die Individualaktion theoretisch anerkannten und praktisch betätigten. Ich war ein Gegner dieser Sozialrevolutionäre, ich habe immer einen scharfen theoretischen Kampf gegen sie geführt, ich habe immer gesagt, die Individualaktion darf die Massenaktion niemals ersetzen, die Massenaktion ist das Wichtige. Ich möchte aber aufmerksam machen, daß die Sozialrevolutionäre von uns stets als gleichberechtigt behandelt wurden und daß die Internationale aus Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären bestand.

Ein Einwand gegen Attentate, den ich anerkenne und der mir sehr viel zu denken gab, ist der, daß die Attentate und die ganze Politik der Konspiration, die der Absolutismus erzeugt, die Gefahr mit sich bringt, daß sie von der Polizei mißbraucht werde. Die Polizei sendet agents provocateurs in die Kreise der Revolutionäre, die sich eindrängen, um auf diese Art die ganze Individualaktion in ihre Hand zu bekommen. Derartige agents provocateurs waren in den Achtzigerjahren in Österreich . . . (der Präsident will unterbrechen) aber wir wollen lieber bei Rußland bleiben.

Präsident:

Herr Doktor, Sie verirren sich wieder in Ausführungen, die weit über das hinausgehen, was mit Ihrer Tat zusammenhängt. Ich kann Sie nicht stundenlang theoretische Vorlesungen halten lassen und andere geschichtliche Ausblicke, die mit Ihrer Tat, die ja offenkundig vorliegt, in gar keinem Zusammenhange stehen.

Dr. Adler:

Diese Überlegungen haben ja für mich eine große Rolle gespielt und waren wesentliche Momente meiner Tat.

Präsident:

Ich bitte, das würden Sie in einem anderen Zusammenhange jedenfalls viel deutlicher und kürzer sagen, ohne den Anschein, wollen wir es direkt sagen, einer Agitation zu erwecken (Dr. Adler: Nein!), zu welcher dieser Saal nicht in Frage kommt. Ich wiederhole nochmals, die Redefreiheit wird Ihnen nicht eingeschränkt, aber diese gewissen Grenzen, die ich Ihnen vorgezeichnet habe, bitte jetzt einzuhalten.

Dr. Adler:

Ich werde mich bemühen . . .

Präsident:

Ich bitte, keine weiteren Diskussionen zu halten. Wollen Sie fortfahren.

Dr. Adler:

Ich will also sagen, daß mein Attentat von vornherein von mir als ein singulärer Fall, auch durch meine Überlegungen während eineinhalb Jahren angesehen wurde, das heißt, nicht als Einzelfall, sondern als ein vereinzelter Fall, als ein Fall, der in einer ganz besonderen Konstellation von Umständen vorkommen kann. Ich wollte durch die Tat nicht eine neue Kampfmethode in unsere Partei bringen — das war mir ferne, ich hielt es für eine Abirrung der Partei, wenn nun lauter Attentate entstehen würden, ich hielte es für falsch. Ich halte das für keine neue taktische Regel, sondern es war mir in meinen Überlegungen schon von vornherein klar, daß das ein ganz besonderer Fall ist: Nachdem der revolutionäre Geist der führenden Persönlichkeiten abhanden gekommen war, ist diese singuläre Tat nötig gewesen, um diesen Geist neu zu beleben.

Aber es wäre falsch, diese Tat etwa nur als ein ausgeklügeltes Rechenexempel zu nehmen, sie allein als kalte theoretische Überlegung zu werten, als eine Tat, die nur von dem diktiert gewesen wäre, was der Verstand sagt, sondern es hat — ich muß das stark betonen — dabei das Gefühl eine außerordentliche Rolle gespielt. Und zwar in einer doppelten Weise: einmal bezüglich der Schande der Partei und dann wegen der Schande Österreichs, in der es sich durch das System Stürgkh befand. Es haben diese beiden Motive als Gefühlsmomente während der ganzen Kriegszeit auf mich gewirkt. Es hat einmal ein Parteigenosse bei einer Konferenz gesagt: „Soviel manifestiert, resolutioniert und offene Briefe geschrieben, wie der Fritz Adler hat niemand während des ganzen Krieges". Und das ist richtig. Es war in mir immer das Bedürfnis, gegen die Taktik der Partei aufzuschreien, Akte des Protestes gegen diese Taktik zu machen, diese Schande abzuschütteln, die ich immer lebendig gefühlt habe. Es war nicht eine Verstandeshandlung in dem Sinne, daß ich mir ausgerechnet hätte, das ist jetzt notwendig, sondern es war tatsächlich wie ich es mir a posteriori jetzt klar gemacht habe, daß ich alles in dem Gefühle unter-

nommen habe, aufschreien zu müssen, aufschreien insbesondere gegen die Schande Österreichs, gegen die meine Partei nicht die richtigen Mittel angewendet hat. Ich muß aber betonen, es wäre verfehlt zu glauben, daß dieses Gefühl der Schande Österreichs auf mich allein beschränkt gewesen ist, sondern ich kann zum Beispiel von meinem Vater, der in dem Gutachten als äußerst ruhiger Mensch im Gegensatz zu mir, angeführt wird, sagen, daß er dieses Gefühl der Schande Österreichs in derselben Weise empfunden hat und wir uns in dem Punkte trotz aller politischen Differenzen völlig verstanden haben. Ich habe probiert, diese Schande Österreichs immer wieder zum Ausdrucke zu bringen. Da man in Österreich von diesen Dingen nicht sprechen durfte und die Partei sehr wenig unternommen hat, um von diesen Dingen zu sprechen, habe ich zunächst in Zürich eine Rede gehalten, in der ich darzustellen versuchte, in welchem Zustande wir uns befinden. Ich bin auch deshalb wegen § 65a vom Wiener Landwehrgericht in Untersuchung gezogen worden. Ich habe ein Manifest über diese Dinge erlassen, ich habe dem Abgeordneten Liebknecht Material gegeben und ihn veranlaßt, daß er im preußischen Abgeordnetenhause einmal über Österreich rede, was zum großen Entsetzen der dortigen Regierungskreise sehr ausführlich geschehen ist; es sind sehr viele Dinge dort ans Tageslicht gezogen worden. Ich habe es mit allen Methoden immer wieder versucht, auf die Öffentlichkeit zu wirken, mit Methoden, die in unserer Partei in früherer Zeit ganz üblich gewesen sind und auch bezüglich Rußlands, wo ja früher Zustände waren, die beinahe an die österreichischen erinnern, in Übung gewesen sind.

Ich komme nun dazu, auseinanderzusetzen, was von der Politik Österreichs auf mich besonders gewirkt hat. Ich habe mich darüber ja in meinem Verhör in der Voruntersuchung geäußert und weiß, daß ich das hier unter den Umständen in diesem Saale nicht mit jenem Freimute tun kann, mit dem ich es in der Voruntersuchung tun konnte. Ich will mich also von vornherein darauf beschränken, jene Dinge zu sagen, die man in den letzten Wochen schon in den Zeitungen lesen konnte, die jetzt schon als notorisch gelten können. Ich will also von der Schuld am Ausbruch des Krieges nichts sagen, sondern ich will nur von der politischen Bedrückung in Österreich sprechen und das auch mit jener Vorsicht und Einschränkung, die durch

die Situation bedingt ist. Das Gefühl, das ich hatte, hat sich immer in mir in den Worten verkörpert: Sind wir denn Hunde? Werden wir gezüchtigt von den Behörden? Haben wir gar kein Ehrgefühl, lassen wir uns denn alles gefallen? Und wenn die Anklage sich zu sagen erlaubt, daß ich von diesen Dingen „ein gehässiges Zerrbild" entwickelt habe, so möchte ich sagen, daß alle diese Dinge, die ich in meiner Voruntersuchung gesagt habe, bewiesen werden können und bewiesen werden, wenn es wieder ein Parlament gibt, und daß ich es abweise, sie als „Zerrbild" bezeichnen zu lassen, denn sie entsprechen der Wahrheit.

Vor allem die Zensur! Was es heißt, wenn man Redakteur einer Zeitung ist, mit der Zensur, wie sie im Kriege gewesen ist, zu leben, welche wirklichen kontinuierlichen Aufregungszustände das bedingt, kann man sich kaum vorstellen. Die einzige deutsche Zeitung, die zu Kriegsbeginn verboten wurde, war meine kleine populäre Zeitung „Das Volk". Ich kann ehrlich sagen, ich war damals froh darüber, daß sie verboten wurde, ich wußte, da ist nichts mehr zu wollen, es war ausgeschlossen, sie in der Art, wie sie früher geführt wurde, weiterzuführen, sie konnte höchstens von anderen Parteigenossen zu patriotischen Dingen mißbraucht werden. Aber ich habe den „Kampf" weiter herausgegeben, die wissenschaftliche Monatsschrift unserer Partei. Ich bin dabei fortwährend in die schlimmsten Situationen gekommen. Ich muß schon ein paar Beispiele erwähnen, um nur ein Bild von dem zu geben, was ich da durchgemacht habe. Ich habe mir Mühe gegeben, alle Artikel in Formen zu bringen, in wissenschaftliche Formen, damit die Sache für die Zensur möglich sei. Es ist mir auch gelungen, viel durchzubringen, aber Sie sehen hier eine Nummer, in der es zum Schlusse heißt: „25 weiße Seiten verdanken wir bei dieser Ausgabe des „Kampf" der Zensur". Da sind ganze Artikel, unter anderen ein kleiner Einakter eines Dichters, vollständig konfisziert worden. Ich erwähne diesen Einakter, weil er in der letzten Osternummer der „Arbeiter-Zeitung" anstandslos zum Abdruck gekommen ist. Ebenso wie er jetzt durchgelassen wurde, hat ihn damals die Zensur einfach gestrichen.

Es gibt gar keine Möglichkeit, unter den Zensurbedingungen vorauszusehen, was möglich ist. Im Frieden konnte man ja doch ein gewisses Gefühl dafür haben, was möglich ist. „Das

Volk" z. B. wurde regelmäßig konfisziert, aber ich wußte von vornherein ganz genau, was konfisziert werden würde. Ich nahm damals keine Rücksicht darauf, habe die Artikel so geschrieben, obwohl ich wußte, daß sie konfisziert werden. Ich habe mir damals nie eine Konfiskation gefallen lassen, sondern habe alles, was je im „Volk" stand, in die zweite Auflage als immunisierte Artikel gebracht, ich habe Einspruch gegen die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung in jeder Form erhoben. Aber das waren alles relative Kleinigkeiten gegenüber der vollständigen Willkür, der wir im Kriege ausgeliefert waren. Insbesondere hat auch auf mich gewirkt — was die Redakteure von Tagesblättern nicht so fühlen, weil dort die Sachen in der Nacht erledigt werden, da die Zeitungen erscheinen müssen —, daß bei Zeitungen, die längerperiodisch sind, bei Wochenblättern und Monatsblättern, die Zensur sich nicht an die Dreistundenfrist hält, sondern die Frist, wenn sie eine Sache erledigt, nach ihrem Ermessen einteilt. Im Ausnahmegesetze wird eine Frist von längstens drei Stunden vorgeschrieben. Die hat man nicht eingehalten. Der Drucker konnte aber die Zeitschrift, obwohl er formell berechtigt wäre, sie faktisch nicht herausgeben, bevor die Sache von der Staatsanwaltschaft kam, weil er sonst gewissen Schikanen seitens der Behörden ausgeliefert gewesen wäre. Es sind nun folgende Dinge geschehen: Es sind Artikel wochenlang zurückgehalten worden. Ich erinnere mich da an meinen letzten Artikel unmittelbar vor dem Attentate, wo ich in sehr starke Aufregung gekommen bin, einen Artikel, der durch zehn Tage nicht erledigt wurde. Als ich den Artikel bekommen habe, war darin keine Zeile gestrichen, gar nichts, er ist vollständig anstandslos erschienen, aber er war zehn Tage bei der Zensur. Aber das ist nicht alles. Ich habe Artikel gebracht, die zwei Monate bei der Zensur gelegen sind. Es ist ein System, dem natürlich jede Rechtsgrundlage fehlt. Wir haben eine Staatsanwaltschaft — ich habe mit den Herren wiederholt telephonisch zu tun gehabt und weiß es daher — die Herren entscheiden oft nicht selbst, sondern der Artikel kommt in eine andere Zensur: ins Kriegsüberwachungsamt. Dieses Kriegsüberwachungsamt — worüber ich noch reden werde — ist eine verantwortungslose Behörde. Aber auch damit einverstanden! Es besteht also eine zweite Zensur: die Militärzensur. Nun habe ich einen Artikel von Karl Kautsky, der ja doch eine europäisch bekannte Per-

sönlichkeit ist, über die ökonomische Seite des Krieges bringen wollen. Dieser Artikel ist etwa vier Wochen nicht zurückgekommen. Sie können sich denken, was das für eine Zeitung, die erscheinen soll, bedeutet. Schließlich ist herausgekommen, dieser Artikel ist im — Hauptquartier in Teschen. Das habe ich in Erfahrung gebracht. Der Artikel ist dann endlich auf viele Urgenzen aus dem Hauptquartier zurückgekommen und konnte erscheinen.

Das ist noch nicht alles. Ich habe einen Artikel über die „militärische Jugenderziehung" veröffentlichen wollen. Es war ein rein sachlicher Artikel, in dem auch von der Jugenderziehung in Deutschland die Rede war. Der wurde zwei Monate nicht erledigt, und zwar, wie herausgekommen ist und dann von den Herren festgestellt wurde, weil man ihn — zur Begutachtung nach Deutschland geschickt hat. Unsere Behörden haben sich gewissermaßen eine Obervormundschaft in Deutschland geschaffen oder gefallen lassen und haben über die Dinge nicht selbst entschieden. Gerade dieser Fall, meine Herren, hat in mir ein so niederdrückendes Gefühl hervorgerufen und ich habe versucht, im „Kampf" bekanntzugeben, daß der Artikel nach Deutschland geschickt wurde. All diese Bekanntmachungen sind natürlich auch wieder gestrichen worden. Es ist ein Zustand der Würdelosigkeit, aber zum anderen Teil auch der Unfähigkeit bei der Zensur, der hervorrufen mußte ein konstant verletztes Ehrgefühl.

Aber was in Wien war, ist noch lange nicht zu vergleichen mit dem, was in der Provinz gewesen ist, und Sie können sich vorstellen, was ich, der ich im Reichsparteisekretariat der Partei war und die Beobachtung der gesamten Parteipresse unter meinen Pflichten hatte, der mit all diesen Dingen täglich immer wieder zu tun hatte, an diesen Zensurschikanen, die in der Provinz vorgekommen sind, erlebt habe und was speziell — und das darf nun endlich gesagt werden und die „Arbeiter-Zeitung" hat es nun endlich gesagt — was in Prag vorgegangen ist. Prag ist ein ganzes Kapitel der Zensurschande für sich, etwas, was unvergleichlich ist mit dem, was sonst in Österreich war, unvergleichlich mit dem, was in Wien war. Es ist etwas, was man nicht glaubt, so lange es nicht direkt bewiesen wird und mein Herr Verteidiger hat ja versucht, die Zeugen auch dafür zu führen. Sie sind provisorisch abgelehnt worden, der Chefredakteur des „Pravo Lidu", Abg. Dr. Šmeral und Abg.

Němec. Sie würden das alles bezeugen, was ich von ihnen selbst weiß und was auf mich immer wieder aufs neue niederdrückend gewirkt hat. Ich habe mit den Herren, die ich keineswegs als meine Parteigenossen betrachte, ein Gespräch gehabt, in dessen Verlauf mir ein Erlaß gezeigt wurde, in dem klipp und klar gestanden ist — es war im August 1915 — daß, wenn es noch einmal vorkommt, daß ein Armeebefehl auf der zweiten Seite des „Pravo Lidu" steht, das Blatt eingestellt wird. Meine Herren! Die Vorschriften, die gemacht worden sind, wurden in Wien nicht gemacht — und das ist der wesentliche Einwand der Rechtsungleichheit. Man hat vorgeschrieben, man müsse den Titel des Kaisers, des Erzherzogs Friedrich voll abdrucken, man hat sogar die Lettern vorgeschrieben, mit denen die Titel zu bringen sind — alles, was in Wien nicht der Fall gewesen ist. Und endlich ist dort etwas geschehen, was seinesgleichen nicht haben dürfte. Die Polizei hat nämlich den Chefredakteur des Blattes zu sich kommen lassen — und auch das ist zu meiner Genugtuung endlich in der „Arbeiter-Zeitung" gestanden, daß das die Praxis in Prag gewesen ist — und ihm gesagt: „Wir sind bereit, Ihnen Artikel zu liefern, die schon im sozialistischen Sinne gehalten sind, Sie brauchen Sie nur aufzunehmen". Meine Herren! Eine Situation, in der die Polizei für die sozialistische Presse Artikel beistellt! Das widerspricht der Würde des Journalisten auf eine Weise, wie man sich das kaum vorstellen kann. Und man hat es damit nicht bewenden lassen, sondern man hat diese Artikel tatsächlich geschickt und man hat, wenn man nicht eingestellt werden wollte, die Artikel bringen müssen. Und so ist in Prag ein Blatt entstanden, das „Pravo Lidu", das seinesgleichen in der Geschichte des Sozialismus nicht hat, das nur hervorgehen konnte aus dem Zusammentreffen der Infamie des Absolutismus mit der Charakterlosigkeit des Separatismus, denn ich sage Ihnen, meine Herren, ich hätte mir das nie gefallen lassen, ich hätte alles zugrunde gehen lassen, bevor ich meine Zeitung in dieser Weise hätte schänden und entweihen lassen, wie es diese Herren in Prag getan haben.

So ist am 2. Dezember 1915 eine Zeitung erschienen, die folgenden Inhalt gehabt hat — ich will daran keine Kritik knüpfen, sondern will Ihnen nur die vorliegende Zeitung schildern, damit Sie sehen, was das bedeutet — in dem Leitartikel werden die Verdienste der Dynastie Habsburg-Lothringen um das Reich

historisch geschildert und sehr glorifiziert. Im Innern des Blattes war ein zwei Spalten langer Artikel über den Besuch des Erzherzog Karl Stefan in Prag und im Abendblatt war das Bild des Kaisers anläßlich des Jubiläums des Regierungsantrittes am 2. Dezember. Meine Herren, Sie kennen ja die sozialdemokratische Presse und so sehr Sie auch anderer Meinung sein müssen, Sie wissen es ja, daß nach den Überzeugungen der Partei es nicht üblich gewesen ist, daß derartige Artikel freiwillig in eine Zeitung hineinkommen können.

Meine Herren, es war der Druck der Erpressung, unter der man sich gefühlt hat und der von der Regierung Stürgkh geübt wurde. Diese Erpressungen wurden in besonders großem Umfange in Böhmen ausgeübt und auch das ist nun endlich in den Zeitungen festgestellt. Als ich es aber in meiner Rede in Zürich festgestellt habe, hat man mich wegen § 65a, „Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung" der Ruhe des Sumpfes und der Ordnung des Absolutismus — anklagen wollen und ich wäre verurteilt worden, es fehlten den Herren nur die Beweise!

Diese Erpressungen wurden in derselben Form auch an deutschen Sozialdemokraten in Böhmen geübt. Ich habe gebeten, daß man auch den Abgeordneten Hillebrand als Zeuge lädt, mit dem ich eine Korrespondenz hatte, als plötzlich verlangt wurde, daß auf einem sozialdemokratischen Parteihause an Kaisers Geburtstag eine schwarzgelbe Fahne gehißt wird. Ich will diese Maßregel in keiner Weise kritisieren, sondern nur feststellen, daß man derartiges versucht hat. Dasselbe ist auch in Reichenberg geschehen. Ich will darauf nicht eingehen, ich will nur sagen, was ich selbst erlebt habe. Ich habe mit dem Abg. Hillebrand darüber korrespondiert, daß man zum Statthalter geht und sich beschwert. Und die Genossen sind zum Statthalter nach Prag gegangen und haben sich beschwert; es wurde ihnen gesagt: Es ist der amtliche Auftrag vom Ministerium in Wien, daß in Böhmen diese Beflaggung durchgeführt werden soll und man habe zu gehorchen. Auch da sieht man wieder die Rechtsungleichheit, die da besteht.

Ich könnte noch sehr vieles sagen, aber wie gesagt, ich will mich auf das beschränken, was tatsächlich jetzt schon in den Zeitungen steht.

Ich habe schon im Eingange meiner Ausführungen von der Justiz gesprochen. Diese Justiz war das Aufreizendste, was

ich erlebt habe. Ich weiß ja, daß ein Krieg keine Harmlosigkeit ist. Ich habe Ansichtskarten gesehen, die in Österreich verbreitet worden sind, aus Gegenden, wo das Standrecht geherrscht — wir können das ja im Beweisverfahren anfügen — auf denen Sie Männer wie Frauen aufgehängt sehen. Das sind Bilder, die keineswegs geeignet sind, zur Beruhigung über das, was geschah, zu dienen. Es war der Zustand der, daß, wie mir meine Freunde aus der Bukowina gesagt haben, sie selbst gesehen haben, daß man Leute zum Galgen geführt hat, die sie gekannt haben und von denen sie wußten, daß nie eine Möglichkeit bestand, daß die Leute als Spione dienen, daß solche Leute zu Dutzenden und Hunderten gehängt worden sind. Ich weiß, daß auch Spione gehängt worden sind. Selbstverständlich, aber im Zweifelsfalle hat man lieber gehängt.

Dazu kommen aber noch Fälle, die mich besonders erregen mußten, und der Fall, von dem ich hier zu sprechen habe, war wirklich ein solcher, wo die Reaktion eine unmittelbare war. In der „Neuen Freien Presse" ist einmal ein Gedicht erschienen, anstandslos und zensuriert erschienen. Dieses Gedicht hat nur ein paar Zeilen, es heißt: „Das Lied der Mütter gegen den Krieg", und es war das Lied einer amerikanischen Mutter, die es gedichtet hatte und das in die „Neue Freie Presse" Eingang gefunden hat. Ich will es vorlesen, nur damit den Herren die Harmlosigkeit deutlich wird und der Kontrast hervortritt. Es lautet:

Ich habe meinen Sohn zum Krieger nicht erzogen,
Ich zog ihn auf als Stolz und Freude meiner alten Tage.
Wer wagt es, ihm die Waffe in die Hand zu drücken,
Damit er einer andern Mutter teures Kind erschießt?
Es ist die höchste Zeit, die Waffen fortzuwerfen.
Es könnte niemals einen Krieg mehr geben,
Wenn alle Mütter in die Welt es schreien würden:
Ich habe meinen Sohn zum Krieger nicht erzogen!

Dieses pazifistische Gedicht ist aus der „Neuen Freien Presse" in unsere Parteipresse in Mähren, Schlesien übergegangen und an verschiedenen Orten in der Provinz gedruckt worden. Dort hat einer der Parteigenossen, namens Langer, ein Krankenkassenbeamter in Freiwaldau, es gefunden. Dem Mann hat das Gedicht gefallen. Er war auch ein Gegner des Krieges, er hat sich auch durch den Krieg bedrückt gefühlt, und er ist auf den unglückseligen Gedanken gekommen, dieses Ge-

dicht abzuschreiben. Er hat es hektographiert und, ich glaube, 12 Exemplare abgezogen. In seinem Amt, wo er die Krankengelder ausbezahlt, hat er die hektographierten Exemplare an Frauen abgegeben. Er wurde vor Gericht gestellt und zum Tode durch den Strang verurteilt. Er wurde dann zu fünf Jahren schweren Kerkers begnadigt. Er sitzt noch in Möllersdorf und geht dort zugrunde. Gerade vor dieser ganzen Geschichte war ihm ein Krankenurlaub wegen Tuberkulose zugebilligt worden. Ich habe auch den Abgeordneten Müller, der ihn in Möllersdorf besucht hat und von dem ich die ganze Sache und diese Umstände, die mich fortwährend bis zuletzt beschäftigt haben, erfahren habe, als Zeugen führen wollen. Er ist aber vorläufig nicht als Zeuge zugelassen worden.

Dieser Fall hat auf mich einen sehr starken Eindruck gemacht. Ich habe diesen Fall auch im Ausland publiziert; ich habe es für meine Pflicht gehalten, auf diese Weise doch einen gewissen moralischen Druck auszuüben. Meine Veröffentlichungen sind natürlich dementiert worden, daß das alles nicht wahr ist, daß überhaupt nichts davon wahr ist, was ich über die Justiz in Österreich sage.

Meine Herren, ich will, weil ich weiß, daß ich davon nicht sprechen kann, hier über die Praxis der Landwehrgerichte nicht sprechen, sondern möchte nur die konkrete Tatsache feststellen, daß ich diese Praxis konstant zu verfolgen Gelegenheit hatte, daß ich den Porzeß Markow, sowohl die Verhandlungen als das Urteil sehr genau verfolgt und studiert habe, daß ich den Prozeß Kramař verfolgt und gefunden habe, daß es immer dieselben Richter sind, die alle die Prozesse führen. Ich will mit meinem Urteil zurückhaltend sein, aber ich kann Ihnen vielleicht die Stimmung, die in unseren Kreisen über die Dinge bestand, und wie darüber gedacht wurde, an einem kleinen Falle darlegen. Ich ging einmal wieder mit meinem Vater zum Prozeß Kramař und dort, wo man zum Saal hinaufgeht, sagte er zu mir plötzlich: „Schau, das ist wirklich bei diesem Gericht eine höchst notwendige Aufschrift." Ich verstand im ersten Moment gar nicht und ich sah dann auf die Tafel, da war eine Aufschrift, die lautete: „Es wird ersucht, nicht auszuspucken."

Präsident:

Herr Dr. Adler, ich verhebe Ihnen derartige Ausfälle. Sie legen da jemandem Worte in den Mund, die Sie nicht behaupten können und zwar überflüssiger Weise, und Sie geben sie in

einer Weise wieder, die nicht am Platze ist. Ich beschränke Ihre Redefreiheit gewiß nicht, aber alles hat seine Grenzen, Sie mißbrauchen das Recht der Verteidigung. Ich bitte, wollen Sie sich das gesagt sein lassen. Wollen Sie fortfahren.

Dr. Adler (fortfahrend):

Die Sache war wirklich sehr aufregend für mich. Es wurde im Prozeß Kramař eine Zusammenstellung der politischen Urteile verlesen, die in jener Zeit von den Landwehrgerichten in Österreich erflossen sind. Die Statistik dieser Urteile ergab bereits damals, daß mehr als 900 Jahre Kerker und 26 Todesurteile für politische Delikte verhängt worden sind; darunter befand sich eine Frau, die zu fünf Jahren schweren Kerker wegen Verbrechens nach § 65a verurteilt wurde; es handelte sich um eine Äußerung in einem Briefe an den Mann, die bei der Beseitigung des Briefgeheimnisses, wie wir sie jetzt haben, als „öffentliche Äußerung" aufgefaßt wurde.

Ich will nun das Gebiet der Justiz, da ich darüber nicht mit jener Ruhe sprechen kann, die gewünscht wird, verlassen und mich einem andern Gegenstand zuwenden, der auf mich in meiner speziellen Eigenschaft als Journalist in der niederdrückendsten Weise wirken mußte, wie er ja auf alle Journalisten gewirkt hat. Das war die Absperrung von der Umwelt, eine Absperrung, wie sie nur in Österreich gewesen ist und sonst nirgends, z. B. auch in Deutschland nicht vorhanden war. Meine Herren! Ich wünsche ja nicht und kann es auch gar nicht verlangen, daß Sie sich in der Beurteilung aller dieser Maßregeln auf meinen Standpunkt stellen, sondern ich suche nur das zu sagen, was von Ihrem Standpunkt, vom Standpunkte des normalen österreichischen Bürgers, und nicht etwa des sozial-revolutionären Mannes zu bemängeln ist. Man hat keine Zeitungen des feindlichen Auslandes, keine französischen und englischen Blätter hereingelassen, während man sie in Berlin in jedem Kaffeehaus lesen und in jedem Buchhändlerladen kaufen konnte. Ebenso hat man bei uns auch die Presse des neutralen Auslandes entweder gar nicht oder nur zeitweise hereingelassen, insbesondere nicht hereingelassen und vollständig unterschlagen hat man unsere Parteipresse aus dem Auslande. Sie können sich nun ungefähr ein Bild davon machen, in welcher Lage wir durch 3 Jahre uns befunden haben, da wir in einer Situation, die rein internationaler Natur ist, immer nur auf Informationen von einer Seite angewiesen waren und nicht in der Lage waren zur Aus-

gleichung auch einmal die Lügen der anderen Seite kennen zu lernen. Es war das eine wirklich niederdrückende Sache, diese Absperrung, und insbesondere für uns Österreicher eine Demütigung, weil wir diesbezüglich ganz anders behandelt wurden als man in Deutschland behandelt worden ist. Aber ich will mich auch da nur ganz kurz äußern und von dieser Kuratel, in der wir uns befunden haben, nicht weiter sprechen. Ich will von einer andern Sache reden, die seit zwei Tagen in erfreulicher Weise gelöst wurde und mit der ich in meiner Funktion als Parteisekretär tagaus, tagein zu tun hatte, das war die Frage der Konfinierungen und Internierungen von Inländern. Man hat z. B. den Abgeordneten Avancini konfiniert und ihn in einen ganz andern Ort gebracht, als wo er zuständig ist. Vom Gesetz ist dabei natürlich gar keine Rede. Er hat gebeten, in den Ort kommen zu dürfen, wo sein Bruder ist und mein Vater hatte monatelang zu tun, bis es ihm gelang, das durchzusetzen. Wir haben jetzt gelesen, daß der Kaiser endlich selbst über die Regierung hinweg die Initiative ergriffen hat und es sich herausgestellt hat, daß man 75 Prozent dieser Konfinierten und Internierten entlassen mußte. Ich habe mich durch 2½ Jahre jeden Tag mit derartigen Konfinierungen und Internierungen befaßt, lauter Angelegenheiten von Parteigenossen und Arbeitern, die zur „Arbeiter-Zeitung" oder ins Parteisekretariat gekommen sind, meist weinende Frauen, was sie denn tun sollen, weil man plötzlich ihre Angehörigen weggeschleppt und konfiniert hat, ohne daß die Gründe bekanntgegeben worden wären.

Meine Herren! Das alles sind nur Einzelfälle, die ich hier in dem großen Zusammenhang anführe. Die wesentlichste Grundlage aller dieser Dinge und Zustände ist, daß man in Österreich durch 2½ Jahre nicht gewußt hat, wer regiert, daß sich keine Behörde dazu bekannt hat, daß sie regiert. Wenn man zu einem Minister gekommen ist und eine Beschwerde vorgebracht hat, so war die Antwort: „Das ist zwar mein Ressort, aber gehen Sie zum Stürgkh, der hat alle Sachen in der Hand, wir haben nichts dreinzureden." Kam man zum Stürgkh, so sagte er: „Das ist Militär." Es war ein System von Kompetenzen und Inkompetenzen, das undurchsichtig war: Die nach der Verfassung verantwortlich sind, haben mit Rücksicht auf die „besonderen Umstände", in denen wir uns befanden, die Verantwortung abgelehnt und es ergab sich ein undurchdringliches Dickicht, wo jeder die Verantwortung abzuschieben versucht

hat auf ein mystisches Etwas, von dem man nicht gewußt hat, wo es ist.

Damit komme ich zum zweiten Hauptproblem, zum Parlament. Meine Herren! Die Situation, daß Rußland ein Parlament hat, China ein Parlament hat, von Europa will ich gar nicht reden, und Österreich keines hat, daß wir der einzige degradierte Staat sind, der keine Volksvertretung hat, wo man das Volk nicht fragt, wo man Geld für Kriegszwecke ausgegeben hat, ohne Kriegskredite zu verlangen und sich keine Mühe gegeben hat, Rechenschaft zu geben, was mit dem Gelde geschehen ist, geschweige denn es sich bewilligen zu lassen, diese Situation war wohl für alle, die sich einen Funken demokratischen Gefühles bewahrt haben, eine auf das entsetzlichste niederdrückende in dieser ganzen Zeit. Und da komme ich nun auf die Rolle zu sprechen, die in diesem Punkte Graf Stürgkh gespielt hat.

Graf Stürgkh war ein eifervoller Gegner des Parlaments des allgemeinen Wahlrechts, nicht erst im Kriege, sondern schon vor der Entstehung dieses Parlaments. Graf Stürgkh war ein verbissener Gegner der Wahlreform im Wahlreformausschusse, ja es war die ganze Gegnerschaft gegen die Wahlreform damals schon um seine Person gruppiert. Dieser Mann wurde Ministerpräsident und er hat von da an eigentlich so in gewissem Sinne den Wahrheitsbeweis für seine alte Wahlreformfeindschaft führen wollen. Er wollte zeigen, daß das Parlament unmöglich sei, wollte es geradezu ad absurdum führen. Während die andern Minister, z. B. Koerber oder Beck sich wirklich im Schweiße ihres Angesichtes geplagt haben, das Parlament arbeitsfähig zu machen, sie wirklich alles daran gesetzt haben, vielleicht nicht immer mit den richtigen und ganz einwandfreien Mitteln — ich will das hier nicht untersuchen — so hat Stürgkh geradezu mit Schadenfreude gesehen, wenn das Parlament versagte. Das sind nicht nur meine Privatmeinungen, sie sind in den letzten Monaten dutzendmale in der „Arbeiter-Zeitung" gestanden, sie gehören geradezu zum Gemeingut der Überzeugung. Stürgkh hat das Parlament vor mehr als drei Jahren endgültig vertagt und wie ich überzeugt bin, mit Absicht zur Vertagung gebracht. Ich habe in meiner Verantwortung auf Gespräche hingewiesen, die ich mit dem Abgeordneten Seitz und mit Dr. Bauer, der sich jetzt in Kriegsgefangenschaft befindet, in den Kouloirs des Parlaments zu Weihnachten

1913 hatte, als die tschechische Obstruktion wieder einsetzte und die Sache so leicht zu richten war, aber Stürgkh nicht wollte. Die Sache wurde dann g e g e n d e n S t ü r g k h noch einmal gerichtet, es handelte sich damals um die wichtige Frage der Einkommensteuer. Stürgkh hat gesagt, „es geht nicht", das Parlament muß auseinander und es ist doch unter dem Einflusse von Mitgliedern des Herrenhauses gegangen. Damals schon sagten meine Freunde, es ist nicht möglich, daß Stürgkhs Verhalten auf normaler österreichischer Politik beruhe, sondern er wolle offenbar das Parlament ausschalten, weil etwas ganz Großes im Werke sei. Er hat die Obstruktion mit wirklicher Freude begrüßt, so daß wir damals der Meinung waren, er plane einen großen Staatsstreich, vielleicht die Oktroyierung einer Verfassung für Böhmen. Wir haben uns später im Laufe des Krieges gesagt, daß er das offenbar schon damals als Kriegsvorbereitung gedacht habe. Er wollte das Parlament los sein, damit es nicht dem Krieg im Wege stehe. Ich will aber von dieser Zeit des Friedens nicht reden, sondern von der niederdrückenden Lage, in der wir waren, als der Krieg erklärt wurde. Es war wirklich eine der entscheidensten Entscheidungen, die die Völker Österreichs jemals erlebt haben, aber diese Völker wurden nicht gefragt, das Parlament wurde nicht einberufen. Das Parlament war beiseitegeschafft, d e r w i r k l i c h e A b s o l u t i s m u s war da. Ich habe schon gesagt, daß dieser reine Absolutismus, dem wir da ausgeliefert wurden, ein ganz anderer gewesen ist, als der in der Friedensperiode, daß es wirklich der offene Staatsstreich war, weil man offen über die Staatsgrundgesetze hinweggeschritten ist.

Wie hat sich nun die Regierung während dieses Krieges benommen? Ich will hier keineswegs — das würde zu umfassend sein — von den Akten der Unfähigkeit sprechen, die die Unzufriedenheit in der Bevölkerung bezüglich der Ernährungsfragen erweckte, sondern ich kann nur von den großen politischen Gesichtspunkten reden. In erster Linie wußten wir, daß Stürgkh mit den Deutsch-Radikalen, mit Wolf und Konsorten über die Oktroyierung von neuen Verfassungsgesetzen, also über den ganz konkreten Staatsstreich verhandelte und daß die Herren vom Nationalverband, die einmal so über den Staatsstreich gesprochen hatten, wie ich es heute vormittag ausgeführt habe, bereit waren, diesen Staatsstreich zu machen und heute bedauern — die Herren wissen das ja, denn Sie haben die Zei-

tungen besser verfolgen können, als ich — daß dieser Staatsstreich nicht stattgefunden hat. Es kam noch weiteres hinzu. Ich habe auch in meiner Eigenschaft als Parteisekretär durch Abgeordnete, die Bericht erstatteten, erfahren, daß die ganze wirtschaftliche Zukunft Österreichs allein auf die zwei Augen Stürgkhs gestellt war, daß er es übernommen hat, ohne mit seinen Ressortkollegen darüber überhaupt zu reden — die sich, wie man beweisen könnte, darüber sehr bitter beklagt haben — den ganzen Ausgleich mit Ungarn und zwar nicht nur für zehn Jahre, sondern den Ausgleich, der auf zwei Jahrzehnte erstreckt werden sollte und damit die ganzen Handelsverträge mit Tisza allein abzumachen und mit dem § 14 in Kraft zu setzen. Jener Hunger, der in Österreich infolge der Kriegsnot geherrscht hat und den wir niederdrückend empfinden, sollte durch Jahrzehnte weiter fortdauern, ein Ausgleich gemacht werden, der die Zölle für Lebensmittel erhöht, also die Lebensmittelpreise auch in normalen Zeiten höher schraubt, als es jemals früher gewesen war, also eine Periode der Aushungerung Österreichs bewirkt werden. Und noch mehr! Stürgkhs Ausgleich wollte nicht nur ein Entgegenkommen gegen die Agrarier beweisen, sondern auch — ich sage nicht gegen die Ungarn — aber gegen Tisza. Tisza brauchte auch einen Erfolg gegen seine Anti-Agrarier im Parlament und hat sich deshalb von Stürgkh noch extra eine Erhöhung der Quote um 2 Prozent zu Ungunsten Österreichs bewilligen lassen. Während die Quote jetzt schon entsprechend der Bevölkerungszahl eine stärkere Belastung Österreichs als Ungarn aufweist, hat Stürgkh nachgegeben und auch das ruhig konzediert. Dieses Verhältnis zwischen Tisza und Stürgkh war eines der entscheidendsten Momente für die Politik in Österreich, denn Stürgkh hat sich dadurch in Österreich gehalten und diese ganze Herrschaft ausgeübt, indem er sich zum Knechte des Tisza erniedrigt hat.

Das war die Situation, in der wir waren. Kein Parlament war da, niemand hatte etwas zu sagen. Über diese Ausgleichsgeschichte sind in der „Arbeiter-Zeitung" wiederholt Artikel gestanden, die Ihnen zu jener Zeit als weiße Flecke zu Gesicht kamen. Davon durfte nichts geredet werden. Es war tatsächlich das ganze Schicksal des Staates auf einen Mann gestellt. Er hat gesagt, er macht es und niemand andrer hat etwas dreinzureden.

Meine Herren! Ich komme nun zur letzten Periode vor dem Attentate. Das Drängen nach dem Parlament wurde im Sommer immer stärker und dazu hat gerade diese Ausgleichsgeschichte mächtig beigetragen. Und es waren keineswegs nur Sozialdemokraten, sondern es waren die Feudalen aus dem Herrenhause, es waren die Konferenzen beim Grafen Silva Tarouca, von denen Sie damals gelesen haben, wo sich das Herrenhaus — man muß sich nur einen solchen Zustand ausmalen, wo es notwendig wird, daß sich das österreichische Herrenhaus um die Verfassungsmäßigkeit kümmern muß! — bemühte, damit es möglich werde, wieder ein Parlament zustande zu bringen, wo die Situation so auf den Kopf gestellt war, wie man sich sie gar nicht denken kann. Dieses Drängen nach dem Parlament wurde in jener Zeit immer stärker und man versuchte, es durchzusetzen. Aber von Stürgkh wurde alles ins Werk gesetzt, um das zu vereiteln. Er hat planmäßig, mit kalter Berechnung, gewaltsam alles getan, um das zu vereiteln. Meine Herren! Ich will nur das sagen, was ich selbst erlebt habe, was wirklich unmittelbar direkt auf mich gewirkt hat. Der Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten hatte in der ersten Hälfte September 1916 eine Sitzung, bei der ich als Parteisekretär anwesend war. In dieser Sitzung ist über alle diese Versuche bezüglich des Parlaments berichtet und eine Resolution gefaßt worden, in der gesagt wurde, daß es unumgänglich notwendig ist, daß das Parlament sofort zusammentrete. Es war eine Kundgebung der sozialdemokratischen Abgeordneten. Graf Stürgkh hat den Auftrag gegeben, daß die Bevölkerung davon nichts erfahren dürfe, nicht nur nicht, was in der Kundgebung steht, sondern daß überhaupt eine Kundgebung erlassen worden ist. Auch das war ein weißer Fleck nach seiner Vorschrift. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben der Bevölkerung überhaupt nicht Kenntnis davon geben dürfen, daß sie vom Parlament geredet haben. In jener Sitzung des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten wurde uns vom Abg. Pernerstorfer mitgeteilt, in welcher Weise der Graf Stürgkh sich persönlich dafür einsetzte, das Parlament zu verhindern und insbesondere zu verhindern, daß der Kaiser von der ganzen Frage überhaupt erfahre. Meine Herren! Das ist eine sehr entscheidende Sache. Graf Stürgkh hat den Kaiser förmlich zerniert. Es hat Dr. Sylvester, der Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses, eine Audienz verlangt und der Graf Stürgkh hat verhindert, daß

er mit dem Kaiser überhaupt sprechen könne. Es haben Feudale des Herrenhauses mit dem Kaiser über den Zustand des Stürgkhschen Regimes sprechen wollen, der Graf Stürgkh hat das verhindert. Meine Herren! Stellen Sie sich vor, welche Machtkompetenz in einer solchen Situation, wo das Alter des Kaisers ihm selbstverständlich nicht mehr jene natürliche Rüstigkeit ermöglichen konnte, die er in jüngeren Tagen gehabt hätte, Graf Stürgkh hatte, der der Verantwortliche war und den Kaiser derart von der Bevölkerung abgeschnitten hat. Es war also so, daß der Graf Stürgkh der anerkannte, von allen Politikern anerkannte, der persönliche Hort des Widerstandes gegen die Wiederaufrichtung der Verfassung gewesen ist. Das war in jener Periode, wo man glaubte, es werde doch ein Parlament möglich sein, wo der Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten demonstrierte, wo die Feudalen die Konferenzen beim Grafen Silva Tarouca einberiefen, wo Präsident Dr. Sylvester eine Obmänner-Konferenz einberufen hatte, es war das in der Zeit um Mitte Oktober und wir nähern uns damit jenem ganz konkreten Tatsachenkomplex, der unmittelbar vor dem Attentat gewesen ist.

Meine Herren! In jenem Moment lagen folgende Fakten vor, die anzeigten, daß es auf absehbare Zeit ausgeschlossen ist, daß in Österreich unter Stürgkh verfassungsmäßige Zustände wiederkehren werden. Ich will Ihnen ganz klar darlegen, wie die Sache war. Im September hat man, wie man sagt, „locker" gelassen, man durfte vom Parlament reden und von Verfassungsmäßigkeit usw. Die „Arbeiter-Zeitung" hat das selbstverständlich sehr ausgenützt, aber auch die „Neue Freie Presse" hat unter dem Einfluß offenbar dieser Aktion beim Grafen Silva Tarouca Artikel für das Parlament gebracht. Das mußte doch Eindruck machen, daß sogar das Herrenhaus sich darum kümmert. Man hat geglaubt, vielleicht überwindet man den Widerstand des Stürgkh. Und da kam jene Mitte Oktober, wo auf einmal eine scharfe Zensurpraxis neu einsetzte, wo in der „Arbeiter-Zeitung" nichts mehr durchgelassen wurde, wo sich auf einmal die Schwierigkeiten wieder sehr gehäuft haben. Und zwei Tage vor dem 21. Oktober, vor dem Tage des Attentats, wurde in der Pressekonferenz, die im Kriegsüberwachungsamt eingeführt ist — eine Institution, wo die Redakteure aller Zeitungen zusammenberufen werden, um mit den Herren vom Kriegsüberwachungsamte sich zu besprechen, wo ihnen mitge-

teilt wird, was gewünscht wird und welches die Intentionen der Regierung sind, eine ständige Einführung, die erst in Deutschland war und dann auch bei uns übernommen wurde — eine Information gegeben — und das wurde mir am Tage vor dem Attentate mitgeteilt, unser Vertreter in der Preßkonferenz war zufällig nicht dort, es hat ein anderer Journalist das dem Chefredakteur Austerlitz mitgeteilt — daß Auftrag gegeben worden ist, daß fortan von der Wiederherstellung der Verfassung nicht mehr zu sprechen, daß damit Schluß zu machen sei. Das war das Eine.

Das Zweite war, daß im Laufe dieser Aktionen für das Parlament der Präsident Dr. Sylvester für den 23. Oktober eine sogenannte Obmännerkonferenz ins Abgeordnetenhaus einberufen hat, wo die Vertreter aller Parteien zusammenkommen sollten und wo geplant war, eine Aktion von allen Parteien des Parlamentes zu machen. Und da ließ der Graf Stürgkh erklären — und das ist eine sehr entscheidende Sache für mich, ich habe, glaube ich, schon darauf hingewiesen — durch eine offiziöse Zeitungskorrespondenz, die den Zeitungen übermittelt wird, erklären, daß für ihn diese Obmännerkorrespondenz nicht existiere, — er hat bei anderen Gelegenheiten auch erklärt, es gibt auch kein Präsidium des Abgeordnetenhauses — das ist für ihn keine Instanz, er gehe nicht darauf ein, dort zu verhandeln, er komme überhaupt nicht hin.

Und das dritte und endlich ausschlaggebende Moment, was da an diesem Tage zusammengekommen ist, war, daß — auch wiederum im Zuge dieser Demonstrationen, die man für die Wiederherstellung der Verfassung unternahm, Professoren der juridischen Fakultät unter der Initiative des Universitätsdozenten Hartmann — in den großen Konzerthaussaal eine Versammlung einberufen haben, wo gesprochen werden sollte über die Tagesordnung: „Das Parlament". Und die Einberufer bürgen schon dafür — Referent war Universitätsprofessor Bernatzik, der einen rein verfassungsrechtlichen Vortrag halten sollte, und dann sollten Präsident Dr. Sylvester, Vizepräsident Jukel und Vizepräsident Pernerstorfer Erklärungen abgeben — daß es wirklich keine bedrohliche Unternehmung war. Diese Versammlung war eine so harmlose Veranstaltung, daß ich sogar befürchtet habe, sie sei zu harmlos unter den obwaltenden Umständen und sogar anfänglich Bedenken gegen die Beteiligung der Sozialdemokraten hatte. So harmlos schien sie mir. Dieser

Versammlung wurden erst große Schwierigkeiten gemacht. Dann erklärte die Polizei, als Volksversammlung kann man es nicht machen, sondern man soll es auf Grund des § 2 des Versammlungsgesetzes machen, d. h. also auf geladene Gäste beschränkt. Am 20. Oktober mittags hat mir dann Dr. Hartmann telephoniert, daß die Versammlung in beiden Formen verboten sei. Er wollte das dem Abgeordneten Seitz mitteilen, mit dem ich das Bureau geteilt habe. Ich habe das übernommen und habe ihn gefragt: Wird in der Angelegenheit weiter etwas gemacht? Darauf sagte er, ja, er will mit den Einberufern zum Stürgkh gehen und mit ihm selbst sprechen. Ich habe ihm gesagt: Da wird sich wohl in der Angelegenheit nicht viel machen lassen. Er wollte es doch versuchen. Geendet hat es damit, daß Stürgkh gesagt hat, er sei mit wichtigen Dingen beschäfigt, er habe keine Zeit, ein paar Universitätsprofessoren zu empfangen, und so ist es zu dieser Audienz nicht gekommen. Stürgkh hat sich darauf gar nicht eingelassen.

Das war nicht nur wegen dieser konkreten Versammlung für mich von außerordentlicher Bedeutung, sondern als Präjudiz für die Zukunft, weil ich mir sagen mußte: Nun ist es überhaupt ausgeschlossen, daß die Bevölkerung in Österreich noch zu Worte kommen kann. Und es hat konkret für mich in meiner Funktion als Parteisekretär eine Rolle gespielt, weil der Parteivorstand beschlossen hatte, daß am 5. November in Wien ein Arbeitertag stattfinden sollte, eine größere Versammlung von 1000 Leuten, wozu man auch die Ministerien einladen wollte, um die Beschwerden, die man hatte, vorzubringen, in der Lebensmittelfrage und über die Behandlung der Arbeiter in der Kriegsindustrie, kurz rein sachliche Fragen — um politische hat es sich nicht gehandelt. Die allgemeine Überzeugung an jenem Samstag vormittag, wo dieses Versammlungsverbot in der Zeitung stand, ist nun bei meinen eigenen Parteigenossen die gewesen: Nun ist auch der Arbeitertag erledigt. Ich erinnere mich an ein Gespräch mit dem Abgeordneten Skaret, neben dem ich als Parteisekretär wirkte — das war das letzte, was ich mit ihm gesprochen habe: Es kamen die Korrekturabzüge der Einladungen zum Arbeitertag und da sagte er mir: „Jetzt ist es doch überflüssig, nachdem die Versammlung verboten ist. Da ist nichts mehr zu machen." Ich sagte ihm: „Lassen Sie das auf alle Fälle drucken, wir werden ja sehen." Und es ist zum Arbeitertag gekommen.

Meine Herren, so war die Situation am 21. Oktober 1916. Dann sind vier Revolverschüsse gefallen. Zwei Tage später hat sich die Konferenz beim Präsidenten Sylvester sehr energisch für die Wiedereinberufung des Parlaments ausgesprochen. Acht Tage später war das Ministerium Koerber in Sicht und ganz Österreich hat erklärt, es war ein Zustand, der unerträglich und unmöglich gewesen ist, es mußte anders kommen und jeder Mensch hat gefunden, es sei ganz natürlich, daß ein vollständiger Umschwung in den ganzen Verhältnissen eingetreten ist.

Es war dieser 21. Oktober in gewissem Sinne ein toter Punkt in dem ganzen Verfassungsleben in Österreich. Wenn das nicht geschehen wäre — nehmen wir den Fall an — hätten wir das Ministerium Stürgkh-Hochenburger heute noch immer. Ich hatte das Gefühl, daß wir über diesen toten Punkt hinwegkommen müssen, daß es nicht möglich ist, zu ersticken, daß man sichs nicht länger gefallen lassen könne, daß eine Situation da ist, über die man hinwegkommen müsse, und wenn niemand aufschreit, eben i c h aufschreien müsse.

Ich möchte noch einen kleinen Punkt, den ich vergessen habe, nachholen, obwohl das jetzt etwas spät kommt. Ich muß doch auch von dem Verhältnis reden, in dem unsere Partei zu dem Ministerium Stürgkh-Hochenburger stand. Es war doch auch für die Partei eine ganz eigenartige Situation. Sie müssen wissen, daß die Beziehungen der Partei zum Justizminister Hochenburger seit Jahren abgebrochen waren, daß kein sozialdemokratischer Abgeordneter mit dem Justizminister Hochenburger verkehrt hat, daß es für einen sozialdemokratischen Abgeordneten daher überhaupt nicht möglich war, über alle Fragen der Zensur und über alle Fragen der Justiz mit den verfassungsmäßig Verantwortlichen zu reden. Ich will Ihnen das hier nicht im einzelnen ausführen. Es wäre mir nur sehr viel daran gelegen gewesen, daß der Abgeordnete Seitz — von dem ich alle diese Sachen bis ins Detail genau wußte —, hier wäre, und als Zeuge darüber befragt worden wäre, wie dieser Abbruch der Beziehungen mit dem Justizminister Hochenburger stattfand.

Ich will Ihnen nur noch sagen, daß die Partei in die Lage gekommen ist, seit April 1916 auch die Beziehungen mit dem Grafen Stürgkh abzubrechen und mit ihm nicht mehr zu verkehren. Man hat zwar mit dem Minister des Innern, dem Prinzen Hohenlohe, und mit den anderen Ministern verkehrt, aber

zum Stürgkh konnte man nicht mehr gehen. Die Partei, die es wirklich an patriotischer Aufopferung nicht im geringsten hat fehlen lassen, die alles aufgeopfert hat, — nicht einmal die Vorstandsmitglieder dieser Partei konnten mehr mit dem Grafen Stürgkh sprechen, und zwar kam das so.

Wir hatten eine Parteikonferenz, jene, an der mein Antrag, von dem ich heute schon gesprochen habe, abgelehnt worden ist und die sehr zahme Anträge angenommen hat. Es wurde beschlossen, diese Anträge dem Minister zu unterbreiten. Um gegenüber dem Grafen Stürgkh besonders zuvorkommend zu sein, ist der Abgeordnete Seitz vorher hingegangen und hat gesagt: „Bitte, Exzellenz, damit Sie von der Sache nicht überrascht werden, bringe ich Ihnen hier schon die Korrekturabzüge des Memorandums, das wir übermorgen überreichen werden, so daß Sie informiert sind und sich über diese Fragen und Beschwerden, die wir haben, äußern können." Darauf hat der Graf Stürgkh einen Brief an den Abgeordneten Seitz geschrieben, er habe keinerlei Grund, sich in Diskussionen über dieses Memorandum einzulassen und er halte die briefliche Übersendung für angemessen.

Diesen Fußtritt haben die Abgeordneten des Parteivorstandes erhalten und das wenigste, was sie machen mußten, war doch, daß sie nicht mehr zu diesem Grafen Stürgkh hingingen.

Meine Herren! Ich habe ja schon gesagt, daß das ja im wesentlichen nicht bloß ein Attentat gegen Stürgkh war, sondern ein Attentat gegen die österreichische Moral, daß die Sache viel tiefer geht, daß ich zeigen wollte, daß man sich das nicht gefallen lassen dürfte, wie man es sich tatsächlich immer gefallen lassen hat. Ich möchte aber sagen, daß Graf Stürgkh ein Gegner war, den ich in gewissem Sinne geachtet habe, weil er nämlich nicht von dieser österreichischen Immoral angekränkelt war. Er war aus anderem Holze als die, die sich ihn gefallen ließen. Er war kein Mann der Politik des Fortwurstelns, das einst Taaffe zum Regierungsprogramm erhoben und das durch den Baron Beck zur Meisterschaft ausgebildet wurde, sondern er war ein Mann, der mit klarer Absicht und bewußt Österreich in einen absolutistischen Staat verwandeln wollte und der mit klarer Überlegung und fester Hand auf dieses Ziel zusteuerte. Ich sage, meine Herren, ich stehe nicht auf dem politischen Standpunkte des Grafen Stürgkh, aber er war ein Gegner, den man achten konnte und mit dem man uner-

bittlich kämpfen mußte, er war ein Mann, der sich auf den Boden der Gewalt gestellt hat und kein österreichischer Lehmpatzen, wie sie sonst üblich sind. Er war ein Mann, den man wegbringen mußte, den ich — persönlich habe ich mit ihm nie gesprochen — in keiner Weise kränken wollte und dessen Charakter ich in gewisser Hinsicht die Achtung nicht versagen kann. Die Achtung versage ich bloß den Österreichern, die sich den Stürgkh gefallen ließen, ohne sich zur Wehr zu setzen und die durch ihr Verhalten gezeigt haben, daß jedes Land den Stürgkh hat, den es verdient.

Nun, meine Herren, bin ich ja bald am Schluß. Ich habe dargelegt, welcher tote Punkt in bezug auf die Verfassungsmäßigkeit Österreichs vorhanden war. Es war aber auch ein toter Punkt in bezug auf die ganze Kriegslage. Mein letzter Artikel beginnt . . . .

Präsident (unterbrechend):

Ich bitte, die Kriegslage, wie sie sich gestaltet hat, kann doch für Ihre Tat nicht a priori in Betracht gekommen sein. Sie sind jetzt bei Ihrer Tat angelangt und ich glaube, Sie haben alle Motive ausführlich erörtert. Ich möchte Sie aber aufmerksam machen, daß insbesondere mit Rücksicht auf Ihre Verantwortung vor dem Untersuchungsrichter noch einige Momente zu ergänzen wären, auf die ich besonderes Gewicht legen würde.

Dr. Adler:

Dürfte ich nun im Zusammenhang meine Darstellung zu Ende bringen?

Präsident:

Aber nicht für die Zukunft, sondern wir sprechen nur bis zum 21. Oktober.

Dr. Adler:

Selbstverständlich. Ich wollte jetzt den toten Punkt darstellen, auf dem ich mich persönlich befunden habe. Denn so sehr auch die Person des Grafen Stürgkh für die Verfassungsmäßigkeit in Österreich wesentlich war, so war andererseits auch die ganze Situation, in der ich am 21. Oktober war, etwas was sehr wesentlich in Betracht kommt. Mein letzter Artikel im Oktober beginnt mit dem Satze: „Keinerlei Aussicht auf Frieden!" Ich war also in der Stimmung, daß es aussichtslos sei, weiter zu kommen. Es war eine Verzweiflungssituation, in der wir uns damals befunden haben und von der man sich heute vielleicht kein zureichendes Bild mehr

machen kann, eine Situation, die auf uns alle furchtbar gewirkt hat und auf mich noch viel mehr als auf die andern, da der Parteivorstand mir immer erklärte: Das ist ein Unsinn, es gibt keinen Winterfeldzug mehr. Immer wieder meldete sich mein Pessimismus, der sich leider immer als richtig herausgestellt hat, und ich hatte damals die Überzeugung: Da ist nicht vorwärts zu kommen.

Aber ich befand mich auch in bezug auf die innere Partei in einer äußerst starken Depressionsperiode und zwar hervorgerufen durch Parteikonferenzen, die vor diesem 21. Oktober waren und auch noch nach dem 21. Oktober stattfinden sollten. Ich will im einzelnen nicht darauf eingehen, sondern nur sagen, daß diese Parteikonferenzen, die sich mit den Hammerbrotwerken und mit anderen unangenehmen Dingen befaßten . . .

Präsident (unterbrechend):

Ich bitte, erwähnen Sie das nur, das wäre eines von diesen Dingen, die ich für wichtig halte!

Dr. Adler (fortfahrend):

. . . auf mich sehr deprimierend den ganzen Sommer hindurch gewirkt haben und es finden sich ja auch im Verhörsprotokoll darüber Erklärungen von mir, wo ich gesagt habe, daß die Beschlüsse bezüglich der Hammerbrotwerke mich sehr deprimierten, weil sie der Partei schadeten. So daß ich z. B. am 8. Juli meinem Vater erklärt habe, daß ich mich an die österreichische Partei nicht mehr gebunden fühle und nicht, wie es der Herr Staatsanwalt verdreht, daß ich gesagt hätte, ich gehöre nicht mehr zur Partei; ich habe immer zur Partei gehört. Diese Beschlüsse und Konferenzen haben wie gesagt äußerst deprimierend auf mich gewirkt, weil ich die Überzeugung hatte, daß die Partei, um ihre Aktionsfähigkeit zu erhalten, um wiederum als politische Partei wirken zu können, sich von jenen Sorgen befreien müsse, die große Geschäftsbetriebe mit sich bringen, kurz, daß die Partei wieder eine wirklich politische Partei werden müsse. Es ist darüber viel gesprochen worden, ich will diese ganze Geschichte jetzt nicht aufrollen, es wäre darüber ein ganzes Buch zu schreiben. Es war das Schlimmste, was der Partei geschehen ist, daß man diese Geschäfte geführt hat. So kam es, daß die Führer der Partei nicht Revolutionäre sind, sondern politische Parvenus und Geschäftsleute größeren und kleineren Stils. Zu diesen

Konferenzen, von denen ich jetzt gesprochen habe, kam nun noch die Reichskonferenz am 2. November, die vor mir stand. Ich hatte das Gefühl, ich werde dort wieder hingehen und werde wieder eine Resolution beantragen für einen Frieden ohne Kriegsentschädigungen und ohne Annexionen und wieder werden es vielleicht drei Dutzend Leute sein, die mir zustimmen und wieder wird eine Dreiviertel-Mehrheit absolut verständnislos der Sache gegenüberstehen und ich werde wieder nicht aufkommen können gegen den Unverstand der Masse. Und da sagte ich mir, man muß die Leute durch andere Methoden dazu bringen, daß sie zu denken anfangen. Zweimal im Kriege habe ich derartige Konferenzen mitgemacht, wo ich immer wieder dieselben erfolglosen Versuche unternommen habe, die Leute zur Moral der Internationale zurückzubringen und es ist mir nicht gelungen. Also vielleicht ein anderes Mittel. Vielleicht werden sie dann endlich erschüttert sein. Und sie sind es auch gewesen. Die Resolution, die am 3. November angenommen wurde, war beinahe wörtlich jene Resolution, die man mir im März 1916 abgelehnt hatte.

Man kann selbstverständlich nicht beweisen, was eine Handlung wirkt, da man den Vergleichsfall nicht hat. Aber ich kann im Ganzen sagen, daß ich diese Handlung seither nie bedauert habe und immer überzeugt war, daß sie eine nützliche Handlung gewesen ist, daß ich das geleistet habe, was ein einzelner Mensch eben leisten kann. Das ist sehr wenig, die Individualaktion ist eine sehr geringe Leistung, aber was einer mit seinem Leben tun kann, glaube ich geleistet zu haben und ich bin zufrieden, mein Leben in dieser Weise konsumiert zu haben.

Nun gestatten, Herr Hofrat, noch ein paar Worte über jene moralischen Bedenken zu sagen, die auch für mich eine Rolle gespielt haben.

Die Befragung Friedrich Adlers.

Präsident:

Wir kommen darauf zu sprechen. Es wäre aber von Wert die Darstellung Ihrer Jugend und Ihres Werdeganges, die gewiß auch später im Zusammenhange damit gewesen sind, die ersten Störungen, die sich zwischen Ihrem Standpunkt und dem Standpunkte der Parteileitung eingestellt haben. Wollen Sie

vielleicht dem Gerichtshofe Ihre Jugend, die Art Ihrer Erziehung schildern, den Eintritt in das Parteileben, doch etwas kürzer, als Sie es in der Voruntersuchung getan haben.

Dr. Adler:

Wäre es möglich, daß das vorgelesen wird?

Präsident:

Sie haben beim Untersuchungsrichter angegeben, daß Sie schon frühzeitig in politische Ideen eingeführt wurden, daß Sie schon als Kind von Ihrem Vater zugezogen wurden, wenn politische Gespräche geführt wurden. Wollen Sie darüber kurz sprechen!

Dr. Adler:

Ich habe bei der Voruntersuchung eine sehr ausführliche Darstellung gegeben und den Psychiatern viele Fragen beantworten müssen. Ich kann nur sagen, daß für mich die Partei seit meinem sechsten Lebensjahre eine große Rolle gespielt hat. 1885 ist mein Vater in der Partei politisch aktiv hervorgetreten. Von diesem Augenblick an war für mich der politische Gedanke eigentlich das Beherrschende meines Lebens und ich habe nie andere Gedanken gehabt, als mich in den Dienst der Arbeiterbewegung zu stellen. Ich habe das als selbstverständliche Pflicht angesehen. Mein Vater hat mich mit sechs Jahren zu der ersten Demonstration mitgenommen, es war die Demonstration für die Märzgefallenen des Jahres 48 auf dem Schmelzer Friedhofe, an der sich damals nur 200 Leute beteiligt haben. Damals hat mir mein Vater zum erstenmal die Bedeutung des Parlamentes erklärt und das hat für mich immer eine bedeutsame Rolle gespielt. Auf all dies kann ich im Detail nicht eingehen. Ich bin in einem vollständig politischen Milieu aufgewachsen, ich habe auch sehr bald politische Zeitungen gelesen, mich immer mit politischen Fragen beschäftigt, meine ganze Schulzeit hindurch und alles, was die Partei betrifft, hat mir immer als das Wesentlichste gegolten. Ich war auch bei Parteitagen. Ich erinnere mich sogar an den Hainfelder Parteitag von 1889 — damals war ich zehn Jahre alt. Am ersten Parteitag in Wien im Jahre 1891 durfte ich schon einige Stunden anwesend sein. Sehr starken Eindruck haben auf mich die Verurteilungen gemacht, die meinen Vater betrafen. Der letzte politische Prozeß, der vor einem Ausnahmegerichte in Wien stattgefunden hat, ist gegen meinen Vater geführt worden, als er gerade so alt war, wie ich heute bin, nämlich im Jahre

1889 unter Holzinger. Seit damals sind meine Überzeugungen über das, was Ausnahmegerichte sind, dieselben geblieben. Ich habe dieses Haus hier damals sehr genau kennen gelernt und gehe nun in demselben Hofe spazieren, wo mein Vater spazierengegangen ist.

Präsident:

Ein Gegensatz zwischen Ihnen und Ihrem Vater ist gelegentlich eines internationalen Kongresses das erstemal zu einem offenen Ausdruck gekommen?

Dr. Adler:

Das dürfte ein Mißverständnis sein. Es hat sich da um keinen wirklichen politischen Gegensatz zu meinem Vater bei dem internationalen Kongreß gehandelt. Es war der Basler Kongreß vom Jahre 13, der gegen den Krieg demonstriert hat und da war ich mit meinem Vater in der Vorkommission drinnen, die noch aus Bebel, Jaurès, Keir Hardie und Huysmans bestand, die dieses Manifest beraten hat. Damals wünschte ich, daß schon gesagt wird, wie sich die Partei im Falle eines Krieges verhalten wird. Ich wollte, daß man offen erklärt: Wie wird die Partei im Falle eines Krieges handeln? Ich meinte nicht, daß der Antrag Keir Hardie-Vaillant angenommen werden sollte: Insurrektion oder Streik der Rüstungsindustrie, sondern wollte offen deklarieren, daß man feststellte, wie sich die Partei verhalten wird. Es handelte sich also damals um keinen politischen Gegensatz.

Präsident:

Er ist erst entstanden bei der Haltung der Partei nach Ausbruch des Krieges?

Dr. Adler:

Ja!

Präsident:

Nachdem Sie selber gesagt haben, Sie wollen auf jene Hemmungen zu sprechen kommen, die Sie bei der Tat zu überwinden hatten, so bitte ich Sie, Herr Doktor, das kurz auseinanderzusetzen. Sie haben schon angegeben, daß Sie bereits im Jahre 1915 die Idee eines Attentates ventiliert haben.

Dr. Adler:

Ja!

Präsident:

Die letzten Momente, die dann das Attentat ausgelöst haben, haben Sie uns dargestellt; eines fehlt, nämlich die Dar-

stellung der Tat selber. Wollen Sie uns nun eine Darstellung der Tat geben.

Dr. Adler:

Die Darstellung der Tat ist im Anschluß an mein Verhörsprotokoll in die Anklageschrift übernommen worden. Sie ist vollständig korrekt und ich habe gegen sie nichts einzuwenden.

Präsident:

Im Zusammenhange damit, daß Sie von den Hemmungen sprechen wollen, würde allerdings eine gewisse Darstellung der Tat nicht umgangen werden können. Sie haben in der Untersuchung schon gesagt, daß Sie entschlossen waren, die Tat auszuführen, daß Sie in der Erkenntnis, den Grafen Stürgkh im Hotel Meißl & Schadn zu treffen, sich auf den Neuen Markt begeben haben und daß Ihnen noch beim Aussteigen aus dem Wagen der Elektrischen die Idee gekommen sei: Wenn er nicht da wäre — so gewissermaßen eine Wunschidee.

Dr. Adler:

Ich habe das ein halbes Dutzendmal zu erzählen Gelegenheit gehabt.

Präsident:

Wollen Sie es auch vor dem Gerichtshofe erzählen!

Dr. Adler:

Es ist jetzt sehr lange her. Ich habe das damals im Oktober und November, wenn ich gefragt worden bin, immer unter dem frischen Eindruck schildern können. Ich meine, jetzt die ganze psychologische Situation zu rekonstruieren, ist sehr schwer.

Präsident:

Sind Sie nicht in der Lage, eine solche Darstellung zu geben? Sie haben in der Untersuchung gesagt, daß Ihnen der Gedanke gekommen ist, wenn Sie ihn nicht treffen, wäre vielleicht das Moment der Absicht eines Attentates überwunden. So in diesem Sinne haben Sie das gesagt.

Dr. Adler:

Ich glaube nicht, mich so ausgedrückt zu haben.

Präsident:

Im Wortlaut nicht, aber der Sinn dürfte es sein.

Dr. Adler:

Ich glaube, in der Untersuchung gesagt zu haben: Es muß jetzt sein! Ich meine, es ist wichtig, politisch wichtig für mich.

daß es vor dem 23. Oktober, vor der Konferenz beim Präsidenten Dr. Sylvester ist. Das war ein Motiv, ein Datum, das ich hatte, und ich hatte aus irgendeinem Grunde, den ich mir nicht klar machen konnte — man hat mich wiederholt gefragt — die Idee: Am Sonntag treffe ich ihn nicht dort — ich weiß nicht, warum mir diese Idee kam — also kam nur dieser Samstag noch in Betracht. Der Termin war eingeengt dadurch, daß ich es unter dem Eindrucke des Versammlungsverbotes tun wollte, weil ich glaubte, daß doch gewisse Leute — die Versammlungssache hatte weite Kreise gezogen — vielleicht ein bißchen mehr disponiert sind, um es zu verstehen. Ich wollte es vor diesem 23. Oktober machen. Dadurch war dieser Tag politisch gegeben.

Präsident:

Im Hotel selbst waren Sie ungefähr eine Stunde vor dem Attentat.

Dr. Adler:

Länger, ich kam um ½2 Uhr hin. Fünf Viertel Stunden war ich dort.

Präsident:

Sie haben in der Untersuchung gesagt, daß Sie eine Stunde hindurch gesucht haben, zu verhindern, daß an Ihnen eine Erregung wahrgenommen würde und daß Sie den günstigsten Augenblick zu treffen suchten, um dann Ihre Absicht wirklich auszuführen. Also der Vorsatz, den Sie gefaßt haben, war schon definitiv gefaßt bei der Nachricht von dem Verbote dieser angekündigten Versammlung.

Dr. Adler:

Durch ein ganz merkwürdiges zufälliges Zusammentreffen kam zusammen, daß ich das Versammlungsverbot gleichzeitig erfuhr mit der Möglichkeit der Durchführung der Tat. Ich habe das in der Voruntersuchung nicht sagen wollen. Ich habe mich ja, glaube ich, wirklich der vollkommensten Offenheit und Wahrheit sowohl in der Voruntersuchung als den Psychiatern gegenüber befleißigt. Der Herr Staatsanwalt hat ja anerkannt, es ist ein rückhaltloses Geständnis. Aber ich habe natürlich in diesen ersten Wochen, wo ich gar nicht wußte, welche Kreise es ziehen werde, es vermieden, anderen Leuten Unannehmlichkeiten zu machen, ich habe es vermieden, irgendwie meine Freunde zu nennen. Ich habe dem Untersuchungsrichter auch keine Namen genannt, war auch gezwungen, über einige kleine

Details hinwegzugehen, die anderen Leuten unangenehm sein können. Heute kann ich das ruhig sagen, was ich damals nicht ganz klar gesagt habe. Man hat mich immer gefragt: Woher wußten Sie, daß er dort im „Meißl & Schadn" ißt? Darauf habe ich gesagt: Das ist stadtbekannt, es wußte jeder Mensch immer. Ich weiß nicht, ob es stadtbekannt war, ich habe es jedenfalls Freitag mittag durch einen Zufall erfahren, eine halbe Stunde, nachdem ich von dem Versammlungsverbote erfahren habe und dadurch koinzidierten der Anlaß des Attentates und der Wegfall einer der stärksten Hemmungen des Attentats. Ich hatte immer Schwierigkeiten bei meinen Attentatsgedanken, die, wie Herr Hofrat gesagt haben, bis in den März 1915 zurückgingen. Ich sagte mir, ich will doch keine romantische Sache machen, das entspricht meinem Temperament nicht, ich will das nicht irgendwie inszenieren, wie das sonst wiederholt geschehen ist. Und nun plötzlich hatte ich eine ganz leichte Möglichkeit der Ausführung, indem ich erfuhr, daß er im „Meißl & Schadn" ißt.

Präsident:

Und da ist Ihr Entschluß ein definitiver geworden und ist es geblieben bis zur Ausführung der Tat.

Dr. Adler:

Er ist es von Freitag mittag geblieben bis zur Ausführung der Tat.

Präsident:

Die Idee eines Attentates, die ungefähr ein Jahr oder eineinhalb Jahre früher in Ihnen entstanden war, ist eigentlich ausgelöst durch den politischen Gegensatz, der sich zwischen Ihnen und der Partei ergeben hat, die Idee eines Attentats überhaupt.

Dr. Adler:

Der erste Gedanke, man müßte eigentlich sagen, der erste Reflex, — man führt kein Tagebuch und muß es erst wieder rekonstruieren — der erste Gedanke überhaupt eines Attentats ist gekommen, wie ich zum Militär eingerückt bin. Das war etwa im Februar oder März 1915. Das steht im Untersuchungsprotokoll. Ich kam zur Landwehr 1, es war nur eine ganz kurze Sache, ich bin herzleidend und bin nach dreizehn Tagen weggeschickt worden. Aber ich stand auf einmal vor dem Problem: Man gab mir ein Gewehr; also du wirst auf Menschen schießen? Und da war das erstemal der Gedanke: Im Kriege werde ich nicht schießen. Ich habe das

keinem Menschen gesagt, ich habe solche Worte nie gebraucht, aber innerlich war ich überzeugt, ich werde im Kriege nicht schießen, ich werde das nicht tun und wenns zum Schießen kommt, dann gegen den Feind im eigenen Lande, der mir der näherstehende ist und den ich für viel wichtiger halte als den äußeren Feind momentan.

Präsident:

Wollen Sie noch das hinzufügen, was Sie als Hemmung vorzubringen wünschen?

Dr. Adler:

Ich darf vielleicht noch eines ergänzen.

Präsident:

Ich bitte!

Dr. Adler:

Das nächstemal, wo der Gedanke schon positivere Gestalt hatte, war bei den Zensurschikanen im März. Da war ein Gespräch in der „Arbeiterzeitung", und ich sagte, man kann sich die Sache nicht gefallen lassen, es ist unmöglich. Die Leute sagten: Was soll man tun? Es ist nichts dagegen zu machen! Ich habe mir im Innern — ausgesprochen habe ich es nicht — gedacht, man müßte mit Gewalt vorgehen. Es war die Gefahr, daß „Der Kampf" eingestellt wird, und da war der Gedanke, wenn „Der Kampf" eingestellt wird, werde ich das Attentat machen. So kam der Gedanke das erstemal.

Präsident:

Sie haben in der Untersuchung davon gesprochen: Wenn der Gedanke an Eltern und Kinder über mich gekommen wäre bei Gelegenheit des gefaßten Planes und der ersten Ausführung... (Der Angeklagte schüttelt den Kopf.) Ich habe geglaubt, so Ihren Ausdruck verstehen zu sollen.

Dr. Adler:

Ich bin gefragt worden, ob der Gedanke an meine Familie nicht hemmend gewesen ist. Ich habe das einmal während der Untersuchungshaft in einem Briefe, der — glaube ich — bei den Akten liegt, meinem Vater gegenüber, der bei einer Gelegenheit auch diesen Einwand gemacht hat, sehr kurz formuliert: Ich gebe zu, daß es sehr der Diskussion unterliegen kann, ob es historisch zweckmäßig war, das Attentat zu begehen, aber die Meinung, daß geschichtliche Taten überhaupt nur von kinderlosen Waisen gemacht werden dürfen, liegt für mich jenseits

aller Diskussion. Es ist die Situation in dem Kriege, unter dessen Eindruck ich auch war, doch so, daß jeder Mann seine ganze Familie, wenn er im Felde fällt, mit hineinreißt und die ganze Familie ins Unglück gebracht wird und unter die Räder kommt. Und dasselbe ist auch in dem Kampfe notwendig, den die Sozialdemokratie zu führen hat. Das war mir immer selbstverständlich. Niemals ist mir der Gedanke gekommen, daß mein Vater ein Unrecht begangen hätte, — der Gedanke war mir ganz fremd, er ist mir erst durch diese Frage aufgetaucht — daß er sein Vermögen der Partei geopfert hat. Das war mir immer selbstverständlich; der Sache ist alles unterzuordnen.

Präsident:

Herr Doktor, eines möchte mich auch noch interessieren. Sie haben in der Untersuchung gelegentlich der Frage nach diesen Hemmungen gesagt, es war darunter auch der Gedanke an Ihre Frau und Ihre Kinder, und Sie haben gesagt, Sie haben sich da an eine Heine'sche Ballade erinnert. Wie ist das in dieser Aussage, die Sie vor dem Untersuchungsrichter machten, gemeint? Ex post? Ist Ihnen das nachträglich bei der Vernehmung eingefallen oder haben Sie sich an diese Ballade vor Ausführung des Attentates bei dem Gedanken an Ihre Frau und Kinder erinnert?

Dr. Adler:

Das war paar Tage früher. Die ganze Geschichte hat zwei Phasen, wie ich sehr ausführlich gezeigt habe. Man glaubte am Sonntag vorher schon, daß die Versammlung verboten wird, und ich fuhr am Montag nach Graz; ich hatte dort einen Vortrag zu halten. Ich erinnere mich, daß mir dieser Gedanke am Montag im Eisenbahnzug gekommen ist, also sechs Tage vor dem Attentat ist mir dieser Gedanke durch den Kopf gegangen.

Präsident:

Daß Ihnen diese Verse in das Gedächtnis gekommen sind?

Dr. Adler:

Ja!

Präsident:

Ich hätte gemeint, daß Sie das erst später konstruiert haben, denn ich gestehe offen, es ist mir zu gesucht vorgekommen. Ich habe Ihnen Gelegenheit geben wollen, sich darüber zu äußern.

Dr. Adler:

Es war im Eisenbahnzuge, ich erinnere mich, da ist mir auch dieser Gedanke gekommen.

Dr. Harpner:

Welche Verse waren das?

Präsident:

„Was schert mich Weib, was schert mich Kind,
Laß sie betteln gehn, wenn sie hungrig sind,
Mein Kaiser, mein Kaiser gefangen!"

Dr. Adler:

Ich habe dem Untersuchungsrichter gesagt, das ist ein Geist, der mir sehr entsprechend war, weil ich Heine sonst nicht mochte.

Staatsanwalt:

Herr Doktor, eines möchte ich Ihnen vorhalten. Ich möchte doch wieder darauf zurückkommen. Waren Sie nicht mit Ihrem Vater kurz vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien in Brüssel?

Dr. Adler:

Ja.

Staatsanwalt:

Ist damals nicht schon von dem drohenden Kriege gesprochen worden?

Dr. Adler:

Natürlich, die Brüsseler Konferenz war nach dem Ultimatum.

Staatsanwalt:

Da haben Sie in der Untersuchung etwas gesagt, was mir für die Frage des Motivs nicht unwesentlich erscheint. Sie haben gesagt: Es war mein schmerzlichstes Erlebnis, daß mein Vater in dieser Sitzung nichts davon wissen wollte, das Proletariat gegen den Krieg zu mobilisieren.

Dr. Adler:

Ich glaube, ich kann das schon aufklären. Der Satz ist stark aus dem Zusammenhang gerissen. Ich muß diesen Zusammenhang etwas näher darstellen, um was es sich gehandelt hat. Das schmerzlichste Erlebnis in dieser Sitzung, das stimmt vollkommen, es war die Situation dadurch für mich eine sehr komplizierte. Es handelte sich damals noch bloß um den österreichisch-serbischen Krieg. Ich war in Wien gewesen und wurde vom Parteivorstand nach Brüssel geschickt. Mein Vater befand sich in Nauheim und ich mußte ihn abholen und nach Brüssel gehen. Es waren einige Sitzungen des Büros und er sprach dort sehr deprimiert, ich meine: laisser faire, laisser aller. Es

hat dann ein Engländer Bruce Glasier sehr scharf gegen die Österreicher gesprochen und mein Vater hat ihn sehr höhnisch abgefertigt, was mir damals allerdings gerechtfertigt erschien. Im Laufe des Krieges allerdings nicht mehr, weil gerade die englische unabhängige Arbeiterpartei von Anfang an den Kampf gegen den Krieg durchgehalten hat. Aber das spielt hier keine Rolle. Es war eine Depression, aber nicht weil wir nicht den Krieg verhindert haben, davon war keine Rede, daran hat niemand gedacht, das stand nicht auf der Tagesordnung, sondern weil man nicht stärker gegen die Kriegspolitik opponiert hat. Es handelte sich immer nur um die Kriegspolitik.

Staatsanwalt:

Nun ist es Tatsache, daß seinerzeit auf dem Programm als Mittel gegen einen Krieg die „Mobilisierung des Proletariats" stand.

Dr. Adler:

Ich weiß nicht, von welchem Programm der Herr Staatsanwalt momentan spricht, aber es war nie von „Mobilisierung" die Rede, man dachte an Demonstrationen gegen den Krieg, wie wir sie bei unseren Kongressen gehabt haben, Proteste gegen den Krieg, vor allem in Worten und Reden, aber nicht in Taten. Ich meine, das was mich deprimiert hat, war z. B., daß mein Vater damals nicht zu der Massenversammlung in Brüssel hingegangen ist und gesprochen hat.

Staatsanwalt:

Mir ist das für die Motivfrage von ziemlicher Bedeutung. Sie werden wahrscheinlich gehört haben, daß gerade während der furchtbarsten Schlachten im Westen, in Frankreich, ein Munitionsarbeiterstreik in Berlin war. Verstehen Sie das unter Mobilisierung des Proletariats?

Dr. Adler:

Wir haben das zu Anfang des Krieges für unmöglich gehalten und ich kann darauf verweisen, daß jener internationale Kongreß, der in Wien im August 1914 stattfinden sollte und den ich vorbereitet habe und den der Krieg dann verhindert hat, das sogenannte Amendement Vaillant-Keir Hardie behandeln sollte. Nachdem dieser Vorschlag gerade die Munitionsfabriken . . .

Staatsanwalt:

Darauf will ich eben reflektieren.

Dr. Adler:

Um zu diesem Amendement Stellung zu nehmen, hat die Partei in Österreich von Dr. Bauer ein eigenes Elaborat ausarbeiten und für den Kongreß vorbereiten lassen, wo gezeigt wurde, wie für Österreich die Sache steht. Dort wurde darauf verwiesen, daß wenn der Krieg ausbricht, das Kriegsleistungsgesetz in Kraft tritt — das in anderen Ländern noch nicht so vorgesehen war wie in Österreich — es zu nutzlosem Blutvergießen unter den Arbeitern kommen würde, was man ersparen müsse . . .

Staatsanwalt:

Ich will Sie etwas fragen. In der Untersuchung haben Sie wiederholt darauf hingewiesen, daß der Gedanke, ein Attentat, einen Mord zu verüben, weit älter sei, als der Plan, den Grafen Stürgkh zu ermorden.

Dr. Adler:

Ja.

Staatsanwalt:

Haben Sie das nicht heute auch ausgeführt? Da haben die Objekte gewechselt, nicht wahr? Warum sind Sie schließlich zu dem Plan gekommen, den Grafen Stürgkh zu ermorden?

Dr. Adler:

Ich habe das in der Voruntersuchung ausführlich erklärt.

Staatsanwalt:

Das weiß ich ja.

Dr. Adler:

Ich habe in der Voruntersuchung erklärt, daß im Anfang auch ein Hemmungsgrund des Attentates der gewesen ist, daß es überhaupt keine rechte Persönlichkeit in Österreich gab, die den Wuchs hatte, ihm als Objekt zu dienen, weil eigentlich niemand in Österreich die Verantwortung übernehmen wollte, und daß der erste Gedanke damals wahrscheinlich nicht der Graf Stürgkh, sondern wegen der Einstellung des „Kampf" wahrscheinlich der erste Gedanke an den Zensor gewesen ist, da ich mir sagte, man muß einmal an einem Zensor ein Exempel statuieren, daß ich mir dann aber sagte, wenn ich mein Leben dafür hergebe, ist es doch zu wenig, was dadurch erzielt wird.

Staatsanwalt:

Sie haben in der Voruntersuchung gesagt, es lag Ihnen daran, daß Ihre Tat nicht bloß ein lokales Ereignis bleibe.

Dr. Adler:

Ja, ich wünschte, daß die Welt davon sprechen muß, was in Österreich geschieht, ich wollte, daß man das nicht verschweigen kann. Im Polizeiprotokoll habe ich gesagt, daß ich nicht wollte, daß man das dem Ausland und dem Kaiser verschweigen kann, wie man alles dem Kaiser verschwiegen hat, sondern daß eine Tat geschehen sollte, die diese Schranken zum Auslande und zum Kaiser überwindet.

Staatsanwalt:

Dann haben Sie auch zwei Personen genannt, bei denen diese Schranken nicht gewesen wären. Den Justizminister und den Grafen Tisza.

Dr. Adler:

Ja, ich habe an Dr. Hochenburger und an Tisza gedacht und zwar an Tisza deshalb, weil das jene Zeit gewesen ist, in der man in Österreich in politischen Kreisen immer gesagt hat: Die ganze Monarchie wird tatsächlich von Tisza regiert. Stürgkh ist nur sein Werkzeug, Tisza ist der Diktator von Österreich. Das war auch sicher wahr und war auch meine Überzeugung. Ich bin aber von dem Plane abgekommen, weil man das hätte mißdeuten können. Ich habe das im Verhörsprotokoll bereits gesagt, daß man hätte meinen können, es handle sich mir nur um die Unabhängigkeit Österreichs von Ungarn, während es sich mir um die Unabhängigkeit der Völker Österreichs von ihrer Regierung gehandelt hat. Und ich habe auch an Hochenburger gedacht und zwar war das einer meiner ersten Gedanken. Ich habe bereits ausgeführt, welche Rolle für mich die Justiz gespielt hat und Hochenburger war jener, der für sie verantwortlich gezeichnet hat. Ganz wird es sich ja nie eruieren lassen, wie weit das Militär eingegriffen hat und wie der Justizminister, aber jedenfalls war dieser der Verantwortliche und kam deshalb in Betracht. Dabei spielte nun ein reiner Zufall ein stark hemmendes Moment. Erstens hatte Hochenburger nicht jene Charakterstärke, die mir beim Grafen Stürgkh eine gewisse Achtung eingeflößt hat, sondern ich hatte für Hochenburger immer eine sehr große Verachtung gehabt und habe ihn immer als minderwertiges Individuum betrachtet.

Präsident (unterbrechend):

Ich bitte über Abwesende . . . .

Dr. Adler:

Ja, ja, ich weiß schon! Nil nisi bene! Es war aber auch noch der ganz besondere Umstand maßgebend, daß sich eine Legende bilden könnte. Es ist Ihnen ja in Erinnerung, daß im Parlament gegen Hochenburger einmal ein Attentat von Niegus verübt worden ist und zwar gerade während einer Rede meines Vaters, und daß damals die christlich-soziale Presse und andere Verleumder geschrieben haben, daß mein Vater so aufreizend gesprochen habe, daß der Mann geschossen hat — Es hätte sich also die Legende bilden können, daß die Familie Adler es gerade auf den Hochenburger abgesehen habe.

Dr. Harpner:

Ich bitte, Herr Angeklagter, bei Ihren Antworten an mich nicht immer daran zu denken, daß ich die Absicht habe, Sie als irrsinnig hinzustellen. Ich erkläre schon jetzt, daß mir das gar nicht einfallen wird, Sie können mir mit derselben Offenheit antworten wie jedem anderen. Sie haben gesagt, bei Ihrer Tat habe der Gedanke an Vater, Mutter, Frau und Kinder insofern keine Rolle gespielt, als Sie der Meinung sind, daß man vor allem andern seine Pflicht erfüllen müsse und daß private Interessen dabei keine Rolle spielen dürfen. Aber eines werden Sie mir doch sagen: Haben Sie Ihren Vater geliebt?

Dr. Adler:

Ich habe zu meinem Vater das innigste Verhältnis gehabt, das ich überhaupt gehabt habe und zwar kann ich das vielleicht so ausdrücken, und dies hat oft in der Familie zu reden gegeben, und ich habe es auch in meinen Briefen aus der Züricher Zeit geschrieben, daß ich ihn nicht etwa deshalb allein gern habe, weil er mein Vater ist, sondern als vorbildlicher Mensch in der Partei, und daß er mir deshalb, weil er ein vorbildlicher Mensch ist, der beste Freund ist, und daß ich ihm persönlich so nahe gestanden bin, wie sonst nur meiner Frau, die mir beide in bezug auf meine Ideen und meine politischen Überzeugungen die nächsten Menschen gewesen sind.

Dr. Harpner:

Sie haben, wenn ich mich recht erinnere, unmittelbar vor dem Attentat Ihrer Mutter telephoniert, daß Sie nicht zum Essen kommen werden, und da hat sich eine kleine Szene abgespielt. Ich will nur die Tatsache feststellen.

Dr. Adler:

Meine Mutter hat mich gefragt, warum bist du schon wieder so aufgeregt? Was ist denn los, ist im Büro etwas geschehen? Mein Vater war nämlich in der Sitzung gewesen, sie fürchtete einen Konflikt und meinte, ich wolle deshalb nicht nach Hause kommen, um nicht dort den Konflikt fortzusetzen. Ich habe geantwortet, ich bin nicht aufgeregt, sondern nur verstimmt, es sei nichts Besonderes.

Dr. Harpner:

Sie haben gesagt, Ihre Mutter sei die einzige gewesen, die instinktiv gefühlt habe, daß Sie sich in einem Aufregungszustande befanden.

Dr. Adler:

Ja, ich meine natürlich nur den Aufregungszustand wegen der Situation.

Dr. Harpner:

Also, Vater, Mutter, Frau und Kinder traten zurück. Sie selbst hängen gar nicht am Leben? An sich haben Sie gar nicht gedacht? Jeder Mensch hat ja, ehe er sich in Gefahr begibt, in der er umkommen kann, doch noch einen Gedanken an sich. Sind Sie ein Mensch, der etwa, weil er Pessimist ist, für das Leben gleichgültig war?

Dr. Adler:

Ich glaube, es bereits in der Untersuchung gesagt zu haben, daß ich kein Pessimist bin, kein Lebensverächter und daß ich immer geglaubt habe, daß es möglich wäre, daß ich noch viel Glück erleben könnte und daß die Situation keineswegs so war, daß ich mein Leben hätte wegwerfen wollen. Davon war gar keine Rede. Das wirklich maßgebende Moment für mich an jenem 21. Oktober ist gewesen, daß ich wußte, mein Leben ist damit abgeschlossen; dessen war ich ganz sicher. Daß ich jetzt noch da lebendig stehen werde, daran habe ich damals nicht gedacht, sondern ich habe gedacht, daß ich nach ein paar Wochen tot bin.

Dr. Harpner:

Dieser Gedanke war keine Hemmung für Sie?

Dr. Adler:

Eine Hemmung sicher nicht, er hat vielleicht unbewußt mitgewirkt.

Dr. Harpner:

Aus Ihrer Jugend sind mir zwei Dinge aufgefallen. Sie haben, Herr Doktor, einen Fall erzählt, wo Ihr Vater die Wienerberger Ziegelwerke besuchte und Ihnen zu Hause davon berichtete, wann war das?

Dr. Adler:

Ich war etwa acht Jahre alt. Das war die erste sozialpolitische Entdeckungsreise meines Vaters. Er hat sich in die Wienerberger Ziegelwerke eingeschlichen, hat dort ein paar Nächte zugebracht, hat gesehen, wie die Leute leben und hat es publiziert. Dann sind die ganzen Zustände dort geändert worden. Als mein Vater das meiner Mutter erzählte, habe ich sehr stark zu weinen angefangen und da sagte er mir: „Du wirst auch mithelfen das zu ändern!"

Dr. Harpner:

Sie haben von einer Theatervorstellung erzählt, die Sie mit zehn Jahren besuchten, nämlich einer Aufführung des „Wilhelm Tell". Seit damals trugen Sie den Gedanken an die Berechtigung in sich, einen österreichischen Vogt zu töten.

Dr. Adler:

Ich habe in der Voruntersuchung, wie man über Mord gesprochen hat, erklärt, daß das erste Theaterstück, das ich gesehen habe, der Tell gewesen ist und daß seit damals nie mir der Gedanke des Zweifels gekommen ist, daß man einen österreichischen Vogt töten kann und daß das moralisch berechtigt sei.

Dr. Harpner:

Sie sagen, Sie wollten die Masse revolutionieren durch die Tat, Sie wollten demonstrieren, nicht direkt revolutionieren. Sie wollten dadurch zeigen, daß man sich doch nicht alles gefallen lassen könne. Warum haben Sie denn nicht daran gedacht, wenn Sie schon entschlossen waren, Ihr Leben zu opfern, direkt die Massen zu revolutionieren? Ich kann mir vorstellen, daß, wenn jemand entschlossen ist, sein Leben zu opfern, er wirklich eine Revolution anzettelt. Ich finde diesen Gedanken noch näher liegend.

Dr. Adler:

Weil ich überzeugt war, daß man eine Revolution nicht machen kann. Es war meine theoretische Überzeugung, daß man eine Revolution nicht „anzetteln" kann. Vor Jahrhunderten konnte man eine Verschwörung so machen, aber in unserer

Zeit, bei der Entwicklung des Militarismus und des ganzen Volkes kann von derartigen Methoden keine Rede sein. Es ist wiederholt im Kriege zu Demonstrationen gekommen, von denen die Öffentlichkeit nicht so viel erfahren hat, wie ich, weil ja unser Parteisekretariat von den verschiedenen Bezirken verständigt wurde, daß wiederholt Demonstrationen und Exzesse stattgefunden haben. Aber ich sagte mir immer, das kann ich für meine Zwecke nicht ausnützen, denn erstens sind die Leute unter den gegenwärtigen Umständen der Partei sozialistisch nicht so weit geschult und wissen nicht, um was es sich politisch in meinem Sinne handelt und zweitens wäre auch ein Mißerfolg eingetreten. Was ich getan habe, meine Tat hat doch in einem ganz kleinen bescheidenen Maße einen konkreten Erfolg gehabt, sie brachte gegenüber dem Einsatz meines Lebens eine gewisse Umwandlung, also einen konkreten Erfolg, der meßbar war und ich hatte nicht die Verantwortung für andere Leute, die mir dann imputiert worden wäre. Sie hätten gesagt, daß ich jemanden „mithineingerissen" habe. Ich sagte mir daher, das geht nicht, ich muß etwas tun, was vollständig allein auf mich gestellt ist. Andere nicht hineinzuziehen, hat in meiner ganzen Tätigkeit im Kriege eine große Rolle gespielt. Ich wollte nicht andere hineinziehen, die sich nicht selbst dazu hergeben wollten. Ich bin einmal in diese Lage gekommen und man hat mir wegen der Verbreitung jenes Manifestes, von dem die Rede gewesen ist, in Wien große Vorwürfe gemacht, die Leute sind gekommen und haben gesagt, wenn ein Prozeß entsteht, wird mir natürlich nichts geschehen, ich werde aber andere Leute in den Kerker bringen, ich mache das leichtsinnig. Ich habe mit aller Ruhe die Leute damit zum Schweigen gebracht, daß ich ihnen erklärte, bei dem ersten Prozeß, der entstehen wird, werde ich mich als Autor melden und ich werde derjenige sein, der im Kerker sitzt.

Dr. Harpner:

Ich will die Stelle aus dem Protokoll wörtlich vorlesen. Sie haben gesagt: „Ich glaube nicht, daß man derartige gewaltsame Aufstände hervorrufen kann! Dem standen allerdings zwei starke Gegengründe entgegen . . . Dann kommt noch etwas Wichtigeres hinzu: Ich traute auch meinen physischen Fähigkeiten eine derartige Funktion nicht zu. Meine Erkrankung des Herzens hat mich gezwungen, bei allen meinen Handlun-

gen immer abzumessen, wie viel ich vermag und ich glaubte, solchen Anforderungen nicht gewachsen zu sein." Ist das so?

Dr. Adler:

Das ist sicher ein Moment, das wesentlich ist, wenn es auch nicht ganz klar vielleicht damals ausgedrückt wurde. Ich konnte damals auch nur so sprechen, wie ich gefragt worden bin, ich hatte nicht die Zeit zur vollkommenen Formulierung. Ein wesentliches Moment war, wie ich hier schon in der kurzen Formulierung angedeutet habe, daß der Parteivorstand aus Bureaukraten besteht und nicht aus Offizieren und ich immer das Gefühl hatte „Du bist ja auch kein Offizier" in diesem Sinne. Auch Du hast nie Gelegenheit gehabt, Fragen der Massenaktion wirklich so zu studieren, bist nicht einmal in Waffen geübt und weißt gar nicht, ob Du Dich nicht auch dumm und schlecht bei einer so großen Aktion benehmen wirst. Insbesondere hat aber als hemmend für mich dabei gewirkt, daß ich mir sagte: Ja, wenn es wirklich während des Krieges zu großen Massenbewegungen kommt — im allgemeinen habe ich dies nicht für ausgeschlossen gehalten — dann stehe ich in einem Milieu, im Parteivorstand, in dem alle dämpfend wirken wollen und ich allein soll dagegen demonstrieren. Dem fühlte ich mich nicht gewachsen. Denn ich war ja auf einem Posten, wo ich die Verantwortung für das, was geschieht, wirklich in keiner Weise übernehmen konnte, weil ja der ganze Parteivorstand mit seinen Beschlüssen eine andere Politik deckte, als ich persönlich mich verpflichtet fühlte, sie zu machen. Ich sah einen Zwiespalt, über den ich absolut nicht hinwegkommen konnte. Ich habe manchmal daran gedacht, wenn es praktisch möglich wäre, meine sämtlichen offiziellen Funktionen in der Partei niederzulegen und als einfacher Parteigenosse neu zu wirken anzufangen. Obwohl das sehr viele praktische Schwierigkeiten gehabt hätte, so wäre das doch vielleicht ein Weg gewesen. Ich habe aber den Eindruck gehabt, daß das gerade für mich schwierig wäre. Denn ich sah schon damals im Oktober, daß eine Zeit kommen werde, wo es zu einer offiziellen Spaltung der Partei kommen müsse, wie sie in Deutschland ja dann tatsächlich eingetreten ist. In Österreich haben die Vertreter der Mehrheit immer gesagt, es werde in Deutschland zu keiner Spaltung kommen. Ich aber hatte das ganz sichere Bewußtsein, daß in Deutschland diese Spaltung unausweichlich ist, und sogar das Bewußtsein, daß ich auch in Österreich

mit den Leuten nicht mehr zusammenarbeiten könne. Ich wäre gezwungen gewesen, sie zu bekämpfen wie eine andere fremde Partei. Ich fühlte, daß ich zu den Regierungssozialisten in einen viel schrofferen Gegensatz treten müsse. Bei den politischen Kampfesformen, die in Österreich herrschen, und bei dem persönlichen Verhältnisse, in dem ich zu meinem Vater stand, war aber die Notwendigkeit, ihm als politischem Gegner entgegentreten zu müssen, ein sehr stark hemmendes Moment. Ich habe das auch Kautsky, Hilferding und anderen Freunden im letzten Sommer wiederholt geschrieben, daß ich darüber nicht hinwegkäme. Ich habe damals daran gedacht, ins Ausland, in die Schweiz oder nach Deutschland zu gehen. Neben dem Attentatsplane hat das eine Rolle gespielt. Ich sah, ich könne nicht weiter in der Partei bleiben und das alles weiter ruhig mitmachen, ich kann moralisch diese Verantwortung nicht tragen. Im psychiatrischen Gutachten — es wird ja vorgelesen werden — sind die Herren zu der Meinung gekommen, meine Stellung in der Partei wäre „nicht weiter haltbar" gewesen, ich wäre nach dem Artikel im „Kampf" vom Oktober 1916, wo ich den Leuten ja deutlich — nach meiner Meinung maßvoll, aber deutlich — die Meinung über die Parteizustände in Österreich gesagt hatte, „unmöglich" gewesen. Davon war keine Rede. Auch in der Anklageschrift wird angedeutet, daß es eigentlich eine „Verzweiflung an meiner politischen Zukunft" gewesen ist, worunter der Herr Staatsanwalt wohl meine materielle Zukunft versteht, vielleicht sogar ein ökonomisches Debacle für mich. Auch davon ist gar keine Rede. Meine materielle Existenz war niemals gefährdet. Erstens konnte ich nach Deutschland oder nach der Schweiz kommen. Es war aber auch nicht möglich, daß mich der Parteivorstand hätte wirklich aus der Partei hinausdrängen können. Das war ganz ausgeschlossen. Darauf möchte ich aufmerksam machen. Ich hatte immer das Gefühl, ich möchte mit den Leuten nichts zu tun haben, ich muß weg; aber daß die Leute, die im Parteivorstande einen Abgeordneten Pernerstorfer sitzen haben, der ein reiner Deutschnationaler ist, und einen Abgeordneten Dr. Renner, der die Revolution verhöhnt, die in der „Arbeiterzeitung" einen Leuthner sitzen haben, der während des Krieges die Internationale in der unglaublichsten Weise beschimpft hat, daß diese Leute, weil ich auf sozialistischem Boden stehe, mich hinauswerfen könnten und die anderen drin

lassen, das war unmöglich, wie jeder zugeben wird, der die Partei kennt. Der Herr Staatsanwalt hat geglaubt, auch andeuten zu müssen, daß ich „lediglich um meiner persönlichen Beziehungen willen noch in der Organisation geduldet wurde". Damit ist gemeint, daß ich der Sohn des Abgeordneten Adler bin. Auch davon ist keine Rede. Das, was in Deutschland selbstverständlich war, daß die Leute sich getrennt und gesagt haben, wir sind politisch auf verschiedenen Standpunkten und können nicht miteinander arbeiten, war in Österreich nicht möglich. Die Leute arbeiteten mit der Ideologie der Einigung, und sie konnte nicht gerade den, der auf dem Boden des Programms steht, hinauswerfen. Daß alle darin bleiben sollen und nur der eine hinaus muß, das war ganz unwahrscheinlich und hat der Situation gar nicht entsprochen.

Votant Landesgerichtsrat Dr. Ehrenreich:

Herr Doktor, ich möchte über Ihren Gemütszustand zur Zeit der Tat und unmittelbar vorher etwas Näheres erfahren. Sie haben vorhin gesagt, Sie waren durch die österreichischen Zustände, die Sie kurz als Schande Österreichs bezeichnet haben, niedergedrückt. In diesem Zustande der Depression haben Sie sich befunden. Können Sie mir nun nähere Symptome angeben, wie sich diese Depression geäußert hat? War es eine Art Melancholie, eine Art Depression im wirklichen Sinne des Wortes oder war es nicht vielleicht irgendein Erregungszustand und Sie haben ein ungenaues Wort gewählt, wenn Sie von „müde" und „niedergedrückt" gesprochen haben?

Dr. Adler:

Ich möchte natürlich schon die Terminologie der Psychiater vermeiden, aber ich meine, es waren schon — man kann sagen — wechselnde Perioden. Einerseits Wut und Empörung. Jede Parteivorstandssitzung, um es ganz konkret zu sagen, war für mich ein riesiger Aufregungszustand. Bei jedem Detail ist es zwischen mir und Dr. Renner und meinem Vater und anderen Leuten zu einer Explosion gekommen, immer wieder zu Konflikten. Das war die eine Form. Die andere war natürlich auch, daß es Perioden gegeben hat, die sich eigentlich nicht „abgespielt" haben, wo ich für mich allein war, Zeiten der Verzweiflung, ich möchte nicht sagen der Depression, aber der Aussichtslosigkeit, gegen diesen Wall von Gleichgültigkeit und Zynismus, die die Leute haben, aufzukommen.

Votant Landesgerichtsrat Dr. Ehrenreich:

In einem besonders hohen Grade der Aufregung haben Sie sich zu jener Zeit nicht befunden.

Dr. Adler:

Die letzte Parteivorstandssitzung . . .

Votant Landesgerichtsrat Dr. Ehrenreich (unterbrechend).

Nehmen wir den Tag des Attentats selbst oder den Tag vorher!

Dr. Adler:

Donnerstag war Vorstandssitzung. Da war ein Konflikt zwischen mir und meinem Vater über die Rolle des Dr. Hartmann in der Partei — insbesondere bezüglich der Intervention des Parteivorstandes beim Minister des Äußern vor der Kriegserklärung an Italien, — wo mein Vater gesagt hat: „Du provozierst so — es war eine furchtbar aufregende Sitzung — Du willst offenbar, daß man Dich hinauswirft!" Solche Dinge haben stattgefunden.

Votant Landesgerichtsrat Dr. Ehrenreich (unterbrechend):

Unmitelbar vor der Tat! Sie sind im Hotel gesessen und haben eine Mahlzeit eingenommen.

Dr. Adler:

Ja, weil ich mir gesagt habe, wer weiß, wann ich wieder zum Essen komme. Es war so: Ich kam in den ersten Stock, trat bei der Türe ein und das erste war, daß ich den Grafen Stürgkh mir gegenüber gesehen habe. Da war ich einen Moment furchtbar aufgeregt und fragte mich: Was mußt Du jetzt tun? Sofort schießen? Das war so der Gedanke. Und ich sagte mir: Nein, ich muß mich erst fassen und das alles mit Ruhe machen. Ich ging dann, weil ich sehr aufgeregt war, durch den ganzen Saal — das Bild wird ja hier sein, der Saal hat Hufeisenform — als würde ich jemand im Saale suchen, nur um meine Erregung zu bemeistern, und kam dann wieder zurück zu dem Tisch hin, wo ich mich schließlich hingesetzt habe. Ich habe mir gesagt: Jetzt setze ich mich nieder und werde essen, weil ich weiß, daß wir in unserer Familie allgemein, wenn wir hungrig sind, Nervenzustände bekommen und aufgeregt werden, sowohl mein Vater, wie mein Onkel, wie ich. Ich wollte ruhig sein und ich sagte mir, ich muß mich zwingen und ruhig essen und dann die Sache machen, ich muß das mit aller Überlegung tun. Das hat auch eine Rolle gespielt, daß ich mir sagte; wer weiß, was nach

der Verhaftung sein wird, man kann nicht wissen, welche Formen das annehmen wird.

Votant Landesgerichtsrat Dr. Ehrenreich:

Wie haben Sie die Nacht vorher zugebracht?

In der Nacht vorher war jene Versammlung, von der der Herr Staatsanwalt geredet hat, am Abend. Dann bin ich um 11 Uhr nach Hause gegangen und habe noch einige Sachen in meinen Schriften geordnet, Briefe vernichtet, von denen ich nicht wollte, daß man sie bei der Hausdurchsuchung findet, kurz, habe noch eine, zwei Stunden gearbeitet und mein Gedanke war, soviel ich mich erinnere: Es ist das letztemal, daß Du da schläfst.

Votant Landesgerichtsrat Dr. Ehrenreich:

Und am Vormittag?

Dr. Adler:

Das einzige Auffallende war, daß ich, während ich sonst ein sehr ausgiebiger Schläfer bin, so daß man mich immer wecken mußte, ich viel zeitlicher aufgewacht bin als sonst und eine Stunde früher aufgestanden bin und ich habe mir, bevor ich ins Bureau ging, noch meine Sachen gerichtet. Dann habe ich am Vormittag sehr intensiv gearbeitet, weil es noch eine Menge von kleinen Details gab, die ich erledigt haben wollte; ich habe das Protokoll des Parteivorstandes von der letzten Sitzung noch diktiert, weil das niemand anderer hätte machen können, ich habe die Sachen aufgehoben, wohin sie gehören, und habe Ordnung gemacht, soweit es mir möglich gewesen ist. In dem Raume nebenan war gerade Klubsitzung der Abgeordneten, wo fortwährend über den Stürgkh gesprochen worden ist. Ich bin aber zur Sitzung nicht hineingegangen, weil ich mit den Abgeordneten nichts mehr zu tun haben wollte.

Ich weiß nicht, was Herr Landesgerichtsrat meinen.

Votant Landesgerichtsrat Dr. Ehrenreich:

Damit haben Sie den Vormittag ausgefüllt?

Dr. Adler:

Ja, eigentlich ausgefüllt.

Votant Landesgerichtsrat Dr. Ehrenreich:

Dann die Tat selbst. Hat Ihre Hand gezittert oder haben Sie ruhig gezielt? Wissen Sie das?

Dr. Adler:

Ich habe nicht gezielt, das weiß ich. Das Korn, oder wie man das beim Zielen nennt, das habe ich nicht gebraucht, das weiß

ich sicher, sondern ich habe nur die Hand ausgestreckt. Es war so nahe, daß das nicht nötig war. Die Zielrichtung ist nicht optisch hergestellt worden, sondern durch die Hand. Daß die Hand gezittert hat, das glaube ich nicht. Ich habe darüber keine Beobachtung.

Präsident:

Sie haben auch gesagt, daß, während Sie noch am Tische gesessen sind und den günstigsten Moment abgewartet haben, Ihnen auch der Gedanke über die vollkommene Ahnungslosigkeit des Ihnen Gegenübersitzenden gekommen ist, dessen Geschick jetzt in Ihrer Hand ist.

Dr. Adler:

Das ist etwas, was ich dem Herrn Untersuchungsrichter nur mit Kautelen und Vorsichten gesagt habe, daß man das nicht als Roheit mißdeuten soll. Das ist jene Stelle, die dort steht und die die Herrn Gerichtspsychiater doch in dem Sinne auffassen zu müssen glaubten, der jetzt auch wieder aus diesen Worten herausklingt, daß „sein Geschick in meiner Hand ist".

Präsident:

Ich habe das nicht so gemeint, das ist ein Irrtum.

Dr. Adler:

Ich meine nicht, daß Herr Hofrat es so meinen.

Präsident:

Daß Sie die ganze Zeit die Frage ventiliert und nur immer die Idee gehabt haben: Ich werde jetzt das geplante Attentat auch durchführen.

Dr. Adler:

Ich muß sagen, ich habe in dieser Stunde — ich habe das auch in der Voruntersuchung gesagt — nicht an das Attentat gedacht, sondern nur an mich. Ich habe immer gedacht: Jetzt ist dein Leben zu Ende! Ich habe einen Artikel in der „Neuen Zeit" von Braun über die Parteikonferenz bei mir gehabt, von dem ich glaubte, daß er sich gegen meinen letzten Artikel im „Kampf" wendet. Ich sagte mir, das muß ich mir noch einmal anschauen, wie der mir geantwortet hat. Ich habe ihn nicht lesen können, ich habe es aber doch herausgebracht. Ich war zu aufgeregt.

Präsident:

Haben Sie noch den Sinn dieses Artikels in Erinnerung?

Dr. Adler:

Ich habe den Artikel nicht auf seinen Sinn gelesen, sondern ich habe ihn nur darauf gelesen: Polemisiert er gegen mich? Und ich habe festgestellt — es war ein Artikel von 2—4 Seiten — er polemisiert nicht gegen mich.

Präsident:

Eines möchte ich noch erwähnen, was mir aufgefallen ist. Sie haben in der Erzählung von den Jahren Ihrer Jugend erwähnt, daß Sie mit einem gewissen Stolz davon sprachen, wenn Ihr Vater verurteilt wurde.

Dr. Adler:

Ja.

Präsident:

Es ist insbesondere auch ein Moment von Ihnen angeführt worden, daß Sie nämlich gelegentlich einer ausgedehnteren Anklage gewisse Berechnungen angestellt haben. Möchten Sie das nicht selbst sagen?

Dr. Adler:

Das ist ein kleines Detail. Wie mein Vater damals angeklagt war — das war bei der ersten Wahlbewegung, noch unter dem Kurienparlament; man könnte das ausrechnen, es war anfangs der 90er Jahre, im Jahre 1893 dürfte es gewesen sein, ich war also schon 14 Jahre alt — da war anknüpfend an die Wahlbewegung ein großer Prozeß vor den Reichenberger Geschworenen, in dem mein Vater wegen aller Delikte angeklagt war, die ein anständiger Mensch begehen kann, Religionsstörung, 65a, 300, 302; die sollte er alle in dieser Wahlbewegung begangen haben. Dieser Prozeß hat mich sehr interessiert und ich habe damals auch schon das Strafgesetzbuch als interessante Lektüre betrachtet und habe ausgerechnet — ich weiß nicht, ob es richtig gewesen ist —, daß er 20 Jahre bekommen kann. Das habe ich meiner Schwester gesagt. Das ist es wohl?

Präsident:

Dieser Gedankengang ist bezeichnend, indem Sie doch in diesem Alter mit einer gewissen Befriedigung ausgerechnet haben, diese schwere Anzahl von Jahren kann mein Vater im Kerker zubringen müssen, und daß das bei Ihnen damals ein angenehmes Gefühl ausgelöst hat.

Dr. Adler:

Ja, daß er sich für seine Überzeugung einsetzt, und ich weiß, daß dann meine Mutter und mein Onkel — meine Schwester

muß offenbar geweint oder geklagt haben, daß das passieren kann — mich zur Rede gestellt haben, ob ich das wirklich gesagt habe.

Dr. Harpner:

Sie sollen in der Voruntersuchung erzählt haben: es war mein größtes Glück, wenn ich meinen Vater im Arrest besuchen konnte.

Dr. Adler:

Ja, das habe ich gesagt. Ich habe ihn schon besucht, wie er im Bezirksgericht Neubau war. Das war im Jahre 1890, wo ich 11 Jahre alt war, und wie er hier im selben Jahre 4 Monate gesessen ist — das war die Verurteilung vom Ausnahmsgericht — war ich jede Woche hier bei ihm zu Besuch. Das waren für mich große Ereignisse. Wie ich im Gymnasium war, und ebenso mit 17 Jahren, wo er im Bezirksgericht Sechshaus gesessen ist, war ich oft täglich bei ihm. Ich war sehr gern mit ihm zusammen eingesperrt und war sehr gern bei ihm.

Staatsanwalt:

Sie haben schon im Zusammenhang mit Ihren Jugenderinnerungen — Sie haben das auch in der Voruntersuchung gesagt — mitgeteilt, daß Sie sich im Alter von 8 Jahren Barrikaden in der Hofburg vorgestellt haben und davon auch Ihren Mitschülern erzählt haben.

Dr. Adler:

Mitschüler dürfte nicht stimmen, aber irgendwelchen Jungen, mit denen ich verkehrt habe.

Dr. Harpner:

Sie haben damals gesagt, daß Sie sich eine Revolution vorgestellt haben und zwar schwebte Ihnen in Ihrer Phantasie ein Barrikadenkampf vor der Hofburg vor.

Dr. Adler:

Ja, ich wurde gefragt, wann ich zuerst von der 1848er Revolution erfahren habe und da sagte ich, eine Bedienstete unseres Hauses habe mir das erzählt.

Präsident:

Ich bitte, Herr Angeklagter, Platz zu nehmen.

Ich bitte nun die vorgeladenen Zeugen, es sind ihrer sechs, eintreten zu lassen.

Die Zeugen.

Als erster Zeuge wird der Zahlkellner von Meißl und Schadn vernommen. Er hatte über seine Wahnehmungen beim Attentat auszusagen. Er hat den Vorgang genau beobachtet. Als die Schüsse gefallen waren, sprang er auf den Angeklagten los und suchte ihm den Revolver zu entwinden. Dadurch löste sich noch ein Schuß und der Zeuge erlitt eine leichte Verletzung an der Hand.

Zeuge Rittmeister a. D. Baron Franz Lexa-Aehrental hat als Tischnachbar des Opfers ebenfalls die Tat aus nächster Nähe beobachtet, sich dann ebenfalls auf den inzwischen ergriffenen Täters gestürzt und wurde von dem noch losgehenden Schuß gleichfalls leicht verletzt.

Präsident:

Ich bitte, den Herrn Dr. Viktor Adler!

(Zeuge Dr. Viktor Adler tritt in den Saal und gibt die Generalien ab.)

Präsident:

Sie sind der Vater des Angeklagten?

Zeuge Dr. Viktor Adler:

Jawohl!

Präsident:

Ich habe Ihnen daher nach dem Gesetz vorzuhalten, daß Sie berechtigt sind, sich der Aussage zu entschlagen.

Zeuge Dr. Viktor Adler:

Ich habe das in der Voruntersuchung unterlassen und unterlasse es auch jetzt. Ich bin auch bereit, einen Eid zu leisten.

Präsident:

Herr Zeuge sind in der Voruntersuchung über Ihre Wahrnehmungen über den Gesundheitszustand Ihres Sohnes seit frühester Jugend vernommen worden und ich bitte, dies auch vor dem Gerichte zu wiederholen.

Zeuge Dr. Viktor Adler:

Mein Sohn kommt aus einer Ehe und hat einen Vater, der in seiner Verwandtschaft sehr viel psychische Krankheitsfälle gehabt hat. Er war von vornherein ein gesundes, aber etwas schwächliches Kind und ich habe — ich spreche nur von den Dingen, die für die Verhandlung interessant sein können — von vorneherein, von seiner Jugend an, immer die Sorge gehabt, daß seine Nerven nicht fest genug sind. Er war nicht aus-

nehmend begabt, aber immer sehr fleißig und von der Pubertät an hat sich auch seine Begabung gezeigt und sehr gesteigert. Ich habe — um zu charakterisieren, sage ich das alles, wie es mit ihm ausgesehen hat — von Anfang an die Sorge gehabt, ihn ein Leben leben zu lassen, das eingeschränkt ist, das eine Nerven nicht allzu sehr belastet. Ich wollte darum, daß er erst das Unterrealgymnasium macht und dann an die technologische Lehranstalt gehe, um als Techniker einen Beruf zu finden, der ihm sowohl für seine geistige Betätigung die Möglichkeit gibt, als ihn auch doch nicht überlastet.

Nachdem er die Unterrealschule absolviert hat, hat er mir eröffnet, daß er ohne höhere Mathematik nicht leben kann, daß er also die Mittelschule zu Ende machen muß, und er dann an die Universität gehen wolle. Nach einer kurzen Diskussion konnte man sich dem nicht widersetzen. Er ist an die Universität gegangen, sollte erst Chemie studieren, hat dann die Physik gewählt, immer mit einem sehr besonderen Hang zu rein theoretischen Dingen. Das war die eine Leidenschaft.

Die andere Leidenschaft war die Politik, die in meinem Haus, da mein Lebensberuf ein politischer ist, immer auf der Tagesordnung stand.

Er ist dann in die Schweiz gegangen und ist dort geblieben. Gewünscht habe ich, daß er akademischer Lehrer werde und ich habe die beste Hoffnung dazu gehabt; denn er ist schon im dritten Semester Assistent geworden, hat sich außerordentlich fleißig betätigt, wie ich überhaupt seinen Fleiß rühmen muß — ich bitte um Entschuldigung, wenn ich Gutes über den Angeklagten, obwohl er mein Sohn ist, sagen muß. Er war ganz außerordentlich fleißig und das einzige Laster, das ich ihm in seiner Jugend nachsagen kann, ist die Übertreibung der Tugend. Er hat nie getrunken, nie ein Glas Bier, nie geraucht, nie in Gesellschaft von Studenten gekneipt, wie ich es selbst getan habe, sondern hat sich immer den ernstesten Arbeiten gewidmet. Auch in der Auswahl seiner Freunde; er hat nur solche Freunde gehabt, mit denen er über rein theoretische, sehr schwierige Fragen in endlosen Diskussionen die Nächte oft verbracht hat. Ich habe — und das sage ich wieder zur Charakteristik seiner Physis — gewünscht, daß er akademischer Lehrer werde, damit er Ferien hat, damit er einige Monate im Jahre fern von Verantwortung und von Arbeit ist. Auch das hat sich nicht machen lassen, denn seine andere Leidenschaft,

die politische Leidenschaft, die Leidenschaft, für die Arbeiterklasse und ihre Ziele zu kämpfen, ist neben seiner theoretischen Leidenschaft gegangen.

Über sein physisches Befinden kann ich folgendes sagen: Er war, wie gesagt, immer sehr fleißig, hat sich mitunter überarbeitet und ich muß sagen, daß er oft Zeichen von Ermüdung gezeigt hat, wo kräftigere Menschen sie noch nicht gezeigt hätten. Und die Gefahr der Ermüdung und die Gefahr des Zusammenbrechens des Nervensystems — ich bin Arzt gewesen und war speziell durch viele Jahre Irrenarzt — diese Gefahr hat mir immer vor Augen geschwebt und ich habe gesucht, ihn mit allen Mitteln vor Überlastung zu schützen und ihn abzureden. Aber das war umsonst. Es ist vorgekommen, es ist sehr häufig vorgekommen — kann ich sagen — daß seine Arbeitswut weiter gegangen ist, als seine physische Kraft gereicht hat. Es sind dann wieder Perioden gekommen, wo er sich nicht zuviel zugetraut hat, wo eine gewisse Depression eingetreten ist, ohne daß das — das will ich gleich sagen — zu jener Zeit irgendwie einen pathologischen Eindruck gemacht hat. Aber mir als Vater und Arzt war immer die Gefahr eines solchen Nervenzusammenbruches von jeher nahe.

Es ist dann die Zeit gekommen, wo er sich zu entscheiden hatte zwischen Wissenschaft und Politik. Es war in Frage eine Professur in Zürich. Auf der anderen Seite hat man ihn als Redakteur bei unserem dortigen Parteiorgan, beim „Volksrecht", gebraucht. Mein Wunsch wäre gewesen, daß er bei der akademischen Karriere geblieben wäre, abgesehen von anderen Gründen hauptsächlich aus dem Grunde, weil ich sein Nervensystem nicht der Belastung aussetzen wollte, die der politische Kampf jedem auferlegt und insbesondere dem, der es so ernst mit der Sache nimmt, wie es mein Sohn nimmt, wie es mein Sohn immer genommen hat. Er ist nach einiger Zeit nach Wien gekommen und er hat — es ist das in seinem Wesen gelegen — jede Arbeit gemacht, die zu machen war, ohne Rücksicht auf das Ressort; er war in unserm Parteisekretariat tätig, hat ohne Rücksicht auf das Ressort gearbeitet, unbekümmert ob Tag oder Nacht. Die Nerven haben wiederholt versagt, oft in der Form einer nervösen Depression, mitunter in der Form einer Herzaffektion. Ich habe hier kein medizinisches Plaidoyer zu halten; ob diese Herzaffektion eine autochtone, vom Herzen ausgehende war, oder ob sie im letzten Grunde eine nervöse

war, das hat das Urteil der Fachmänner zu entscheiden, aber jedenfalls sind seine schweren Herzschwächen in sehr intimem Zusammenhang mit seinen Nerven gestanden.

Nun kommt das Jahr 1914. Im Jahre 1914 sollten wir hier unseren internationalen Kongreß abhalten. Ihm waren die Vorbereitungen obgelegen. Er hat das ganze Frühjahr und den Sommer über diese Vorbereitungen organisiert, hat sie mit einem Eifer organisiert — da spreche ich als sein vorgesetzter Chef — der ihm alle Ehre macht. Er hat dadurch mit allen unseren ausländischen Genossen Verkehr gehabt — er beherrscht mehrere Sprachen — er hat sich ganz hineingelebt und hat sich überarbeitet.

Nun kommt der Krieg. Der Krieg war ein Zusammenbruch für uns alle, ein innerer Zusammenbruch für mich nicht minder wie für ihn. Dazu ist aber ein Moment gekommen, das erschütternd in der Erschütterung war, da unsere Meinungen darüber, wie sich die Partei im Kriege zu benehmen habe, welche Verpflichtungen sie habe, was sie leisten könne, wesentlich auseinandergingen. Wir sind dadurch in Konflikte gekommen. Ich darf aber sagen, nicht einen Moment hat sich trotz des ärgsten Konfliktes unser persönliches Verhältnis getrübt, nicht einen Moment! Aber es war ein tragischer Zustand in der allgemeinen Tragik des Krieges.

Was der Krieg für die ganze Welt war, das brauche ich dem hohen Gerichtshofe nicht vorzuführen, das wissen Sie alle; aber der hohe Gerichtshof möge sich vor Augen halten, was er für uns ganz besonders war. Da spreche ich nicht als Parteimann, sondern spreche als Mensch, der so wie sein Sohn mitten unter der Arbeiterschaft und unter den Leuten gelebt und der das durch den Krieg hervorgebrachte Elend so plastisch, persönlich, ich möchte sagen am eigenen Leibe immer vor sich gesehen hat.

In dieser Zeit — ich wurde über seinen Nervenzustand gefragt — ist zunächst natürlich das Nervenleben meines Sohnes ein anderes geworden. Er ist ernster, einsilbiger, erregter geworden, ohne es zu äußern, eine verhaltene Erregung, die niemand gemerkt hat. Das ist so fortgegangen durch die ganze Kriegszeit, bis es zur Katastrophe gekommen ist, und hat sich immer mehr gesteigert. Gesteigert wurde diese Nervenatmosphäre für uns alle und für ihn insbesondere auch dadurch, daß jede Äußerung über das, was man empfunden hat, unmöglich war. Für

die Partei hat es keine Presse gegeben, weder mündlich noch schriftlich ein Wort. Wir sind alle unter den Ausnahmegesetzen gestanden, militärischen und zivilen, wir haben uns alle gefesselt und geknebelt gefühlt und es ist kein Zweifel, daß auch das einen besonderen Druck auf seine Nerven ausgeübt hat.

Während dieser Zeit sind auch, wenn ich nicht irre, zweimal, vielleicht auch dreimal Zusammenbrüche besonderer Art, also besonders ausgesprochener Art vorgekommen, wo er auf Wochen seine Arbeit aussetzen mußte. Die Gegensätze haben sich zugespitzt und es ist kein Zweifel, daß diese Gegensätze der Auffassung, die sich in allen Ländern gezeigt haben, bei ihm, der mit ganzer Seele an der Sache gehangen hat und für den es eigentlich nichts anderes gegeben hat wie das, auf ihn höchst aufregend und auf seine Nerven höchst ermüdend gewirkt haben. Aufregung und Ermüdung sind hier nicht Gegensätze, wie ich betonen möchte, sondern im Gegenteil, eines hat das andere noch gesteigert. So kann ich nur sagen, daß diese Erregung bis in die letzte Zeit sich immer gesteigert hat. Sie hat sich auch gesteigert durch die ganz besondere Behandlung, die nicht nur unserer Partei, sondern der ganzen Öffentlichkeit in Österreich zuteil wurde. Sie hat sich besonders dadurch gesteigert und mußte sich bei meinem Sohne auch dadurch steigern, daß Österreich ganz anders behandelt wurde als jedes andere Land, nicht etwa in Europa, sondern auf dem Erdball. Wir haben kein Parlament gehabt und es ist selbstverständlich — ich werde keine politische Rede halten, ich spreche nur davon im Zusammenhange mit der Stimmung meines Sohnes und meiner eigenen — es ist begreiflich und der hohe Gerichtshof wird es verstehen, daß unsere Unterhaltung, unser tägliches Gespräch und unsere tägliche Erörterung immer diese furchtbare Lage war, in der wir während des Systems des Grafen Stürgkh gehalten wurden. Es ist begreiflich, daß wir uns von Tag zu Tag nicht nur über die Nadelstiche, wie sie sich in den Zensurübergriffen äußerten, sondern auch über das ganze System der Mundtotmachung der Öffentlichkeit bis ins letzte ausgesprochen haben.

Wir haben mit Neid gesehen, wie im deutschen Reichstag gesprochen wird. Wir sind nicht entzückt über die Zustände im Deutschen Reich, wir sind keine Verehrer des dortigen Systems, aber im Vergleiche zu unseren Verhältnissen erschienen uns

die Verhältnisse in Deutschland unerhört schön. Unsere Presse ist einer Präventivzensur unterlegen, von der man sich gar keinen Begriff macht, Versammlungen wurden nicht geduldet bis zu einem Grade, der weder mit der Vernunft noch etwa gar mit dem Gesetze — von diesem gar nicht zu sprechen — vereinbar ist.

Und nun gestatten Sie, hoher Gerichtshof, daß ich vielleicht gleich auf die letzten Tage zu sprechen komme. Die Luft in Österreich war nicht mehr auszuhalten. Man hat gespürt, es geht nicht mehr ohne Parlament, man hat aber gewußt, daß das Hindernis für dieses Parlament das System des Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh ist, der allmächtig war, der alle Ministerien beherrscht hat, allen Ministerien jede Selbständigkeit genommen hat, der nach oben eine Barriere gebildet hat, die unübersteiglich war und der, wie wir sehr wohl wußten, nur einen Herrn gekannt hat: den Grafen Tisza. Wir haben gewußt, daß die für den Staat wichtigsten Dinge, wie der Ausgleich mit Ungarn usw. vorbereitet und fertig gemacht werden — das haben wir im einzelnen ganz genau gewußt — ohne daß das Parlament, das darüber verfassungsgemäß zu entscheiden hatte, ohne daß die Bevölkerung auch nur im geringsten befragt worden wäre oder die Möglichkeit gehabt hätte, ihre Meinung zu äußern. Wir haben aber auch noch etwas anderes gewußt, worauf ich besonders Ihre Aufmerksamkeit lenken möchte. Wir waren schon damals wie jetzt noch viel mehr durch die Ernährungsfrage gequält. Die Ernährungsfrage hat den Gegenstand der besonderen Sorge unserer Partei gebildet. Wir haben schon in den ersten Monaten und Wochen des Krieges ein ausführliches Memorandum an die Regierung überreicht, worin wir Forderungen gestellt haben, die jetzt ungefähr zu 50 Prozent erfüllt worden sind — zu spät. Wir haben damals das Ernährungsamt verlangt, das man ein halb Jahr später errichtet hat. Wir haben gewußt, daß das Hindernis für dieses Ernährungsamt, das notwendig war, einzig und allein der Wille oder, wenn Sie wollen, der Nichtwille des Ministerpräsidenten Stürgkh war. Wir haben gewußt, daß alle diese Schwierigkeiten in jeder einzelnen Frage, diese Kumulierungen der verschiedenen Ministerien, wodurch diese zu keiner praktischen Wirksamkeit kommen konnten und förmlich einander in die Beine gelaufen sind, wir haben gewußt, sage ich, daß dieses absolute Versagen der Bureaukratie

nicht allein Schuld der Bureaukraten und des bureaukratischen Systems war, sondern vor allem die Schuld des Mannes war, der absolut nicht geduldet hat — und es nicht geduldet hat, weil der Graf Tisza es nicht haben wollte — daß an Stelle dieses Systems ein anderes trete. Das alles wurde tagtäglich an meinem Tisch, wo auch mein Sohn gesessen ist, mit ihm besprochen und es wird sich niemand darüber wundern, daß die Erregung über diese Dinge eine chronische war. Da kommt nun die Zeit, wo der Becher fast zum Überlaufen war und wir erfahren, daß ein paar Professoren eine Versammlung einberufen wollten und dazu das Präsidium des Abgeordnetenhauses nehmen, eine Versammlung, die also unter solchen Umständen veranstaltet werden sollte, daß die Behörden und die Regierung darin unmöglich eine Gefahr sehen konnten und daß andererseits die Unmöglichkeit gegeben war, sie zu verbieten, weil doch die Leute, die sie veranstalteten, alle möglichen Garantien dafür geboten haben. Diese Versammlung war nun der Gegenstand vieler Erörterungen durch etwa 14 Tage, ob sie nämlich bewilligt werden solle oder nicht. Zunächst haben sich rein polizeiliche Erwägungen daran geknüpft, wie man den § 2 des Versammlungsrechtes auslegen solle usw. Es ist nun natürlich und begreiflich, daß der Umstand, daß eine solche Versammlung unter solchen Umständen einberufen, nicht gestattet wird, während in Deutschland draußen hunderte von Versammlungen an einem Tage abgehalten wurden, wo man alles von oben bis unten kritisiert und offen bespricht — von Frankreich und England rede ich gar nicht — ja in Rußland früher gesprochen und geschrieben wurde als in Österreich, es ist begreiflich, sage ich, daß dies den Gegenstand unserer Erörterungen nicht nur im Parteihause, sondern auch im Familienhause gebildet hat. Ich möchte nur eins erwähnen; ich habe es meinem Sohne damals erzählt, ich weiß nicht, ob er sich daran erinnert. Drei Tage vor der Versammlung, am Donnerstag — die Versammlung sollte am Sonntag sein — war ich beim Herrn Polizeipräsidenten eingeladen, um über die Versammlung Auskunft zu geben. Es handelte sich um eine strittige Frage, über die wir seit 20 bis 30 Jahren mit der Polizei streiten, nämlich wie der § 2 des Versammlungsrechtes auszulegen sei. Da sollte ich nun einvernommen werden und es hat sich dabei um die Frage gehandelt: Soll die Versammlung verboten werden oder nicht? Ich habe es meinem Sohne erzählt, daß ich dem Herrn Polizeiprä-

sidenten folgendes gesagt habe: „Hüten Sie sich, Herr Präsident, dem Herrn Ministerpräsidenten einzuraten, diese Versammlung zu verbieten! Hüten Sie sich davor! In Österreich wird alles aus den Zeitungen gestrichen, wo es heißt, dort ist zu wenig Zucker oder zu wenig Kartoffel, weil uns daraus eine Blamage gegenüber dem Ausland entstehen könnte. Wenn man aber im Ausland erfahren wird — und das können Sie nicht unterdrücken — daß eine Versammlung, die von fünf Universitätsprofessoren und den Präsidenten des Abgeordnetenhauses einberufen wird und wo nur diese Herren reden können und sonst kein Mensch, verboten wurde, dann tun Sie dem Staate Österreich die größte Schmach und Schande an, die ihm überhaupt zugefügt werden kann. Man wird Ihnen vielleicht heute folgen, aber die Schande wird aufkommen und dann werden Sie die Schuldigen sein." So habe ich zum Herrn Polizeipräsidenten gesprochen, so haben wir es alle empfunden und so war es. Meine Herren vom hohen Gerichtshof, ich bin ein alter Mann, ich habe viel mitgemacht, ich bin gewohnt, Erregungen zu ertragen und Erregungen ablaufen zu lassen, aber das darf ich sagen, der Gipfel der Erregung ist nicht durch das Verbot an sich, ob Stattfinden oder nicht einer an sich gleichgültigen Versammlung, entstanden, sondern durch das Symptom für den politischen Zustand und die Gewaltherrschaft eines einzigen Mannes, der unverantwortlich war nach oben und nach unten, uns allen greifbar und fühlbar. Wir waren alle machtlos. Wir haben — und der hohe Gerichtshof wird darüber nicht in Unkenntnis sein — als sozialistische Abgeordnete unsere Pflicht während des Krieges getan, wir haben mit allen Behörden gemeinsam die Not zu lindern gesucht, zu organisieren gesucht und haben dadurch vielfach Einblick gewonnen in die Zustände, die vielleicht in der Öffentlichkeit nicht so bekannt waren. Aber ich kann Ihnen sagen, wir haben uns oft an das Wort erinnert: Wer bei gewissen Dingen den Verstand nicht verliert, der hat keinen zu verlieren! Das war der Zustand, in dem wir gelebt haben, das waren die Gedankengänge, in denen ich — wenn es eine Schuld war, will ich sie bekennen — mit meinem Sohn nicht einmal, sondern wiederholt gesprochen habe, aber freilich verschiedene Schlüsse daraus zogen.

Präsident:

Haben Sie in den letzten Tagen, von denen Sie gesprochen haben, eine besondere Erregung Ihres Sohnes auch in den äußeren Symptomen wahrgenommen?

Zeuge Dr. Viktor Adler:

Mein Sohn ist ein kühler Mensch. Es äußert sich seine Erregung in einer gewissen Verschlossenheit und Verstörtheit möchte ich beinahe sagen. Das war allerdings der Fall. Er war in den letzten Wochen, wo wir auch Parteidiskussionen gehabt haben, die aufregender Natur für uns beide waren, besonders erregt, ungewöhnlich erregt.

Präsident:

Ihr persönliches Verhältnis als Vater zum Sohn ist durch den politischen Gegensatz eigentlich nicht getrübt gewesen.

Zeuge Dr. Viktor Adler:

Er war und ist mir der liebste Mensch. Was haben wir uns für Dinge gesagt! Aber ich habe nie einen politischen Gegner für einen persönlichen Feind angesehen. Warum sollte ich es bei meinem besten Freunde plötzlich tun, weil er eine andere Meinung hat als ich?

Präsident:

Vielleicht eine Frage noch, weil es von Ihrem Sohne auch erwähnt wurde. Sein Gegensatz, in den er zum Schluß zur Partei gekommen ist, hätte eine Beendigung in der Richtung, daß er gewissermaßen ausgeschlossen worden wäre, nicht nach sich ziehen können?

Zeuge Dr. Viktor Adler:

Herr Präsident, das ist eine schwere Sache. Ausgeschlossen wäre er, glaube ich, nicht worden; ich bin nicht der Parteitag, der darüber zu entscheiden hat, aber nach meiner Überzeugung wäre er nicht ausgeschlossen worden. Nach meiner Überzeugung haben sich trotz des schroffsten Gegensatzes in bezug auf diese eine Frage alle diese Meinungsverschiedenheiten noch in dem großen Rahmen der sozialistischen Gedankengänge bewegt. Gestatten Sie, daß ich hinzufüge, ich war überzeugt und bin es noch, daß wenn der Krieg vorbei ist, manche dieser Meinungsverschiedenheiten auch wieder verschwinden wird. Ich glaube nicht, daß es zu einer Ausschließung geführt hätte, wir schließen nicht gerne aus.

Präsident:

Wäre für ihn die Lage eine solche gewesen, daß er seine politische Zukunft infolge des Gegensatzes zur Partei gefährdet gesehen hätte?

Zeuge Dr. Viktor Adler:

Absolut nicht; das kann man nicht sagen; er wollte ja wiederholt in die Schweiz zurückkehren. Ich war immer der Ansicht, er solle nur bleiben, es wird schwer gehen, nebeneinander zu arbeiten, aber es gibt eine Menge Dinge, die dieses Gebiet gar nicht berühren. Er hat eine sehr schwere Arbeit zu leisten gehabt, eine sehr harte Arbeit und ich habe gemeint, daß nach dem Kriege sich alles wieder einrenken wird, wie ich auch heute noch überzeugt bin, nicht nur für diesen Fall, sondern auch für die ganze Welt.

Landesgerichtsrat Dr. Ehrenreich:

Ihr Sohn hat sich selbst heute als vorsichtigen, nüchternen und kühlen Menschen bezeichnet. Ist er vielleicht leidenschaftlicher und impulsiver, als er es zeigt?

Zeuge Dr. Viktor Adler:

Er ist ein nüchterner kühler Mann, wie er ein Mathematiker eigentlich seiner Natur nach ist und kein Politiker. Nüchtern und kühl, aber wenn ein Mathematiker seine Linien zieht, dann glaubt er fest an seine Linien. Er hält sich für kühl, nüchtern, er ist aber von der innersten Leidenschaft verzehrt, ohne es zu wissen, und mit dem besten Willen, es zu dämpfen, oft nicht imstande, sich zu beherrschen. Das Schlimmste, was ich ihm gesagt habe, wenn er ein Delikt begangen hat, war, daß er zügellos sei. Doch das ist sehr selten passiert. Er hat sich gezügelt, aber es hat ihm schwere Mühe gekostet. Die Leidenschaft, insbesondere in politischen Dingen, war so groß, daß selbst wir beide in unseren Auseinandersetzungen an eine Grenze gekommen sind, wo es nicht mehr möglich war, zu diskutieren. Da hat man gesehen, da ist etwas Festes, etwas, woran sich nicht mehr rütteln läßt, wo alle Argumente abprallen, wo er unter einem gedanklichen Zwange steht, daß man ihm stundenlang predigen kann, ohne einen Effekt zu erzielen, während er dabei in der Form immer möglichst zivilisiert war, möglichst sich beherrschend, aber sonst leidenschaftlich.

Landesgerichtsrat Dr. Ehrenreich:

Haben Sie bemerkt, daß er besonders ehrgeizig ist? Hat er gerne von sich reden gemacht, wollte er eine Rolle in der Partei spielen?

Zeuge Dr. Viktor Adler:

Das in keiner Weise. Er hat anonyme Arbeit geleistet, zehnmal so viel als solche, von der man gewußt hat. Ehrgeiz — das ist ein weiter Begriff — den will ich ihm nicht absprechen.

Präsident:

Sich zur Geltung bringen!

Landesgerichtsrat Dr. Ehrenreich:

Eitelkeit!

Zeuge Dr. Viktor Adler:

Eitelkeit — nein, Ehrgeiz — ja!

Dr. Harpner:

Herr Doktor haben in der Voruntersuchung gesagt: „Der Stimmungswechsel bei meinem Sohne hat sich schon in jungen Jahren mitunter empfindlich bemerkbar gemacht, in Zeiten, wo er schwer arbeitete, es waren auch Zeiten einer gewissen Überschätzung seiner Kraft, dann folgten wieder meist Monate, wo er nur mit Aufgebot aller Energie sich über die Zweifel an seiner eigenen Leistungsfähigkeit hinwegsetzen konnte". Ist das richtig?

Zeuge Dr. Viktor Adler:

In Zürich hat er naturwissenschaftliche Arbeiten gemacht, insbesondere theoretische. Er ist ein solcher Theoretiker, daß er bei seinem Rigorosum — oder wie die Prüfung dort heißt — sich, als er drei Fächer zu wählen hatte, Mathematik und Physik ausgesucht und sich dann, als man ihm gesagt hat, er soll sich noch ein praktisches Fach wählen — wie er mir geschrieben hat — als „praktisches Fach" die — Astronomie gewählt hat. Ich meine das nur zur Charakteristik. Aber das ist richtig, er hat Zeiten gehabt, wo er an der Universität — das hat mir übrigens sein Professor, der seitdem gestorben ist, auch gesagt und Kollegen von ihm haben es gesagt und noch vor kurzem hat es mir Professor Einstein, der berühmte Physiker, der sehr befreundet mit ihm ist, wiederholt gesagt — sich zugetraut hat, er kann die Bäume ausreißen, geradezu wie ein Wilder sich alles zugetraut und über das Maß gearbeitet. Dann sind wieder Zeiten gekommen, wo er zu seiner Frau, wie sie mir später — nicht jetzt gelegentlich des Prozesses, sondern schon viel früher — gesagt hat, äußerte: Das Gehirn ist mir wie verstopft, ich kann nichts machen.

Das sind so kleine Dinge, die ich natürlich zu werten gewußt habe und die das Motiv gebildet haben für das, was ich mir erlaubt habe, eingangs vorzutragen, warum ich ein schonenderes Leben für ihn gewünscht hätte. Schweren Belastungen war dieses feine, aber gebrechliche Hirn nach meiner Überzeugung von Kindheit an nicht gewachsen.

Dr. Harpner:

Ihr Sohn hat doch eine Tat vollführt — er nimmt einen Revolver, geht auf einen Mann, den er nicht gekannt hat, der ihn persönlich nicht gekannt hat, zu, erschießt ihn, also etwas, wozu eine gewisse Seelenstärke — manche Leute werden vielleicht sagen Grausamkeit — gehört. Hat er etwas derartiges sonst im Leben gezeigt?

Zeuge Dr. Viktor Adler:

Nie! Nie! Nicht nur das nicht, sondern er war das zartfühlendste Kind, das mir je untergekommen ist, zartfühlend gegen seine Geschwister — seine Schwester, die leider so krank ist, hat er gehütet wie seinen Augapfel — er war gegen seine Mutter und gegen mich der zartfühlendste Sohn und wenn er jetzt . . . — so kann ich nur sagen, ich habe ja das gar nicht glauben wollen, daß ein solcher Exzeß des Mathematischen möglich ist.

Dr. Harpner:

Nur noch eine Frage, Herr Doktor: Ich habe aus den Akten entnommen, daß Ihr Sohn in der Zeit vor dem Attentat — ich meine die Monate September und Oktober — ungefähr folgende Funktionen in sich vereinigt hat. Ich frage Sie darüber, weil Sie . . . .

Zeuge Dr. Viktor Adler (einfallend):

Ich war mit sein Chef!

Dr. Harpner (fortfahrend):

. . als sein Chef es wissen müssen: Nach der Aktenlage war er damals Parteisekretär, und zwar während der Beurlaubung des Abg. Skaret, der sonst neben ihm war, im Monat September der alleinige Parteisekretär. Dann hatte er den „Kampf" wie es scheint, beinahe allein redigiert, weil Dr. Bauer in Kriegsgefangenschaft ist.

Zeuge Dr. Viktor Adler:

Seit Dr. Bauer eingerückt war, hat mein Sohn den „Kampf" redigiert.

Dr. Harpner:

Dann hat er, wie ich aus dem Protokoll ersehe, in verschiedenen Arbeitervereinen Vorträge gehalten.

Zeuge Dr. Viktor Adler:

Jede Woche ein paarmal!

Dr. Harpner:

Ist es richtig, daß, während Sie in Nauheim waren — wann war das?

Zeuge Dr. Viktor Adler:

Wie alle Jahre, vom halben Juli bis Ende August, anfangs September.

Dr. Harpner (fortfahrend):

. . . er während dieser Zeit auch Ihre Korrespondenz besorgt hat?

Zeuge Dr. Viktor Adler:

Er hat das alles gemacht bei Tag und Nacht.

Dr. Harpner:

Er war nach Ihrer Meinung sehr überlastet?

Zeuge Dr. Viktor Adler:

Er war schwer überlastet. Ich weiß nicht, was Herr Doktor daraus deduzieren wollen, aber es wäre unmöglich gewesen, ihm ein Stück dieser Arbeit aus den Klauen zu reißen.

Präsident:

Er hat alles an sich gerissen!

Zeuge Dr. Viktor Adler:

Er hat alles an sich gerissen. Wir haben im 1. Stock unseres Gebäudes das Sekretariat, im 2. Stock die Redaktion, im 3. Stock die Gewerkschaftskommission und außerdem eine große Druckerei. Er hat gewußt, was im ganzen Hause vorgegangen ist, auch was weit über seine eigentlichen Funktionen hinausgeht.

Präsident:

Ich danke sehr, Herr Zeuge. Ich bitte den Herrn Zeugen Engelbert Pernerstorfer!

Zeuge Engelbert Pernerstorfer (betritt den Saal und gibt die Generalien ab).

Präsident:

Herr Zeuge sind schon in der Voruntersuchung vernommen worden. Sie sind ja mit dem Angeklagten, dessen Taufpate Sie gewesen sind und den Sie von Kindheit an kennen, genau bekannt. Haben Sie im Laufe der Jahre in seinem Benehmen irgend etwas Auffälliges bemerkt?

Zeuge Pernerstorfer:

Ja. Ich kenne ihn sozusagen vom Tage seiner Geburt an und kann nur das eine sagen, daß er mir immer als ein äußerst

strenger, herber Charakter vorgekommen ist und daß mich an ihm keine Tat gewundert hätte, sei sie auch noch so — sagen wir — revolutionär, daß ich mich nicht gewundert hätte, wenn er einmal eine stürmische Bewegung angeregt hätte oder sich vielleicht gar an ihre Spitze gestellt hätte. Am allerwenigsten hätte ich mir von ihm gedacht, daß er zu einem solchen Mittel greift, das vermöge der theoretischen Bildung, die er genossen hat, eigentlich von selbst hätte ausgeschlossen sein müssen. Er war immer ein äußerst dogmatischer, fanatischer Mensch, der aber alles, was er tut, aus innerster Überzeugung heraus wirkt.

Präsident:

War es nicht ein ganz natürlicher Gedankengang, um aus diesem Gegensatze, in den er eigentlich mit den theoretischen Ansichten seiner Partei gekommen ist, herauszufinden?

Zeuge Pernerstorfer:

Ich kann es mir nicht anders vorstellen, als daß er in den letzten drei Jahren, seit Kriegsbeginn in eine Art von Psychose gekommen ist. Er, der ein überzeugter, leidenschaftlicher Pazifist war, der vor allem den Krieg auf das äußerste verabscheut hat, hat sich immer tiefer in den Gedanken der Unerträglichkeit dieses Krieges gewühlt und es war für ihn gewiß ein Antrieb, irgend etwas zu tun, zu handeln, denn die Partei ist nach seiner Meinung in der ganzen Zeit viel zu wenig vorgegangen.

Ich bin ein Laie, ich habe kein Urteil in diesen Dingen und mein Urteil würde auch nicht maßgebend sein, aber für mich steht es fest, daß er diese Tat nicht bei vollständigem Bewußtsein seiner Sinne begangen haben kann, sondern daß er in einer Art von Zwangsvorstellung gehandelt hat.

Präsident:

Jedenfalls können Herr Zeuge nach Ihrer Kenntnis des Angeklagten sich die Tat auf andere Weise nicht erklären?

Zeuge Pernerstorfer:

Nein, ich kann es mir nicht anders erklären.

Präsident:

Weil Ihnen Symptome aufgefallen sind, die mit einer solchen Tat nicht in Übereinstimmung zu bringen sind.

Zeuge Pernerstorfer:

Bei seiner ganzen Bildung, insbesondere auch seiner theoretischen Erziehung und als Sohn eines so außerordentlich grundsatzfesten wie theoretisch durchgebildeten und jedem Terro-

rismus abgeneigten Mannes, wie sein Vater ist, sollte er von vornherein als einer gelten, bei dem ein solcher Gedanke kaum aufkommen kann. Es muß also wirklich eine Art von innerer Störung, um nicht zu sagen Zerstörung sich abgespielt haben, daß er zu einem solchen Mittel greifen konnte.

Landesgerichtsrat Dr. Ehrenreich:

Haben Sie bei ihm eine besondere Anpassungsfähigkeit oder -willigkeit für die Sache, die er vertritt, bemerkt?

Zeuge Pernerstorfer:

Er ist ein Mensch, der bei einer Sache, für die er eintritt, auf sich, aber auch auf andere keine Rücksichten nehmen würde. Die Sache, die seiner Überzeugung entspricht, steht ihm über allem. (Der Zeuge berichtet im weiteren über die Rolle des Grafen Stürgkh bezüglich der Verhinderung der Wiederaufnahme der Parlamentsverhandlungen sowie über seine Begegnung mit dem Angeklagten am Morgen des Attentatstages.)

Eine Zuschrift der Physikalischen Gesellschaft in Zürich.

Dr. Harpner:

Weil wir jetzt über die Person des Angeklagten sprechen, wird es vielleicht von Wert sein, wenn ich mitteile, daß ich gerade heute eine Zuschrift der Physikalischen Gesellschaft in Zürich bekommen habe. Sie schreibt mir folgendes:

Hochgeehrter Herr Doktor!

Die Physikalische Gesellschaft Zürich hat in ihrer Sitzung vom 4. Mai beschlossen, Ihnen persönlich beiliegende Erklärung zu übersenden mit der Bitte, vom Inhalt derselben im bevorstehenden Prozeß Adler ganz nach Ihrem Gutdünken Gebrauch oder nicht Gebrauch zu machen.

Erklärung:

Die Physikalische Gesellschaft, die Dr. Friedrich Adler während der Jahre 1907 bis 1911 zu ihren Mitgliedern zählte, erlaubt sich, hiemit folgende Erklärung abzugeben:

Diejenigen Mitglieder unserer Gesellschaft, welche Friedrich Adler während seines Studiums in Zürich und als Assistent und Privatdozent der Physik an der Universität Zürich kennen lernten, konstatieren übereinstimmend, daß Friedrich Adler wäh-

rend dieser Zeit sich als durchaus gewissenhafter, wissenschaftlich sehr begabter und philosophisch denkender Mann ausgewiesen hat. Auch als Mensch war er im Kreise seiner Fachkollegen zuvorkommend und liebenswürdig in jeder Beziehung. Es drängt uns, im Hinblick auf die bevorstehende Prozeßverhandlung zu bezeugen, daß Adler als von seinen Fachkollegen geschätzter Mann in jahrelanger treuer Arbeit seiner Wissenschaft gelebt hat.

Im Namen der Physikalischen Gesellschaft Zürich
i. V. Dr. H. Stierlin,
Professor an der Kantonsschule Zürich.

Gleichzeitig mit diesem Briefe ist ein Brief von Professor Zangger vom gerichtlich-medizinischen Institut der Universität Zürich eingelangt. Ich brauche wohl nicht zu sagen, daß ich diese Zuschriften nicht verlangt habe. Ich habe bis zum heutigen Tage nicht gewußt, daß es eine Physikalische Gesellschaft in Zürich gibt. Es sind dies ganz spontane Kundgebungen. Prof. Zangger vom gerichtlich-medizinischen Institut in Zürich schreibt: „Es handelt sich darum, die gewissenhafte Arbeit, die Selbstlosigkeit, die kühne Anteilnahme an allem als gut Erkannten anzuerkennen. Die erfrischende Erinnerung hat ihren Wert darin, daß gerade die Mitglieder von 1905—1912 sich erwärmten. Man ist sich auch klar, daß es sich um einen Gruß handelt in Zeiten, in denen man das Wertvolle, das man Menschen bot, mit besonderer Erregungsschärfe lebendig sieht und ohne Zweifel sehen möchte." Zur Charakteristik des Angeklagten sicherlich von Bedeutung.

Präsident:

Ich bitte den Herrn Zeugen Fritz Austerlitz. (Abgabe der Generalien.) Herr Zeuge sind schon in der Voruntersuchung über Ihre Wahrnehmungen vernommen worden, in jener Versammlung, die am 20. Oktober stattgefunden hat, wo es zu einem Zusammenstoß einzelner Versammlungsteilnehmer mit dem Angeklagten gekommen ist.

Zeuge Austerlitz:

Ich habe mit dem Dr. Adler schon mittag gesprochen. Er ist im ersten, ich im zweiten Stock beschäftigt und ist zu mir heraufgekommen, um mir mitzuteilen, daß diese Versammlung der Professoren verboten ist. Es hat sich ein längeres Gespräch über diese Versammlung entwickelt, über die Politik

usw. und im Laufe dieses Gespräches habe ich gesagt, daß ich zu dieser Versammlung am Abend, welche eine Vertrauensmännerversammlung der Partei war, nicht kommen werde. Diese Versammlung am Abend war schon die Fortsetzung einer bereits stattgefundenen Beratung.

Präsident:

Haben Sie bei dieser ersten Unterredung am Vormittage, wo vom Nichtzustandekommen dieser einberufenen Versammlung die Rede war, an dem Angeklagten eine besondere Veränderung wahrgenommen?

Zeuge Austerlitz:

Das Gespräch war außerordentlich lang und es sind eine Unmenge Bemerkungen über den Stürgkh gefallen. Insbesondere hat Dr. Adler und ich gefunden, daß das Verbot nur vom Stürgkh ausgeht und daß das ein Gradmesser für sein Regierungssystem sei, daß es dartue, daß dieses System auf die absolute Gewalt sich gründet und nichts zu hoffen sei, so lange Stürgkh Ministerpräsident ist. Dr. Adler war natürlich außerordentlich erregt und das äußert sich bei jedem Menschen anders.

Präsident:

Sie kennen ihn viele Jahre?

Zeuge Austerlitz:

Dreiundzwanzig Jahre.

Präsident:

Haben Sie da eine andere Art der Erregung bemerkt?

Zeuge Austerlitz:

Ja. Ich meine, so viele erregte Szenen waren vorher nicht zwischen uns; wir hatten meist politische Diskussionen, wo sich die Erregung in der Rede selbst entladet. Ich habe den Eindruck gehabt, daß eine gewisse Zurückgedrängtheit der Worte in das Innere, daß eine gewisse Qual über ihn gekommen ist. Wir haben über den Stürgkh gesprochen, ich sagte, das ist merkwürdig, daß es sich hier um keinen Absolutismus der Krone handle, der Kaiser davon nichts wisse, sondern sich zwischen Volk und Krone eine Macht mit absoluter Gewalt gedrängt und gestellt habe und es sei etwas politisch Neues, weshalb ich das zum Gegenstand einer politischen Betrachtung machen werde. Ich sagte noch, was für ein merkwürdiger Mensch der Stürgkh ist: Persönlich ist er kein Despot, sondern ein normaler Spießbürger, denn ich habe gehört, daß er so wenig ißt, daß er im Wirtshaus nur eine Fleischportion zu

sich nimmt, er halte sich an die Verordnung, obwohl das einem so großen Menschen und leidenschaftlich starken Esser sicherlich schade. Da ist, glaube ich, die Bemerkung gefallen, daß mich Dr. Adler gefragt habe: Ißt er denn wirklich jeden Tag im Wirtshaus? Ich sagte, soviel ich weiß, im Hotel „Meißl & Schadn". Das war diese Unterredung und ich möchte darauf hinweisen, daß ich gesagt habe, ich gehe am Abend in die Versammlung nicht. Das ist deshalb wichtig: Die Konferenz am Sonntag — das war in der Woche, die mit dem Samstag abgeschlossen hat — war ziemlich leidenschaftlich, eine ernste Diskussion über ganz prinzipielle Differenzen, wie sie selbstverständlich in der Partei sind, aber es war eigentlich eine ganz leidenschaftslose und freundschaftliche Debatte. Insbesondere hat Dr. Adler die Hauptrede in der Hauptdebatte gehalten. Es war dies ein Bericht über die Arbeiterzeitung, über ihre materielle Seite — sie ist ja Eigentum der Parteigenossen — und über ihre politische Haltung. Adler, der nicht damit zufrieden war, hat eine große Rede gegen die Arbeiterzeitung gehalten, die aber eigentlich nicht aggressiv war, viel weniger als sonst seine Bemerkungen über die Arbeiterzeitung. Ich habe darauf erwidert, es war eine sehr lange Rede von ihm und von mir, es hat aber keine Dissonanzen in der Versammlung gegeben. Ich habe auch seinem Vater gesagt, es war sehr schön und ich bin dann auch mit Dr. Adler nach Hause gegangen, was nicht oft der Fall war. Wir sind zwar sehr gut und ich habe ihn gerne gehabt, aber wenn man sich politisch streitet, will man diese Dissonanzen nicht fortsetzen. Aber damals sind wir zusammen weggegangen, er zu seinem Vater, weil dieser damals leidender war als sonst. Dr. Adler hat auch damals einen guten Eindruck auf die Genossen gemacht und es war eine sehr friedliche, trotz der Differenzen harmonisch verlaufene Versammlung. Ich habe gesagt, ich gehe in die Fortsetzung dieser Konferenz nicht, ich habe schon gesprochen, wir haben uns doch schon auseinandergesetzt, vielleicht werden die Leute über materielle oder administrative Sachen der Arbeiterzeitung sprechen. Das hebe ich deshalb hervor, weil Dr. Adler so korrekt war, daß, wenn er jemanden hatte angreifen wollen, er dies immer mitgeteilt hat. Wenn ich also gesagt habe, ich komme in die Versammlung nicht, so war nicht zu erwarten, daß eine Debatte, die schon abgeschlossen schien, sich noch einmal wiederhole. Ich war also verblüfft, als man mir aus dieser Kon-

ferenz telephonierte, daß Dr. Adler dort Angelegenheiten der inneren Redaktionsführung der Arbeiterzeitung zur Sprache gebracht hat und weil die Versammlung sich darüber unklar sei, auf welcher Seite das Recht sei und wie sich die Tatsachen verhalten, wurde ich gebeten, sofort hinzukommen, nicht etwa, weil ich irgendeine besondere Autorität wäre, sondern weil es sich um eine Angelegenheit der Arbeiterzeitung gehandelt hat, deren Vertreter unter den Parteigenossen ich eben bin. Ich bin dann in die Versammlung gekommen. Es ist mir jetzt nicht ganz bewußt, ob Dr. Adler noch gesprochen hat oder ob seine Rede schon zu Ende war, ich glaube, das letztere war der Fall, jedenfalls mußte er schon am Ende gewesen sein; denn ich habe den größten Teil des Sachverhaltes von einem Redner erfahren, der dann zu Worte gekommen ist, vom Abg. Seitz.

Die Angelegenheit selbst ist eine — wenigstens nach meiner Ansicht, nach seiner Ansicht nicht — wirklich unerhebliche. Ich habe ihn nicht gehört, aber ich habe dann das Wort genommen, habe alles in sehr ruhiger und leidenschaftsloser Weise auseinandergesetzt und ich glaube, sagen zu können, daß ich die Versammlung überzeugt habe. Aber in meiner Rede war nicht ein Angriff auf Dr. Adler enthalten, sondern ich habe von dem Rechte der Kritik Gebrauch gemacht, habe den Gegenstand dargelegt — er kann hier nicht interessieren, es wäre auch verwickelt, es zu erzählen. Es handelt sich darum, daß Dr. Adler einen Beitrag geschrieben hat, der auf meine Initiative geschrieben, aber von einem andern Redakteur als nicht sehr passend erachtet worden ist. Dr. Adler hat gemeint, dieser Redakteur hätte den Artikel nicht sachlich gewürdigt, sondern aus persönlichen Gründen, von denen er dann selbst zugegeben hat, daß sie in dieser Schärfe nicht vorhanden waren, ihn nicht gebracht. Dr. Adler hat geglaubt, dieser Redakteur sei militärpflichtig und wäre enthoben, er würde sich eine Gunst erwerben wollen. Aber diese Voraussetzung war irrig, ich habe auch die Aufklärung gegeben, weil dieser Redakteur gar nicht als dienstfähig erklärt worden war.

Als ich nun mit meiner Rede zu Ende war, hat sich Abg. Winter zu irgendwelchen Bemerkungen erhoben oder Abg. Winter hat während meiner Rede oder während der Rede des Abg. Seitz — es ist nicht erheblich — einen Zwischenruf gemacht, der entweder „Parteiverderber" oder „Parteischädling" lautete und natürlich auf Dr. Adler gemünzt war. Dieser Zwischenruf ist

vom Vorsitzenden der Versammlung als nicht zulässig gerügt worden. Aber es war nicht zu verkennen, daß sich der Versammlung ein starker Unmut gegen Dr. Adler bemächtigt hat, der in einer gewissen Unruhe in Zwischenrufen und lauten Gesprächen zutage getreten ist, als sich dann Dr. Adler erhob, um dem Abg. Winter, der seinen Zwischenruf zu erklären versucht hat, in einer Rede zu antworten. Aber die Versammlung war eigentlich sehr gegen ihn gestimmt und seine Rede ist dann, wenn er sie auch zu Ende gebracht hat, doch in einem lauten Groll — wenn man so sagen darf — untergegangen.

Nun war die Situation so (demonstrierend): Hier ist die Tribüne, da sind einige Bänke. Auf einer Bank ist Dr. Adler, nicht unähnlich, wie er jetzt hier sitzt, gesessen, ganz allein, und ich kann sagen, es hat in mir in dem Augenblick, als ich ihn vor mir gesehen habe, ein peinliches Gefühl erweckt. Ich habe ihn außerordentlich gern und es war mir so ein plastisches Bild seiner Vereinsamung in der Partei, der Gegensätzlichkeit, in der er sich zu den älteren Genossen, die sich in dieser Konferenz versammelten, befindet. Und um diesen Eindruck, den das auf mich und auf die Versammlung gemacht hat, zu lösen, habe ich mich zu ihm gesetzt und habe ihm auseinandersetzen wollen, daß er diesen anderen Redakteur irrtümlich für den Verantwortlichen halte, sondern daß, wenn jemandem eine Verantwortung zufällt, sie auf dem Chefredakteur lasten muß, weil seine Entscheidung schließlich die letzte ist, die diese Angelegenheit in diesem Sinne erledigt hat, den Dr. Adler nicht für richtig hielt. Da habe ich einen so merkwürdigen Eindruck gehabt. Ich habe den Eindruck gehabt, daß, weil ich auch unter dem Eindruck der Sonntagskonferenz gestanden bin, wo ja viel schärfere Gegensätze darzulegen und zu entwickeln waren, die sich aber doch in ganz ruhiger und parteigenössischer Weise aufgelöst haben, plötzlich etwas über den Menschen gekommen ist. Ich kann nicht sagen, daß er so verstört war, ich meine, jeder mißt die Erregung eines anderen nach der Psyche seines eigenen Selbst. Wenn ich erregt bin, bin ich sehr leidenschaftlich, ich werde vielleicht heftig reden und meine Stimme sehr erheben. Das war nicht der Fall, sondern ich hatte den Eindruck, daß in den Mann irgendetwas hineingekommen wäre, ich kann sagen, daß ich den Eindruck hatte, daß er unter einer inneren Qual leide, daß etwas Fremdes in ihm ist; verstört wäre nicht einmal der richtige Ausdruck.

Am andern Tage, Samstag, war zufälligerweise im Parteisekretariat eine Besprechung der sozialdemokratischen Abgeordneten, wozu ich als Chefredakteur der „Arbeiterzeitung" manchmal geladen werde. Ich war vielleicht auch diesmal geladen, aber ich kam, da ich in der Nacht sehr spät arbeite, nicht so zeitlich hin. Ich bin hinuntergegangen. In der Konferenz habe ich Dr. Adler selbst nicht gesehen, sondern in seinem Zimmer oder im Vorzimmer. Wenn wir auch manche Gegensätze sachlicher Natur haben, habe ich doch immer den Eindruck gehabt, daß wir einander persönlich außerordentlich nahestehen und wir haben uns, selbst wenn wir uns nicht gesprochen haben, immer sehr warm gegrüßt. Namentlich bei Dr. Adler, der ein außerordentlich höflicher Mann und von feiner Sitte ist, war jede Abirrung von der gewöhnlichen Höflichkeit und gewöhnlichen Sitte auffällig. Da hat er mir mit dem Anschein einer ungewöhnlichen Verstörtheit einen kurzen Gruß zugerufen. Es war so, daß ich einen Augenblick das Gefühl gehabt habe, der Mann ist wegen gestern verstört. Es wäre die Möglichkeit, aus dem Umstande zu schließen, daß er vielleicht von mir verletzt sei, was ja überhaupt nicht der Fall ist, weil sachliche Gegensätze nicht auf das persönliche Verhältnis ausgedehnt werden dürfen. Die Verstörtheit ist mir natürlich in Erinnerung geblieben — es würde sich diese Erinnerung wahrscheinlich verflüchtigt haben, wenn nicht diese Tat eingetreten wäre —, weil jedes unscheinbare Detail sich ganz besonders scharf ins Bewußtsein prägt.

Präsident:

Persönliche Gegensätze sind infolge des Konfliktes, den Sie, Herr Zeuge, persönlich durch die Erwiderung auf den Artikel im „Kampf" gehabt haben, nicht vorhanden gewesen?

Zeuge Austerlitz:

Dieser Artikel in der „Arbeiterzeitung"?

Präsident:

Auch die Abwehr in der „Arbeiterzeitung" ist sehr scharf.

Zeuge Austerlitz:

Der Artikel in der „Arbeiterzeitung" ist an demselben Sonntag erschienen, an dem diese Konferenz stattfand. Der Artikel des „Kampf" ist — glaube ich — Freitag oder Samstag erschienen. Ich habe früher schon die Bürstenabzüge gesehen. Ich weiß nicht, ob Herr Präsident den Abwehrartikel kennen, den

ich Freitag abend geschrieben habe, aber bekannt geworden und namentlich Dr. Adler bekannt geworden ist er erst am Sonntag, an demselben Sonntag, an dem jene Konferenz stattfand, von der ich gesagt habe, daß sie trotz aller Auseinandersetzungen ganz harmonisch verlaufen ist. Dr. Adler ist ja ein leidenschaftlicher Freund von Diskussionen und obzwar ich ihn sehr heftig angegriffen habe, habe ich damals geglaubt — und ich glaube es heute noch —, daß er es für eine Besserung in unseren parteigenössischen Gewohnheiten ansah, daß man Gegensätze öffentlich darlegt. Es ist ganz außerhalb seiner Gewohnheit und seines Wesens, daß er sachliche Gegensätze auf die Person überträgt, ebensowenig wie er persönliche Gefühle gelten läßt, wenn sachliche Gegensätze obwalten.

Präsident:

Kann der Artikel in der „Arbeiterzeitung" als persönliche Ablehnung des Dr. Adler in der Partei gewertet werden?

Zeuge Austerlitz:

Man muß unterscheiden. Nachdem die Tätigkeit Dr. Adlers ein paar Tage später aufgehört hat, kann man heute nicht wissen, wie sich das entwickelt hätte. Der Artikel hat den Eindruck erzeugt und ist auch von der Anschauung ausgegangen, daß die spezifischen Auffassungen des Dr. Adler über Taktik und über Führung der Partei nicht diejenigen sind, die jetzt in der Partei beobachtet werden. Das würde nichts beweisen. Es könnten ja diese Auffassungen über die Partei richtig sein, wenn sie auch nach der Überzeugung des Verfassers des Abwehrartikels, nämlich nach meiner Überzeugung nicht diejenigen sind, die von den Massen als die entsprechenden erachtet werden. Es war nicht eine Ablehnung der Person, das war gewiß nicht der Fall, aber eine Ablehnung seiner Auffassung, eine sehr entschiedene Ablehnung.

Es hat mich nur frappiert — das muß ich aufrichtig sagen und das muß mit dem Vorgang in der Woche zusammenhängen — daß Dr. Adler, der sonst außerordentlich dazu neigte, zu antworten und jede Zeile, die über ihn geschrieben wird und die seiner Anschauung nicht entspricht, sofort mit einem Kommentar zu begleiten — ich habe erwartet, daß er mir eine Erwiederung für die „Arbeiterzeitung", zu der er das volle Recht gehabt hat, da ich ihm die Aufnahme gar nicht verweigern konnte, wenigstens ankündigen wird, die ganze Woche über die Geschichte als von der Tagesordnung seines Denkens ausgeschie-

den betrachtet hat. (Zeuge berichtet in weiterem auf Befragen Dr. Harpners eingehend über die Zensurverhältnisse.)

Präsident:

Ich bitte den Herrn Zeugen Ferdinand Skaret. (Nach Abgabe der Generalien.) Sie sind im Parteisekretariat?

Zeuge Skaret:

Ja.

Präsident:

Ich bitte dem Gerichte zu sagen, welche Wahrnehmungen Sie über eine Änderung in dem Benehmen und Auftreten des Dr. Adler seit Kriegsbeginn gemacht haben.

Zeuge Skaret:

Ich habe mit Dr. Adler durch 6 Jahre in einem Bureau täglich gearbeitet und er ist einer der liebenswürdigsten Kollegen im persönlichen Verkehr, den man sich denken kann. Die Dinge sind bis Kriegsausbruch sehr gut gegangen. Seit Kriegsausbruch sind öfter kleine Streitigkeiten parteimäßiger Art ausgebrochen, man diskutierte und ich führe das ausschließlich darauf zurück, daß Dr. Adler von jeher ein Bekämpfer jeder Ungerechtigkeit war und nachdem durch die Verfügungen des Ausnahmegesetzes Recht und Gesetz aufgehoben wurden, nachdem alle Tage ein Verfassungsbruch von denen begangen wurde, die die Verfassung beschworen haben, ist eine Art Gemütsveränderung in ihm vorgegangen.

Präsident:

Sie haben gesagt, er ist zusehends leidenschaftlicher geworden.

Zeuge Skaret:

Ja. Ungemein leidenschaftlich in der Vertretung seiner Auffassung.

Präsident:

Er hat sich dann auch von der Auffassung der Parteileitung getrennt?

Zeuge Skaret:

Er hat uns immer vorgeworfen, wir vertreten nicht den eigentlichen Sozialismus. (Der Zeuge berichtet in weiterem über die Versammlung am 20. Oktober und sein letztes Zusammensein mit dem Angeklagten am Vormittag des 21. Oktober.)

Präsident:

Ich unterbreche jetzt die Verhandlung bis morgen um 9 Uhr vormittag.

Schluß der Verhandlung 9,15 abends.

Zweiter Verhandlungstag.

Beginn der Verhandlung 9 Uhr vormittags.

Präsident:

Ich schreite nunmehr zur Durchführung der beantragten Verlesungen u. zw. sind in erster Linie jetzt an der Reihe jene Zeugenaussagen, die sich noch auf die Tat selbst beziehen. (Verliest die Aussagen der Zeugen Stockhammer, Marie Lochschmid, Dr. Philipp Ritter v. Gomperz, Raoul Charles Desalles, Hugo Löcker, Albrecht Pick, Gustav Baron Thavonet, Friedrich Graf Toggenburg, Franz Möller, Viktor Graf Attems-Heiligenkreuz, Gustav Schütz, Karl Fürich.)

Herr Dr. Adler, ich möchte Sie über einiges fragen. Sie haben die Zeugenaussagen gehört, die sich auf die Tat selbst beziehen.

Dr. Adler:

Ich möchte dazu bemerken, daß ich über die Einzelheiten dieser Zeugenaussagen vor dem Untersuchungsrichter genau vernommen wurde und sie richtig gestellt habe, soweit sie kleine Details betreffen. Da sich aber der Staatsanwalt in der Anklageschrift mit meiner Darstellung konform hält, habe ich keinen Grund, diese einzelnen Abweichungen vorzubringen. Seine Darstellung ist ja meiner vollkommen entsprechend.

Präsident:

Da ist vor allem die Pistole. Ist das die Waffe, mit der Sie das Attentat begangen haben?

Dr. Adler:

Ja.

Präsident:

Wann und wo haben Sie sich die Waffe angeschafft?

Dr. Adler:

Ich habe sie in Zürich gekauft u. zwar zu Ostern 1915.

Präsident:

Also schon in der Zeit, wo sie das erstemal . . .

Dr. Adler:

Wo ich das erstemal an das Attentat gedacht habe.

Präsident:

Haben Sie schon früher mit einer Waffe zu tun gehabt?

Dr. Adler:

Ich habe nie damit zu tun gehabt.

Präsident:

Haben Sie damit einen Versuch gemacht?

Dr. Adler:

Ich habe die Waffe in Zürich gekauft, weil ich wußte, daß in Österreich Brownings verboten sind und weil ich wußte, daß es eine leicht handliche Waffe ist und ich Gelegenheit hatte, mir sie zu kaufen. Ich fürchtete, daß ich in Österreich in einem Geschäfte auffallen und man mich erkennen könnte. Da ich gerade in Zürich war und die Gelegenheit hatte, habe ich die Waffe gekauft und mir im Geschäfte zeigen lassen, wie man sie benützt, ich bin ja gewöhnt, mit physikalischen Apparaten umzugehen und habe dort 3—4 Schüsse auf eine Scheibe abgegeben.

Präsident:

Sie haben dann auch schon mitgeteilt, daß Sie zu Mittag gegessen haben, vor allem, sich wieder in eine ruhige Stimmung zu bringen.

Dr. Adler:

Ja.

Präsident:

Sie haben auch die ruhigere Stimmung dadurch zu fördern getrachtet, daß Sie einen Aufsatz, den Sie bei sich hatten, nachgelesen hatten.

Dr. Adler:

Das war mehr, um nicht auffallend zu sein, weil ich so lange nach dem Zahlen sitzen blieb. Ich habe rasch gegessen und gleich bezahlt, weil ich geglaubt habe, er wird schon weggehen. Und nun wollte ich als normaler Gast irgendetwas machen und habe die Zeitung herausgenommen.

Präsident:

Und jetzt auf jenen Moment gewartet, der sich als der günstigste darstellt, um die Tat auszuführen. Da ist zuerst ein Hindernis aufgetaucht.

Dr. Adler:

Es war eine Dame hinter dem Tisch des Grafen Stürgkh. Es ist dort eine Säule, ein Durchgang zwischen Säule und Wand, durch den man durchschießen könnte und durch diesen Durchgang hat man sie durch gesehen und ich habe mir gesagt, wenn ich daneben schieße, ich weiß ja nicht, ob ich nicht zittere, könnte ich die Dame treffen und ich sagte mir, das kann ich nicht tun, das ist eine Gefährdung eines ganz Unschuldigen und das will ich nicht tun. Ich habe gewartet, was nun geschehen wird und war natürlich überzeugt, daß Stürgkh nicht so lange sitzen bleiben wird, sondern habe geglaubt, er wird aufstehen und an meinem Tisch vorbeikommen. Ich saß an dem Tische, der beim Ausgang war, er mußte vorbeikommen und ich dachte, wenn er vorbeikommt, werde ich schießen, obwohl ich den Gedanken hatte, wenn ein Mensch in Bewegung ist, ist die Situation nicht so einfach wie wenn er sitzt, aber die Dame war ein Hindernis, das auszuführen. Vielleicht hat dies auch eine Rolle gespielt, weil ich einen Vorwand wollte, um es noch hinauszuschieben. Dann kamen die zwei Herren, die ich nicht kannte und die sich zu Stürgkh hinsetzten. Das dauerte immer länger und ich wurde unruhig, weil ich mir sagte, schließlich wird man doch fragen, warum ich so lange sitze und ich habe mir gedacht: ich kann ja schließlich auf jemanden warten. Das könnte ja auch sein. Und dann ging die Dame weg, um 2 oder um ¼3 Uhr. Die Uhr des Hotels war gerade vor mir. Von dem Momente an sagte ich mir: Jetzt muß es geschehen. Und es kamen immer noch Kellner dazwischen, die den Grafen Stürgkh bedienten. Es bewegten sich immer Leute durch den Saal. Wer, weiß ich nicht mehr. Ich habe die Leute ja nicht gekannt, und habe den Moment erwartet, wo die Kellner nicht da sind. Da war ein Moment: der Kellner, der gestern als Zeuge dagewesen ist, hat zuletzt noch, daran erinnere ich mich, dem Grafen Stürgkh Likör eingeschenkt, den er den Herren gebracht hat. Ich weiß aus der Zeugenaussage, daß er gesagt hat: „Seinen Likör wolle er den Herren geben." Bei diesem Satz erinnere ich mich, daß das stattgefunden hat. Dann kam ein Moment, wo kein Kellner da war. Da gab es mir einen Ruck und ich sagte mir: Jetzt muß es geschehen. Wenn jetzt nicht, endlich muß es geschehen und ich bin vorgegangen.

Präsident:

Was haben Sie zu sagen auf die Darstellung über die Entfernung aus dem Saal mit der noch schußbereit gehaltenen Waffe?

Dr. Adler:

Es ist von den Leuten so aufgefaßt worden, als hätte ich auf andere Leute schießen wollen. Das war mir natürlich ganz ferne. So weit ich in diesem Momente Gedanken haben konnte und jetzt ihrer bewußt bin, so war es, daß ich eine gewisse Sorge für den Revolver gehabt habe. Es war eigentlich so: Es war eine Überraschung für mich, wie schnell die Automatik funktioniert hat, so daß viel Schüsse gefallen sind. Das war eine Überraschung für mich. Ich habe dort in dem Geschäft das Zielen immer nur so probiert, daß ich einzelne Schüsse in Zeitintervallen von Minuten abgegeben habe. Wie nun auf einmal die vielen Schüsse gefallen sind, war ich darüber etwas verblüfft, daß das so rasch geht. Nun habe ich eine gewisse Angst gehabt, es könnte — das war das Gefühl der Angst — es könnte noch einer losgehen und ich habe ihn so vor mich gehalten.

Präsident:

Sie haben mit voller Überlegung die Tat begangen und haben auch nach der Tat volle Überlegung gezeigt. Haben Sie sich nicht vergewissern wollen, daß Ihr Attentat auch den beabsichtigten Erfolg gehabt hat? Waren Sie überzeugt, daß die Schüsse den beabsichtigten Erfolg auch herbeigeführt haben? Waren Sie überzeugt, jetzt habe ich den Grafen Stürgkh erschossen?

Dr. Adler:

Ich sagte mir: ich habe das, was ich machen wollte, getan.

Präsident:

Sie haben das Gefühl gehabt, Ihren Zweck erreicht zu haben?

Dr. Adler:

Ja, aber ich habe nicht in dem Momente . . . ich weiß nicht, was die Frage bedeutet. Ich habe in dem Momente gar nicht daran gedacht.

Präsident:

Die Frage hat nichts besonderes zu bedeuten. Ich finde nur eine Lücke in Ihrem Gedankengang. Sie waren sich dessen vollständig bewußt, was Sie wollen, und haben unmittelbar darnach gezeigt, daß Sie sich über die Situation klar sind. Es fällt mir nur auf, daß Sie sagen, die Wirkung des Schusses hätten Sie nicht gewußt.

Dr. Adler:

Als ich im Saal noch war, die Schritte, die ich zum Ausgang zurücklegen mußte, war es mir nicht ganz klar. Auch in der

Voruntersuchung habe ich mir viel Mühe gegeben, konnte es aber nicht ganz herausbringen. Aber nach den Schüssen hat für mich nur eines eine Rolle gespielt, daß ich nicht von den Offizieren niedergehauen werde. Die ganzen Gedanken waren darauf konzentriert, auf nichts anderes.

Präsident:

Sie sind in die Lage gekommen, aus der nächsten Nähe Schüsse gegen den Grafen Stürgkh abzufeuern. Sie haben Blutspuren gesehen und der nächste Gedanke in der großen Erregung war, daß Sie sich eines Angriffes der anwesenden Offiziere rechtzeitig erwehren wollten.

Dr. Adler:

Ja.

Präsident:

Warum?

Dr. Adler:

Der Gedanke geht weiter zurück. Er war schon vor dem Attentate da. Es saßen in dem rückwärtigen Saal, also dort, wo die Dame gesessen ist, die ich nicht gefährden wollte, an einem Tische einige hohe Offiziere: ich glaube, es waren deutsche Offiziere. Und der Gedanke, die werden in dem Momente, wenn das geschieht, die Säbel ziehen und gegen mich losgehen, war vielleicht schon eine halbe Stunde früher da, und hatte auch eine Rolle gespielt unter den Umständen, insbesondere, daß Kellner nicht da waren, daß die Herren Zeitungen gelesen haben und beschäftigt waren, unmittelbar vor dem Attentat. Aber dieser Gedanke hat mich dann vollständig beherrscht. Und ganz klar erinnere ich mich, daß das die entscheidende Rolle gespielt hat, wie ich im Vorraum war, von den Menschen umringt war und mir gesagt habe: jetzt muß ich mich ganz zusammennehmen. Beim Haar gepackt hat mich niemand. Am Kragen bin ich stark gewürgt worden. An der Hand ist nichts geschehen. Dann hat man mir die Brille heruntergerissen und über mir war ein Säbel. Da habe ich gerufen: Ich bin Dr. Adler, ich stelle mich dem Gericht. Ich wollte durch diesen Ruf auf die Leute Eindruck machen und habe durch lange Zeit geglaubt, die Wirkung kam daher, daß ich diesen Eindruck wirklich gemacht habe, und bin erst in der Voruntersuchung zur Überzeugung gekommen, daß es nicht daher gerührt hat, daß ich befreit worden bin. Auf einmal war ich nämlich frei. Alle Leute, die mich umringt hatten, waren weg und mein Gedanke

war, daß habe ich dadurch bewirkt, daß ich die Leute angeschrien habe. Es war aber nicht deswegen, sondern darum, weil der Revolver losgegangen war und daraufhin sind die Leute zerstoben und ich war frei.

Verteidiger Dr. Harpner:

Warum haben Sie gefürchtet, daß es um Ihr Leben ging? Was war der Gedanke, daß Sie eine Lynchjustiz abwehren wollten?

Dr. Adler:

Ich kann nicht sagen, daß ich einen besonderen Gedanken hatte. Ich halte es für sehr natürlich, daß man, wenn man physisch bedroht ist, sich dem entziehen will. Es war eigentlich eine Reflexbewegung.

Präsident:

Sie haben später in der Voruntersuchung eine Erklärung gegeben, daß Sie schon damals die Idee gehabt hätten, vor der Ausübung des Attentates müßte das geschehen und es wurde von Ihnen dargestellt, daß Sie mit Ihrem Leben abgeschlossen hätten, Sie aber noch nach der Tat den Prozeß erleben wollten.

Dr. Adler:

Ja.

Präsident:

Jetzt bitte, die heutige Erklärung ist eigentlich, ich glaube sagen zu dürfen, die natürlichere.

Dr. Adler:

Mir ist der Widerspruch noch nicht klar.

Präsident:

Sie haben in der Untersuchung gesagt, daß Sie Ihr Leben behalten wollten nach der Tat, obwohl Sie gewußt haben, daß Sie damit abgeschlossen haben, aber Sie wollten es so lange noch behalten, bis Sie in der Lage waren, den gegen Sie zu führenden Prozeß selber mitzumachen. Jetzt haben Sie gesagt, es ist eine Reflexbewegung, ich habe das Attentat verübt, ich wußte, daß ich damit abgeschlossen habe, wenn ich dieses Attentat verübe, aber daß Sie dann nach der Tat eigentlich mehr in der Reflexbewegung gehandelt haben, sich selber einer Gefährdung Ihres Lebens zu entziehen, wie Sie jetzt gesagt haben.

Dr. Adler:

Dieser Ausspruch in erster Linie bezüglich dessen, daß ich die Verhandlung erleben will, ist nach meiner Erinnerung gesagt

worden zuerst zu den Wachen. Im Laufe der ganzen Zeit nämlich, die ich schon bei der Polizei in Haft gewesen bin, hat man alle möglichen Vorkehrungen gemacht, hat Wachleute die ganze Nacht bei mir in der Zelle sitzen lassen und ich habe den Leuten immer gesagt: Was wollt Ihr, Ihr werdet doch nicht glauben, daß ich einen Selbstmordversuch begehe, ich will doch zur Verhandlung kommen. Das war schon in der Direktionskanzlei des Hotels, wo ich eine Stunde gesessen bin. Da ist auf einmal der Baron Gorup gekommen, der sehr aufgeregt war und plötzlich, was mir aufgefallen ist, gesagt hat, man solle mir die Krawatte und alles wegnehmen. Ich hatte bei mir einen kleinen Behälter, wo ich immer Erfrischungsbonbons für meine Reden hatte und ich meinte zu dem Polizeimann: Das könnte mir doch gelassen werden, und Baron Gorup sagte: Gerade das nicht. Da meinte ich: Warum gerade das nicht? und da ist mir zum erstenmal eingefallen, er glaube, es ist Gift in diesen Bonbons.

Präsident:

Also ist diese Erklärung in Ihrem Protokoll eigentlich damit in Zusammenhang zu bringen und nicht mit dem vor der Tat schon aufgestellten Programm.

Irrtümer in den Polizeiakten.

Präsident:

Ich werde jetzt die Daten anschließen, die mit der Tat unmittelbar nicht zusammenhängen. Da ist in erster Linie beantragt die Verlesung der Zuschrift der Polizei. Ich könnte mich vielleicht auf die Konstatierung beschränken, das die Mitteilungen, die in dem Polizeiakt enthalten sind, sich vollständig decken mit dem, was die Zeugenaussagen später bestätigt haben und mit dem, was der Angeklagte über seine Intentionen, über den Werdegang seines Planes angegeben hat.

Dr. Adler:

Es handelt sich um die Frage, wie ich von Zürich weggegangen und nach Wien gekommen bin.

Präsident:

Im Jahre 1911?

Dr. Adler:

Ja. Es stützt sich auch das Gutachten der Fakultät darin auf den Polizeiakt. Es sagt die Anklage: „Ob er seine Absicht,

eine Professur am Polytechnikum in Zürich zu erlangen, freiwillig oder gezwungen fallen ließ, ob Streitigkeiten, in die er als Schriftleiter eines Züricher Blattes — des „Volksrecht" — verwickelt wurde, für seine Rückkehr nach Österreich bestimmend wirkten, mag unerörtert bleiben." Ich war, wie ich die Anklageschrift gelesen habe, ganz verblüfft, was das zu bedeuten habe; ich habe absolut nicht begriffen, woher das kommt, weil mir der Akt nicht zugänglich war. Und als das zweitemal die Herren von der Fakultät kamen und mich fragten, was ist mit dem Dr. Brupbacher, habe ich absolut nicht verstanden, um was es sich handelt. Und schließlich bin ich darauf gekommen, es stammt aus dem Polizeiakt, u. zw. habe ich es durch Hofrat Wagner erfahren und habe ihm gesagt: „dann ist es ja begreiflich, daß es falsch ist." Ich konnte es mir aber auch noch nicht erklären. Später habe ich mir rekonstruiert, woher die Sache kam. Ich möchte das doch richtig stellen, weil ev. später falsche Schlüsse über meine Entwicklung gezogen werden könnten.

Es ist 1. falsch, daß ich jemals eine Professur am Polytechnikum in Zürich angestrebt habe. Es war eine Professur an der Universität in Zürich in Frage. Und ich bin nie gezwungen weggegangen. Im Gegenteil, die Professoren der Universität in Zürich waren seit meiner Studienzeit immer sehr freundlich mit mir und ich durfte neben der Chefredaktion des Tagblattes die Dozentur beibehalten. Diese ganze Sache fällt also weg.

Dagegen war mir die 2. Sache mit dem Schriftleiter lange Zeit ganz unbegreiflich. Ich hielt es erst für ein Mißverständnis, wie man darauf kommt, und dann ist mir endlich im Laufe der Zeit eingefallen, woher diese falsche Information der Polizei kam. Ich hatte nämlich in Zürich einen alten Freund, der mich schon als sechsjähriges Kind gekannt hat, der dort gegenwärtig eine hohe Position bekleidet, aber in seiner Jugend unter dem deutschen Sozialistengesetz aus Deutschland flüchten mußte, ursprünglich ein Deutscher gewesen ist und noch immer einen sehr starken Haß gegen die politische Polizei in sich bewahrt hat, aber in Zürich als Amtsperson eine Autorität ist. Zu dem ist ein Polizist gekommen in dem Moment, wo in der Zeitung publiziert wurde, ich sei nach Wien berufen worden, und sagte, er möchte eine Auskunft haben. Er hat es mir dann erzählt und gesagt, er habe dem Polizisten einen rechten Bären darüber aufgebunden, wie ich mit den Anarchisten in Konflikt gekommen sei. Ich habe gesagt, das wird ja nie eine Rolle spielen,

ich möchte nur sachlich konstatieren, daß es unwahr ist, daß Brupbacher je in der Redaktion des Volksrecht war, daß er jemals dorthin zurückgekehrt ist, daß sich der Parteivorstand in einem Konflikt auf seine Seite gestellt hätte. Die ganze Erzählung dieses Konfliktes ist vollständig unrichtig.

Präsident:

Sie sind aber aus der Redaktion des „Volksrecht" dann ausgeschieden?

Dr. Adler:

Nein, sondern der Vorgang war folgender: Ich bin in die Redaktion berufen worden, wie ich noch Dozent war, weil der Redakteur nach Deutschland gegangen ist, und ich war 1½ Jahre dort und habe mir im Laufe dieser 1½ Jahre wirklich eine sehr gute Position geschaffen. Dann kam die Wahlbewegung in Österreich im Jahre 1911 und da schrieb der Parteivorstand von Wien, u. zw. Abg. Seitz, an den Züricher Parteivorstand einen Brief, sie brauchten mich in Wien, u. zw. möchten sie mich wegen der ausgeschriebenen Wahlen für die Vorbereitungsarbeiten dieser Wahl gleich haben. Er hat die Bitte gestellt, ob es möglich gemacht werden kann, daß ich gleich hinüberkomme ohne die statutarische Kündigungsfrist von 3 Monaten. Da hat man sich Mühe gegeben, einen andern Redakteur aus Deutschland zu bekommen. Ich habe selber mit ihm gesprochen und es wurde möglich, daß der Posten besetzt wird.

Präsident:

Also nicht aus Gründen, die mit irgendwelchen Streitigkeiten zusammenhängen.

Dr. Adler:

Gar nicht. Die Lage war vollkommen umgekehrt.

Befunde und Gutachten.

Es findet die Verlesung des Obduktionsergebnisses, der Zeugenaussage der Frau Irene Fernandez, die neben dem Tisch des Grafen Stürgkh gesessen ist, das Gutachten der Sachverständigen im Schießfach, der Krankengeschichten von Verwandten des Angeklagten statt.

Briefe Friedrich Adlers.

Präsident:

Dann ist in diesem Zusammenhange vielleicht auch die Verlesung der verschiedenen Briefe tunlich. Die würde ich vielleicht gleich jetzt zur Verlesung bringen. Es sind das Briefe des Angeklagten, die er an seine Frau ud an die Eltern aus der Untersuchungshaft geschrieben hat. Die Briefe sind expediert, es sind nur die Abschriften zurückbehalten. Zunächst an Frau Dr. Kathia Adler. Der Brief ist datiert vom 28. Oktober 1916 (liest).

„Meine liebe Kathinka!

Endlich bin ich im Besitze von Bleistift und Papier und der erste Brief, den ich schreiben darf, ist natürlich an Dich. Daß ich viel an Dich, die Kinder, Mama und alle in Zürich denke, weißt Du ja ohnehin. Heute vor allem nur die Mitteilung, daß es mir in jeder Beziehung gut geht. Ich vertrage den Aufenthalt über alles Erwarten gut, bin physisch vollkommen in Ordnung, bei bestem Appetit, habe mich gründlich ausgeschlafen und schlafe weiter, wie in den besten Zeiten. Meine Herzgeschichten, zu Deiner besonderen Beruhigung, überhaupt nicht bemerkbar, mein psychischer Zustand mindestens ebenso gut. Von irgendwelcher Nervosität keinerlei Andeutung, im Gegenteil, ein Zustand der Seelenruhe und des Zufriedenseins, wie ich ihn überhaupt selten, aber sicher niemals während des Krieges hatte. Ich lese mit größtem Genuß Riehls „Der philosophische Kritizismus", was ich mir schon lange für einen Moment der Ruhe aufgespart habe. Du solltest es auch einmal lesen. Daneben Faust, Hamlet, etwas Romane, so daß ich die Zeitungen, die ich seit einer Woche nicht zu Gesicht bekommen habe, ganz gut entbehren kann. Vater war zweimal und gestern mit Mutter da. Er ist etwas verblüfft, daß ich so gar nicht die Contenance verloren habe und sogar zu Scherzen aufgelegt bin. Ich glaube, Du könntest mich besser verstehen, wie ich ja sicher bin, daß Du mich auch in diesem ganzen Falle verstehst und die alles Verstehende geblieben bist, die Du mir immer warst und bleibst. Deine Grüße habe ich erhalten und mich sehr gefreut, daß wir so rasch voneinander erfahren haben. Über die Sache selbst, wegen der ich hier bin, darf ich nicht schreiben. Natürlich würde ich Dich ebenso gerne sehen, wie Du mich, aber ich bitte Dich inständigst, das in aller Ruhe und Nüchternheit zu überlegen. Jetzt scheint Dir nur wichtig, hier

bei mir zu sein, aber wenn Du da sein wirst, wirst Du in Sorge um die Kinder kommen. Hieher mit Deinem Passe zu kommen, hat keine Schwierigkeit. Aber Du wirst, weil Du ehemals Ausländerin warst, nach den neuen Bestimmungen, solange der Krieg dauert, keinen Paß zur Rückreise erhalten. Daß man jetzt für meine Frau eine Ausnahme machen würde, liegt außer dem Bereich des Wahrscheinlichen. Also gedulde Dich vorläufig. Mindestens die nächsten sechs bis acht Wochen geht alles so ruhig weiter wie jetzt. Es dürfen mich nur Verwandte besuchen und habe daher nur Besuch von den Eltern. Ich würde Dich ja riesig gerne sehen, aber wir müssen vernünftig sein und den Kopf oben behalten. Küsse die Kinder, denen ich auch bald schreiben werde, grüße herzlichst Mama und grüße alle Freunde und Bekannten und sei herzlichst geküßt

von Deinem Fritz.

Sowie ein Brief vom 11. November an Frau Emma Adler. (Liest.)

„An Frau Emma Adler. 11. November 1916.

Liebe Mutter!

Gestern als Du zu Besuch hier warst, hatte ich wieder den Eindruck, daß Du meine ganze Lage und alles, was mich betrifft, vollständig anders ansieht, als es tatsächlich ist. Ich darf ja leider über den Fall selbst gar nichts sagen und muß mich also in Geduld fassen bis zu dem Moment, wo ich klar machen kann, was tatsächlich gewesen ist. Aber über mich persönlich kann ich heute schon reden, wenn ich natürlich auch geniert bin — obwohl ich gar nichts zu verheimlichen habe — da dritte es lesen. Du siehst mich so unglücklich an, wie ich es nicht bin und niemals in meinem Leben war. Mein Leben hätte natürlich auch einen ganz anderen Verlauf nehmen können, aber ich bin mit dem, wie es geworden, auch nicht im Entferntesten unzufrieden. Mir kam es niemals auf die Dauer, sondern immer nur auf den Inhalt des Lebens an. Und ich bin mit meiner Art, wie ich mein Leben konsumiert habe, vollständig zufrieden. Natürlich liegt es nahe, zu denken, was unter anderen Umständen aus diesem Leben geworden wäre. Aber man kann eben nur ein Leben führen und muß sich manchmal entscheiden. Ich hätte vielleicht recht Ersprießliches in der Erkenntnistheorie leisten können und mir ist ganz klar, daß diese Wissenschaft mein ganzes Leben hätte erfüllen

können und mich das ganze Leben glücklich machen. Ich fühlte aber als höchste Pflicht, in der Bewegung mitzuarbeiten, und habe mit vollkommen klarem Bewußtsein vor sechs Jahren meine wissenschaftliche Tätigkeit geopfert. Ich war und bin der Überzeugung, daß alles, was da zutage zu fördern ist — so faszinierend es für den Forscher ist — Zeit hat, um in einer späteren, glücklicheren Gesellschaft klargestellt und entdeckt zu werden. Dieses „Opfer" meiner rein wissenschaftlichen Interessen will nun keineswegs sagen, daß ich meine Parteiarbeit als „Pflicht" getragen oder mich dabei nicht glücklich gefühlt hätte. Im Gegenteil, ich war mit aller Leidenschaft und Begeisterung bei meiner Arbeit und war stets froh, arbeiten zu können. Ebenso wie die Wissenschaft hätte auch die Politik mein ganzes Leben und ein langes Leben erfüllen können, ein Leben, mit dem ich zufrieden gewesen wäre. Nun hat sich die Situation anders gestaltet und ich werde ein kürzeres Leben haben aber ein v o l l e s Leben, eines, mit dem ich g a n z zufrieden bin. Doch es waren mannigfaltige Möglichkeiten, dieses mein Leben glücklich zu erfüllen. Alle Möglichkeiten kann man nicht erleben, aber die ich erlebt habe, mit der bin ich restlos zufrieden. Ich war nie ein „unglücklicher" Mensch, sondern die Worte des Lynkeus „Ihr glücklichen Augen, was je ihr gesehn, es sei wie es wolle, es war doch so schön", waren mir immer lebendigste Wirklichkeit. Ich habe vieles Harte im Leben mitgemacht und eigentlich seit wir Kinder hatten, stand das Leben immer auf der Schneide, wußte ich nie, wie ich über die nächste materielle oder psychologische Klippe hinwegkommen werde, hielt ich immer ein Scheitern meines Lebens für möglich. Aber ich wußte auch immer, daß ich nie um Haaresbreite vom Wege meiner Lebensaufgabe, wie ich sie verstand, abgehen, sondern immer die bestmöglichsten Bedingungen für sie suchen werde. Und was auch immer während aller dieser Jahre geschehen ist, in letzter Instanz war ich i m m e r z u f r i e d e n, weil ich immer wußte, es sei das Beste, was möglich ist. Es ist ziemlich überflüssig zu fragen, was gewesen wäre, „wenn nicht . . .", aber ich weiß überhaupt nicht viel, von dem ich wünschte, daß es nicht geschehen wäre So viel Kümmernis auch vieles mit sich brachte, so war doch das Gute immer so überwiegend, daß ich es nicht ungeschehen wissen möchte. So auch in allen meinen persönlichen Beziehungen. Ich kann mir kaum etwas davon wegdenken und ich möchte kaum etwas missen, weil

alles Schwere doch immer mit viel mehr Schönem verbunden war. So vor allem auch mit Kathia. Was auch Schweres später gekommen ist, so war sie doch das Höchste, was ich erlebt, das ich mir nicht aus meinem Leben wegdenken kann und nie einen Augenblick hatte, wo ich wollen hätte, es wäre nicht gewesen. Sie war mir so viel, wie ein Mensch einem andern überhaupt sein kann, und auch heute verstehen wir einander in den wichtigsten Dingen vollkommen.

Du bist bei Deinen Erklärungen ja immer mit der Pathologie schnell bei der Hand und ich sehe auch jetzt wieder aus einzelnen Deiner Andeutungen, daß Du nach solchen Erklärungen suchst. Darüber gibt es ja keinen Streit, aber ich hoffe, daß dann die Zeit kommt, wo Du mich als gesunden Menschen begreifen wirst. Die Rücksicht auf die mir Nahestehenden habe ich nie als einen Faktor bei der Verwirklichung meiner Lebenspläne anerkannt, ja ich hätte eine solche Rücksicht immer als unmoralisch empfunden. Ich glaube auch nicht, einen Eingriff in das Leben derjenigen, die mich gerne haben, begangen zu haben, der sich nicht rechtfertigen ließe. Ich wenigstens habe nicht das leiseste Symptom von Reue. Das bedeutet aber nicht, daß ich nicht Dein Schicksal schmerzlich empfinde. Ich habe Dich gerade in den letzten zwei Jahren besser verstehen gelernt als jemals früher und habe Dich so lieb gehabt wie nur je, wenn Du es auch bei meinem rauhen Äußeren nicht immer sehen konntest. Ich weiß auch nur zu gut, daß Du namenlos Schweres in jeder Beziehung zu tragen hast. Aber ich kann Dich gerade um meinetwillen nicht bedauern. „Des Menschen Wille ist sein Himmelreich", sagen die Leute und sie haben nicht unrecht. Wem es nach seinem Willen geht, ob er nun lebt oder stirbt, ist nicht zu bedauern. Im Gegenteil. Es geht ja in dieser Zeit den meisten Müttern schlimm mit ihren Söhnen. Aber diejenigen, deren Söhne nach e i g e n e m Willen, nach e i g e n e r Überzeugung in den Krieg gehen, die sind doch weit weniger zu bedauern, — auch wenn die Söhne fallen — als diejenigen der Söhne, die das Opfer werden, ohne zu wissen wofür und wozu. Das Leben ist der Güter höchstes nicht, das war mir immer ernste Überzeugung. Und das Am-Leben-Kleben war mir immer direkt unsympathisch, und daher ist meine Stimmung jetzt keine gedrückte oder gar pathologische, sondern ganz echt. Ernst leben und heiter sterben ist alles, was man einem Menschen überhaupt wünschen kann. Dieses Schicksal

habe ich in reichem Maße und daher fehlt jeder Grund, mich zu bedauern oder traurig zu sein. Im Gegenteil, das einzige, was ich von allen, die mich gerne haben, wünschen würde, ist, daß sie mein Schicksal mit Ruhe und Festigkeit, ohne Sentimentalität und Übertreibung irgendwelcher Art ansehen; so wie ich. Ich weiß, daß das zu verlangen gerade von Dir am allerschwersten ist. Aber trotzdem bittet Dich darum Dein Dich liebender Sohn Fritz."

Die Vertrauensmännerversammlung am 20. Oktober 1916.

Der Präsident verliest das Protokoll über die Aussage der Abgeordneten Seitz, Dr. Ellenbogen und Winter.

In dem Protokoll Seitz heißt es unter anderem: „Ich kam zur Vertrauensmänner-Versammlung am 20. Oktober 1916 erst um ½9 Uhr in das Eisenbahnerheim, wo Adler einen Antrag wegen Einsetzung einer Pressekommission einbrachte, in leidenschaftlicher Form, die sich steigerte, als er in einer ihm sonst fremden Art persönlich wurde und über Leuthners Vorgehen als Stellvertreter des Chefredakteurs Austerlitz berichtete, der einen Gegenartikel Adlers gegen einen bürgerlichen Verfasser, der gegen den verstorbenen Gustav Eckstein polemisiert hatte, deshalb zurückgewiesen habe, weil er ein Interesse hatte (wie Adler deutlich erkennbar durchleuchten ließ), jenen Autor nicht zu verstimmen.

Im Verlauf der scharfen Auseinandersetzungen, in denen ich ihm vorwarf, daß er sich diese Angelegenheit aufs Eis gelegt habe bis zur heutigen Versammlung, fiel Winters Zwischenruf „Parteiverderber", worauf Adler nicht reagierte.

Am nächsten Vormittag traf ich Adler im Parteisekretariat und sagte ihm: „Das war verrückt von Ihnen," worauf Adler bloß sagte: „Darüber werden wir noch reden."

Abgeordneter Dr. Ellenbogen gibt in seinem Protokoll an, für ihn sei das Verhalten Dr. Adlers in jener Vertrauensmänner-Versammlung so auffallend gewesen, daß er sagte: Ich begreife den Fritz nicht. Völlig ungewöhnlich war die Form, in der er sprach, und seine Leidenschaftlichkeit. Während ihn sonst stets eine gewisse, bis zur Selbstaufopferung sich steigernde Selbstlosigkeit auszeichnete und seine eigene Person in den Hintergrund stellte, war jetzt eine sehr leidenschaftliche Parteinahme

da, daß er sich soweit hinreißen ließ, so schwere Anschuldigungen gegen Leuthner zu erheben, die diffamierend waren. Auch die Art, wie er es tat, war merkwürdig. Seine Aufregung war derart, daß sie auch seinen eigenen Parteifreunden auffiel.

Abgeordneter Max Winter findet, daß die Art, wie Dr. Adler seinen Antrag motivierte, so war wie nie. Ganz besonders auffallend und ungewohnt war, obwohl sich die Erregung Adlers seit Kriegsausbruch immer mehr gesteigert hatte, die Leidenschaftlichkeit des Ausdrucks. Die Beschuldigungen gegen Leuthner, als habe dieser sich aus Gründen persönlichen Vorteils eines bürgerlichen Redakteurs angenommen, machte auf ihn den Eindruck der Verleumdung. Mit seinem Zuruf „Parteiverderber" wollte er bewirken, daß Adler seine Beschuldigung entweder beweise oder zurücknehme. Viele äußerten sich, daß Dr. Adler in der Partei nicht bleiben könne.

Dr. Adler:

Ich habe in der Voruntersuchung die einzelnen Angaben des Abg. Seitz richtiggestellt, der sich nicht richtig an die ganze Sachlage erinnert und es ist, da diese Versammlung eine wesentliche Rolle auch im Fakultätsgutachten spielt, mir doch wichtig, diesen ganzen Tatbestand klarzulegen. Es ist vor allem nicht richtig, daß ich in jener Versammlung einen Antrag überreicht habe, wie der Abg. Seitz behauptet, es beruht das auf einer Unkenntnis, die darauf zurückzuführen ist, daß, wie der Zeuge Austerlitz gestern ausgeführt hat, diese Versammlung eine Fortsetzung der Versammlung gewesen ist, die am Sonntag vorher stattgefunden hat. In jener Versammlung war Seitz am Sonntag nachmittag nicht anwesend und wußte deshalb nicht, was dort vorgegangen war und daß ich den Antrag in jener Versammlung am Sonntag schon überreichte und nicht in der Versammlung am Freitag, so daß diese ganze Darstellung des Abg. Seitz auf einer nicht richtigen Erinnerung von ihm beruht. Es ist auch nicht richtig — um diese Kleinigkeit voranzunehmen —, daß er am nächsten Morgen, als er mich sah, mir gesagt haben soll: „Was Sie getan haben, war geradezu verrückt!", worauf ich antwortete: „Darüber werden wir noch zu sprechen haben". Nach meiner Erinnerung hat er zu mir gesagt: „No, was habens gestern wieder gehabt!" Das Wort „verrückt" ist nicht gefallen und ich habe geantwortet: „Darüber wäre sehr viel zu sagen" und ich habe in Erinnerung, daß ich nur das Gespräch abschneiden wollte und es sich sonst um

nichts gehandelt hat. Da die Frage dieser Versammlung durch irgendein Mißverständnis hier eine besondere Rolle spielt, bin ich gezwungen, sie ganz klarzulegen. Und zwar habe ich zu unterscheiden meinen Antrag bezüglich der Preßkommission, der zur Debatte stand, und jenen Fall Leuthner, von dem die Rede ist. Ich möchte bemerken, daß diese Sache keineswegs plötzlich gekommen ist, sondern daß jener Sitzung vom Sonntag vor dem Attentat, der ersten Vertrauensmänner-Versammlung, in dem Verein „Karl Marx", dessen Vorsitzender ich war, der meine engeren Parteigenossen in sich vereinigte und etwa 120 Mitglieder hatte, eine Diskussion von etwa vier Abenden nach meiner Erinnerung vorangegangen ist über die „Arbeiterzeitung", zu der der Chefredakteur Austerlitz von uns ausdrücklich eingeladen war. Er hatte auch die Freundlichkeit zu kommen, um über die Politik der „Arbeiterzeitung" zu sprechen. Diese Diskussion hat sich durch vier Abende sehr erregt abgespielt. Austerlitz hat etwa fünf Stunden gesprochen, von uns wurde ebenso lange gesprochen, geendet hat die Versammlung mit der einstimmigen Annahme einer Resolution, in der der Arbeiterzeitung das schärfste Mißtrauen ausgesprochen wurde. Es wurde gesagt — ich will das nicht im einzelnen anführen —, daß in der Arbeiterzeitung drei politische Richtungen nebeneinander und gegeneinander sind, so daß jeder Leser konfus werden muß, eine deutschnationale von Herrn Leuthner, eine schwarzgelbe von Herrn Renner und eine pazifistische von Austerlitz. Diese Resolution enthielt den Auftrag, daß die Mitglieder des Vereins, worunter insbesondere der Vorstand gemeint war, in der künftigen Vertrauensmänner-Versammlung, die am Sonntag stattfinden sollte, diese Resolution vertreten und die Einsetzung einer Preßkommission beantragen sollten. Und zwar eine Preßkommission, wie sie in Deutschland üblich ist und wie sie in Österreich, was mit der Parteigeschichte, die ich nicht aufrollen will, zusammenhängt, nicht besteht. Wir wollten also, daß eine Instanz geschaffen werde, die sich speziell mit den Preßangelegenheiten befaßt, weil der Parteivorstand dazu nicht die Zeit hat. Diesen Antrag, die Preßkommission einzusetzen, resp. den Landesparteivorstand zu ersuchen, diese Frage zu prüfen, habe ich in der Sitzung vom Sonntag gestellt, von der gestern der Zeuge Austerlitz erzählt hat und ich habe nicht gedacht, daß der Antrag irgendwelche Schwierigkeiten hat, weil er rein formaler Art war, die Wieder-

erneuerung der schon vor dem Kriege unternommenen Bemühungen, eine solche Preßkommission zu schaffen. Das war die Form, in der wir den Tadel an die Arbeiterzeitung ausgesprochen haben. Die Situation am Sonntag war nun so: Ich habe sehr lange gesprochen und Austerlitz ebenso lange. Es wurde sehr spät, man hat plötzlich ganz unerwarteterweise die Verhandlung abgebrochen, sie auf jenen Freitag vertagt und es kam nicht zur Abstimmung über jenen Antrag. Ich war nun überzeugt, daß man in der Freitag-Versammlung auf diesen Antrag nicht mehr zu sprechen kommen werde und daß die Sache erledigt ist. Wie ich auch schon in der Voruntersuchung gesagt habe, bin ich, obwohl ich andere Sorgen hatte, da ich mit dem Attentat beschäftigt war, nur deshalb in die Versammlung gegangen, weil ich nicht wollte, daß es auffalle, wenn ich fehle. Ich hatte ja den Antrag gestellt, und da man gewöhnt war, daß ich bei jeder solchen Sitzung der Wiener Vertrauensmänner anwesend bin, wäre es auffällig gewesen, wenn in meiner Abwesenheit über einen Antrag von mir abgestimmt wird. Ich war überzeugt, daß er angenommen und ohne weiteres erledigt werden wird. Nun ist zunächst durch jene Herren, die in der ersten Versammlung nicht bis zum Schluß ausgeharrt hatten und nicht wußten, was vorgegangen war, plötzlich der Eindruck entstanden, wie wir bei den Zeugen sehen, es sei ein neuer Antrag. Der Vorsitzende hat ihn nicht richtig vorgelesen. Er hat gesagt: da ist ein Antrag Friedrich Adlers, anstatt darauf zu verweisen, daß es der alte Antrag sei. Und nun hat Abg. Skaret eine äußerst heftige Rede gegen diesen formalen Antrag gehalten. Der Gegensatz, der in der Partei über die Preßkommission bestand, ist nun plötzlich in unerwarteter Weise mit aller Heftigkeit zum Ausdruck gekommen. Ich kam nun zum Wort und habe mir überlegt, ob ich den Fall Leuthner vorbringen soll. Ich habe mich gefragt: Soll ich das tun? Und es hat auch der Gedanke eine Rolle gespielt, daß ich das letztemal davon reden kann. Sonst wird überhaupt nicht mehr davon gesprochen. Ich erinnere mich noch, daß ich während des Redens — ich habe zuerst meine Ansicht bezüglich der Preßkommission entwickelt und dargelegt, daß alle Meinungen falsch sind, die von Skaret vorgebracht wurden, daß ich gar nicht einen Überfall mache, wie man gesagt hat, sondern daß das nur eine alte Anregung ist — und während des Redens habe ich mir überlegt: soll ich oder soll ich nicht? Dann ist, das ist wenig-

stens meine Erinnerung, ein Zwischenruf gemacht worden. Da bin ich aufgepulvert worden und habe diesen sehr scharfen Angriff gegen die Arbeiterzeitung gemacht. So kam es zu der Rede in der Versammlung, in der ich nicht sprechen wollte, in der ich aber natürlich meinen Akt über die Frage „Presse" mit hatte, man geht ja nicht in eine Versammlung ohne das zur Tagesordnung gehörige Material, ich hatte also das ganze Material über die Arbeiterzeitung mit. Es wurde nämlich von Austerlitz in der Voruntersuchung und auch hier gesagt: wie hat er plötzlich den Fall Leuthner vorgebracht? Es war der rein mechanische Grund: ich hatte meine Akten bei mir. Ich muß das auch erwähnen mit Rücksicht auf dasjenige, was Austerlitz gesagt hat, daß er mir Freitag mittag in einem Gespräch, wo wir über Stürgkh gesprochen haben, auch hingeworfen hat, daß er nicht zur Versammlung kommt und daher verwundert war, daß ich das vorgebracht habe, ohne ihn vorher zu verständigen. Aus meiner Darstellung geht hervor, daß ich mittag nicht daran denken konnte, daß dies zur Verhandlung kommen wird. Es war die Folge eines plötzlichen Entschlusses, den ich gefaßt hatte, die Sache dort vorzubringen. Ich möchte den Verhandlungsgang noch weiter skizzieren, weil dann dieser Zwischenruf kommt. Der Abg. Seitz hat mir in sehr demagogischer Weise geantwortet und Austerlitz wurde telephonisch geholt, hat den Fall dargelegt und da fiel vom Abg. Winter der Zwischenruf: „Parteiverderber" oder „Parteischädling"! Nun wurde von den Zeugen angegeben, ich hätte „darauf nur ein paar Worte gestammelt". Kurz, es kommt bezüglich meiner geistigen Fähigkeiten in diesem Momente ein Zweifel zum Ausdruck. Ich möchte die Herren Zeugen erinnern, daß ihr Erinnerungsvermögen einen viel stärkeren Defekt hat, als ich einen damals haben konnte, weil sie sich nicht erinnern, daß nach der Rede Austerlitz' in jener Versammlung ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt, der Antrag angenommen wurde und ich nicht mehr zu der Sache reden und nur sagen konnte, was ich in der Form einiger persönlicher Bemerkungen vorbringen konnte. Ich gebe zu, daß ich außerordentlich aufgeregt war und es mir nicht gelungen ist, herauszubringen, was in kurzem zu sagen war. Das ist mir nicht gelungen, ich weiß es gut, aber ich war bemüßigt, die Form der persönlichen Berichtigung nach parlamentarischem Geschäftsgang zu wählen, die kompliziert ist, da ich rasch das in persönliche Form bringen mußte, was sachlich zu sagen notwendig war.

Die Darstellung, die die Zeugen von der Versammlung geben, ist nach meiner Erinnerung also eine verfehlte.

Ich bin nun gezwungen, auf jenen Fall einzugehen, von dem die Rede ist, jenen Fall Leuthner, weil er nicht so, wie die Zeugen sagen, etwas Akutes, Plötzliches gewesen ist, sondern weil dieser Fall an sich erstens und im Zusammenhange mit anderen Fällen einen wirklichen dauernden Erregungszustand in mir hervorgerufen hat, da ich unter diesem Fall in der entsetzlichsten Weise gelitten habe und er mit einer Frage zusammenhängt, in der ich im Kriege im Parteivorstand fortwährend gekämpft habe. Es ist dies also nicht so aufzufassen, wie die Zeugen sagen, daß ich einen plötzlichen Einfall hatte und etwas Unmotiviertes getan habe, sondern es steht im Zusammenhange mit der prinzipiellen Auffassung von der Partei, die ich vertreten habe. Diese Frage hat während des Krieges auf das stärkste auf mich gewirkt. Es ist mir heute in diesem Zusammenhange sehr schmerzlich über Leute, für die ich persönlich eine starke Sympathie habe, das sagen zu müssen, aber ich muß den Tatbestand feststellen. Ich habe für alle Herren, die ich persönlich angreifen muß, tatsächlich persönliche Sympathien, aber ich muß den Tatbestand herausbringen, weil ich doch in der Gefahr bin, daß er mißdeutet werden könnte.

Präsident:

In welcher Richtung glauben Sie, daß er mißdeutet werden könnte?

Dr. Adler:

Das eben mein Verteidiger das mit den psychiatrischen Gutachten in Zusammenhang bringen wird.

Verteidiger Dr. Harpner:

Ausgeschlossen.

Präsident:

Die Herren haben erzählt, welche Erregung sie an Ihnen gesehen haben. Ich will es Ihnen nicht verwehren, ich glaube aber, da ich in dieser Frage einen Zusammenhang mit der Tat und den Motiven derselben nicht sehe, daß es vielleicht überflüssig ist, daß Sie von anderen Personen sprechen. Es ist ausgeschlossen, daß das, was verlesen wurde, für die Fragen verwertet wird, von denen Sie sprechen.

Verteidiger Dr. Harpner:

Die Erregung am Nachmittag hat mit Ihrer Psyche nichts zu tun. Ich werde das nie behaupten.

Präsident:

Wir kommen in Parteieinzelheiten, die hier nichts zu tun haben.

Dr. Adler:

Ich bin dazu gezwungen, nachdem die Zeugenaussage verlesen wurde.

Präsident:

Warum? Ich will es Ihnen, nachdem Sie in dem einen Punkt Recht haben, daß von dieser Versammlung die Rede ist, und Sie einen formellen Anknüpfungsgrund haben, nicht verwehren, aber das eine müssen Sie konzedieren, daß Sie mit ein paar Sätzen Ihren Standpunkt vertreten und die Situation klären. Aber ich möchte die Erörterung des Falles Leuthner, der uns gar nicht interessiert, vermieden wissen.

Dr. Adler:

Gut, ich glaube aber sagen zu müssen, daß er tatsächlich für meinen Gemütszustand, wenn davon die Rede ist, eine Rolle gespielt hat und ich werde klar machen, daß das sachlich begründet gewesen ist. Die Sache ist mir tief gegangen. Ich möchte doch nicht verhindert werden, da ich das letztemal zu sprechen habe, das klarzustellen. Es hat sich tatsächlich um folgende Frage gehandelt. Der Parteivorstand hat schon im Jahre 1915 einen Beschluß gefaßt, daß sozialdemokratische Abgeordnete vom Militärdienste nicht enthoben werden dürfen, daß sich die Partei für sie nicht verwenden wird, daß sozialdemokratische Abgeordnete die Pflicht haben, Militärdienst zu tun, und zwar war es der Abg. Seitz, der sehr nachdrücklich darauf bestanden hat, daß die Partei in dieser Beziehung ihre Reinheit bewahre. Ich war immer an der Seite des Abg. Seitz, um gewisse Widerstände, die sich im Parteivorstand geltend machten, gegen die Durchführung dieses Antrages zu beseitigen. Dieser Antrag ist in einer späteren Sitzung rückgängig gemacht worden, es ist dann eine ganze Serie von Abgeordneten enthoben worden und es hat diese Rückgängigmachung des Antrages auf mich in ernstem Sinne aufregend gewirkt. Es hat speziell in dieser Richtung auf mich stark gewirkt, daß Leute, die für den Krieg eingetreten sind, in Wort und Schrift, dann persönlich nicht in den Krieg gegangen sind. Das ist der eine Hauptkern der Sache. Ich habe den Standpunkt vertreten: Ihr seid Patrioten, ihr seid auf dem Standpunkte, den ich theoretisch nicht teile, gut, aber dann seid es auch ganz. Ihr sollt nicht nur in Worten für eine Sache ein-

treten und persönlich Drückeberger sein. Wenn ihr das wollt, müßt ihr vor allem persönlich dafür eintreten. Das war der Gesichtspunkt, den ich hatte. Und ich stand weiter auf dem Standpunkt, daß meine Parteigenossen, die Linken in der Partei, die gegen den Krieg waren, die also theoretisch die umgekehrte Überzeugung hatten, sich auch nicht dürfen entheben lassen oder sich irgendwie vom Militärdienst drücken dürfen, weil es unter der Würde sei, überhaupt darüber zu verhandeln. Wenn das ganze Volk zu gehen hat, habe jeder das Schicksal zu gehen. Und ich habe mich dagegen gewehrt, daß irgendein Schritt für mich gemacht werde, als ich gehen mußte. Und ich habe es erlebt, daß mein Freund, der Vertrauensmann des 15. Bezirks, Wistrazil, tot ist, der mit Widerwillen in den Krieg gegangen ist, ich mußte es erleben, daß der Vertrauensmann des 3. Bezirks, Eggenbauer, tot ist, der gegen den Krieg war, daß der Sohn des Gewerkschaftssekretärs Hueber gefallen ist, der gesagt hat, er schießt nicht; daß diejenigen gefallen sind, die gegen den Krieg waren und diejenigen, die für den Krieg gesprochen und geschrieben haben, nicht gegangen sind. Das hat für mich eine Verletzung der Ehre bedeutet, für mich als Parteigenossen. Das war ein erheblicher Umstand, der für mich eine große Rolle gespielt hat. Es ist mir ja dann — ich muß darauf zu sprechen kommen — in jener Versammlung zugerufen worden „Parteischädling" und es . . .

Präsident:

Darüber können Sie ohne weiteres reden. Ich habe nur gemeint, den Fall Leuthner brauchen wir nicht. Ich unterbreche Sie also lieber nicht.

Dr. Adler:

Es wird besser sein. Es wurde mir vom Abg. Winter das Wort „Parteischädling" zugerufen, und der Herr Staatsanwalt hat gesagt, dieser Zwischenruf muß mich „wie ein Peitschenhieb" getroffen haben. Es ist ja nur eine Hypothese des Herrn Staatsanwalts, aber eine falsche Hypothese. Dieser Zuruf hat mich gar nicht getroffen. Um das zu erklären, muß ich ein paar Worte über mein Verhältnis zum Abg. Winter sagen. Ich kenne ihn seit 22 Jahren, seitdem die Arbeiterzeitung Tageblatt ist, und ich habe, ich könnte sagen, eine persönliche Verehrung für seine Hingabe, für seine Arbeit, für seinen unglaublichen Fleiß und seine persönliche Hilfsbereitschaft. Ich habe ihn als Menschen immer außerordentlich geschätzt, habe aber immer

die Meinung gehabt und auch zu den Parteigenossen immer deutlich gesagt, daß ich Abg. Winter für ein politisches Kind halte. Er ist durch Zufall Abgeordneter geworden, als die große Flut im Jahre 1911 gekommen ist und ganz unerwarteterweise Wahlkreise erobert wurden. Ich habe also dieses Wort „Parteischädling" in keiner Weise ernst genommen und habe deshalb darauf nicht reagiert. Dagegen habe ich sehr gut verstanden — und das ist das, was ich in jener Versammlung unterdrückt habe —, warum Abg. Winter so aufgeregt war und mir so entgegengetreten ist. Ich muß sagen, ich habe Hemmungen in der Versammlung gehabt — ich werde das Umgekehrte beweisen, wie die Zeugen — und habe nicht gesagt. was zu sagen wäre, daß nämlich Winter, der einer jener war, die bei Kriegsbeginn deutschnational wurden, zu meinem Freunde Danneberg gesagt hat: „So ein junger Mann sollte längst im Kriege. sein." Danneberg sagte ihm: „Melden S i e sich." Und er: „So alte Leute kann man doch nicht brauchen." Später wurden beide gemustert, Danneberg ist dann eingerückt, Winter ist genommen und enthoben worden als Redakteur der Arbeiterzeitung resp. der A. Z. am Abend. Das hat mich tief gekränkt und es war gegen meine Anschauung, daß ein Redakteur, so schlimm es auch im Redaktionsstab bestellt sein mag, enthoben wird. Daß Abg. Winter für die Arbeiterzeitung unentbehrlich ist, war mir bekannt; daß aber die Arbeiterzeitung für die Regierung Stürgkh unentbehrlich sein soll, habe ich nicht zugeben können.

Damit hängt der Fall Leuthner zusammen. Ich werde nicht von der ganzen Geschichte sprechen, sondern will nur sagen: Es ist falsch, daß ich aus gekränkter Eitelkeit, weil ein Artikel von mir nicht aufgenommen wurde, wie ein Zeuge angedeutet hat, aufgeregt geworden bin. Davon war keine Rede. Ich habe nie Wert darauf gelegt, ob ein Artikel von mir erscheint oder nicht. Das war für mich absolut nebensächlich und hat keine Rolle gespielt. Ich will gar nicht auf die Aktenlage des Falles Leuthner hier eingehen und nur sagen, daß dieser Fall Leuthner eingetreten ist — und das ist, glaube ich, doch wesentlich —, als ich am 10. August aus der Schweiz nach Wien zurückkam. In der Schweiz war Ende Juli mein Freund Eckstein gestorben. Ich habe bei der Leichenfeier dort gesprochen. Dann kam ich nach Wien und hatte sofort mit dem Fall zu tun, den mir Austerlitz zugewiesen hat. Ich habe den Artikel geschrieben.

den er wünschte, und es kam nun jener Fall, den ich als einen Fall der Korruption der Arbeiterzeitung in jenem Moment aufgefaßt habe und der so aufgefaßt wurde — ich will keinen Namen nennen — von einem mir befreundeten Universitätsprofessor, einem Juristen, dem ich das Ganze gezeigt habe, weil er ein Freund des Eckstein war und der auf Grund der Akten entsetzt war, daß dieser Fall Leuthner sich zugetragen hat. Ich will also nicht mein Urteil abgeben, sondern nur das Urteil der Leute, die den Fall gekannt haben. Dieser Fall hat aber zu der ganzen Situation, in der ich mich im September befunden habe, auf das nachdrücklichste beigetragen. Wahrscheinlich existieren diese Briefe noch, in denen ich einem Freunde, der mir immer zugeredet, nicht in die Schweiz zu gehen, sondern in Wien zu bleiben, geschrieben habe: „Das ist eine Situation, wo es mit dem normalen Reinlichkeitsgefühl nicht mehr vereinbar ist, in Wien zu bleiben." So war die Lage. Ich fühlte mich beschmutzt und herabgewürdigt durch die Situation. Und das ist so geblieben. Und ebensowenig wie es wahr ist, daß das „plötzlich in dem Moment entstanden" ist, ebensowenig ist es wahr, daß ich etwas „aufs Eis gelegt" habe. Ich habe sofort gesagt: Ich gehe damit nicht in den Parteivorstand, der den Beschluß wegen der Enthebungen rückgängig gemacht hat. Mit diesen Herren kann ich darüber nichts sprechen. Es ist mir das nicht zugefügt worden als Parteisekretär, als Funktionär, sondern als einfachem Parteigenossen, der bei der Arbeiterzeitung mitarbeitet. Ich habe also gesagt: Ich habe das Recht, dem Forum der Wiener Parteigenossen den Fall vorzulegen und es nicht auf der Parteiehre sitzen zu lassen, daß der Fall vertuscht wird. Auch Seitz wußte von der Sache, er hat sogar, als er meinen Vater in Reichenhall besuchte, mit ihm darüber gesprochen. Als Seitz zurückkehrte, sagte ich ihm: die Sache muß bereinigt werden. Ich habe also nichts verheimlicht, sondern im Gegenteil, eine ganze Reihe von Leuten hat das Material im Parteivorstandssekretariat gelesen und von der Sache Kenntnis gehabt. Es ist auch nicht richtig, wenn Zeugen gesagt haben, daß ich das „verschoben" und zu einem „Überfall" benützt habe. Sondern die richtige Darstellung ergibt sich aus der Geschäftslage der Vertrauensmännerversammlung. Der Punkt „Arbeiterzeitung" stand bereits in der ersten Woche des September auf der Tagesordnung der Vertrauensmänner-Versammlung und sollte damals behandelt

werden und es war normal, daß ich das damals vorbringen wollte. Nun kam die Frage der Hammerbrotwerke dazwischen. Wir haben fünf Wochen darüber beraten bis zu jenem Tage. Mich traf also nicht die Schuld, daß die Frage verschoben wurde, sondern es lag an der Hinausschiebung der Tagesordnung. Es ist von einem Zeugen, ich glaube vom Abg. Seitz, gesagt worden, daß ich „unlogisch" gesprochen und etwas herbeigeholt habe, was nicht wichtig war. Es ist aber nicht wahr, daß es sich nur um einen Antrag betreffend die Preßkommission gehandelt hat, sondern die Frage der „Arbeiterzeitung" als Ganzes bezüglich der Redaktionsführung stand auf der Tagesordnung und es war vollkommen sachgemäß, das bei diesem Punkte vorzubringen. Ich muß also ablehnen, daß das in irgendeiner Weise für den Erregungszustand gewertet wird.

Gewalt und Demokratie.

Präsident:

Dann hat sich ein Herr Albert gemeldet, daß er über die Persönlichkeit des Angeklagten Auskunft geben könnte. Er ist im Requisitionswege vernommen worden. Ich glaube, es ist nicht notwendig, daß das verlesen wird. (Zustimmung seitens des Staatsanwalts und des Verteidigers.)

Dr. Adler:

Ich möchte nur auf ein Moment hinweisen, das da hervorgehoben wird und doch vielleicht eine Rolle spielt. Es wird nämlich ein gewisser Gegensatz konstruiert zwischen meinem Attentat und der Haltung, die ich tatsächlich in der Schweiz gegenüber gewaltsamen Aktionen eingenommen habe.

Präsident:

Das haben Sie aber doch schon ausführlich dargestellt.

Dr. Adler:

Ich möchte nur über die Schweizer Episode ein Wort sagen: Daß es nämlich vollständig richtig ist, daß ich in der Schweiz immer sehr energisch dagegen protestiert habe, daß man zu gewaltsamen Aktionen übergehe, weil dort die Voraussetzung, die der Herr Staatsanwalt macht, nämlich „das geordnete Staatswesen" besteht. Das war mein Kampf mit den Syndikalisten und Anarchisten dort, die sagten: Es wird eine Zeit kommen, wo die Bourgeoisie sich nicht mehr wird helfen können und sich gegen die Arbeiter wenden wird: da muß man sich

mit Gewalt wehren. Da habe ich gesagt: Das ist richtig, aber immer sollen die Herrschenden den Anfang mit der Gewalt machen. Das war meine Theorie. Und der Theorie bin ich treu geblieben. Ich habe in der Schweiz keine andere Theorie verfochten als hier. Der Unterschied liegt nur in den Ländern.

Das Gutachten der medizinischen Fakultät.

Schriftführer Scheibert

verliest das Gutachten der medizinischen Fakultät, dessen Schluß lautet:

Adler hat das von ihm begangene Attentat als eine Demonstration aufgefaßt und zwar nach zwei Richtungen: einerseits gegen das herrschende System in Österreich, andererseits zur Aufrüttelung seiner Parteigenossen. Er hat es begangen, weil er seiner Ansicht nach unter den gegebenen Umständen durch das Attentat am besten die von ihm verfolgten Ziele fördern konnte. Er hielt übrigens den Erfolg mit der Tat selbst noch nicht für abgeschlossen, sondern er erwartet sich noch große Wirkungen von der Gerichtsverhandlung, bei der er endlich ohne Zensur zu Wort zu kommen hofft. Darum war er ja laut eigenem Geständnis so bedacht, nach der Tat ja nicht Opfer einer Lynchjustiz zu werden, die ihn um den Effekt im Gerichtssaal gebracht hätte.

Man wird, bei aller verdammenden Kritik, in dieser Motivierung der Tat nichts Wahnhaftes finden können, und nichts, was bei dem gegebenen Charakter des Täters und den gegebenen Umständen nicht begreifbar wäre.

Es wurde vom Verteidiger und von Parteigenossen darauf hingewiesen, daß die Tat unverständlich wäre, da gerade Adler der anarchistischen Richtung wiederholt und nachdrücklich entgegengetreten war. Dieser Einwand verliert an Bedeutung dadurch, daß diese Änderung in den Ansichten Adlers, wenn sie wirklich stattgefunden hätte, nicht plötzlich eingetreten ist, und unter geänderten äußeren Umständen, denn die Verhältnisse zur Zeit, als Adler im Frieden in der Schweiz die Anarchisten bekämpfte, waren gewiß recht grundverschieden von denen, die in Österreich zur Zeit des Krieges herrschten. Es ist aber außerdem fraglich, ob wirklich eine so wesentliche

Änderung der Ansichten Adlers vorlag. Denn wir können uns ferner zur Bekämpfung dieser Begründung auf Adlers eigene Ausführungen berufen.

Zunächst gehörte Adler keineswegs einer Richtung der Sozialdemokratie an, die sich beschränken wollte, die Ziele der Bewegung nur mit legalen Mitteln zu erstreben. Er beruft sich auf das Hainfelder Programm der Partei, in dem es heißt, daß der Kampf gegen das herrschende System „mit allen zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mitteln" zu führen sei. Und an einer anderen Stelle sagte er, er habe nie daran gezweifelt, daß seine Tat dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechen würde. Und bezüglich seines Kampfes mit Anarchisten wie Brupbacher, Stefan und Rudolf Großmann legt er dar, daß er nie eine Diskussion mit Anarchisten im älteren Sinne des Wortes geführt habe, die die individuelle Tat in Gegensatz zur Massenaktion bringen und letztere durch die erstere ersetzen wollen; mit solchen Anarchisten sei er nie zusammengekommen. Und bezüglich der Methoden und Mittel der Aktion bestehe heute eigentlich kein scharf definierbarer Unterschied zwischen Sozialisten und Anarchisten, weil, wenigstens in einzelnen Richtungen sowohl des Sozialismus, als auch des Anarchismus, alle möglichen Mittel anerkannt werden. Dieser Unterschied bestehe nur mehr in den Zielen der beiden Richtungen. Adler weist darauf hin, daß die Sperrung aller legalen Mittel, um die Anschauung von Sozialdemokraten seiner Richtung unter die Massen zu bringen, zur Wahl illegaler Mittel geradezu genötigt habe, und er vergleicht die öffentlichen Zustände, wie sie in Österreich während des Krieges herrschten, mit denen, wie sie einstens in Rußland zur Zeit des Terrorismus bestanden.

Es wurde ferner geltend gemacht, daß Adler in der letzten Zeit und besonders am Tage vor der Tat einen bei ihm früher ungewohnten Zustand von Aufregung gezeigt habe. Diese Aufregung wird man aber keineswegs als unmotiviert, als Ausfluß eines pathologischen Zustandes ansehen können, wenn man die früher geschilderte Vorgeschichte der Tat kennt; die politische Isolierung, in der sich Adler befand, vermöge deren er befürchten mußte, dem selbstgewählten Lebensziele, an dem er mit allen Fasern seines Herzens hing, nicht weiter dienen zu können und in den letzten Tagen ein Entschluß, der ihm mit der

Preisgabe seines Lebens identisch erscheinen mußte. So wird man also die Aufregung, die Adler in der letzten Zeit zeigte, nicht als Ursache der Tat, sondern als eine Folge des Entschlusses zur Tat erkennen müssen.

Adlers Tat vom Standpunkte der Moral betrachtet, steht allerdings in einem gewissen Gegensatze zu seinem bisher bewiesenen Charakter, den man nicht als einen unmoralischen bezeichnen kann. Er hat, frei von egoistischen Regungen, sein ganzes Leben einer Richtung gewidmet, die man, insofern sie das Wohl anderer Menschen fördern wollte, eine idealistische nennen muß; er hat seine ganze Kraft in diesem Streben eingesetzt. Er ist aber ein Fanatiker, den von dem Wege, den er für den richtigen hält, keine wie immer geartete Rücksicht abbringen kann, und dem der Zweck, dem er sein Leben gewidmet hat, jedes Mittel, das ihn fördern kann, heiligt. Als echten Fanatiker konnten ihn auch Rücksichten auf seine Angehörigen, auf Eltern, Gattin und Kinder von seinem Entschlusse nicht abbringen; ja er ist förmlich verwundert, daß man ihm nachträglich zumutete, er hätte durch solche Rücksichten sich von der Ausführung dieses Entschlusses abhalten lassen sollen. Selbstverständlich, daß ihn bei einer solchen Denkweise am allerwenigsten Gefühle des Mitleides mit dem erkorenen Opfer in seinem Plane irre machen konnten.

Man wird sicher einen solchen Fanatiker, einen Menschen, der von einem zur alles beherrschenden Idee gewordenen Lebensziele ganz ausschließlich beherrscht wird, psychologisch weit abrücken müssen vom normalen Typus. Und sicher ist, abgesehen von Einflüssen der Umgebung, die schwere psychopathische Belastung Adlers ein mitwirkender Faktor bei der Bildung seiner geistigen Eigenart gewesen. Der Fanatiker und der Geisteskranke sind Sprossen desselben Stammes. Man wird sich aber hüten müssen, die beiden in ihrer sozialen Bewertung und auch hinsichtlich ihrer Verantwortlichkeit auf dieselbe Stufe zu stellen. Denn es hat Fanatiker gegeben, die hohe Kulturwerte geschaffen haben. Und vom ethischen Standpunkte ist Adlers Tat weniger verwerflich als z. B. die eines Menschen, der zur Wiederherstellung seiner verletzten Ehre einen andern kaltblütig tötet.

Die gefertigte medizinische Fakultät kommt demnach zu folgenden Schlüssen:

Dr. Friedrich Adler ist ein schwer hereditär-psychopathisch veranlagter Mensch; er hat höchst wahrscheinlich wiederholt psychische Depressionszustände, allerdings von geringer Intensität und in der Haft einen ebenso leichten manischen Erregungszustand durchgemacht und ist von der Gefahr bedroht, auch späterhin von solchen Zuständen, möglicherweise auch schwererer Art befallen zu werden.

Die Tat, deren Adler beschuldigt wird, geschah nicht unter dem Einfluß eines solchen krankhaften Depressions- oder Erregungszustandes, sondern sie wird durch die psychische Persönlichkeit Adlers und die gegebenen äußeren Umstände vollständig erklärt.

Adler ist ein Fanatiker und die Entwicklung dieser seiner geistigen Eigenart ist höchst wahrscheinlich unter dem Einfluß einer schweren psychopathischen Heredität erfolgt.

Vorstrafen Adlers.

Präsident:

Dann ist noch das Vorstrafenverzeichnis zu konstatieren. Sie haben zwei Abstrafungen erlitten, mit 10 Kronen im Jahre 1912 und mit 40 Kronen im Jahre 1913. In beiden Fällen handelt es sich um den § 24 des Preßgesetzes und in beiden Fällen um die Verurteilung in dritter Instanz, vom Kassationshof. Beide Fälle sind auch solche, die in Übereinstimmung mit der Darstellung des Angeklagten sind, der gesagt hat, es habe sich ihm um den prinzipiellen Standpunkt gehandelt.

Das eine Urteil vom Jahre 1913 hat zum Gegenstand gehabt, daß der Angeklagte im Dezember 1912 als Redakteur des „Volk" eine verbotene Druckschrift zum Abdruck gebracht hat und es war hier die Frage, inwieweit die Immunität eingetreten ist. Und im zweiten Falle handelt es sich um den Abdruck eines Bildes, welches Bild konfisziert wurde und die Beilage einer Interpellation war, also um eine theoretische Frage.

Dann liegt dem Gerichte noch vor der Untersuchungsakt des Landwehrdivisonsgerichts gegen Dr. Friedrich Adler wegen § 65a. Es dürfte die Feststellung genügen, daß das Verfahren eingestellt wurde.

Wenn keine weiteren Beweisanträge gestellt werden (es ist nicht der Fall), erkläre ich das Beweisverfahren für geschlossen und erteile dem Herrn Staatsanwalt das Wort.

Die Anklagerede.

Staatsanwalt Hofrat Dr. Ritter von Höpler:

Hoher Gerichtshof! Die soeben durchgeführte Verhandlung hat uns ein Ereignis wieder in deutliche Erinnerung zurückgerufen, das nicht bloß in unserer Heimat, sondern in der ganzen Welt großes und berechtigtes Aufsehen erregt hat und das in so manchem, dem das Wohl und Wehe unseres Staates am Herzen liegt, Sorge ausgelöst hat. War doch in den schweren Zeiten, die wir durchlebten und noch durchleben, der Gedanke von vornherein nicht zurückzuweisen, ob nicht der am Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh verübte Meuchelmord neue Gefahren herbeiführen könnte, ob insbesondere nicht unsere Feinde aus diesem Ereignins wieder neue Hoffnung auf die von ihnen so heiß ersehnte innere Zermürbung fassen könnten. Und wenn auch diese Gedanken alsbald verflogen sind, weil man ja sehr bald, eigentlich sofort feststellen konnte, daß es sich um die vereinzelte Tat eines Vereinzelten handelt, so ist doch das nicht dem Angeklagten zuzuschreiben, der die Gefahren, die durch seine Schreckenstat dem Staate entstehen konnten, nicht bloß vorausgesehen, sondern geradezu bedacht, ja — ich möchte sagen — beabsichtigt hat.

Der Prozeß, der nunmehr Ihrer Urteilsfällung harrt, meine Herren vom hohen Gerichte, hat weder in der Frage der Beweise, noch in der Frage der Tötungsabsicht, noch in der Frage der Zurechnungsfähigkeit irgendwelche Schwierigkeiten, und daher glaube ich, nur mit kurzen Worten das wiederholen zu können, was auf Grund des Beweisverfahrens als erwiesen anzunehmen sei. (Der Staatsanwalt gibt nun eine Darstellung der Tat konform derjenigen in der Anklageschrift.)

Ich könnte mich damit begnügen, den Antrag auf Schuldigsprechung zu stellen, denn, hoher Gerichtshof, nicht der Beweggrund zu seinem Verbrechen, sondern einzig und allein die Frage der bösen Absicht ist für den Schuldspruch von maßgebender Bedeutung. Liegt einmal eine beabsichtigte Tötung, ein Mord vor, dann ist es in jedem Rechtsstaate ganz gleichgültig für die Schuldfrage, ob der Mord aus Eifersucht, aus Rache, aus gekränkter Liebe oder vielleicht aus politischen Gegensätzen hervorgegangen ist. Allein, hoher Gerichtshof, sobald einmal in einem Falle die Frage der Zurechnungsfähigkeit angeschnitten wurde, muß meiner Ansicht nach auch all das erörtert werden, was in dem Angeklagten vorgegangen ist, be-

vor er zu der Tötungsabsicht kam. Und daher sehe ich mich genötigt, in diesem Falle auch die Frage des Motivs zu besprechen.

Ich werde selbstverständlich der Verantwortung des Angeklagten nicht in allem folgen. Ich werde dies schon auch deswegen nicht tun, weil ich vielleicht meine Empörung nicht immer meistern könnte, die mich als Österreicher packt, wenn ich an all die blindwütigen Haßergüsse denke, mit denen der Angeklagte gestern über das Österreichertum und, wie er sich ausgedrückt hat, über den verlotterten und verlogenen österreichischen Geist gesprochen hat, in einer Zeit, wo, wie ich glaube, die schwärzesten Pessimisten sich mit Stolz dessen bewußt geworden sind, was in Österreich im Laufe dieser drei furchtbaren Jahre vom Obersten bis zum Untersten an treuer Pflichterfüllung und Selbstaufopferung geleistet wurde.

Ich will nun vorerst einiges aus der Verantwortung des Angeklagten herausgreifen, um zu beweisen, daß seine Rede, die wohl mehr auf eine Volkstribüne als in den Gerichtssaal gehört hätte, der Sonde des gerichtlichen Verfahrens nicht standhält.

Der Angeklagte war so gnädig, Ihnen, meine Herren, persönliche Qualitäten zuzuerkennen — es ist schon das sehr viel —. Sie aber als Gerichtshof lehnt er ab und sagt, nur die Geschworenen können ihn verurteilen. In demselben Augenblick versetzt er aber den Geschworenengerichten einen Schlag, wie man ihn sich nicht ärger vorstellen kann. Wenn ein Mann von der Intelligenz des Angeklagten, der vollkommen geständig ist, einen Meuchelmord begangen zu haben, und der der Mordabsicht geständig ist, sich mit allen Kräften dagegen wehrt, daß etwa angenommen würde, daß er in einem Zustande gehandelt hat, der strafausschließend sein konnte, wenn dieser Mann auch nur an die Möglichkeit denkt, daß Geschworene ihn unter dieser Voraussetzung freisprechen könnten, dann fällt er über die Geschworenen ein geradezu vernichtendes Urteil. Das wäre wirklich jener Geist, den der Angeklagte verurteilt. Allein er täuscht sich darin, vor allem anderen auch darin: Die Geschworenen hätten auch Dr. Adler ebenso verurteilt, wie sie vor einigen Jahren den Kunschak verurteilt haben, weil er den Abgeordneten Schuhmeier ermordet hat.

Der Angeklagte hat zur Begründung seines ganz besonderen Hasses des österreichischen Geistes unter anderem auch die zahlreichen Hinrichtungen in Ostgalizien und die zahlreichen

Internierungen herangezogen. Es liegt mir ferne, auch nur ein Wort über die Geschmacklosigkeit zu verlieren, derartige Szenen mit Lichtbildern festzuhalten. Darüber kein Wort. Was aber die Tatsache, daß in Ostgalizien Hinrichtungen stattfanden und daß Internierungen stattfanden, anbelangt, so steht die Sache doch etwas anders. Ist dem Angeklagten nie etwas davon bekannt geworden, mit welchen Schwierigkeiten unsere Truppen in der ersten Kriegszeit in Ostgalizien zu kämpfen hatten? Hat er nie davon etwas gehört, daß der russische Zarismus das Land mit Spionen durchseucht hatte, die unsere Truppen verrieten, so daß wir Hunderte und Tausende von Verlusten haben mußten? Und ist dem Angeklagten niemals der Name Battisti ans Ohr geklungen, jenes Mannes, der an der Spitze eines Bersaglieri-Bataillons von unseren Truppen auf offener Tat ertappt wurde? Hat der Angeklagte, der so sehr den Notstand gegenüber dem Staate für sich in Anspruch nimmt gar kein Gefühl für den Notstand des Staates in einer solchen Zeit gegenüber dem einzelnen Individuum? Gewiß wird, hoher Gerichtshof, jeder von uns und jeder Gerechtigkeitsliebende es vom Herzen begrüßen, daß die Internierungen nunmehr auf einen Prozentsatz von 25 herabgesetzt wurden, allein daraus den Schluß zu ziehen, daß sie niemals hätten geschehen sollen, das wäre verfehlt; man kann daraus nur den Schluß ziehen, daß man trachtet, derartige Ausnahmeverordnungen dann außer Wirksamkeit treten zu lassen, wenn sie nicht mehr notwendig sind.

Ich habe hier ein Charakteristisches zu konstatieren, ich erinnere daran, daß auch der Vater des Angeklagten ihm immer abgeraten hat, Politiker zu werden. Die Nerven mögen ihm zum Politiker fehlen. Meines Erachtens fehlt ihm aber etwas, was viel wichtiger ist, ein ungetrübtes Urteil. Sein Urteil war immer durch seinen maßlosen Fanatismus getrübt, er hat kein Urteil über die Dinge.

Ich will mich, hoher Gerichtshof, aber auch auf dieses Gebiet nicht begeben, das der Angeklagte hier mit so ganz besonderer Sorgfalt beackert hat, nämlich auf das Gebiet einer Kritik der Politik des Ministerpräsidenten Graf Stürgkh.

Hoher Gerichtshof! Es ist uns das ja nichts Neues, daß hier in diesem Saale jeder wegen Mordes Angeklagte alles tut, um das Opfer seiner Schreckenstat als möglichst schlecht, als einen D ä m o n hinzustellen. Warum sollte das im Falle des Fritz Adler nicht geschehen? Wir sind daran gewöhnt und wir wissen,

es zu werten. Wir wissen auch, daß diese Art der Verantwortung ihren psychologischen Grund hat in dem Selbsterhaltungstrieb, den der Angeklagte für seine Person ganz mit Unrecht leugnet; das zeigt seine Verantwortung.

Dasselbe sehen wir auch in diesem Falle und wir dürfen es nicht anders auffassen. Wir dürfen uns denn doch nicht die Rechte einer Volksvertretung anmaßen, dürfen uns auch nicht in die Studierstube eines Geschichtsforschers versetzen, weil uns hier alles fehlt, ein sicheres Urteil über die Politik des Grafen Stürgkh abzugeben, weil uns die Grundlagen und Voraussetzungen, auf denen die Politik aufgebaut war, in diesem Saale fehlen. Ich werde mich daher nur mit jenem Teile der Verantwortung beschäftigen, der mir für die Schuldfrage von Bedeutung scheint und der im Fakultätsgutachten verarbeitet ist. Die festgestellte erbliche Belastung vermag ihn ebensowenig straflos zu machen wie die Tatsache, daß der Angeklagte an schweren psychischen Depressionen litt. Dieser Leitsatz wird von der Fakultät an der Hand genauester Erhebungen ausgeführt. Die Fakultät hat in ihrem Gutachten als Haupterklärungsgrund den bodenlosen Fanatismus bezeichnet und da muß ich zunächst auch darauf zu sprechen kommen. Mag die Entwicklung dieses Mannes vielleicht durch psychopathische Veranlagung, erbliche Belastung gefördert worden sein, ihre folgerichtige Erklärung hat sie in dem Werdegang des Dr. Adler.

Der Angeklagte erzählt uns völlig glaubhaft, daß er im Alter von sechs Jahren an einer Märzkundgebung der Wiener Arbeiterschaft teilnahm, und mit Recht sagt er, daß die damals empfangenen Eindrücke mit dem Massenaufgebot von Polizeiwache und die vielen Verhaftungen den stärksten und nachhaltigsten Eindruck auf ihn gemacht haben. Wie nachhaltig, ergibt sich am besten aus der weiteren Tatsache, daß sich der Angeklagte im Alter von acht Jahren einen Barrikadenkampf vor der Hofburg ausmalt und davon anderen Jungen erzählt. Der Angeklagte teilt uns weiter mit, wie er vor einem Prozeß seines Vaters mit Genugtuung ausrechnete, zu wieviel Jahren schweren Kerkers sein Vater verurteilt werden könne, und er erklärt weiter, welches Glück es für ihn war, seinen Vater im Arrest besuchen zu können. Herrn Dr. Adler war etwas unmöglich, was sonst die Regel ist. So mancher himmelstürmende Radikalismus eines jugendlichen Heißsporns klärt sich mit dem Alter und der Erfahrung ab und macht einer anderen Beurteilung

Platz, bei dem Angeklagten wuchs der Fanatismus mit dem zunehmenden Alter ebenso wie mit der Zunahme des Widerspruchs. Wenn daher einige seiner Parteigenossen angeben, daß er von seinem Fanatismus nicht abzubringen sei, insbesondere im Kriege, wo jeder umlernen mußte, so finde ich darin nichts Unverständliches. Dem Kinde hatte sich bereits die Gedankenwelt aufgetan, die ihm fremd sein mußte, die ihm keine Aufklärung schuf, die das Kind nur verwirrte, erregte und aufpeitschte. Bei der Entwicklung des Angeklagten spricht auch noch etwas anderes mit und auch da im gewissen Zusammenhang mit dem Verbrechen. Es ist natürlich, daß anläßlich der Erörterung der verschiedenen Prozesse im Familienkreise die Staatsgewalt, daß die Organe des Staates nicht gut wegkamen. Mit allen diesen Eindrücken durchsetzt, geht der Angeklagte ins Ausland und sucht dort seine Lebensstellung. Dieses Milieu, verknüpft mit dem eingewurzelten Fanatismus, mit den Eindrücken der Kindheit, vielleicht auch mit dem Eindruck der jetzt im Kriege bestehenden Ausnahmezustände kristallisiert sich bei ihm zu jenem Haß gegen alles, was in Österreich ist, gegen alles, was unseren Staat, was die Staatsgewalt und das Staatsgefüge angeht, wie wir es hier gesehen haben. Der Angeklagte merkt zu seinem Erstaunen, wie sich die Sozialdemokratie Deutschlands am 4. August benommen hat, er liest am 5. August einen Leitaufsatz im führenden sozialdemokratischen Blatte Österreichs und er sieht, daß das natürliche Gefühl des Schutzes des eigenen Herdes in der großen Gefahr auch seine Parteigenossen ergriffen hat, und er, der für ein solches Gefühl niemals Verständnis hatte, niemals Verständnis haben konnte, sieht auf einmal zwischen sich und seinen Parteigenossen eine Wand aufgerichtet und er empfindet es als das schmerzlichste Erlebnis, als sein Vater im Internationalen Büro in Brüssel nichts davon wissen will, daß man die Heimat preisgebe. Nun geht er weiter: er erklärt, seine Partei sei von Hurra-Patriotismus, von patriotischen Exzessen erfüllt; er erklärt die Schreibweise der Arbeiterzeitung als Kriegspsychose, als national-österreichisch; es kommt zu einem offenen Bruch, als der Angeklagte in einem Artikel seiner Zeitschrift gegen die Parteizeitung loszieht und als die Arbeiterzeitung in einem ebenso scharfen Artikel antwortet. So sehen wir nach und nach den 20. Oktober herankommen. Denn damals geschah dem Angeklagten etwas, was ihn noch viel tiefer traf: er wird nicht

mehr ernst genommen; es wird ihm angedeutet, daß in der neuorientierten sozialdemokratischen Partei für ihn kein Platz mehr sei, und schließlich wird ihm der Vorwurf zugeschleudert „Schädling der Partei!". Sein ganzes Lebenswerk, seine Lebenshoffnung steht auf dem Spiele. Nun hat er allerdings erklärt, er habe das nicht ernst genommen, aber erinnern Sie sich, mit welcher Beharrlichkeit der Angeklagte alle diese Sachen hervorzerrte, die diesem Rufe vorangingen, und Sie erkennen ganz deutlich, wie tief der Stachel saß.

Der Angeklagte suchte nach dem Schuldtragenden und schließlich richtete er seinen ganzen Groll gegen die so gehaßte Staatsgewalt und den Ministerpräsidenten. Er gab die Schuld am Kriege und an der parlamentlosen Zeit nicht nur der Regierung, sondern auch seinen Parteifreunden. Gegen sie peitschte er sein Sinnen auf. In seiner ohnmächtigen Wut faßte er den Mordplan, mit dem er die verhaßte Staatsgewalt treffen wollte, er, dem das Leben völlig wertlos. Allerdings spielte dabei auch der Umstand eine Rolle, daß eben einige Verfügungen der Regierung in dem Parteivorstand mit allgemeiner Erbitterung besprochen wurden. Adler machte aber nicht nur die Staatsverwaltung dafür verantwortlich, sondern auch seine Parteigenossen, die er als Regierungssozialisten bezeichnete. Auch ihnen galt seine Wut.

Im Verlauf seiner Reden hat der Angeklagte oft Anlaß genommen, einzelne Parteimitglieder recht unangenehm hier hereinzuziehen. Es ist klipp und klar, warum er so handelte. Nur um auch damit die österreichische Schande in die europäische Öffentlichkeit zu bringen; die Verkommenheit der österreichischen Sozialdemokratie sei die österreichische Verkommenheit. Also hegte er die gleichen Rachegedenken wie gegenüber der verhaßten Staatsgewalt auch gegenüber der verhaßten Parteileitung. Dies hat ihm den Revolver in die Hand gedrückt, der ursprünglich nicht für Stürgkh bestimmt war. Andere erwiesen sich aber nicht als geeignete Objekte seiner Demonstration.

Daß auch Eitelkeit mit eine Rolle spielte, ist klar. Der Angeklagte hat hier Töne angeschlagen, um derentwillen ihn der Vorsitzende rügte mit den Worten: „Reden Sie nicht zum Fenster hinaus!" Hat er doch auch zugegeben, daß er die Absicht hatte, der Menge einen Gefallen zu erweisen und, als er vom Tatorte weggeführt wurde, den Wagenvorhang wegzuziehen trachtete, um sich der Menge zu zeigen. Daher ist der Schluß

nicht ungerechtfertigt, daß seine Eitelkeit auch bei der Auswahl des Opfers mitwirkte. Die anderen hätten bloß lokales Interesse gehabt, je höher die Person stand, die er traf, desto mehr wurde er betrachtet, desto größer die Sensation. Die Tat ist auch in allen Einzelheiten folgerichtig erklärbar. Mit Recht erklärt das Fakultätsgutachten, daß in der Begründung der Tat nichts zu finden sei, was nicht begreiflich wäre. Daß die von der Verteidigung ausgesprochene Unverständlichkeit nicht zutrifft, ist offenbar ebenso klar, wie daß seine Aufregung nicht die Ursache, sondern die Folge des Entschlusses bildete. Wenn wir uns erinnern an die Klarheit in der Ausführung der Tat, finden wir das vollkommen bestätigt. Es sind daher sämtliche Voraussetzungen für einen Schuldspruch im Sinne der Anklage gegeben und Umstände, die das Schreckliche der Tat milderten, nicht zu finden. Ich beantrage daher den Schuldspruch und die Verurteilung.

Die Rede des Verteidigers.

Verteidiger Dr. Harpner:

Die Verteidigung ist in der schweren Lage, gegen mehrere Fronten zu kämpfen: die erste ist die des Staatsanwalts, die zweite scheint — ich sage scheint — das Fakultätsgutachten zu sein, die dritte, die unangenehmste, ist der eigene Klient. Die letzte Front hoffe ich zu entfernen, wenn der Angeklagte erfahren wird, daß es mir nicht im Traume einfällt, seine Tat zu der eines Irrsinnigen zu degradieren.

Die Front des Fakultätsgutachtens macht mich bangen, doch ich hoffe, mit dem Gutachten nachzuweisen — nicht daß er irrsinnig war — sondern daß er nach Wort und Geist auch unseres Gesetzes für das, was er getan hat, strafrechtlich nicht verantwortlich gemacht werden kann. Ich hoffe das nachzuweisen mit dem Gutachten, aus dem der Staatsanwalt durch Herausreißen einzelner Sätze die Verantwortlichkeit des Angeklagten beweisen will.

Was den Staatsanwalt betrifft, kann ich mit dieser Front um so mehr bald fertig sein, als sich sein Plädoyer in nichts unterschieden hat von den landesüblichen Plädoyers, mit denen man den Schuldspruch gegen den Attentäter verlangt. Da wird gesagt, dieser Mann habe gar kein Gefühl für sein Heimatland, er sei ein heimatloser Mensch, dem es Vergnügen macht, sein eigenes

Vaterland zu beschmutzen und der das feindliche Ausland überzeugen will, wie schlecht unsere Zustände sind — also ein Antipatriot. Also Patrioten herbei, stempelt ihn!

Das landesübliche Rezept gegen einen politischen Attentäter! Aber es gibt zwei Gattungen von Patriotismus. Der eine ist der Glaube, das Vaterland müsse gelobt werden, auch wenn Dinge zu tadeln sind. Das ist eine Art des Patriotismus. Die andere ist der Glaube: ich will mein Vaterland nicht nehmen im abstrakten Sinne, sondern sehe die Menschen, die in ihm leben, und ich will meine Mitbürger glücklich und frei machen. Wenn ich die Wahl habe zwischen der ersten und der zweiten Art von Patriotismus, dann werde ich und mit mir Millionen von Menschen die zweite Art wählen: den Patriotismus derjenigen, die für ihr Vaterland glühen, trotzdem keinerlei Auszeichnung ihnen dafür blüht, sondern nur die eigene Befriedigung.

Nachdem der Staatsanwalt beinahe auf Sinnesverwirrung plädiert hat — er hat den tiefen Fanatismus des Angeklagten geschildert und behauptet, diesem fehle das Urteil zum Politiker, er sehe die Verhältnisse getrübt, so fehlte nur ein Schritt und der Staatsanwalt hätte die Freisprechung wegen Sinnesverwirrung beantragen müssen —, hat er gesagt, es spiele auch die Eitelkeit eine Rolle bei der Tat des Dr. Adler, denn ein Attentat von örtlichem Interesse habe er verschmäht und er habe nach seiner Verhaftung den Vorhang weggeschoben, um von der Menge begrüßt zu werden oder sie nochmals zu sehen. Der Staatsanwalt war ungerecht, als er Eitelkeit als Beweggrund der Tat erklärte. Das Gutachten sagt: Adlers Tat, vom Standpunkt der Moral betrachtet, steht gewiß im Gegensatz zu seinem Charakter, den man nicht als unmoralisch betrachten kann. Er hat frei von egoistischen Regungen sein ganzes Leben einer Sache gewidmet, die man, soweit sie das Wohl anderer will, idealistisch nennen muß. Er hat sein ganzes Sein für dieses Ideal eingesetzt. Er ist ein Fanatiker, den von seinem gewählten Wege kleinliche Rücksichten nicht abbringen können. Einen Mann, der so charakterisiert wird, kann man nicht mit dem Wort „Eitelkeit" abtun. Man kann die Tat als solche nicht billigen. Aber daß man von dem Manne, der vom Kerkerfenster heraus sprechen muß, um gehört zu werden, den der Weg, um sich Ausdruck zu verschaffen, durch den Kerker führt, sagt, er sei ein eitler Mensch, von einem Manne, der sein

Leben einsetzt, um „zum Fenster hinaus" sprechen zu können, zu sagen, er tue das aus Eitelkeit, das ist ungerecht und entspricht nicht den Tatsachen.

Nun gehe ich zur Frage über: mit welchem Recht tue ich, ein Rechtskundiger, das, was der Staatsanwalt dem Dr. Adler schon übelgenommen hat, als er es von der Geschworenenbank vermeinte? Ich verlange nämlich, das Gericht möge den geständigen Mörder freisprechen. Ich wünsche das und würde die Freisprechung begrüßen. Meine Motive werden tiefer sein als die: gemordet — Todesstrafe. Ich stelle mein Verlangen als Jurist, als Moralist und als Staatsbürger — immer an der Hand des Gesetzes.

Was hat das Gutachten gesagt, von dem ich offen bekenne, es ist eine glänzende, der Fakultät würdige Arbeit? Sie ist ausgezeichnet, besonders weil sie dem Richter überläßt, was des Richters ist, weil sie dem Richter das an die Hand gibt, worauf er sein Urteil stützen kann, ohne ihm in der landesüblichen Weise die Arbeit abzunehmen, indem schließlich gesagt wird: keine Sinnesverwirrung. Das hat das Gutachten nicht gesagt und darauf stütze ich mich. Das Gutachten sagt: Gericht, ich lege vor, was ich gefunden habe und was sich vom Standpunkt der Wissenschaft sagen läßt; du fälle dein Urteil, ob das hinreicht, den Angeklagten schuldig zu sprechen oder dahin führt, ihn freizusprechen.

(Der Verteidiger erörtert nun eingehend das Gutachten der Fakultät.)

Der Angeklagte ist, wie das Gutachten besagt, aufgewachsen in einer politischen Umwelt. Er wollte sein Leben und Wirken der sozialdemokratischen Bewegung widmen. Ihm war es um das Ideal der Bewegung, um die letzten Ziele zu tun, deren Erreichung die Partei anstrebt. Daher, sagt das Gutachten — und hier beginnt das psychologische Moment, das ich als Zwangsmoment bezeichne —, kommt die schwere Enttäuschung, da er erwartet hatte, daß sich die Sozialdemokratie dem Kriege entgegenstellen werde. Anstatt dessen erlebte er, daß sich die Führer an die Seite des Staates stellten. Diese Enttäuschung führte ihn — das Gutachten verweist darauf — zum erstenmal zur Entfremdung mit dem von ihm vor allem verehrten Vater, und ich erinnere daran, daß der Angeklagte angegeben hat, er habe sich damals Jaurès gegenüber des Verhaltens seines Vaters geschämt. Wenn jemand, der an seinem Vater hing vom ersten

Tage an, da er zu denken und zu fühlen begann, wenn der sich eines Tages seines Vaters zu schämen begann, wie muß das auf diesen tiefen Fanatiker — wie ihn der Staatsanwalt selbst genannt hat — eingewirkt haben? Das Gutachten sagt weiter: Ein Charakterzug von ihm ist die unentwegte hartnäckige Verfolgung der als Recht erkannten Idee ohne Rücksicht auf die Person. Ich will hier nicht vergessen, daß der Tat des Angeklagten ein Opfer fiel, denn schließlich wird kein fühlender Mensch daran vorübergehen, daß jemand getötet wurde. Aber der Angeklagte hat getötet ohne Rücksicht auf die Person, er hat auch nicht auf sich Rücksicht genommen, nicht auf den von ihm über alles verehrten Vater, auf die heißverehrte Mutter, auf die Frau, von der er schreibt, daß sie immer die gewesen ist, die ihn allein verstanden hat, und keine Rücksicht schließlich auf seine Kinder, von denen er schreibt, daß sie seine Tat verstehen werden, wenn sie erwachsen sind. Er hat nicht aus Roheit, sondern aus anderen Motiven, auf die ich noch zurückkommen werde, getötet und alles, was er liebt, für sich mitgetötet. Deshalb durfte von ihm das Gutachten sagen: „Er kannte keine Schonung der Person, weil er in dieser Tat Fanatiker war", und weiter: „Es folgt ein langer und aufreibender Kampf gegen die eigene Partei." Er hatte in diesem Kampfe und in dieser Situation kein Ventil für seine inneren Qualen. Das Einwirken auf die Massen wäre durch das Parlament möglich gewesen — aber das Parlament blieb geschlossen; es wäre durch die Presse möglich gewesen, aber die Presse war durch die Zensur geknebelt. Ich glaube, daß wir schon zu dem allmählich gelangen, was ich den unwiderstehlichen Zwang, die psychische Zwangslage, in der sich der Angeklagte befunden hat, nenne. Wir haben den Angeklagten sprechen gehört und wir kennen ihn nun und wir wissen, daß in ihm lebt ein unbezähmbarer Drang, das zu tun, was er für gut hält, und wir müssen ihm zugeben, daß das, was er für gut hält, auch wirklich gut ist. Denn daß jemand in einem Staate, dem die Verfassung gewährleistet ist, die Verfassung für gut hält, wird doch noch sein gutes Recht sein, und daß jemand in einem Staate, wo die Presse frei ist nach dem Staatsgrundgesetz, die Presse will, wird doch auch noch sein gutes Recht sein, denn das übersieht ja die Staatsanwaltschaft unaufhörlich: Es kann doch nicht ein Staat nur die Strafgesetze beobachtet wissen wollen und alle anderen nicht. Die Verfassung darf man brechen, alles darf man tun,

aber sich wehren gegen denjenigen, der andere ebenfalls gültige Gesetze dieses Staates verletzt, das geht nicht mehr, denn das Strafgesetz, das gilt noch in Österreich.

Das Fakultätsgutachten sagt mit seiner so rühmenswerten Schärfe, es stellt den Konflikt dar, in dem sich der Angeklagte befunden hat: Er will helfen, — Fanatiker — er will wirken. Wie? Er hat das Recht zu wirken, er könnte es tun durch die Presse. — Gibt es nicht. Wir haben sie staatsgrundgesetzlich auf dem Papier, mehr weiß als gedruckt. Er oder seine Partei kann sich parlamentarisch betätigen. Gibts nicht, das Parlaments nicht da. Versammlungen, das gute Recht jedes Staatsbürgers, gibts auch nicht. Ja, meine Herren! Wir halten das aus, Millionen haben das ausgehalten in diesem Staate. Er nicht! Warum nicht? Hier kehre ich wieder zurück zu dem Fakultätsgutachten: Weil ein Mann dieser Art, wie ihn das Gutachten geschildert hat, das nicht aushält, was übrigens manchen gesunden Mann in diesem Staate auch schon krank gemacht hat. Um mit dem Herrn Staatsanwalt zu sprechen: Es könnte mich Empörung übermannen, wenn ich über diese Dinge sprechen wollte. Also ich spreche nicht darüber, es könnte mich eine „antipatriotische Empörung" übermannen. Das Gutachten sagt dann weiter: „Und deshalb richtete sich sein Groll begreiflicherweise gegen die Staatsgewalt. Sie war seiner Ansicht nach überhaupt Schuld an dem Ausbruch des Krieges: und sie sperrte den Weg zur Aufrüttelung der Massen durch die Nichteinberufung des Parlaments und durch die Überwachung der Presse."

Man verfolge, wie weit die Fakultät diesem Manne nachgeht. Daher — der Herr Staatsanwalt hat das selbst unwillkürlich betont — die ohnmächtige Wut gegen die Staatsgewalt. Ja, wissen wir nicht alle von uns: Wut macht bekanntlich halb irrsinnig. Ohnmächtige Wut drängt zu Explosionen bei dem gesündesten Menschen. Jetzt nehmen Sie den Mann, wie ihn die Fakultät schildert, stellen Sie sich den Mann vor in seiner ohnmächtigen Wut, er will wirken, edel, gut wirken, wenigstens in seinem Sinne — der Herr Staatsanwalt mag ja anderer Meinung sein — er will edel wirken, er hält das für Vaterlandsliebe, um ihn herum Feinde, wenigstens hält er sie für Feinde. Ich werde das nicht untersuchen, ich bin kein Politiker, ich weiß nicht, ob der Angeklagte Recht hat oder seine Parteigenossen, ich will das nicht prüfen, schon deshalb nicht, weil ich nicht den Fehler

begehen will, eine solche Tat anders als durch die Geschichte entscheiden zu lassen; denn schließlich, ob ein Mord, die Tötung unter diesen Umständen, ein gemeiner Mord ist oder eine historische Tat, das hat immer erst die Geschichte entschieden. Wer zur Zeit der französischen Revolution getötet hat, der war, so lange man ihn einsperren konnte, ein Mörder. In der Geschichte war er manchmal der Begründer alles Guten und Schönen. Im Jahre 1848 war der Töter, solange man ihn töten konnte, ein Mörder. Wir blicken heute — man kann jetzt schon sagen alle — zu manchen dieser Männer, die damals Mörder waren, mit Verehrung auf.

Ich fahre fort: Ohnmächtige Wut auf Seite des Angeklagten. In dieser ohnmächtigen Wut, so sagt das Fakultätsgutachten, gab es für den Angeklagten zwei Auswege. Ich bitte, meine Herren, es gibt für einen Menschen dieser Art, wenn man an der Hand des Fakultätsgutachtens die Sache weiter verfolgt, plötzlich nur noch zwei Auswege. Man sieht: Da steht er. Zwei Auswege: Einer links und einer rechts und einen dritten nicht mehr. Der links, das sagt die Fakultät selbst, das war die Möglichkeit, ins Ausland zu gehen, war ihm durch die Verhältnisse verschlossen. Und nun, so sagt die Fakultät, in derselben Zeit, im Oktober 1916 erfolgte sein scharfer Konflikt mit der Partei. Er befand sich damals in einer Lage, die ihm das Leben wenig wünschenswert erscheinen lassen mochte und den Gedanken an das Attentat als die einzige Art, mit der er sein Lebensziel noch erreichen konnte, in den Vordergrund rückte. Den letzten Anstoß gab das Verbot der Versammlung, worauf ich noch gleich zu sprechen kommen werde. Ich bitte, meine Herren vom hohen Gerichthof, lesen Sie mit mir den folgenden kleinen Satz aus dem Fakultätsgutachten: „Durch einen unglücklichen Zufall erfuhr Dr. Adler an demselben Tage, wo er das Verbot der Versammlung erfahren hatte, daß Graf Stürgkh sein Mittagessen im Hotel Meißl und Schadn einnehmen werde, also war mit dem Antrieb zur Tat die Möglichkeit der Ausführung gegeben und so nahm das Unheil seinen Lauf." Die Fakultät sagt nicht: „So wurde das Verbrechen gesetzt, so wurde das Verbrechen ausgeführt." „So nahm das Unheil seinen Lauf!" Das heißt, wenn man in einen Satz kleiden will, was ich hier gesagt habe: Der Mann, so wie wir ihn kennen, unter dem Drucke psychologisch auf ihn einwirkender Umstände, getrieben zu einem einzigen Ausweg, den er noch wäh-

len konnte, betrat diesen Ausweg und das Unheil nahm seinen Lauf. Wenn man sich erinnert an die Fälle, die uns hier erzählt worden sind, die Vorschrift an die tschechischen sozialdemokratischen Blätter, Artikel der Polizei aufzunehmen usw. usw. — ich will das Detail nicht wiederholen, die Herren haben das ja gehört; wer sich an alles das erinnert und damit die Persönlichkeit des Angeklagten mit ihrem heißen und unstillbaren Hang nach Freiheit des Individuums und der Völker in Gegensatz bringt, der wird begreifen, daß in ihm das entstanden ist, was ein Zeuge gesagt hat: Er war verzweifelt, es war in ihm wie eine Qual! Und diese Qual kann nur begreifen, der nicht erblich belastet ist, der gar kein Fanatiker ist und der doch in diesem Staate, den er liebt und nicht haßt, lebt, dem er alles Gute gönnt, der durch Jahre alles Schlechte mitgemacht hat und dem vielleicht nur die Tat des Angekagten ein Ende gesetzt hat, der sich erinnert, daß alle Völker, sie mögen den Krieg geführt haben oder nicht, das Recht hatten, in ihren Parlamenten oder ihrer Presse oder in Versammlungen zu sprechen und daß wir, deren Söhne ebenfalls kämpfen, nicht gefragt worden sind, ob wir kämpfen wollen, wir, die wir aufgefordert werden zu den ungeheuersten Opfern, die jemals von Menschen oder Völkern verlangt worden sind, daß wir nie gefragt wurden, können wir sie tragen — ich rede schon gar nicht davon, wollen wir sie tragen —, wir, von denen uns in allen Tonarten gesagt wird, wir sind das beste Volk, unsere Soldaten halten aus mit einem Todesmut, den wir jeden Tag verdientermaßen loben hören. Aber ihre Väter werden nicht gefragt. Wir hören — und haben es in diesem Kriege erlebt, daß alle Opfer an Gut und Blut gebracht worden sind. Man hat uns nicht für würdig erachtet, uns zu fragen, ob wir sie gerne bringen und man hat den politischen Fehler begangen, uns nicht zu fragen; denn man hat dem Auslande, auf das der Herr Staatsanwalt mit Recht solchen Wert legt, nicht entgegengebracht ein Volk, das das, was es tut, tun will, sondern ein Volk, das anscheinend gezwungen wurde, zu tun, was es vielleicht oder sicher auch gerne getan hätte, wenn man es gefragt hätte. Und wer dieses Heimatland liebt, das sieht man gerade in diesen Zeiten, ich hoffe, man wird es belohnt sehen. Man sieht, uns hat nichts mehr geschadet, als daß man im Auslande geglaubt hat, mit uns kann man nicht verhandeln, denn wissen wir, was das Volk in Österreich denkt? Und die anderen sind

gewohnt, das Volk denken zu lassen. Und vielleicht wird es für die Tage, wo der Vater dieses Mannes hier hinausfahren wird, um für unsere Söhne vielleicht den Frieden zu erkämpfen mitzuhelfen, für ihn und für uns ein Glück sein, daß er darauf wird hinweisen können: In diesem Staate war mein Sohn wenigstens derjenige, der sein Heimatland wirklich geliebt hat, über alles geliebt hat, über sich selbst geliebt hat, der sein Leben für dieses Vaterland im schönsten Sinne des Wortes gegeben hat. Natürlich — ich fange selbst an zu zögern — im schönsten Sinne des Wortes? Er hat ja töten müssen! Das ist wahr. Aber, meine Herren, hier fange ich wieder mit dem Fakultätsgutachten an. Der Fanatiker — so sagt das Gutachten — ist weit abzurücken von einem normalen Menschen, der Fanatiker und der Geisteskranke — sagt das Gutachten — sind Zweige eines und desselben Stammes. Jawohl! Der Fanatiker ist weit entfernt von dem normalen Menschen. Der normale Mensch geht in „Tell", sieht Tell den Vogt niederschießen, ist begeistert von dieser Tat der Freiheit, applaudiert und geht dann — ins Löwenbräu ein Bier trinken. Der normale Mensch denkt nicht weiter an „Tell" und an den Vogt, er hat sich im Theater unterhalten. Der normale Mensch begnügt sich damit, daß man in einem Staate lebt mit gewissen Zuständen, die dem Herrn Staatsanwalt schon genügen, ihn einen Staat mit „geordneten Zuständen" zu nennen. Er hat Pflaster, er hat Gaslicht, er hat elektrisches Licht, er hat, wenn nicht gerade besondere Umstände herrschen, für seine Bürger auch zu essen, bei weniger guten Zuständen hat er weniger gut zu essen, aber — du lieber Gott, er liebt sein Heimatland, er läßt der Fiedel süße Hölzer stimmen. Und das ist vielleicht das Muster des Patrioten? Das wird uns niemand sagen.

Der Fanatiker tut das, was der Angeklagte getan hat: er denkt an Tell, wie er den Vogt getötet hat. Nicht, daß man morden kann, predigt die Tat des Angeklagten und die Verteidigung wäre weit davon entfernt, sich der Theorie oder gar der Praxis anzuschließen, daß man morden soll. Aber die Verteidigung behauptet: Man darf auch kein Vogt sein. Wenn in einem Staate, der nach Gesetz und Recht und, mit dem Blute vieler edler Männer erkauft, eine Freiheit sich errungen hat, sich jemand gegen diese Freiheit stellt, der diesen Staat, wie wir es hier gehört haben, zu einem absolutistischen Staat machen will,

und diesen Staat dadurch, in einer Zeit, wo Krieg ist, in seinen heiligsten Interessen bedroht, mehr als der Angeklagte durch seine Tat begangen hat, worüber übrigens auch erst die Geschichte und nicht meine bescheidene Person zu entscheiden haben wird, wer sich entgegenstellt allem, was in diesem Staate an guten Wurzeln und starken Stämmen ist — ich weiß nicht, ob man da noch sagen kann, das ist ein gemeiner Mord gewesen. Ich bitte, meine Herren, so ein bißchen fängt wieder der Jurist in mir zu wirbeln an, wir kennen etwas wie Notwehr im Strafgesetz. Der entsprechende Paragraph lautet: „Wer sich der notwendigen Verteidigung bedient, um einen ungerechten Angriff auf Leben, Ehre oder Freiheit von anderen abzuwehren". Sind wir wirklich schon so verrannt in unsere juristischen Ideen, daß wir sagen können: Ich darf unter Umständen, wenn es als nötige Verteidigung erscheint, jemand, der meine physische Freiheit oder die physische Freiheit meines Nachbarn antasten will, sogar töten, das ist unwiderstehlicher Zwang, aber wenn ein Mann von dem tiefen Fanatismus dieses Mannes hingeht und sich in diesem Momente dessen bedient, was er für die nötige Verteidigung gehalten hat, um die Freiheit aller in diesem Staate zu schützen, dann ist es keine Notwehr, das ist nur gemeiner Mord oder vielleicht Meuchelmord.

Und wenn Sie mich weiter fragen, meine Herren, was auf diesen Mann noch alles eingestürmt ist, so erwidere ich Ihnen noch etwas — und beinahe fange ich wieder an, Jurist zu werden; denn in § 2 steht auch als strafausschließender Grund: Wenn sich jemand im Zustande voller Berauschung oder in einer anderen Sinnesverwirrung befunden hat, die ihm das Bewußtsein seiner Tat geraubt hat. Im Zustande voller Berauschung oder einer anderen Sinnesverwirrung! Haben wir nicht, um gerecht zu bleiben, den Eindruck, daß dieser Mann beherrscht ist vom vollen Zustande des Freiheitsrausches? Da lebt ein Mann — es wird vielleicht wenige geben —, für den die Freiheit — nicht nur die seine, an die hat er wahrlich nicht gedacht, denn sonst hätte er diese Tat nicht begangen — alles bedeutet, dem es blutig rot vor den Augen wird, wenn er die Freiheit angetastet sieht, ein Mann, dem der Gedanke an die Freiheit alles ist. Erinnern Sie sich, meine Herren, er hat hier gesagt: Ich habe manchmal gefragt: Ja, lebt man denn in diesem Lande wie ein Hund? Das war sein Ausdruck. Und nun denken Sie sich, meine Herren, immer den Mann mit

dieser Disposition, denken Sie sich diesen Mann mit dem Gefühl: Bin ich denn ein Hund! Und auf diesen Hund stürmt nunmehr das letzte ein am Tage vor der Tat.

Hier komme ich zu einem neuen Punkt. In seinem Fanatismus spielt der Angeklagte mit der Attentatsidee. Einmal ist es Dr. Mager, an den er denkt, ein andermal Tisza, ein drittesmal Hochenburger. Hochenburger! Da fällt mir wieder ein wie sich der normale Mensch vom Fanatiker unterscheidet. Der normale Mensch hält Reden auf die Freiheit, der normale Mensch hängt die §-14-Gewaltigen an den Laternenpfahl mit dem Munde, der Fanatiker nimmt aber die Sache ernster. Der normale Mensch spricht als Abgeordneter so und als Minister anders, der Fanatiker bleibt bei dem, was er für gut gehalten hat. Es bleibt jedermann die Wahl überlassen, was schöner, was ethischer ist.

Ich sage also, meine Herren, er spielte mit dem Attentatsgedanken, er hat ihn nicht ausgeführt. Warum, geht uns ja juristisch zunächst nichts an. Dann aber kam die Situation, die zu der Tat führt. Beladen mit all der Last, die uns hier geschildert wurde, aufgereizt durch alle die Dinge, die ich jetzt wieder gestreift habe, in Verzweiflung gebracht durch die Stimmung, die in einem Staate immer entsteht, wenn man die gesetzlichen Ventile verschließt, durch die sich die Erregung der Bevölkerung soll Bahn brechen können, ich sage, um diese Ventile gebracht, verzweifelt, gequält, passiert diesem Manne endlich auch dasjenige, was ihn zum Überschäumen gebracht hat, wir hören im Oktober Konflikte, wir hören im Oktober die neuen Bemühungen der Presse, die Zensur etwas erleichtert zu sehen, auf acht Tage wird sie erleichtert, dann wird verboten überhaupt über das Parlament zu sprechen, eine Obmännerkonferenz tritt zusammen, um das Parlament zu beleben, die Feudalen treten schon zusammen, um sich des Parlamentes anzunehmen. Stürgkh begegnet dem mit der Erwiderung, das sei für ihn keine Instanz. Die Gerüchte und Erzählungen verdichten sich, aber Graf Stürgkh zerniert den verstorbenen Kaiser, man läßt niemand zu ihm. Dann treten Professoren zusammen, die auch schon ihrem Ingrimm über das, was geschehen ist, Ausdruck geben wollen, wenn auch in jener wissenschaftlich gediegenen Weise, wie es sich für Professoren geziemt, sie wollen eine Versammlung abhalten. Da wird beraten, ob man den Leuchten der Wissenschaft in Österreich

den staatsrechtlich dazu berufenen Männern gestattet, auch nur ein Wort über das Parlament zu sprechen. Es wird debattiert, der Vater wird zum Polizeipräsidenten gerufen, er warnt den Polizeipräsidenten. Wenn ich dazu geneigt wäre, mich derartigen Gefühlen hinzugeben, möchte ich sagen: ahnungsvollen Geistes, aber nicht ahnend, daß sein Sohn das Opfer sein wird, warnt er den Polizeipräsidenten — es nützt alles nichts. Die Professoren sind auch nichts mehr in Österreich. Und da kommt der letzte psychologische Moment: der Angeklagte sagt — ich wiederhole hier seine Worte — da habe ich mir gesagt: jetzt ist es aus. Wenn man auch nicht einmal mehr diese harmlose Versammlung, an der ihm ja an und für sich nicht viel gelegen war, gestattet, dann bin ich wirklich schon der Hund, den der Herr peitscht. Ich will aber nicht der Hund, ich will nicht ein Sklave, ich will ein freier Bürger dieses Staates sein!

Und hier kommt der Moment, wo ich mir ihn mit seiner Prädisposition vorstellen kann, wie er dasteht: Aber ich habe mir doch einmal einen Revolver gekauft! Es entladet sich in ihm alles, was er gegen den Stürgkh am Herzen hatte, in ihm sieht er — ob mit Recht oder mit Unrecht, ist gleichgültig — den Schöpfer und Urheber alles Schlechten in Österreich, in ihm sieht er den Mann, der aus diesem Volke von freien Staatsbürgern ein Volk von elenden Sklaven machen will, in ihm sieht er den Mann, der dem obersten Staatslenker das Unheil, das er selbst in Österreich anrichtet, verbergen will, in ihm sieht er den Mann, der es sogar den Männern der Wissenschaft unmöglich machen will, das Wort zu ergreifen — aber ich habe mir doch einen Revolver gekauft! Wer kann sich das nicht vorstellen, selbst wenn man auch nur die schwächste Empfindung für das, was Freiheit heißt, hat? Man braucht kein Fanatiker zu sein — und ich wenigstens bin schon zu alt, um es zu sein —, aber man kann sich vorstellen, daß ein Mensch mit einem Gefühl für Menschenwürde, mit einem Gefühl dafür, daß man doch schließlich im 20. Jahrhundert seine eigenen Söhne nicht draußen kämpfen läßt, damit sie zurückkehren in einen Staat der Schmach, weil ein Staat der Sklaverei nur ein Staat der Schmach sein kann.

Wer ein lebhaftes Gefühl dafür hat, wenn er auch kein Fanatiker ist, der kann sich vorstellen, daß nunmehr dem Angeklagten mit unüberwindlichem Zwange — § 2 des Strafgesetzes

-- mit unwiderstehlichem psychologischen Zwange die Idee kommt: Der Mann lebt mir nicht länger, der mein Heimatland, mein Volk in dieser Weise behandelt!

Wenn man die Tat des Angeklagten so betrachtet — und ich vermeine beinahe, man muß sie so betrachten, wenn man gerecht sein will — dann glaubt die Verteidigung auf dem Boden des Rechtes und um so mehr auf dem Boden der Moral stehend folgendes sagen zu können: Nein! Man darf nicht straflos morden. Aber wenn man provoziert wird zum Töten durch die Tat des Getöteten, wenn man provoziert wird, indem die eigenen heiligsten Gefühle durch Jahre hindurch systematisch gekränkt werden, wie dies bei dem Angeklagten der Fall war — und wir müssen uns auf seinen Standpunkt stellen — wenn man sich provoziert fühlt durch diese Taten, wenn man, — immer wieder mit dem Gutachten gesprochen — so wie er dastand zu der Zeit, als diese Momente auf ihn einwirkten, da begeht man kein Unrecht, wenn man an den Richter, er mag Berufsrichter oder er mag Geschworener sein, die Aufforderung richtet, diesen Mann nicht zu verurteilen. Ich tue es kalten Blutes, wenn ich sage, man soll ihn nicht verurteilen. Sie sind, meine Herren, vom hohen Gerichtshofe, hier berufen, über eine Tat zu urteilen, die sonst Geschworene beurteilen. Und wenn ich nicht sehr irre — ich habe den Wortlaut nicht im Kopfe — so geht der Eid, den die Geschworenen zu leisten haben, etwa dahin, mit der Redlichkeit und Gewissenhaftigkeit eines freien Mannes zu prüfen, was für die Schuld oder die Unschuld des Angeklagten spricht. Eines freien Mannes! Die Strafprozeßordnung setzt voraus, daß freie Männer prüfen, d. h. Männer, die eine Empfindung haben für die Freiheit und ich behaupte daher: Ihr Urteil, das den Angeklagten aus den von mir erwähnten, juristisch sehr wohl zu rechtfertigenden Gründen freispricht, wäre nicht ein Urteil, das ausspricht: Der Mord ist gestattet, sondern ein Urteil, das etwa ausspricht: Der Mord der Freiheit ist auch nicht gestattet. Ein solches Urteil wäre nach meiner Meinung juristisch und moralisch gerechtfertigt.

Es wäre nach meiner bescheidenen Meinung aber auch noch von einem anderen Gesichtspunkte aus für diesen Staat gut. Man soll sagen — und da denke ich plötzlich an dieses Ausland, an das sonst der Staatsanwalt appelliert — daß in diesem Staate zwar etwas geschehen ist, was nach einem Paragraphen

des Strafgesetzes gestraft zu werden hat, wenn es aber unter solchen Umständen geschieht, wie es hier geschehen ist, dann findet der freie Mann, daß der Tadel dem Vogt und nicht dem Tell gebührt. Und ich behaupte, Ihr Urteil wäre so wenig wie meine Rede es sein soll — ich bin weit davon entfernt — eine Apotheose des Mordes, vielleicht aber eine Apotheose der Freiheit, die uns zum Frieden führen kann. Vergessen wir nicht, meine Herren, — und das ist das letzte Argument — das, was wir Kriegspsychose zu nennen gewohnt sind, in ihrer Wirkung auf den Angeklagten. In diesem Entsetzlichsten, was seit Jahren auf uns wirkt, sind die klügsten Menschen, wie man so sagt, manchmal verrückt geworden. Wir haben Wälle von Leichen sich auftürmen gesehen und sollen dabei gesittete Menschen bleiben. Wir haben eine Jahrhunderte alte Kultur verwüstet gesehen und wir gescheiten Menschen, die wir nicht Fanatiker sind, fühlen uns manchmal in den innersten Grundfesten unseres Seins erschüttert. Stellen Sie sich nun diesen Mann, diesen Pazifisten vor, der von einem Menschheitsfrieden geträumt hat und nun sieht, daß in dieser Menschheit ein Kampf tobt, von dem man nicht weiß, ob er zur Gesundung oder ins Verderben führt. Er, mit seiner Prädisposition, mit seinen Gedanken sieht all das! Ich verzichte auf jede Nomenklatur, aber ich behaupte, daß unter diesen Umständen dieser Mann für diese Tat nicht strafrechtlich verantwortlich gemacht werden kann. Als Jurist und als Mensch, als freier Bürger dieses Staates, der zu freien Bürgern dieses Staates spricht, beantrage ich seine Freisprechung.

Präsident:

Wünschen Sie, Herr Angeklagter, das Schlußwort?

Dr. Adler:

Dürfte ich vorher um eine Pause von fünf Minuten bitten. Ich werde dann das Wort ergreifen.

Präsident:

Ich unterbreche die Verhandlung.

(Die Verhandlung wird um 6 Uhr nachmittag unterbrochen.)

Die Schlußrede Friedrich Adlers.

Dr. Adler:

Ich bitte die Herren um Entschuldigung, daß ich die Verzögerung bewirkt habe, aber ich war von dem, was ich in den letzten Stunden hier gehört habe, so mitgerissen, daß ich nicht die Ruhe hatte, gleich die paar Worte, die ich noch zu sagen habe, zu sprechen. Es ist selbstverständlich, daß ich — und gerade bezüglich dessen, was ich hier von dem Herrn Staatsanwalt und dem Herrn Verteidiger gehört habe — noch sehr viel auf dem Herzen hätte zu sagen. Aber in dem Moment, wo ich das letzte Mal in meinem Leben zu reden habe, kann ich mich nicht in Polemiken einlassen und auf Argumente reagieren, die von der einen und anderen Seite vorgebracht worden sind. Ich bin mir bewußt, zum letztenmal zu sprechen und ich möchte deshalb nur gegenüber dem, was der Herr Staatsanwalt über meine Motive hier vorgebracht hat, in ein paar kurzen Sätzen den Kern dessen andeuten, weshalb ich hierher gekommen bin und wie ich den ganzen Fall von meinem moralischen Standpunkt aus auffasse, worüber ich in meiner Verantwortung ja noch nicht gesprochen habe.

Es ist von meinem Herrn Verteidiger schon in so glänzender Weise die ganze Frage des Patriotismus, alles was gegen den Herrn Staatsanwalt zu sagen ist, erörtert worden, daß ich darauf mit keinem Worte einzugehen gesonnen bin. Ich will nur sagen, daß, wenn man verstehen will, was in dieser Zeit in mir vorgegangen ist, es nicht darin zu suchen ist, daß ich ein „Antipatriot" bin, sondern daß die wirkliche Nötigung, die mich schließlich zu meiner Tat gebracht hat, gerade umgekehrt darin gelegen ist, daß ich mich von Österreich, worunter mein Österreich verstanden ist, nicht losmachen konnte, mich nicht von der Partei losmachen konnte, in der ich seit meiner Kindheit gelebt habe. Der Herr Staatsanwalt hat von „Eitelkeit" zu reden versucht, daß es mir darauf angekommen wäre, möglichst weit in der Welt „bekannt" zu werden. All das ist lächerlich. Ich hätte ohne weiteres einen größeren Wirkungskreis haben können, wenn es mir darauf angekommen wäre. Ich hätte nach Deutschland gehen können, Kautsky schrieb noch im September: „Kommen Sie hierher, gehen Sie nicht in die Schweiz, in einen kleineren Wirkungskreis, sondern hierher, wo Sie ein viel größeres Betätigungsfeld haben." Die Tragödie, deren Mittelpunkt ich hier bin, ist eben darin begründet,

daß ich nicht loskommen konnte von der österreichischen Sozialdemokratie. Mit der Gesamtbewegung überhaupt wäre ich immer verbunden gewesen, in welchem Lande immer ich gewesen wäre. Aber ich konnte nicht loskommen von der Bewegung in diesem Lande. Ich bin mit allen Fasern verknüpft gewesen mit allen Institutionen, die die Partei in Österreich hat. Wir haben gestern Austerlitz hier reden gehört und er hat gesagt, daß er mich immer gern gehabt hat. Ich kann sagen, daß ich, der ich am Anfange des Krieges den größten Konflikt mit ihm hatte, ihn auch persönlich immer gern gehabt habe, und das, was mich gerade mit Austerlitz verband, war, daß wir gemeinsam die Arbeiterzeitung geliebt haben. Meine Parteigenossen konnten das nicht verstehen. Ich bin gegen die Arbeiterzeitung im November 1914 in einer Weise losgegangen, wie es nie in Wien in der Partei geschehen ist. Aber das geschah, weil diese Arbeiterzeitung, die ein Werk meines Vaters gewesen ist, die ich geliebt habe, in der ich jede Zeile gelesen habe — bis zu dem Moment, wo ich hierhergekommen bin und man sie mir das erstemal im Leben entzogen hat — die mir das tägliche Brot gewesen ist, das geschah, sage ich, weil ich gegen die anderen protestieren mußte, durch die das Teuerste, was ich besaß, geschändet worden ist. Ich könnte dies, wie ich mit der österreichischen Partei verwachsen war, nach allen Richtungen hin darstellen, ich will es nicht. Ich will auch nicht darauf eingehen, was der Herr Staatsanwalt hier gesagt hat, daß er, der Staatsanwalt und der Gerichtshof „nicht kompetent" sind zu beurteilen, nicht wissen können, was für den Staat notwendig ist. Er, der Staatsanwalt, der der Anwalt dieses Staates sein soll, tritt hier auf und sagt: Ich bin nicht kompetent, zu wissen, ob dieser Staat eine Verfassung haben soll oder nicht. Was notwendig für den Staat ist, das zu wissen ist nur kompetent der eine Graf Stürgkh. Es liegt, wie ich in meiner Verantwortung schon gesagt habe, eine solche Welt zwischen dem Standpunkte der Demokratie und dem Standpunkte, den der Staatsanwalt hier vertritt, daß ich darüber kein Wort mehr reden will. Und auch darüber will ich nichts sagen, wie die Tat wirklich gewirkt hat. Ich habe hier ein ganzes Material, das ich nicht verwendet habe. In dem letzten Artikel, den ich am 20. Oktober, am Tage vor dem Attentat in der Arbeiterzeitung gelesen habe, wird geschildert, wie der Graf Stürgkh über Wolken thront und unerreich-

bar ist für alles. Dann kam die Wendung und dann auf einmal, fünf Tage später, sind Artikel in der Arbeiterzeitung erschienen: „Ein neuer Geist", „Eine neue Zeit", „Ein neues Regime" hießen die Titel. Eine ganze Serie, jeden Tag ein solcher Artikel. Ich könnte zu Dutzenden Stellen anführen, aus denen hervorgeht, daß nicht erst einmal später die Geschichte entscheiden wird, sondern daß es schon damals im Bewußtsein der Bevölkerung Österreichs war und heute ist, daß damals in Österreich tatsächlich eine historische Wendung stattgefunden hat, die nicht zurück zu machen ist. Ich will das nicht beweisen, ich halte dafür, daß die Herren es als bewiesen ansehen werden.

Der Grund, warum ich noch einmal sprechen wollte, ist, daß ich erklären möchte, daß die Frage des Mordes für mich immer eine wirklich moralische Frage gewesen ist. Ich bin seit jeher ein Gegner des Mordes gewesen und die Entscheidung, vor der ich stand, ist für mich keine kleine gewesen. Darüber will ich einiges sagen.

Es wurde hier von Tücke gesprochen. Ich kenne diese juristischen Ausdrücke nicht, ich verstehe gar nicht diese feinen Unterscheidungen, die der Herr Verteidiger gemacht hat, warum das gerade Tücke ist, ich weiß das nicht. Ich weiß nur, daß ich getan habe, was ich tun mußte. Aber ich weiß, daß moralisch für mich die Frage, wie es mit dem Töten steht, seit meiner Kindheit eine Rolle gespielt hat und daß ich in den literarischen Interessen und in den philosophischen Interessen, die ich hatte, immer wieder auf sie gestoßen bin und sie mich ernstlich beschäftigt hat. Ich könnte das auch beweisen aus einer Buchrezension, die ich noch zuletzt im Herbst über eine Broschüre eines meiner Freunde geschrieben habe. Dieser hat von der „Untermenschlichkeit alles Krieges" gesprochen und ich verwies auf das Problem, das mich immer beschäftigte: die Untermenschlichkeit aller Gewalttaten.

Ja, meine Herren, ich bekenne es, ich war immer der Meinung, daß das gewaltsame Töten von Menschen untermenschlich ist und daß wir alle noch in der Zeit der Barbarei leben, da wir gezwungen sind, Menschen zu töten. Ich bin mit meinem Freunde einverstanden: Der Krieg ist untermenschlich. Und ich leugne nicht: die Revolution ist auch untermenschlich. Solange es nötig ist, Menschen zu töten, anstatt daß die Menschen miteinander durch den Geist

höher kommen in der Welt, solange leben wir in einer Welt der Barbarei, der Untermenschlichkeit. Unsere Auffassung ist immer gewesen: Wir verabscheuen den Mord, die gewaltsame Tötung von Menschen; denn wir arbeiten, wie unser Meister Marx gesagt hat, in der Deklaration der Internationale beim Ausbruch des siebziger Krieges — „für eine neue Gesellschaft, die nach innen keine andere Politik kennt, als die Arbeit, weil sie nach außen keine andere Politik hat als den Frieden". Das war das, was uns immer erfüllt hat, das war unser Programm. Aber trotzdem ich auf diesem Standpunkt stehe, weiß ich, daß wir nicht Utopisten sein dürfen, denn diese Gesellschaft, in der es keinen Mord gibt, wollen wir erstreben, aber wir dürfen uns nicht der Täuschung hingeben, daß diese Gesellschaft schon da ist. Wir müssen uns klar sein, und uns darnach orientieren, daß wir noch in der Barbarei leben und unser Verhalten in allen Fragen danach einrichten, um aus dieser Welt der Barbarei herauszukommen. Sicher, wir wollen die neue Gesellschaft, die Gesellschaft ohne Mord und Gewalttat, aber wir müssen alle Mittel anwenden, um zu ihr zu gelangen. Denn ebenso, meine Herren, wie Sie überzeugt sind — und der Herr Staatsanwalt hat es Ihnen so eindringlich gesagt —, daß die Söhne des Landes — und es sind ja nicht nur Söhne, sondern leider auch schon Väter, alte Männer bis über 50 Jahre — draußen im Schützengraben stehen, ihr Leben hingeben und andere Leben auslöschen müssen, ebenso wie diese sich einsetzen mit ihrem ganzen Sein für das, was sie als Recht erkannt haben, ebenso wie diese sich nicht nur töten lassen, sondern auch töten, ebenso sage ich, müssen Sie verstehen, daß wir unser Leben einzusetzen haben für unsere Ziele, um aus der Gesellschaft der Barbarei, in der wir leben, hinauszukommen. Und wenn man diese Frage bejaht, dann ist nicht nur berechtigt der Krieg, dann ist auch berechtigt die Revolution.

Meine Herren! Es gibt zwei große Lebensanschauungen, zwei große Ideenkreise, die miteinander ringen in der Welt und die für mich in meiner Jugend eine große Rolle gespielt haben, die mir nahe gegangen sind und mich zur Entscheidung gedrängt haben. Die eine ist die große Lehre des Christentums: man soll nicht töten, des wirklichen Christentums, — nicht wie es vertreten wird von Leuten, die das Christentum schänden — sondern jenes wirklichen Christentums, wie es der Papst in diesem Kriege zu vertreten versucht hat, wie es verkündet wor-

den ist von Tolstoi lange vor dem Kriege: man soll dem Übel nicht widerstreben, man soll sich töten lassen, man soll aber niemals Hand anlegen weder im Kriege noch in der Revolution. Tolstoi hat sich gegen beide — gegen Krieg und Revolution — konsequent gewendet. Diese Lehre hat mir in meiner Jugend sehr viel zu schaffen gemacht, sie ist mir sehr nahe gegangen und sehr nahe gelegen. Nach ihr soll man ein wirklicher Christ sein. Wenn man aber zur historischen Erkenntnis kommt, daß man noch kein wirklicher Christ sein kann und darf in der Zeit der Barbarei, in der Zeit der Untermenschlichkeit, in der Zeit der Unkultur, in der wir leben, dann gibt es nur einen konsequenten Standpunkt: wenn wir wirklich noch töten müssen und getötet werden, dann kann der Mord kein Privilegium der Herrschenden sein, dann sind auch wir zu den Mitteln der Gewalt berechtigt. Wenn es wahr ist, daß die Zeit der Menschlichkeit noch nicht gekommen ist, dann wollen wir Gewalt wenigstens nur üben im Dienste der Idee der Menschheit. So steht die moralische Frage, die für mich stets eine große Rolle gespielt hat.

Ich habe den Krieg rechtfertigen gehört und ich habe die Argumente verstanden, die den Krieg rechtfertigen sollen.

Als man durch Belgien ging und eine unschuldige Bevölkerung zum Opfer fiel, Kinder und Frauen getötet wurden, hat man gesagt: Not kennt kein Gebot, es ist der Krieg, es bleibt nichts anderes übrig.

Und als die Lusitania sank, eine Menge unschuldiger Zivilpersonen den Tod fanden, hat man wieder gesagt: es ist der Krieg, es bleibt nichts anderes übrig.

Man hat gesagt, man muß Menschen hängen, auch auf die Gefahr hin, Unschuldige zu töten, weil, wie der Herr Staatsanwalt gesagt hat, man sich gegen die Verräter wehren muß. Es ist der Krieg, hat man gesagt, es bleibt nichts anderes übrig.

Man muß Menschen zu Zehntausenden zu Sturmangriffen verwenden und sie in den sicheren Tod hineinschicken. Es ist der Krieg, es ist die Not, sie haben es gerechtfertigt.

Wir leben in einer Zeit, wo die Schlachtfelder von hunderttausenden Toten bedeckt sind und zehntausende Menschen in den Meeren liegen. Es ist der Krieg, es ist die Not, sie haben es gerechtfertigt.

Aber wenn dann einmal ein Mensch fällt, der die Verfassung in Österreich vernichtet hat, der alles Recht und Gesetz zu Bo-

den getreten hat, wenn einer der Schuldigen an allem Entsetzlichen fällt, da tritt man mir entgegen und sagt plötzlich: heilig ist das Menschenleben! Da erinnert man sich plötzlich an das 5. Gebot: Du sollst nicht töten!

Meine Herren, diesen Widerspruch habe ich nicht verstanden, und da können Sie reden, was Sie wollen, ich werde ihn nicht verstehen.

Als ich nach Ostern die Anklageschrift bekommen hatte und ich dadurch wieder in die Lage kam, Zeitungen zu sehen, fand ich zufällig in der ersten Zeitung, die mir von meinem Freunde Dr. Popper gebracht wurde, einen Hirtenbrief des Bischofs von Cashel von Irland. Dieser Hirtenbrief durfte in unseren Zeitungen gedruckt werden, denn für Irland dürfen wir ja Gefühle haben. Dieser Hirtenbrief eines katholischen Bischofs hat zu mir ganz anders gesprochen als die Anklageschrift des Herrn Staatsanwalts. Dieser Bischof sagt: „Traurige Ereignisse sind in Irland vorgefallen. Männer mit einem guten Ideal haben sich für einen Aufstand gewinnen lassen. An sich betrachtet ist ihre Handlungsweise gegen das Gesetz. Aber man darf auch viele mildernde Umstände nicht aus dem Auge verlieren. Denn diese Männer dachten an das harte Los, das Irland schon lange erduldet. Sich einer ungerechten Herrschaft zu widersetzen ist kein Aufstand, obwohl eine solche Handlungsweise gewöhnlich gegen das Gesetz ist. Die Vorsicht und der Patriotismus waren jedoch vor dem Gebrauch der Waffen, solange keine Hoffnung auf ein günstiges Ergebnis besteht, oder wenn ein Aufstand das Unheil der Nation noch vergrößern würde. Unsere nationale Bewegung wird die meisten Früchte tragen, wenn wir die Mittel brauchen, die Gott selbst gutheißt, denn die Bewegung geht zweifellos von Gott aus. Darum hoffen wir, daß Irland, das solange das Opfer eines schlechten Regierungssystems war, schließlich doch noch einmal glücklich werden wird."

Und das, was dieser Bischof über Irland denkt, meine Herren, das habe ich als Sozialdemokrat auch über Österreich mir zu denken erlaubt, daß auch dieses Österreich einmal ein glückliches Land werden soll, daß diese Völker — denn die sind für mich Österreich und nicht eine volksfremde Regierung — glücklich werden sollen.

Ich will nicht polemisieren, ich will mich mit all dem jetzt nicht beschäftigen, sondern ich will zum Schlusse nur sagen: ich

weiß, wie das Urteil ausfällt, ich habe nie daran gezweifelt. Ich werde nach dem Urteil aus diesem Saale gehen im Geiste unserer alten Hymne, die für mich nie bloße Worte waren, sondern immer lebendige Wirklichkeit. Und die heute für mich lebendiger sind, als je:

Nicht zählen wir die Feinde, nicht der Gefahren all;
Marsch, marsch und wär's zum Tod;
Denn unsere Fahn' ist rot!

Ich weiß nicht, was geschehen wird, ob ich bald sterbe oder schließlich zu endlosem Vegetieren verdammt sein werde. Aber wenn es ernst wird mit dem Beschluß, den Sie jetzt fassen werden, dann habe ich nur den einen Wunsch, daß ich meine Nerven und Sinne zusammenhalte bis zu jenem letzten Momente, wie ich sie bisher zusammengehalten habe, damit auch von mir einmal jene Worte des Dichters gesagt werden können, die einer viel größeren revolutionären Tat gewidmet waren:

Auf den Lippen den Trotz und den zuckenden Hohn,
Noch im Sterben rufend: die Rebellion!
So ist er mit Ehren erlegen.

Alle aber, die ich liebe und deren Liebe mein Glück gewesen ist, alle Freunde und Kampfgenossen in allen Teilen der Welt erinnere ich zum Abschied und zum Trost an die tiefe und reine Wahrheit des Ostergrabes:

Nicht alle sind tot, die begraben sind,
Denn sie töten den Geist nicht, ihr Brüder!

Das Urteil.

Präsident (liest):

„Im Namen Seiner Majestät des Kaisers: Das k. k. Landesgericht als Ausnahmegericht hat nach der heute durchgeführten Hauptverhandlung über die Anklage der k. k. Staatsanwaltschaft zu Recht erkannt:

Dr. Friedrich Adler ist schuldig, am 21. Oktober 1916 in Wien gegen Dr. Karl Grafen Stürgkh in der Absicht, ihn zu töten, durch Abgabe von vier Revolverschüssen auf solche Art gehandelt zu haben, daß daraus dessen Tod erfolgte.

Dr. Friedrich Adler hat hiedurch das Verbrechen des Mordes nach § 134 begangen und wird nach § 136 zur Strafe des Todes sowie nach § 389 der Strafprozeßordnung zum Ersatz der Kosten des Strafverfahrens verurteilt."

Das Urteil gründet sich auf folgenden Erwägungen, welche das Gericht bei der mündlichen Verkündigung in Kürze wie folgt zusammenfaßt: Der Gerichtshof ist auf Grund des Geständnisses des Angeklagten, auf Grund der Aussagen der vernommenen Zeugen und auf Grund des Fakultätsgutachtens zu der Überzeugung gelangt, daß im vorliegenden Falle die Tat des Angeklagten die Tat eines einzelnen Fanatikers gewesen ist. Der Angeklagte ist umfassend geständig, die Ansicht gehabt zu haben, den Grafen Karl Stürgkh zu töten, und er ist geständig, die Schüsse gegen denselben am 21. Oktober abgefeuert zu haben. Durch das Gutachten der gerichtärztlichen Sachverständigen ist festgestellt worden, daß diese Tat des Angeklagten den beabsichtigten Tod des Grafen Stürgkh tatsächlich herbeigeführt hat.

Was die Motive des Angeklagten anbelangt, so hat das Gericht konform seiner Verantwortung jene Motive angenommen, die er selbst für seine Tat angegeben hat. Der Gerichtshof hat die volle Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten als erwiesen angenommen und hat sich dabei gestützt auf das Gutachten der Fakultät, welches nach der Anschauung des Gerichtshofes einen Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten in keiner Richtung aufkommen läßt.

Die Einwendungen, die von der Verteidigung erhoben worden sind, wurden vom Gericht auch eingehend geprüft. Es ist ganz richtig: Sämtliche jene Momente, die von der Verteidigung hervorgehoben worden sind, sind in dem Fakultätsgutachten einer reiflichen Besprechung unterzogen worden. Die Schlußfolgerungen, die aber mit ebenso deutlichen Worten in dem Fakultätsgutachten enthalten sind, sind nicht mit der gleichen Folgerichtigkeit von der Verteidigung hervorgehoben worden. Das Gutachten spricht ausdrücklich davon, daß scharf unterschieden werden müsse zwischen der Tat des Angeklagten und den Gründen derselben und jenen Umständen, die eventuell eine andere Wertung derselben herbeiführen könnten. Der ausdrückliche Wortlaut des Gutachtens geht dahin, und läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Tat des Angeklagten von der Fakultät nicht als Tat eines Wahnsinnigen oder Irrsinnigen, Nichtzurechnungsfähigen, sondern die Tat eines Fanatikers gesetzt worden ist. Aus diesen hier in Kürze angedeuteten Gründen hat der Gerichtshof die Schuld des Angeklagten als erwiesen angenommen.

Die Strafe war nach § 136 St. G. auszusprechen.

Das Moment der Tücke hat der Gerichtshof nicht als gegeben angesehen, weil eine vorbedachte Tat des Angeklagten, um das von ihm erkorene Opfer in eine besonders schwierige Situation des Unvorbereitetseins zu versetzen, weil eine solche besondere List seinerseits nicht angewendet worden ist.

Gegen das Urteil steht dem Angeklagten das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde zu, welche binnen drei Tagen angemeldet werden muß.

Dr. Harpner:

Wir behalten uns Bedenkzeit vor.

Dr. Adler (ruft):

Es lebe die internationale revolutionäre Sozialdemokratie!!

Aus Saal und Galerie ertönen hundertstimmige Hochrufe auf die Internationale und auf Friedrich Adler. Der Präsident gibt Auftrag, den Saal zu räumen und Adler abzuführen. (Im Saal werden acht Verhaftungen vorgenommen, weitere sechs auf der Straße, wo sich viele Menschen angesammelt hatten, die nicht im Saal Platz finden konnten und wohin sich die Demonstrationen fortpflanzten.)

Präsident:

Die Verhandlung ist geschlossen.

(Schluß der Verhandlung 7 Uhr 10 Minuten abends.)

FL.22.9.64

DB
90
A34A3

Adler, Friedrich Wolfgang
Vor dem Ausnahmegericht

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY